

**BRITISCHE BESATZUNG
IN DEUTSCHLAND**

**AKTENERSCHLIESSUNG UND
FORSCHUNGSFELDER**

Herausgegeben von

ADOLF M. BIRKE

und

EVA A. MAYRING

DEUTSCHES HISTORISCHES INSTITUT LONDON

© 1992 Deutsches Historisches Institut London

London 1992

Deutsches Historisches Institut London
17 Bloomsbury Square
LONDON WC1A 2LP

Tel: 071-404 5486

Fax: 071-404 5573

ISBN 0 9511485 8 3

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	i
Einleitung von ADOLF M. BIRKE und EVA A. MAYRING	iii
1 The Work of the Berlin Control Commission. A Personal View NOEL ANNAN	1
2 Britische Besatzungspolitik im Spannungsverhältnis von Planung und Realität LOTHAR KETTENACKER	17
3 Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone ULRICH REUSCH	35
4 Deutschland unter britischer Besatzungsherrschaft. Gesellschaftliche Prozesse PETER HÜTTENBERGER	61
5 Die Länderbildung in der britischen Besatzungszone WOLFGANG HÖLSCHER	81
6 Durch die britische Brille gesehen. Beispiele zum Ertrag der britischen Quellen für die (nordwest-)deutsche Landes- und Regionalgeschichte RAINER SCHULZE	103
7 Überlieferungen zur britischen Besatzungszeit in deutschen Archiven WOLFRAM WERNER	121
8 Control Commission for Germany (British Element). Vorgehensweise bei der Aktenerschließung EVA A. MAYRING	133
9 Control Commission for Germany (British Element). Bestandsbeschreibung und Forschungsfelder ANGELA KAISER-LAHME	149

Anhang A: Inventarisierungsbeispiele	167
Anhang B: Verzeichnis der Aktenbestände zur britischen Besatzungszeit 1945-1949/55 im Public Record Office (Kew, Surrey)	177
Autorenverzeichnis	183
Personenregister	185
Ortsregister	189

Abkürzungen

ACA	Allied Control Authority
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AHC	Allied High Commission
ALG	Administration and Local Government
BAOR	British Army of the Rhine
BICO	Bipartite Control Office
BM	Bundesministerium
CCG (BE)	Control Commission for Germany (British Element)
CDU	Christlich-Demokratische Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Div	Division
DMG	Deputy Military Governor
Econ	Economic
FDP	Freie Demokratische Partei
FRG	Federal Republic of Germany
GDR	German Democratic Republic
HMG	Her/His Majesty's Government
IA and C	Internal Affairs and Communications
IG	Industriegewerkschaft
IRO	International Refugee Organisation
KHD	Klößner-Humboldt-Deutz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Lk	Landkreis
Mil Gov	Military Government
MP	Member of Parliament
NH	Norfolk House
NRW	Nordrhein-Westfalen
OMGUS	Office of Military Government of the United States
PRO	Public Record Office
RC	Regional Commissioner
Reg.bez.	Regierungsbezirk
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SIH	Schleswig-Holstein
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UGO	Unabhängige Gewerkschaftsopposition
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Einleitung

Als britische Truppen im Frühjahr und Sommer 1945 den nördlichen Teil Deutschlands besetzten, standen sie, trotz einer umfassenden Kriegszielplanung, mehr oder weniger unvorbereitet dem Chaos gegenüber, das sie vorfanden. Die Planungsstäbe waren davon ausgegangen, daß das Land mit einem kleinen Kontrollstab von Berlin aus verwaltet werden könnte. Deshalb gaben sie der Militärregierung den Namen Kontrollkommission. Doch die damit verbundene Annahme stellte sich als Wunschdenken heraus. Am Ende des Krieges war die deutsche Metropole ein Trümmerhaufen und keineswegs mehr das Nervenzentrum des Reiches. Deshalb verwandelte sich der Kontrollstab, der als kleine Institution geplant nach dem Prinzip der "indirect rule" funktionieren sollte, in einen großen, weit verzweigten Apparat, der auf vielen Ebenen mit der deutschen Bevölkerung in Kontakt kam und der somit einen umfassenden Einfluß auf die demokratische Erneuerung Deutschlands ausübte.

Die Beschäftigung mit der britischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik gehört seit Beginn der achtziger Jahre zu den Forschungsschwerpunkten des Deutschen Historischen Instituts London. Neben den wissenschaftlichen Unternehmungen im engeren Sinne gehört gerade auch die Erschließung wichtiger Quellen zu den zentralen Aufgaben des Instituts, denn sie sind die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß neue Forschungsfelder beschritten werden können. Eine Gesamtdarstellung der britischen Besatzungspolitik gehört noch immer zu den großen Desiderata der Zeitgeschichtsschreibung, obwohl ihr für die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik ebenso wie für die deutsche Nachkriegszeit insgesamt eine wichtige Bedeutung zukommt. Dies ist nicht zuletzt auf die schwierige Quellenlage zurückzuführen, die sich aus den strukturellen Besonderheiten des Besatzungszustandes ergeben hat. In der ersten Nachkriegsphase war Deutschland im wesentlichen Objekt alliierter Politik. Die Entscheidungsgewalt und Kontrolle lag völlig in den Händen der Militärregierungen, deren engmaschiges Netz von "liaison offices" sich über die Verwaltungen auf allen Ebenen (von der lokalen über die Kreis-, Bezirks-, Provinzialbehörden bis hin zu den Länderverwaltungen) erstreckte. Die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen der Nachkriegszeit beruhten auf der Interaktion zwischen Besetzern und Besetzten, wobei sich allerdings die Einflußnahme der Siegermacht in dem Maße verringerte, wie der deutschen Seite allmählich erweiterte Zuständigkeiten und größere politische Selbständigkeit konzidiert

wurden. Die Akten der britischen Militärregierung haben für die deutsche Geschichte einen weitaus größeren Stellenwert als für die Geschichte des eigenen Landes. Sie belegen nicht nur den Prozeß der Meinungsbildung innerhalb der Besatzungsmacht (ihrer Stellen vor Ort ebenso wie ihrer Kommunikation mit den Zentralbehörden in London), sie sind vielmehr auch eine unentbehrliche Ergänzungsüberlieferung für das deutsche Schriftgut, für das sie in vielen Fällen sogar als Ersatzüberlieferung dienen müssen.

Nachdem es bereits in den siebziger Jahren gelungen war, die Akten der amerikanischen Militärregierung durch eine großzügig angelegte Verfilmungsaktion für die Forschung in Deutschland verfügbar zu machen,¹ lag es nahe, auch die vergleichbaren britischen Bestände systematisch zu erschließen. Die Chance dazu ergab sich, als diese mit Beginn der achtziger Jahre schrittweise freigegeben wurden. Es handelte sich im wesentlichen um den zentralen Bestand der Control Commission for Germany (British Element) [CCG (BE)] mit seinen circa 30 000 erhaltenen Akteneinheiten, auf die sich die geplante Erschließung konzentrieren sollte. Hinzu kamen die in ihrer Ergiebigkeit eher begrenzte, aus etwa 6 600 Einzelakten bestehende Überlieferung des Londoner Control Office for Germany and Austria (COGA) sowie die Deutschland betreffenden Akten der "General Correspondence" des Foreign Office für die Jahre 1945-1955.² Die in diesem Zusammenhang ebenso relevanten Kriegstagebücher, circa 1 500 War Diaries in den Beständen des War Office, mußten jedoch aus pragmatischen Erwägungen von der Erfassung ausgeschlossen werden.

Die Initiative zur Erschließung der Akten der CCG (BE) ging von Hannover aus. Angeregt und ermuntert durch seinen Vorgänger, den erst kürzlich verstorbenen, unvergessenen Carl Haase, einen der Gründungsväter des Deutschen Historischen Instituts London, gelang es bei dem Leiter der Niedersächsischen Archivverwaltung, Dr. Otto Merker, das Interesse der Archive in den Ländern der ehemaligen britischen Besatzungszone zu wecken und gleichzeitig den damaligen Präsidenten des Bundesarchivs in Koblenz, Prof. Dr. Hans Booms, für das Gemeinschaftsunternehmen zu gewinnen. Als dem Deutschen Historischen Institut die Partnerschaft und Federführung angetragen wurde, hat es diese mit Nachdruck akzeptiert, da die archivische Erschließung eine unabdingbare Voraussetzung für die eigentliche Forschungsarbeit darstellt. Erst die großzügige Förderung der Volkswagenstiftung und die finanzielle Beteiligung der Archivverwaltungen Berlins, Hamburgs, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und Schleswig-Holsteins, denen wir zu großem Dank verpflichtet sind, machte es

möglich, daß im April 1987 mit der Arbeit begonnen werden konnte.

Der Keeper des Public Record Office (PRO) ließ den Mitarbeitern des Projekts jede erdenkliche Hilfe zuteil werden und gewährte ihnen eine Reihe von Sonderkonditionen. Besondere Anerkennung gebührt den beiden Arbeitsgruppen, die in London und Hannover tätig sind: den Historikern, Archivaren und Datatypistinnen. Die archivische Aktenerfassung im PRO in Kew bei London wurde mit großer Umsicht von Dr. Almut Bues, Dr. Ulrike Jordan, Dr. Angela Kaiser-Lahme, Dr. Eva A. Mayring, OStR Christiane Rodmann, Dr. Rainer Schulze und Dr. Wolfram Werner vorangetrieben. Im Frühjahr 1987 wurde das Konzept zur Erfassung und Indizierung der Akten entworfen, das entsprechend dem jeweiligen Stand des Projekts weiterentwickelt wurde. Zum Jahresende 1991 kamen die Erschließungsarbeiten im PRO zum Abschluß, mit nur geringfügigen Abweichungen vom ursprünglichen Zeitplan. Seit dem Sommer 1990 erfolgten bereits die Redaktion der Aktenbeschreibungen und des Indexes sowie die Schlußarbeiten. Sie sollen im Sommer 1992 beendet werden.

Der spezifische Charakter des CCG (BE)-Projekts ist schon vielerorts in einschlägigen Zeitschriftenartikeln umrissen worden.³ In den vorbereitenden Gesprächen, die auf der Grundlage erster Recherchen stattfanden, stellte sich heraus, daß eine andere Vorgehensweise entwickelt werden mußte als jene, die dem Washingtoner OMGUS-Projekt zugrunde gelegen hatte. Ein zeitaufwendiges Editionsverfahren, das ebenfalls diskutiert wurde, schied schon deshalb aus, weil bereits hervorragend geeignete Institutionen mit langfristigen Dokumentationsvorhaben in diesem Bereich befaßt waren. So sind die vom Innerdeutschen Ministerium herausgegebenen *Dokumente zur Deutschlandpolitik* inzwischen bis zum Jahre 1943 gediehen.⁴ Auf britischer Seite konnte die Historical Branch des Foreign and Commonwealth Office in ihrer Reihe der *Documents on British Policy Overseas* einen ersten eindrucksvollen Band für das Jahr 1945 vorlegen.⁵ Es lag nahe, sich zu beschränken und gleichzeitig eine möglichst umfassende Informationsgrundlage anzustreben. Die Erschließung sollte daher ausschließlich nach archivfachlichen Methoden mit dem Ziel vorgenommen werden, ein sachthematisches Inventar zu den britischen Unterlagen in Deutschland zwischen 1945 und 1949 (bzw. 1955) zu erstellen. Diese Arbeiten werden ganz wesentlich mit Hilfe eines im niedersächsischen Hauptstaatsarchiv eigens für archivische Arbeiten entwickelten automatischen Datenverarbeitungssystems (AIDA) ermöglicht.⁶ Im Endergebnis entsteht ein vierzehnbändiges Sachinventar, das im Herbst 1993 im Saur Verlag München erscheinen wird.

Der vorliegende Band veröffentlicht die Beiträge, die auf einer Konferenz des Deutschen Historischen Instituts am 8. und 9. Juni 1990 in London gehalten wurden. Sinn und Zweck dieser Tagung war es, über den Stand des Erschließungsprojekts umfassend und detailliert zu informieren und auf die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten hinzuweisen, die sich für die Forschung ergeben. Archivare, Historiker und Zeitzeugen diskutierten den wissenschaftlichen und dokumentarischen Wechselbezug von zeitgeschichtlicher Forschung und vorhandenem Quellenmaterial.

Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Akten der CCG (BE) eine unverzichtbare Grundlage für die Erforschung der britischen Besatzungszeit 1945-1949/55 darstellen. Sie geben Auskunft über die britische Politik vor Ort in Deutschland, sie dokumentieren die britische Perspektive der Gegebenheiten und Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland und vermitteln einen Eindruck von der alliierten Interaktion und dem Verhältnis zwischen Briten und Deutschen. Darüber hinaus informiert der hier vorgelegte Band über die Bedeutung und die Aktivitäten der Kontrollkommission. Die in ihm enthaltenen Beiträge folgen einer thematischen Gliederung: die Stellung der CCG (BE) und ihre Bedeutung innerhalb des Spektrums britischer Nachkriegspolitik; die Situation und die Aufgabengebiete, vor die sich die Briten 1945 in Deutschland gestellt sahen; die Quellenlage in britischen und deutschen Archiven.

Lord Annans (London) Augenzeugenbericht führt unmittelbar in die tägliche Praxis der CCG (BE) ein und beschreibt das Beziehungsgeflecht der britischen Planungsstäbe, die mit Deutschlandpolitik befaßt waren. Noel Annan war an der Gestaltung der britischen Besatzungspolitik von Anfang an als enger Mitarbeiter der Political Division der CCG (BE) direkt beteiligt. Diese Abteilung berichtete über politische Verhältnisse und Entwicklungen, Parteien und führende Persönlichkeiten in Deutschland. Die Berichte bildeten eine wichtige Informations- und Entscheidungsgrundlage der britischen Regierung in London. Zwei Grundtendenzen britischer Besatzungspolitik kristallisieren sich eindeutig heraus, nämlich die Angst vor einer kommunistischen Infiltration der Westzonen und die Befürchtung eines Rückzugs der Amerikaner vom Kontinent.

In vielen Bereichen der britischen Deutschlandpolitik brach jedoch eine Kluft zwischen Planung und Realität auf. Bedingt war dies zum Teil durch den Umstand, daß die Briten 1945 nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches völlig andere Verhältnisse antrafen als für die Durchführung deutschlandpolitischer Konzeptionen ursprünglich angenommen und vorausgesetzt worden waren. Das bewährte Prinzip

der "indirect rule" und die Verpflichtung zur interalliierten Zusammenarbeit galten als Pfeiler britischer Besatzungspolitik seit der Planungsphase. Das starre Festhalten an diesen Leitlinien führte aber, so argumentiert Lothar Kettenacker (London) in seinem Beitrag, zu einer vorwiegend technokratischen Vorgehensweise, welche die Verwirklichung einer entschiedenen Reformpolitik behinderte. Hatten die Briten 1944 noch den Begriff "Military Government" abgelehnt, da er eine direkte Einflußnahme in Deutschland implizierte, so wuchs trotzdem entgegen aller Absichtserklärungen die Besatzungsbehörde zu einem riesigen administrativen Apparat an, der sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zur Geltung brachte und unmittelbare Kontrollfunktionen wahrnahm.

Die Kenntnis der administrativen Strukturen der CCG (BE) ist eine notwendige Vorbedingung, um die Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse sowie die politische Realisierung nachzuvollziehen und einzuordnen. Ulrich Reusch (Bonn) untersucht hierzu in seinem Aufsatz den Behörden- und Verwaltungsaufbau der CCG (BE) und ihre Beziehungen zu den Londoner Ministerien und Behörden. Vielfach traten Überschneidungen und Unklarheiten in der Kompetenzabgrenzung der mit Deutschlandpolitik betrauten Institutionen zutage, vor allem zwischen Foreign Office, War Office and Control Office for Germany and Austria. Die Errichtung des Control Office im Oktober 1945, das dem War Office unmittelbar unterstellt wurde und als Koordinierungsbehörde zwischen britischen Verwaltungen in Deutschland und in London gedacht war, führte jedoch nicht zu einer stärkeren Kontrolle der CCG (BE) durch die Londoner Regierung. In vielen Fragen wurde das Control Office, insbesondere in der Kommunikation zwischen der Political Division der CCG (BE) und dem Foreign Office, ganz vom Informationsfluß ausgeschlossen.

Die Verantwortung und die Aufgaben, die auf die CCG (BE) bei der Umstrukturierung Deutschlands zukamen, waren unterschiedlichster Natur. Auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Phänomene in der britischen Zone nach 1945 macht Peter Hüttenberger (Düsseldorf) aufmerksam. Brüche bzw. Kontinuitäten lassen sich aber nicht so eindeutig verifizieren, wie häufig angenommen. Hüttenberger zeigt gesellschaftliche Auflösungserscheinungen und tektonische Verschiebungen auf, die sich schon seit 1944 nachweisen lassen. Die Nachkriegsgesellschaft war darüber hinaus gekennzeichnet durch die Wanderungsbewegungen großer Bevölkerungsgruppen, den sozialen Aufstieg und Abstieg und den Gegensatz von Einheimischen und Fremden. Schon bald bildete sich ein neues Netzwerk persönlicher Verbindungen heraus,

weitgehend unbeeinflusst von Eingriffen der britischen Militärregierung. Exemplarisch sind die Beziehungen führender Industrieller nach 1945, die sogenannten Kreise (z.B. der Sohl-Kreis).

Demgegenüber stellte die regionale Neuordnung der britischen Zone einen Bereich dar, in dem sich die britischen Behörden wesentlich stärker zur Geltung bringen konnten. Sie bildete eines der Hauptprobleme der deutschen Nachkriegsgeschichte und war durch die Frage der künftigen Stellung des Ruhrgebiets auch mit internationalem Konfliktstoff beladen. Den Bedingungen und den Phasen der Neugliederung der Länder gilt das Interesse Wolfgang Hölschers (Bonn). Zwei Phänomene werden in seinem Beitrag in besonderer Weise klar: Zum einen, daß sich die Kontrollkommission mit ihren Vorstellungen erfolgreich gegenüber der Londoner Regierung durchsetzen konnte. Zum anderen zeigt der Beitrag die Fähigkeit und Bereitschaft der britischen Besatzungsbehörde, auf wechselnde Interessenlagen einzugehen, Ideen und Ziele der Deutschen einzubeziehen und zu berücksichtigen – eine Tatsache, die auch in anderen Bereichen der Besatzungspolitik zu beobachten ist. So stimmte die Militärregierung zum Beispiel dem Mehrheitsbeschluß des deutschen Komitees "Länderneugliederung" zu, neben Nordrhein-Westfalen vier weitere Länder zu schaffen.

Die Landes- und Regionalgeschichte ist einer der Forschungsschwerpunkte der deutschen Nachkriegsgeschichte. Hier können die Quellen der CCG (BE) neue Perspektiven und Ansätze öffnen. Rainer Schulze (Bochum) demonstriert dies an einigen markanten Beispielen der Regional- und Lokalgeschichte. Er betont vor allem die Bedeutung der zahlreichen periodischen, wöchentlichen und monatlichen Berichte der britischen Militärregierung über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Eine interessante Quelle sind die Skizzen über führende deutsche Persönlichkeiten sowie die Protokollaufzeichnungen über Gespräche und Zusammenarbeit zwischen britischen Besatzungsoffizieren und deutschen Politikern, Verbänden und Verwaltungen, die von Beamten der Kontrollkommission angefertigt wurden.

Dies leitet zu der Frage nach der Aktenüberlieferung, den Erschließungsmöglichkeiten und der Auswertung der Quellen zur britischen Besatzungszeit über. Um zu einem Vergleich mit der amtlichen Überlieferung deutscher Behörden zu gelangen, gibt Wolfram Werner (Koblenz) einen Überblick über die Aktenlage in deutschen Archiven. Die zonalen Verwaltungen waren gegenüber der eher föderalen Struktur der amerikanischen Zone ein Charakteristikum des britischen Besatzungsgebiets. Die Akten dieser Verwaltungen und des Zonenbeirats,

die im Bundesarchiv in Koblenz eingesehen werden können, sind eine wichtige Quelle für das Verständnis politischer Entscheidungen auf oberster Verwaltungsebene in der britischen Zone. Reichhaltiges Material bieten des weiteren die Unterlagen der Länderregierungen und regionalen Verwaltungen in den einzelnen Landesarchiven. Eher bruchstückhaft erscheint demgegenüber die Aktenlage auf kommunaler Ebene. Die Bestände der CCG (BE) sind hierfür eine wichtige Ergänzungs- und Ersatzüberlieferung.

Ziele, Methoden und Vorgehensweisen des CCG (BE)-Projekts erläutert der Beitrag von Eva A. Mayring (London). Das Sachinventar wird für künftige Forschungsvorhaben einen schnellen und gezielten Zugang zu den Akten ermöglichen. Dies geschieht durch eine neue, interne Ordnung der in den Findbüchern des PRO lediglich numerisch und mit einem ungenauen Titel aufgelisteten Akten der CCG (BE)-Bestände; weiterhin werden der Inhalt jeder einzelnen Akte in kurzen Beschreibungen zusammengefaßt und ein Register erstellt, das die in den Quellen genannten Behörden, Personen, Orte und Sachthemen aufführt. Neben der systematischen Erfassung der CCG (BE)-Akten werden auch die Unterlagen des Control Office for Germany and Austria und des Foreign Office (FO 371 General Correspondence of the Foreign Office, 1945-1955, Stichwort "Germany") in einem separaten Index katalogisiert.⁷

Eines der Ziele des Projekts ist es, neue Impulse für die Zeitgeschichtsforschung zu geben. Angela Kaiser-Lahme (Passau) gibt einen Überblick über die bisherige Forschungslage und einen Ausblick auf neue Fragestellungen. Als mögliche Forschungsgebiete, für die die Akten der britischen Militärregierung wichtiges Material enthalten, sind der Wiederaufbau deutscher Verwaltungen, die Gerichtsbarkeit und das Rechtswesen nach 1945 sowie eine Verwaltungsgeschichte der CCG (BE) zu nennen. Die Unterlagen der CCG (BE) bieten zudem für viele Einzelfragen aufschlußreiche Information, wie für die Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungspolitik, die Kriegsverbrecherproblematik, die öffentliche Sicherheit, die Displaced Persons, wirtschaftliche Fragen (Interzonen- und Ost-West-Handel, öffentliche Finanzen), außenpolitische Weichenstellungen (EVG, Außenministerkonferenzen, Bonner Verträge) etc. Unter den überlieferten Akten der CCG (BE) finden sich auch Korrespondenzen mit Londoner Ministerien und Regierungsstellen, alliierten und internationalen Behörden und Organisationen sowie mit deutschen Verwaltungen und Persönlichkeiten.

Die Akten der britischen Militärregierung stellen nicht nur eine unentbehrliche Quellengrundlage für die Erforschung einzelner Sach-

gebiete dar, sondern sie geben auch Aufschluß über landes-, regional- und lokalgeschichtliche Aspekte sowie über die Zusammenarbeit zwischen britischen, alliierten und deutschen Entscheidungsträgern. Bisher ist die Bedeutung der CCG (BE) in den Darstellungen nicht selten unterschätzt worden. Der vorliegende Band will dazu beitragen, daß die britische Besatzungs- und Deutschlandpolitik ihren angemessenen historischen Platz erhält. Dies wird jedoch erst durch eine differenzierte Kenntnisnahme der einschlägigen Quellenbestände, wie sie durch das Inventar ermöglicht werden soll, erreicht werden können.

Für das Zustandekommen und die Fertigstellung der Publikation möchten wir den Mitarbeitern des Archivprojektes und des Deutschen Historischen Instituts London herzlich danken. Dr. Angela Davies, Prof. Dr. Peter Alter und Dr. Hermann Hiery haben die Veröffentlichung des Bandes mit Rat und Tat unterstützt und Dr. Lothar Kettenacker hat einen wichtigen Beitrag zum guten Gelingen der Konferenz geleistet.

London, im November 1991

Adolf M. Birke
Eva A. Mayring

¹ *James Hastings*, Die Akten des Office of Military Government for Germany (U.S.), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 75-101; *John Mendelsohn*, The OMGUS Records Project, in: Prologue 10 (1978), S. 259 f.; *Klaus Oldenhage*, Die Akten des Office of Military Government for Germany U.S. (OMGUS) – Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung?, in: Der Archivar 32 (1979), Sp. 39 f.; *Wolfgang Benz*, Das OMGUS-Projekt, in: German Studies Review (1979), S. 88-94; *Josef Henke*, Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt. Erschließung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945-1949, in: Der Archivar

- 35 (1982), Sp. 149-158; *H. Weiß*, Abschlußbericht über das OMGUS-Projekt (1976-1983), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 318-326.
- 2 Eine Liste der betreffenden Aktenbestände von CCG(BE), COGA und FO 371 ist hier in Anhang B, S. 177-181, aufgenommen.
- 3 Siehe S. 143, Anm. 1.
- 4 Dokumente zur Deutschlandpolitik, I. Reihe, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1942. Britische Deutschlandpolitik, hrsg. v. *Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen* (Wissenschaftliche Leitung: *Karl D. Bracher* / *Hans-A. Jacobsen*), bearb. v. *Rainer A. Blasius*, Frankfurt/M. 1989.
- 5 Documents on British Policy Overseas, Series I, Volume V: Germany and Western Europe, 11 August - 31 December 1945, hrsg. v. *M. E. Pelly* / *H. J. Yasamee* unter Mitarbeit von *Gillian Bennet*, London 1990.
- 6 Siehe S. 140 f. und S. 144 f., Anm. 15.
- 7 Siehe Anhang B, S. 177 - 181.

The Work of the British Control Commission. A Personal View

NOEL ANNAN

Ever since the archives were opened nearly fifteen years ago historians have been examining the British occupation of Germany, and anyone who has read Ian Turner's bibliography¹ on the subject knows how hard German and British historians have worked on that topic. This article, however, is based not on elaborate research, but on my reminiscences of Germany after the war.

Let me start by explaining how I came to be a member of the Cultural Division of the Control Commission for Germany (British Element) in the summer of 1945. I began my service in military intelligence in the German Section in the War Office under Colonel Kenneth Strong,² who had been Assistant Military Attaché in Berlin at the outbreak of war. After being sent to the staff college and serving in an armoured division, I was brought back to Whitehall to be a member of the Joint Intelligence Staff in the War Cabinet Offices, where the Chiefs of Staff and the Prime Minister and War Cabinet met. The Chiefs of Staff had two children, the Joint Planning Committee and the Joint Intelligence Committee, and each of these bodies was served by two teams of staff officers. The Joint Intelligence staff team consisted of an officer from each of the armed services, plus a member of the Foreign Office and a member of the Ministry of Economic Warfare. We wrote papers on subjects that ranged from "What will Hitler do next?" to the likely build-up of German forces day by day if the allies were to land at, say, Salerno or Sardinia. The view expressed had to be the unanimous view of the committee so that the Chiefs of Staff did not get conflicting advice from, say, the Admiralty or the Air Ministry.

It was, of course, very difficult to arrive at a unanimous view. The Royal Air Force were consistent optimists. They took the line that there was hardly any need for the army, the bombers would finish the war by themselves. The Ministry of Economic Warfare were more cautious but always glad to emphasize how short Germany must be of ball-bearings or synthetic rubber. The navy was neutral. After all, the likely opposition to any combined operation by the German navy amounted to a few torpedo boats. Their own private war against the U-boats in the Atlantic

rarely concerned the Joint Intelligence Staff. The army, whose views I represented, were consistent pessimists. They tended to exaggerate the scale of the *Wehrmacht's* resistance, and time and again I had to go back to the War Office with the unwelcome news that my colleagues could not accept that, say, a further six German divisions might be moved from Yugoslavia and Greece to Italy. The War Office had good reason to be cautious but they could not give the true reason for their caution, which was that the German army was incomparably superior in equipment, training and tactics, and in fighting spirit to all but the élite of the Anglo-American forces.

In our debates the Foreign Office stood in a *dégagé* pose. If some diplomatic issue arose, such as Turkey's neutrality, they would announce with great solemnity that Turkey would be governed by its own self-interest. But I must not tease my diplomatic colleagues. They were, in fact, often the catalyst on the Joint Intelligence Staff, finding means of reconciling the conflict of views. None played this role more often than William Cavendish-Bentinck,³ the chairman of the Joint Intelligence Committee itself who was also its youngest member.

I used to meet Bill Bentinck when from time to time he would drop into our bar deep underground in the War Cabinet Offices when we were having a drink before continuing to work after dinner. He did so to pick our brains and get a premonition of likely disagreements on the Joint Intelligence Committee. I have rarely met anyone more astute. He was a master at producing harmony among the intelligence chiefs, but he had the instincts of a martinet. He would not permit any of the armed services to insert a cover-up clause in case their estimate of the situation proved to be wrong. For instance he would not allow the War Office to argue that when Normandy was invaded the Germans would transfer five or ten divisions from the Russian front when all the evidence showed that the *Wehrmacht* was hopelessly over-extended there. He was not only shrewd. He was well-informed about every War Cabinet intrigue. When Bill Bentinck said "My dog Angus tells me ...", you listened.

A few weeks after the war was over, by which time I was serving under General (as he had then become) Kenneth Strong, Eisenhower's intelligence chief, I met my former chief in Frankfurt. "The Foreign Office needs some satraps in Germany", he said, "and you should be one of them". Since I was too young to qualify for demobilization, I found myself travelling north to Westphalia where the Political Division was forming. When accommodation was ready the Division moved to Berlin.

The Political Division resembled a diplomatic mission abroad. There was a Chancery that concerned itself with the Four Powers' activities in governing Germany through the Control Commission. It also dealt with relations with other foreign countries who had interests in Germany. There was a Consular Branch and a skeleton staff remained in Westphalia to deal with, say, Swiss nationals who were engaged in salvaging what was left of their factory or business.

But there also emerged another branch within the Political Division, for it had soon become apparent that the British government in London and the top brass of the British Control Commission in Berlin wanted to know what was going on in the British Zone in Germany. What were the Germans doing? What were they saying? Were they forming an underground resistance, and what were these antifascist groups that had formed and which were offering to help Military Government? Indeed what was Military Government doing to carry out the political directives of the Control Commission? There was all the more reason to know since Labour MPs were soon loud in their denunciation of Military Government for employing former Nazis in local government. Bitter, too, were the complaints of German refugees in England, such as the *Gruppe Neubeginnen*,⁴ that old members of the SPD were turned away by Military Government who had appointed rock-ribbed authoritarians to run local government.

This branch, of which I became head in October 1945, was called the German Political Branch. The term "branch" is perhaps a euphemism. It consisted for most of the time of myself and one other officer, until in 1946 I got another junior post established. But I had one stroke of luck. My new chief was congenial and willing to delegate. Christopher Steel,⁵ the head of the Political Division, in no way resembled Cavendish-Bentinck. He had been educated at Wellington not Eton, which connoisseurs of English public schools will know was a school to which future army officers were sent. Steel looked like a soldier. Bluff, red-faced, no intellectual but full of good sense, he had been chosen for his ability to get on with soldiers. I owe him much because he always supported me in any dissension with Military Government, and I liked him immensely.

Of course, the German Political Branch could not have worked alone. In each Military Government area there was an intelligence unit which was not under Military Government control. For instance, the one at Cologne was run by Colonel Ronnie Grierson,⁶ a German by birth who was later to become a director of Warburg's and chairman of the South Bank Board. At Hamburg there was Major Randall,⁷ who had

identified Himmler when interrogating hordes of German prisoners. These units became my eyes and ears. Indeed, my best source was that rare specimen, a German national in the British army, who held an undefined position as General Templar's⁸ liaison officer. This was Captain Michael Thomas, who later played his part in the *Wirtschaftswunder* and wrote an autobiography.⁹ It was he who first telephoned to tell me that with classic ineptitude Military Government had not only sacked Konrad Adenauer¹⁰ as mayor of Cologne, but had put him under house arrest and banned him from political activity. The intelligence community worked with me and gave me an insight into what Military Government was doing; whether in certain *Kreise* Military Government was permitting pre-1937 *Parteigenossen* to exercise power; and what murmurings there were of German political activity.

The German Political Branch and the intelligence community regarded themselves as political technocrats, and no doubt far more able and better informed men than I existed. But at the end of the war our diplomats were thin on the ground, and some of the intelligence officers like myself could plead that for three or more years during the war we had been learning about Germany and discussing the events that led to the seizure of power by Hitler. Very few of the Military Government officers in the field knew any recent German history or much about the Nazi party; nor for that matter did many of the experts in the Legal, Transport, Manpower, Economic or Finance Divisions of the British Control Commission. I soon understood that in the problems that faced me I was up against two conflicting ideologies – one was the ideology of the Labour left and the other was Vansittartism. Each of them purported to explain what Germany was like and what policy we should adopt. Each of them in my view would produce dire results.

The most complex of these ideologies is rarely referred to by the historians of post-war Germany, and for good reason, in that it was rejected by Ernest Bevin¹¹ and the Foreign Office and had little effect upon the work of the Control Commission. But, if it lacked power, it had some influence. This was the ideology of the left wing of the Labour Party. The left believed that the war had come about because the ruling class of every country, including our own, was corrupt, in the sense that they would rather appease Hitler than run the risk of a socialist government. In many European countries, they said, the ruling class preferred fascist or dictatorial regimes to parliamentary government. The left believed that in 1945 Europe was on the verge of a people's revolution. The regimes in the Balkans, Hitler's willing accomplices,

had been overthrown by the Red Army. Why then did a Labour government prevent the Communist-led resistance in Greece from taking over; why did they allow a plebiscite to enable the king to return? Why did the government concern themselves with the rights of the reactionary London Poles? Why did they slaver over capitalist America and reject Britain's natural ally, Soviet Russia? And at home, why did the government listen to the voice of sound finance in 1947 and rein in the housing programme? Was the labour movement once again being betrayed by a Labour government?

Meeting Kingsley Martin,¹² the editor of the *New Statesman*, on my return from Germany at the end of 1946 I discovered that he believed that but for the presence of Anglo-American armies all Europe would have been governed by socialist regimes installed by popular acclamation. Dick Crossman¹³ and Barbara Castle,¹⁴ as well as fellow travellers like Zilliacus,¹⁵ believed in this ideology. Surprising people also took this line. In 1945 Major Denis Healey¹⁶ urged at the Labour Party conference that Labour should dissociate itself from Tory foreign policy and "assist the socialist revolution wherever it appears". Labour should not be "too pious and self-righteous when occasionally facts are brought to one's notice that our comrades on the continent are being extremist". These comrades were right to use their police to punish the "depraved, dissolute and decadent upper classes".¹⁷

In fact, the vision of Labour's left and the fellow travellers bore no relation to the simple desires of human beings all over Europe. All they wanted was food and shelter and freedom from the secret police and the authorities. It did not take long for Denis Healey and some others to see what was what. In 1947, when Richard Crossman and others published a pamphlet called *Keep Left*, Healey, who by then had discarded his war-time illusions, replied with *Cards on the Table*, a tough defence of Bevin's foreign policy. He slated the Soviet Union for its propaganda offensive that depicted Britain as a "decadent reactionary power".

I was one of the many young army officers who in 1945 voted Labour. Not that I did not admire Churchill – for me he was the saviour of our country, magnanimous in victory, who judged events in relation to the great sweep of history, an incomparable leader who kept the military commanders and his ministers on their toes by his passion that even the minutest detail should be dealt with expeditiously. I did not think he understood military strategy. Time and again the Joint Intelligence Staff had had to prepare papers to counter one of his wayward ideas. My other hero in the war, the Chief of Imperial General Staff, General Sir Alan Brooke,¹⁸ who perhaps alone among the British and

American Chiefs of Staff fully understood how logistics ruled grand strategy, was driven almost mad with exasperation in trying to counter Churchill's schemes. But he knew there was no one else who could inspire the nation as Churchill could. There was another reason why I thought Churchill was not the man to undertake the enormous task of reconstruction after the war. I doubted whether he understood the problems of the home front, and I wondered whether he was not a greater orator than analyst of our country's plight. When in the War Cabinet Offices I read the transcript of the conversations at Tehran I was appalled by Churchill's loquacity and Stalin's brevity. Stalin imposed his will on Roosevelt and Churchill because he knew exactly what he wanted. He always spoke to the point. Churchill spoke at great length round the point. I had left the Joint Intelligence Staff before the Yalta meeting took place, and I do not blame Churchill for what was agreed there. He was by then playing from a very weak hand and the dying Roosevelt had persuaded himself that he and Stalin could carve up the world.

But if these were the reasons why I voted Labour, my years on the Joint Intelligence Staff left me with no illusions about the Soviet Union. People forget these days how strong those illusions still were in 1945. The Nazi-Soviet Pact in 1939 was overlooked or excused; indeed the left preferred to recall how the USSR alone had intervened on the side of the Spanish Republic. The heroic advances of the Red Army and their terrible losses, the devastation of Russia during the war, the attempts of Communists, not by any means always unsuccessful, to persuade the world that they had alone organized effective clandestine resistance to Hitler – all this made people at first sympathetic to the Soviets. But anyone in intelligence knew how the Soviet Union had treated Poland. We saw how the object of the Communist Party elsewhere in Europe was to seize power by hook or by crook. I had seen how the Communist guerillas in Greece used the arms the British sent them, not so much to harass the German army, as to overpower other guerilla units and eventually to march on Athens and attack British forces.

I had no doubts, therefore, that official British policy in Germany was right. It was based on fear of Communism which could lead once again to a German-Soviet alliance. It was also based on fear that America would quit Europe two years after the Yalta agreements; and therefore, whatever happened among the Four Powers, America must not be goaded into isolation. Ernest Bevin pursued this policy with fine intensity and courage, and I greatly admired him for this, all the more

so as he had the left of the Labour Party forever snapping at his heels. The left had no power, but as mentioned, they had a certain influence. It was their sniping that led Bevin to agree to send someone to Berlin to be a member of the Political Division equal in power to my chief, Kit Steel. He was to be a member of the Labour Party with a remit to report on denazification and the development of democracy in Germany. But Bevin had the last laugh. The Minister for Germany in the Foreign Office, a trade unionist, John Hynd,¹⁹ recommended that he appoint Austen Albu,²⁰ a stalwart member of the right wing of the Labour Party, a Jew and an engineer. Albu taught me a great deal about the realities of Labour politics.

I therefore was a willing volunteer to fight the Cold War. I still believe that we took absurdly long to legalize overt political activity in the British Zone, and the Russians scored propaganda points over us in the summer of 1945. However, I was able to report that although German newspapers flourished and political activity appeared to be allowed in the Soviet Zone, the newspapers were heavily censored and the parties were compelled to form a united front against fascism in order to avoid any party attacking the KPD. In the British Zone I was sceptical of the Antifa groups²¹ which emerged in June 1945 and hoped to be given control of local administration by local government. Some of them contained exactly the same decent and honourable people as emerged in East European countries in 1989. But in 1945 the KPD, the first party to build up an organization, began to infiltrate Antifa in the hope of taking over these groups. Inevitably, Military Government, faced with the appalling task of ruling devastated towns, preferred to rely on what was left of the local administration, but they were roundly criticized by the Labour left for so doing.

Not that there was ever a chance that Military Government would do anything else. Military Government operated under its own ideology. That ideology was Vansittartism, which resembled the doctrine of original sin. Germans were born bad and grew worse. Had they not started five wars within the space of a century? After 1918 they had created the myth of the stab in the back. Their army had never been defeated in the field, ran the myth; it had been betrayed by groups of socialist and Communist workers on the home front. Apart from the Rhineland, Germany had escaped occupation. This time Germany must be occupied for many years – perhaps even twenty years was too short a time to re-educate the whole population. I must not exaggerate. Most members of Military Government were too busy to speculate about the future, and few of those concerned with education in Ger-

many resembled the lady in the Control Commission who begged me to use my influence to have all performances of Wagner banned because his music inculcated the *Führerprinzip*.

Nevertheless, Military Government regarded German political parties with suspicion and hostility. Perhaps that was natural: they saw German politicians as a threat to their own authority, and an omen of their own demise. The British were the last of the Four Powers to approve the establishment of political parties and to set out regulations for their formation. I therefore decided in November to call together delegates from the parties to a conference at which I could explain these regulations, and exhort them to counter the apathy which the shock of defeat and the hideous devastation had produced. As a matter of courtesy I passed a draft of this speech to the Internal Affairs Division. The reply I received was characteristic of the tone of Military Government. "I think this very good on the whole" wrote the staff officer in his reply. "My only general comment is that it is too friendly".²² Why should I thank Germans for attending? I should make it clear I had ordered them to do so. (When I saw the emaciated faces of those who had come hundreds of kilometres across broken bridges and cratered roads, I was glad that I did thank them.) The officer then went on to suggest fourteen redrafts to make the text of my speech considerably less friendly.²³

This was not surprising. Only a few months ago the horrors of the concentration camps had been revealed. There was a genuine conflict between the majority who believed in the collective guilt of the German people for the success of Nazism and the atrocities, and those like myself who argued that the future and not the past took priority. In my many tours of the British Zone I kept telling Military Government that one or other of the political parties would one day be ruling in our Zone, and that we must encourage them if we were to win their hearts, or at least their respect. Many Military Government officers assumed that the British could impose a political vacuum. They regarded political parties as troublesome bodies, which were given to criticizing the occupying powers and possessed absurd pretensions. When nominated councils were set up in the *Kreise* they consisted of members drawn from different professions and occupations – so many to be women, so many from trade unions, and then at the end "three or four representatives of political parties". I remember remonstrating with Brigadier Armytage,²⁴ the Military Governor of Hamburg, a grizzled old warrior of the First World War who looked like a malevolent tortoise. I told him that his nominated council was almost entirely middle class and that the fine patrician *Bürgermeister*, Rudolf Petersen,²⁵ would never be returned

in an election which the SPD would almost certainly win. He regarded me with undisguised distaste and remained obdurate.

Michael Thomas, a friend to this day, used to tell me that I was backing the wrong horse. He rightly foretold that the CDU would win when elections were held in the West and that Adenauer was the man I had to conciliate.²⁶ I used to tell Michael Thomas that my worries lay elsewhere. The CDU did not need encouragement: three of the four *Oberpräsidenten* in the British Zone belonged to the party. I indeed had some worries about the development of the CDU and its penchant for choosing authoritarian figures, and I resented the way in which the Catholic Church openly brought political influence to bear when the first elections took place. I watched with some amusement how Adenauer eliminated his rivals within the party, but in retrospect I think I was wrong to express my esteem for such members of the CDU as the trade unionist Jakob Kaiser²⁷ or the gentle Karl Arnold,²⁸ who was put up as *Oberpräsident* of North Rhine. However, there was never any chance of placating Adenauer. After 1918 his life had been devoted to coming to an understanding with the French, and he regarded Protestant England with the same scepticism as did de Gaulle. In 1945 the French held up proceedings on the Control Council in Berlin in pursuit of their vain plan to break Germany up into eighteenth-century states and to internationalize the Ruhr, but they were to find that the Schuman Plan,²⁹ which Adenauer so wisely endorsed, gave them the security they sought. It also eliminated, owing to our own folly, British influence over European industry.

The SPD gave me far more concern than the CDU. In the early days of the occupation I preferred the easy-going, charming Otto Grotewohl³⁰ in Berlin to the fiery Kurt Schumacher,³¹ who at that time was running a super-nationalist line, but I soon changed my mind. For me the turning point came in the run-up to the famous referendum of the SPD in Berlin on 31 March 1946, when the party delegates voted against Grotewohl and the Soviet attempt to amalgamate the SPD with the KPD as they had already done in their Zone. That is the only election in which I have ever played a part. Since it was still forbidden for Germans to write anything that could be construed as critical of the policy of any of the occupying powers, I wrote articles for the Berlin press denouncing the Communist leader Walter Ulbricht,³² a venomous enemy of Britain, whose contributions in 1940 to a German Communist newspaper published in Sweden on the blessings of the Nazi-Soviet pact I had been able to unearth. But apart from that incident, the help the British gave to the SPD was minimal. Occasionally we gave them some

transport to help delegates attend a conference. I used to tell Schumacher that the SPD would lose support if it appeared to be the poodle of the occupying power. Schumacher's response was always in public speeches to blame the British for their failure to denazify and to impose a socialist economy upon our Zone immediately.

The demands he made in a letter to Austen Albu dated 20 May 1946 were absurd, but I had some sympathy with his views. On 16 April of that year Sir William Strang,³³ the Political Adviser to the British Commander-in-Chief who was the equivalent of ambassador with Kit Steel as the minister, forwarded a despatch I had written on the attempt by the Soviet Union to fuse the SPD and KPD in Berlin.³⁴ In the last three paragraphs I urged that the government ought to bear in mind that the Russians were ahead in the propaganda battle to convince the German manual workers who their true friends were. The ability of the SPD, I argued, to continue to draw votes away from the KPD depended largely on the political and economic policy that the British adopted. The present acute shortage of food, the impending removal of plant for reparations, the fall in coal production and the dislocation of transport would all strengthen the Communist whispering campaign. I suggested that some of the reforms that HMG were implementing in Britain should be applied in the British Zone. Why not set up regional production committees of employers and trade unionists, and joint production committees in factories? Was not land reform a card in our hand we could play to reward small farmers?

I look back on these naive suggestions today with some embarrassment. Did land reform in Hanover and Westphalia really make any sense? But to my surprise, when I consulted the archives I found that Strang thought these suggestions, as he put it, "carried considerable weight", though it had not been practical politics until that time to take such independent action. When it had been settled whether Germany could be ruled by a central administration or by zones, then was the time to move.

The time never came. The collapse of Britain's finance and economy in 1947 meant that the Americans assumed the leadership in the Bizone. In the meantime, Bevin's strategy to create an economically viable German state in the West that could not be hobbled by Soviet Russia – and it was perhaps his most outstanding achievement as Foreign Secretary – moved steadily ahead after the Paris Council in July 1946. It had become clear that it was the policy of the Soviet Union to bleed not only Germany but Britain white in providing reparations, and not to permit any political settlement that did not ensure that the German

Communist party should be Germany's rulers. But by that time I had left the Control Commission to take up my fellowship at Kings' College Cambridge.

That was not quite the end of my association with the British Control Commission. I returned the following summer because Robert Birley³⁵ persuaded me to give some talks to German students, and in 1948 something very curious occurred. At the height of the airlift to Berlin each of the Four Powers decided to make a cultural demonstration in the city. The Russians sent a Cossack choir, four hundred strong, to sing in the Alexanderplatz. The British countered by mounting an *Elisabethanisches Festspiel* for a fortnight. The Cambridge University Madrigal Society sang, and the Marlowe Society acted *Measure for Measure* and Webster's *White Devil*. At the performances programmes were distributed by the matrons of the Control Commission and officers' wives attired in Elizabethan costume. My great friend at King's College, the Shakespearean scholar George Rylands,³⁶ who directed the plays and knew I spoke some German, implored me to come and bring with me my future wife who was born and bred in Berlin. Would I not play, he suggested, the part of Cardinal Montecesco in Webster's tragedy? As the cardinal is made Pope in act IV, I thought my acting career could go no higher. What these activities did for the morale of the Berliners I cannot imagine. But we enjoyed ourselves; and I had the chance to watch the dress rehearsal of *Egmont* directed by Fehling³⁷ and to meet some of the actors, including the noble Walter Suessenguth.³⁸ The discipline, attention to detail, dedication to drama as an art, and contempt for exhibitionism that inspired the German company were immediately obvious. Rylands was already well-known as the director of Gielgud in *Hamlet* during the war and for his determination to make his cast speak Shakespeare's verse as verse, and I was fascinated to hear Suessenguth on Laurence Olivier.³⁹ Of course he expressed his admiration for Olivier as an actor but his comment on Olivier's *Hamlet* was unerring: "Kolossal: spricht aber Oscar Wilde." The intelligence and boundless capacity for hard work that the German actors displayed should have given me warning of the *Wirtschaftswunder* to come.

That was the end. My interests and career were leading me in other directions. I kept no diary and the very names of many of my colleagues have vanished from my memory. But the sight of the ruined Gedächtniskirche at the end of the Kurfürstendamm can still reawaken a flicker of emotion, and I think again of those days. But I also think darker thoughts. The two great European countries after the war had been

ruined by the war: Germany by the iniquities of her rulers and by bombardment and occupation; France by the stain of collaboration, die-hard colonialism and ineffective governments. Yet each found great leaders. Adenauer and de Gaulle each resurrected their country.

Meanwhile Britain, apparently the victor in the war, became unable to adjust to her changed condition in world politics. Led during the war by a master of rhetoric, Britain became the victim of her own rhetoric. She fondly imagined she had won the war. She had not. America and the Soviet Union had won the war. Britain had in her finest hour not lost it. Learning little from her inability to finance her occupation of Germany, unabashed by the debacle of Suez, Britain continued to imagine that she was still a great power. Meanwhile, long famed for her social solidarity Britain fell victim to a syndicalism that divided the nation into warring factions. Not only did trade unionists wreck British industry, but every institution seemed to think it a mark of masculinity to fight its own corner and expose the weakness of central and local government. No one arose to match Adenauer and de Gaulle, who proved to be contemptuous enemies of Britain. They gave their fellow countrymen self-confidence and pride; and the leadership of Europe passed into their hands.

As a historian I permit myself an observation. Sadly enough the humiliation of defeat teaches men better than the vanity of victory how to inspire and resurrect their own dear country.

- 1 *Ian D. Turner* (ed.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy in the Western Zones, 1945-1955*, Oxford 1989.
- 2 *Kenneth William Dobson Strong*, February 1943 appointed head of General Eisenhower's Intelligence Staff, 1945-1947 Director of Foreign Office Political Intelligence Department.
- 3 *Victor Frederick William Cavendish-Bentinck*, 9th Duke of Portland (1893-1990), served in the Foreign Office from 1922 and was posted to various

British Embassies and Legations; 1944 Assistant Under-Secretary of State, 1939-1945 Chairman Joint Intelligence Committee of Chiefs of Staff, 1942-1945 also Foreign Office Adviser to Director of Plans, 1945-1947 Ambassador to Poland. In 1947 his uninhibited anti-Communist dispatches as Ambassador to Poland led to his recall by the Labour government and imminent posting to Brazil. This coincided with his petition for divorce. In the course of the court proceedings he was attacked by the press; Labour MPs made a case against immoral, aristocratic ambassadors. Cavendish-Bentinck was not only dismissed from service, but also lost his rights to a pension. He later created a new career for himself in business in Germany and was awarded the *Großes Verdienstkreuz*.

- 4 *Gruppe Neubeginnen* ('Miles Group') was a group of German Social Democrats in exile founded by Walter Löwenheim. In summer 1939 they moved from Paris to London. Their leading members were Karl Frank, Richard Löwenthal, Erwin Schöttle, and Waldemar von Knoeringen. In 1941 members of *Gruppe Neubeginnen* joined the newly set up *Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien*. For further information see *Lewis J. Edinger, German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era, Berkeley 1956; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen", Diss. Marburg 1957; Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 3. Auflage, Bonn 1973.*
- 5 Sir Christopher Eden Steel (1903-1973), joined the diplomatic service in 1927, 1935-1936 Assistant Private Secretary to the Prince of Wales, 1945 British Political Officer Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF), 1945-1947 Chief of the Political Division CCG (BE), 1947-1949 Political Adviser to the Commander-in-Chief, 1949-1950 Deputy UK High Commissioner in Germany, 1953-1956 British representative at NATO, 1956-1963 British Ambassador in Bonn.
- 6 Sir Ronald Hugh Grierson, 1945-1947 GSO I Intelligence British Army of the Rhine (BAOR), 1948-1968, 1980-1986 Director of S. G. Warburg and Co. Ltd., 1985-1990 Executive Chairman South Bank Board, since 1983 Vice-Chairman General Electric Company.
- 7 Major Randall, GSO II Intelligence BAOR.
- 8 Sir Gerald Walter Robert Templar (1898-1979), Deputy Commander-in-Chief BAOR, 1945-1946 Director of Military Government 21 Army Group, 1946-1948 Director of Military Intelligence War Office, 1948-1950 Vice-Chief of Imperial General Staff.
- 9 *Michael Thomas, Deutschland, England über alles. Rückkehr als britischer Besatzungsoffizier, Berlin 1984.* Thomas's autobiography portrays life and conditions in Germany after the Second World War. In it he reports on his activities as a member of the CCG (BE) in Germany.
- 10 Konrad Adenauer (1876-1967), 1917 mayor of Cologne, 1920-1923 member and President of Preußischer Staatsrat, 1917-1933 member of Provinzial-

- landtag and Provinzialausschuß Rheinprovinz, 1933 dismissed from office by the National Socialists and early retirement, 1944 imprisoned, 1945 appointed by the American occupation authorities as mayor of Cologne, but dismissed by the British shortly afterwards, 1946 head of CDU in the British Zone and 1950-1966 chairman of CDU in the FRG, first Chancellor of the FRG 1949-1963 and 1951-1955 Foreign Minister.
- 11 Ernest Bevin (1881-1951), 1922-1940 General Secretary of the Transport and General Workers' Union, 1940-1945 Minister for Labour and National Services, 1945-1951 Secretary of State for Foreign Affairs.
- 12 Basil Kingsley Martin (1897-1967), 1923-1927 Assistant Lecturer Department of Political Science at the London School of Economics, 1927-1931 editorial staff *Manchester Guardian*, 1931-1960 editor of the *New Statesman and Nation* and 1961-1962 editorial director.
- 13 Richard Howard Stafford Crossman (1907-1974), 1941-1943 member of the **Political Warfare Executive**, 1944-1945 Assistant Chief of Psychological Warfare Division SHAEF, 1938-1955 assistant editor *New Statesman and Nation*, 1964-1966 Minister of Housing and Local Government, 1966-1968 Leader of the House and Lord President to the Council, 1968-1970 Secretary of State for Social Services, 1970-1972 editor of *New Statesman*, 1945-1974 MP (Labour) for East Coventry, 1952-1967 member of the National Executive Committee of the Labour Party.
- 14 Barbara Anne Castle (born 1911), 1941-1944 Administrative Officer Ministry of Food, 1944-1945 Housing Correspondent and Forces Advisor *Daily Mirror*, 1945-1979 MP (Labour) for Blackburn, 1958-1959 chairman of the Labour Party, Minister of Overseas Development 1964-1965 and of Transport 1965-1968, 1968-1970 First Secretary of State and Secretary for Employment and Productivity, 1974-1976 Secretary of State for Social Services, 1975-1976 Co-Chairman Women's National Commission, 1979-1984 member of European Parliament for Manchester.
- 15 Konni Zilliacus (1894-1967), author and journalist, 1919-1939 member of Information Section League of Nations Secretariat General, in the Ministry of Information during the Second World War, 1945-1950 MP (Labour) for Gateshead and 1955-1967 for the Gorton division of Manchester, 1949 expelled from the Labour Party and in 1952 re-admitted, 1961-1963 Labour Whip.
- 16 Denis Winston Healey (born 1917), 1945-1952 Secretary International Department Labour Party, 1952-1955 MP (Labour) Leeds, 1974-1979 Chancellor of the Exchequer, 1952-1954 British Delegate to Consultative Assembly Council of Europe, 1953-1955 Western European Union and Council of Europe, 1954-1961 member Exec. Fabian Society, 1964-1970 Secretary of State for Defence, 1970-1975 member of the National Executive Committee of the Labour Party.
- 17 *Stephen Haseler*, "Denis Healey: A Profile". *The National Interest*, 1987, p. 21.
- 18 Sir Alan Francis Brooke, 1st Baron of Alanbrooke (1883-1963), 1941-1946 Chief of Imperial General Staff, 1942-1946 A.D.C. to the King.

- 19 John Burns Hynd (1902-1971), 1945-1947 Chancellor of the Duchy of Lancaster and Minister for German and Austrian Affairs, 1947 Minister of Pensions, 1944-1970 MP (Labour) for the Attercliffe division of Sheffield.
- 20 Austen Harry Albu (born 1903), 1946-1947 Deputy President of the Governmental Sub-Commission CCG (BE), 1948 Deputy Director British Institute of Management, Fellow of the Imperial College of Science and Technology, 1965-1967 Minister of State Department of Economic Affairs, 1948-1974 MP (Labour) for Edmonton.
- 21 For Antifaschistische Ausschüsse see *Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt* (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation in Deutschland*, Wuppertal 1976.
- 22 PRO, FO 1050/130, 29 November 1945.
- 23 Ebd.
- 24 H. W. H. Armytage, 1946 Commander Hansestadt Hamburg.
- 25 Rudolf H. Petersen (1878-1962), 1945 mayor of Hamburg, 1946 joined the CDU.
- 26 On my attempts to conciliate Adenauer see *Noel Annan*, *How Dr. Adenauer Rose Resilient from the Ruins of Germany* (The 1982 Bithell Memorial Lecture), London 1983.
- 27 Jakob Kaiser (1888-1961), from 1912 active in Christian trade union movement, 1945 founding member of CDU in the Soviet Occupied Zone of Germany and in Berlin and its first chairman, 1948-49 member of Parlamentarischer Rat which drafted the Basic Law (Grundgesetz), 1949-1957 member of Bundestag and Minister für Gesamtdeutsche Fragen, until 1958 deputy chairman CDU and head of Sozialausschüsse.
- 28 Karl Arnold (1901-1958), from 1920 active in Christian trade union movement, 1945 founding member of CDU and head of Sozialausschüsse, 1946 mayor of Düsseldorf, 1945-1956 Ministerpräsident of North Rhine-Westphalia.
- 29 *Carl-Horst Hahn*, *Der Schuman Plan. Eine Untersuchung im besonderen Hinblick auf die deutsch-französische Stahlindustrie*, München 1953; *William Diebold*, *The Schuman-Plan. A Study in Economic Co-operation 1950-1959*, New York 1959; *Klaus Schwabe* (Hrsg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Baden-Baden 1988; *Rudolf Mittendorfer*, *Robert Schuman – Architekt des neuen Europa*, Hildesheim 1983; *Raymond Poidevin*, *Robert Schuman. Homme d'état, 1886-1963*, Paris 1986.
- 30 Otto Grotewohl (1894-1964), from 1912 member of SPD and 1918-1922 of USPD, 1921-1924 minister (home, education, justice) in Brunswick, 1925-1933 member of Deutscher Reichstag, 1945 chairman of SPD Zentralausschuß in Berlin, after the enforced unification of KPD and SPD he became chairman of SED in 1946, 1946-1964 member of SED Zentralsekretariat and Politbüro, 1946-1950 member of Landtag Sachsen, 1949 member of GDR Volkskammer, 1949-1964 Ministerpräsident and 1960-1964 deputy chairman of the Staatsrat of the GDR.
- 31 Kurt Schumacher (1895-1952), heavily wounded in the First World War,

- 1918 member Arbeiter- und Soldatenrat Berlin, 1920-1924 journalist in Stuttgart, 1924-1931 member of Landtag Württemberg, 1930-1933 member of Deutscher Reichstag, 1933-1943 and again 1944 imprisoned in concentration camps, from 1945 active in the reorganization of the SPD and opposed the merger of SPD and KPD, 1946-1952 chairman of SPD.
- 32 Walter Ulbricht (1893-1973), from 1912 member of SPD and from 1919 member of KPD, 1926-1928 member of Landtag Sachsen, 1928-1933 member of Deutscher Reichstag, in 1933 he emigrated to France and in 1938 to the Soviet Union, 1943 founding member of Nationalkomitee Freies Deutschland, 1946-1973 chairman/member of SED Zentralkomitee and member of SED Zentralsekretariat/Politbüro, 1950-1953 General Secretary and 1953-1971 1st Secretary Zentralkomitee of the SED, 1949-1960 deputy chairman of GDR Ministerrat, 1960-1973 chairman of Staatsrat and of Nationaler Verteidigungsrat of the GDR.
- 33 Sir William Strang (1893-1978), from 1919 in the Foreign Service, 1939-1943 Head of Central Department Foreign Office Deputy Under-Secretary, 1943-1945 UK representative on the European Advisory Commission, 1945-1947 Political Adviser to the Military Governor CCG (BE), 1947-1949 Permanent Under-Secretary of State Foreign Office (German Section), 1949-1953 Permanent Under-Secretary of State Foreign Office.
- 34 PRO, FO 1049/326, 16 April 1946.
- 35 Sir Robert Birley (1903-1982), 1926-1935 Assistant Master Eton College, 1935-1947 Headmaster Charterhouse, 1947-1949 Educational Adviser CCG (BE), 1949-1963 Headmaster Eton College, 1964-1967 Visiting Professor of Education University of Witwatersrand, 1967-1971 Professor and Head of Department of Social Science and Humanities, City University London.
- 36 George Humphrey Wolferstan Rylands (born 1902), Fellow King's College Cambridge, University Lecturer in English Literature, 1946-1982 Chairman of Directors and Trustees of the Arts Theatre Cambridge, 1945-1978 Governor of the Old Vic.
- 37 Jürgen Karl Geibel Fehling (1895-1968), 1922-1939 director of Staatstheater Berlin, 1940-1945 director at Staatliches Schauspielhaus Berlin, 1949-1952 director at various theatres in Munich, Zurich and Berlin.
- 38 Walther Suessenguth (born 1906), actor and director, 1952 director of the Hebbel Theater Berlin.
- 39 Sir Laurence Olivier, Baron of Brighton (1907-1989), actor and director, from 1937 member of the Old Vic Company and 1963-1973 its director, 1962-1965 director of the Chichester Festival.

Britische Besatzungspolitik im Spannungsverhältnis von Planung und Realität

LOTHAR KETTENACKER

Die britische Deutschlandpolitik in der Formulierungs- und Durchsetzungsphase, also während des Krieges und danach, war mehr von prozeduralen als von inhaltlichen Gesichtspunkten bestimmt.¹ Dies entsprach sowohl den politischen Gegebenheiten, den Gesetzmäßigkeiten einer Koalitionskriegführung auf nationaler wie internationaler Ebene, als auch in vieler Hinsicht dem britischen Politikverständnis schlechthin: das heißt der besonders ausgeprägten Einsicht, daß Form und Inhalt von Politik nicht voneinander zu trennen sind. Daß es dabei nicht blieb, daß die Vorgehensweise am Ende auch politische Konsequenzen zeitigte, steht außer Frage. Gerade deshalb tut man gut daran, die Verfahrensfrage auch dann als Entscheidungsprozeß zu begreifen, wenn sie allem Anschein nach keine unmittelbar wirksamen Entscheidungen hervorbrachte. Der spezifisch technokratische Charakter der britischen Deutschlandpolitik ergibt sich aus einer Reihe von axiomatischen Grundannahmen, die den Handlungsspielraum maßgeblich determinierten.

1. Die britische Regierung hatte sich noch unter Chamberlain gegen eine Definition der Kriegsziele ausgesprochen,² was zur Folge hatte, daß vorerst keine Notwendigkeit einer internen Klärung bestand.
2. Dieser Trend wurde durch den Übergang der von Churchill zunächst aus propagandistischen Gründen proklamierten Politik des "no surrender" zur Festlegung auf "unconditional surrender" noch verstärkt.³
3. Bedingt durch die zunehmende Relativierung britischer Macht im Rahmen der neuen Weltmächtekonstellation⁴ verstärkte sich das ohnehin vorhandene Interesse an einer vertraglichen Festlegung der Modalitäten künftiger Entscheidungsprozesse.

Auffallend ist nicht allein der frühe Zeitpunkt, an dem die systematische Planung für das Kriegsende einsetzte, nämlich für den völkerrechtlichen Abschluß des Krieges und das Okkupationsstatut für Deutschland, sondern vor allem die Tatsache, daß die Planungsstäbe Whitehalls ohne politische Vorgaben, ohne Richtlinien des Kabinetts, auskommen mußten. Inhaltliche Festlegungen hinsichtlich der Be-

handlung Deutschlands, die über das gebotene Mindestmaß, die Beseitigung des NS-Regimes und des militärisch-industriellen Komplexes, hinausgingen, bedrohten sowohl den Zusammenhalt der großen Koalition als auch das heterogene Zweckbündnis der Großen Drei.

Mit den Planungen für das Kriegsende wurde im Sommer 1942 begonnen, nicht lange nach dem Abschluß des britisch-sowjetischen Bündnisvertrages vom 26. Mai⁵ und zugleich als Reaktion auf den amerikanischen Vorschlag,⁶ daß dem Friedensvertrag eine längere "cooling-off-period" vorausgehen müsse. Zwar gingen auch die Briten von einer längeren Okkupationsphase aus, doch hielten sie es für unabdingbar, daß durch einen umfassenden, wenn auch einseitig diktierten Waffenstillstandsvertrag, eine Art oktroyierter Friedensvertrag, die rechtlichen Voraussetzungen für das Besatzungsregime geschaffen wurden. Diesen Präliminarien maß das Foreign Office im Gegensatz zu den anderen beiden Allianzpartnern die allergrößte Bedeutung bei. Das Dilemma bestand nun darin, daß die kalkulatorische Antizipation der Verhältnisse bei Kriegsende mehr Unbekannte enthielt, als es bei mathematischen Gleichungen statthaft wäre. Wie es den britischen "Chiefs of Staff" vor dem Krieg darum zu tun war, die Anzahl der potentiellen Gegner zu vermindern – folglich unterstützten sie die Appeasement-Politik des Premierministers⁷ –, so sah sich jetzt die Entscheidungselite Whitehalls dazu veranlaßt, ihr Planungsgebäude durch eine Reduktion der Unsicherheitsfaktoren gewissermaßen statisch zu sichern. Die wichtigsten Prämissen waren:

1. Eine Fortsetzung des auf 20 Jahre abgeschlossenen Bündnisvertrages mit der Sowjetunion auf der Basis kooperativer Aufsicht über die deutsche Konkursmasse.
2. Das Vorhandensein einer akzeptablen deutschen Regierung oder zumindest eines funktionierenden zentralen Verwaltungsapparates in Berlin bei Kriegsende, unabhängig von der Frage, ob schließlich die Teilung Deutschlands beschlossen würde oder nicht.
3. Die erfolgreiche Anwendung des bewährten Herrschaftsprinzips der "indirect rule", um nicht in die Verwaltung Deutschlands hineingezogen zu werden und gleichwohl mit einem Minimum an "manpower" ein Maximum an Einfluß zu erzielen.

Das auf diesen Grundlagen basierende Kontrollratsgebäude war, wie wir wissen, auf historischem Schwemmsand erbaut worden: Keine dieser Annahmen, so vernünftig sie auch waren, sollte sich als zutreffend erweisen. Es läßt sich an der Kluft zwischen Herrschaftsplanung und Herrschaftsausübung verdeutlichen, wenn es eines solchen Beweises

in diesen bewegten Zeiten überhaupt noch bedarf, daß die Realität auch von einer noch so rationalen Zukunftsplanung nicht determiniert werden kann. Es kommt stets anders als man denkt, und das heißt, selbst anders, als man vorausschauend plant.

Während die britische Öffentlichkeit, im wesentlichen Presse und Parlament, auf die Frage der staatlichen Aufteilung des Reiches ("dismemberment") fixiert war⁸ – die "quality press" war dagegen, die Politiker allem Anschein nach mehrheitlich dafür –, stand für die Planungstäbe die Frage des politischen Handlungsspielraums bei Kriegsende im Vordergrund. Hier war man mit dem Problem konfrontiert, daß die politischen Intentionen und die realen Ressourcen jeweils eine andere Vorgehensweise empfahlen. Diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Reformwillen und Veränderungsmöglichkeiten, sollte sich nach dem Krieg auf fast alle Bereiche der britischen Besatzungspolitik erstrecken.

Die mit der Deutschlandplanung befaßten Beamten stellten sich folgende Fragen: Würde man bei Kriegsende eine handlungsfähige und zugleich politisch akzeptable, nicht mehr aus Anhängern des NS-Regimes bestehende Berliner Regierung vorfinden oder zumindest oberste Reichsbehörden, einen effektiven und effizienten Beamtenapparat, dem man die Ausführung unzähliger Auflagen anvertrauen konnte? War es überhaupt wünschenswert, die politisch kompromittierte Führungsschicht Deutschlands in Amt und Würden zu belassen? Gefährdete eine Politik administrativer Zweckmäßigkeit nicht die eigentliche Zielsetzung, den demokratischen Wiederaufbau von unten und dadurch ausgelöst, den totalen Gesinnungswandel, "a change of heart"?⁹

Den Beamten war bewußt, daß die Beantwortung dieser Fragen Einfluß auf die Teilungsproblematik haben mußte, doch scheute man sich, auf diesen Konnex hinzuweisen, weil damit die Entscheidungsgrundlagen noch weiteren Komplikationen ausgesetzt wurden. Es gab im übrigen einzelne Experten, wie T. H. Marshall vom Foreign Research and Press Service, dem späteren Foreign Office Research Department, die sowohl gegen die Teilung als auch gegen die Beibehaltung des Berliner Beamtenapparates Stellung nahmen und damit einen sehr aufgeklärten Standpunkt vertraten. Diese Auffassung spiegelte sich denn auch in der ersten Kabinettsvorlage des Foreign Office zur Deutschlandfrage vom 8. März 1943 wider. Empfohlen wurde "a joint announcement immediately after the armistice that (1) no recognised Central Government existed and (2) that the occupation forces would deal with the regional or provincial authorities".¹⁰ Kein Plädoyer für die

Teilung, wohl aber für eine bewußte Ausschaltung Berlins zugunsten der regionalen Verwaltungsbehörden. Es war dies ein geschickter Schachzug, weil damit die Option für die Teilung gewahrt blieb, obwohl das mit Deutschland befaßte Central Department und die meisten einflußreichen Beamten des Foreign Office diese Politik für unsinnig bzw. kontraproduktiv hielten, nur dazu geeignet, dem deutschen Nationalismus neuen Auftrieb zu geben. Außenminister Eden hielt an dem Gedanken fest, zunächst von der Anerkennung einer deutschen Zentralregierung Abstand zu nehmen, als er im Kabinett den Kurs für die Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 erläuterte: "In the absence of potential democratic leaders after 10 years of Nazi repression, any such government could probably only be representative of the old Germany and might well ensure the survival of those very elements of militarism which it is our fundamental aim to destroy."¹¹

Freilich war nicht zu übersehen, daß sich Deutschland zwar ohne Zentralregierung indirekt beherrschen ließ, aber gewiß nicht ohne die Hilfe des Berliner Behördenapparates. Im Kabinett wurden denn auch Bedenken gegen die Übernahme der Regierungsverantwortung und der direkten Verwaltung erhoben, gegen "the heavy and insidious task involved in assuming direct responsibility for the administration of Germany".¹² Dreivierteljahr später hatte man sich im Foreign Office diesen Standpunkt voll und ganz zu eigen gemacht: Kurswechsel um 180 Grad. Ein Memorandum vom 15. Juli 1944, also eine Woche vor dem Attentatsversuch, führte alle Gründe auf, die für die Beibehaltung einer unpolitischen Expertenregierung sprachen, "a lame duck administration to cover the election period".¹³ Ja mehr noch, für den Fall, daß man in Berlin keine intakte Regierung antraf, sollte die Wehrmacht dazu aufgefordert werden, sich eine Regierungsmannschaft für die Übergangszeit, "a stop gap civilian team", zusammenzusuchen.¹⁴ Erstmals stellten sich jetzt Zweifel hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der dreigeteilten, höchst heterogenen Kontrollkommission ein, falls der Kontrollrat, das oberste Leitungsgremium, nicht durch eine homogene, deutsche Reichsregierung sozusagen zum Konsens vergattert wurde. Kontrollratskonzeption und einheitliche Reichsverwaltung bedingten einander, und zwar umso mehr, je weniger die drei Alliierten in anderer Hinsicht zusammenhielten.

Nach dem Scheitern des 20. Juli tauchte die gerade für die britische Regierung besonders erschreckende Vorstellung auf, daß das Reich samt Reichsverwaltung im Chaos der schrittweisen Eroberung untergehen mochte. Was sollte dann aus dem Prinzip der "indirect rule"

werden? Selbst wenn langfristig die Dezentralisierung Deutschlands ins Auge gefaßt sei, so der Rat der Experten, komme man nicht umhin, für alle wirtschaftlichen Auflagen des Waffenstillstandsvertrages, die Finanzen, Produktion und Außenhandel beträfen, einen neuen Lenkungsapparat an der Spitze einzurichten.¹⁵ Die Planungsstäbe des State Department hielten dagegen um diese Zeit immer noch an dem ursprünglichen Dezentralisierungskonzept des Foreign Office Research Department fest: Wiederaufbau der Demokratie in den drei Zonen ohne Zuhilfenahme Berliner Behörden.¹⁶ Die Zivilverwaltungsoffiziere von SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces), Amerikaner und Briten, mußten ohnehin dafür sorgen, im Zuge der Eroberung den Verkehr deutscher Behörden mit Berlin systematisch zu unterbinden. Die Sympathie der Offiziere für einen neuen bürokratischen Wasserkopf alliierter Provenienz hielt sich in Grenzen, zumal die Kontrollkommission das Ende des gemeinsamen anglo-amerikanischen Hauptquartiers signalisierte. Die Militärs vor Ort konnten sich stets in Washington leichter Gehör verschaffen als in London. Dort wollte man 1944 noch nichts von dem Begriff "Military Government" für die Okkupationszeit wissen. Mit Bestürzung stellten die britischen Militärsachverständigen fest, daß ihre amerikanischen Kollegen überall das Heft in der Hand behalten wollten, "as far down as towns".¹⁷ Natürlich dachten die amerikanischen Zivilverwaltungsoffiziere nicht daran, Deutschland durch 100 000 US-Obristen in Gang zu halten. Vielmehr legte man deshalb so großen Wert auf den Begriff "Allied Military Government", weil darin am deutlichsten die Machtvollkommenheit der Oberbefehlshaber zum Ausdruck kam und man so der Gefahr enthoben war, sich auf politische Verhandlungen mit irgendwelchen deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen einzulassen. Aus dem gleichen Grund hatte Washington darauf bestanden, die von den Briten lange Zeit bevorzugte Bezeichnung "armistice" durch den Ausdruck "instrument of surrender" zu ersetzen.¹⁸ Um so erleichterter waren die Beamten des Foreign Office, als sie feststellten, daß die Russen mit dem britischen Berlin-Plan samt Kontrollkommission einverstanden waren und allem Anschein nach ebenfalls von der Existenz einer deutschen Zentralregierung oder doch wenigstens von dem Weiterbestehen der obersten Reichsbehörden ausgingen. Das dicke Ende kam dann acht Monate später, im Herbst 1944, als die Materie in der European Advisory Commission im einzelnen verhandelt wurde und der sowjetische Delegationsleiter auf der Souveränität eines jeden Oberbefehlshabers in seiner Zone bestand und dann auch noch das Zonenprinzip auf Berlin angewandt sehen wollte.¹⁹ Der ursprüng-

liche britische Plan hatte eine gemeinsame und gemischte Besetzung Berlins durch die United Nations vorgesehen. Inzwischen hatte sich auch auf amerikanischer Seite höheren Orts die Einsicht durchgesetzt, daß Berlin der eigentliche Testfall für die interalliierte Kooperation nach dem Krieg sein würde. Dies hielt amerikanische Zivilverwaltungs-offiziere der Abteilung G-5 bei SHAEF nicht davon ab, über die Berliner Konstruktion als "Holy Trinity" zu spotten.

Läßt man sich nur von der Argumentation der Minister und der Spitzenbeamten in London leiten, so entsteht leicht der Eindruck, als sollte Deutschland das letzte und glänzendste Exerzierfeld für das indirekte Herrschaftsprinzip werden, als sei es den Briten darum gegangen, mit dem Einsatz weniger Experten in Berlin die ganze komplizierte deutsche Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie zu kontrollieren.

Der Schein trügt, die Realität sah ganz anders aus. Die von den Briten favorisierte Methode der zivilen Kontrolle sollte sich in diesem Falle am Ende als sehr viel personalintensiver, bürokratischer und umständlicher erweisen als die von den Amerikanern bevorzugte straffe Form der Militärregierung. Auch wenn die Zahlenangaben variieren, so scheint doch festzustehen, daß die Control Commission for Germany (British Element) mindestens dreimal mehr, wahrscheinlich aber viermal mehr, Personal umfaßte als OMGUS (Office of Military Government of the United States), und auch einen entsprechenden Aktenberg produzierte. Das überlieferte Material von nahezu 30 000 Einheiten entspricht etwa einem Hundertsten des ursprünglichen Aktenvolumens.²⁰ Gewiß ist die gänzlich unbeabsichtigte Aufblähung der britischen Militärregierung in erster Linie mit den vorgefundenen Verhältnissen vor Ort zu erklären. Berlin war, nicht anders als das Ruhrgebiet, ein Trümmerfeld, nicht länger das Nervenzentrum des Deutschen Reiches. Hinzu kam, daß man erst nach langen Verhandlungen mit den Russen am 2. Juli 1945 Zutritt erhielt und schon erleichtert war, funktionierende, wenn auch kommunistisch unterwanderte Bezirksregierungen vorzufinden.²¹ Nun trat eine Verdoppelung der Geschäfte ein: In Berlin übernahm die Kontrollkommission die Funktion der früheren Reichsbehörden, und im Zonenhauptquartier, das sich auf die Orte Bad Oeynhausen, Herford, Minden und Lübbecke erstreckte, wurde eine Parallelverwaltung mit exekutiven Vollmachten geschaffen. An sich wäre es vernünftiger gewesen, die Kontrolltätigkeit ganz auf die Zone zu konzentrieren, nachdem die Funktionsfähigkeit von Kontrollrat und Kontroll-

kommission in Anbetracht des totalen Zusammenbruchs der zentralen Reichsverwaltung in höchstem Maße fragwürdig geworden war. Aber man mochte gerade auf britischer Seite die Hoffnung auf Berlin als zentrale Schaltstelle und den so bedingten Zwang zu interalliiertem Kooperation noch nicht begraben; der Desillusionierungsprozeß brauchte seine Zeit. Zudem war die Kontrollkommission mit ihren dreizehn Haupt- und sieben Unterabteilungen nun einmal auf die Übernahme der Verantwortung in Berlin hin konzipiert und aufgebaut worden. Sicher gab es auch trotz aller Liaison Spannungen zu den aktiven Zivilverwaltungsoffizieren der Abteilung G-5, die über eine sehr viel realistischere Einschätzung der Lage verfügten, als die zu Schreibtischtätern ausgebildeten Experten im Norfolk House.

Aber es muß noch andere Gründe geben, die das unkontrollierte Wachstum der britischen Kontrollbehörden erklären. Einer der Zeitzeugen, der aus Deutschland stammende britische Offizier Major Michael Thomas, spricht von der "Manie der Briten, alles bis ins kleinste Detail zu kontrollieren", was dann zu einer immer direkteren Herrschaft geführt habe.²² Tatsächlich gehörten dazu, um nur ein Beispiel zu nennen, auch die Bilanzen deutscher Sparkassen.²³ Allein die im britischen Entwurf vorgesehene Anzahl und der Charakter der Waffenstillstandsbedingungen und die daraus abgeleiteten, in einem Handbuch zusammengefaßten Direktiven bestätigen diesen Eindruck voll und ganz.²⁴ Aus ihnen spricht nicht so sehr das Bewußtsein des Siegers, als vielmehr die Mentalität des skrupulösen Nachlaßverwalters, der keinen Anspruch und keinen Besitztitel übersehen haben möchte.

Es ist eine bekannte historische Tatsache, daß die Ausdehnung einer Behörde nicht in gleichem Maße ihrer zunehmenden Bedeutung entspricht. Unter Lord Palmerston erreichte das Foreign Office den Zenit seines Einflusses, obwohl der Behördenchef nur über einen kleinen Beraterstab verfügte, der noch dazu in einem auffälligen Gebäude untergebracht war. Auf's neue bestätigt wird diese Erkenntnis durch einen Vergleich zwischen OMGUS und CCG (BE) oder auch zwischen Montgomerys Civil Affairs Stab in der ersten Wiederaufbauphase und der späteren Arbeit der viel voluminöseren Kontrollkommission. In der britischen Zone türmte sich vor der Besatzungsmacht ein Riesenberg von Problemen auf, bedingt durch die große Bevölkerungsdichte, das Ausmaß der Zerstörungen, die geringe landwirtschaftliche Nutzfläche. In den ersten Monaten standen nur etwa 2 000 Offiziere und 3 000 Mann für Zivilverwaltungsaufgaben zur Verfügung: Die von ihnen geleistete Arbeit, insbesondere die Instandsetzung der Verkehrswege, die Versorgung von drei Millionen Wehr-

machtsangehörigen, die Rückführung vieler Displaced Persons, war außerordentlich beeindruckend.²⁵ Bis Anfang 1946, so lange das Militär eindeutig dominierte, galt die britische Zone als die am besten geführte. Freilich war auch in dieser Phase der Wiederaufbauwille ausgeprägter als der Reformeifer, teils bedingt durch die "no nonsense"-Mentalität der Militärs, teils auch deswegen, weil man vergeblich auf Reformimpulse aus Berlin hoffte. Die Rücksichtnahme auf die anderen Besatzungsmächte ging bis zur Selbstverleugnung. Überspitzt könnte man sagen, daß das Ansehen der britischen Kontrollkommission, und zwar sowohl in London als auch unter der deutschen Bevölkerung, in dem Maße zurückging, in dem Zivilisten die Kontrolle übernahmen, der Personalbestand und damit die Bürokratie wuchs, und die Kosten stiegen. Im Parlament wurde darauf verwiesen, daß für die Beaufsichtigung von 23 Millionen Deutschen 26 000 Personen benötigt wurden (Verwaltungskosten: 80 Millionen Pfund), während die Vorkriegsverwaltung in Indien mit 1 500 Beamten ausgekommen sei.²⁶

Die Proliferation der Kontrollbürokratie ist nur eine Konsequenz der vielen Planungsstäbe und ihrer minutiösen Vorgehensweise. Im Oktober 1944 hatte man 1 380 Experten für die Kontrollkommission rekrutiert, bei einer Sollstärke von 5 386.²⁷ Wenige Monate später waren 1 990 Spezialisten beisammen, aber die Personalanforderung hatte sich inzwischen auf 6 984 erhöht. Und so ging es weiter, bis die Behörde am 1. Januar 1947 26 280 Kontrollbeamte erreichte, bei einer angestrebten, allerdings nie erreichten Sollstärke von 40 000 (Frühjahr 1946). Um junge, tüchtige Offiziere davon abzuhalten, ins Zivilleben zurückzukehren, wollte General S. W. Kirby – ihm war zunächst der Aufbau der Control Commission anvertraut worden – einen "Control Service" etablieren, also ein eigenes Beamtenkorps; er drang indes mit diesem Gedanken in Whitehall nicht durch.²⁸ Während die Offiziere der ersten Stunde, zumal die zupackenden Royal Engineers, bei der Bevölkerung großen Respekt genossen, war das später eingerichtete zivile Regiment zweifellos weniger gut gelitten. Erst jetzt scheint sich ein gewisser Reformeifer ausgebreitet zu haben, dessen Effektivität in keinem sinnvollen Verhältnis mehr zu dem Personaleinsatz stand. Eine große Anzahl von Mitgliedern der Militärregierung war ständig unterwegs, zu Liaisonzwecken oder auf irgendwelchen Inspektionsreisen, um danach Berichte zu verfassen, die höheren Orts kaum mehr zur Kenntnis genommen wurden. Große Mühe verwandte man auf die Suche nach geeigneten deutschen Führungskadern und ließ diesen auf allen Ebenen eine intensive, gut gemeinte, mitunter aber auch governantenhafte Betreuung angedeihen. Gefragt waren junge, politisch unbelastete und

ungebundene Führungskräfte,²⁹ vor allem im kommunalen Bereich; angetroffen wurden jedoch in erster Linie ältere Politiker der Weimarer Republik, die sich als demokratisch legitimiert ausgeben konnten und ihre Mitarbeit anboten.

Die britische Kontrollkommission litt von Anfang an darunter, daß sie von Whitehall nicht ganz ernst genommen und in der Folgezeit wie ein ungeliebtes Waisenkind hin und her geschoben wurde, nicht zuletzt wegen der Zweifel, ob ihr eine konkrete Aufgabe in der Zukunft zuwachsen würde. In dieser Situation will jede Behörde sich und anderen ihre Existenzberechtigung beweisen. Lange Zeit stand nicht fest, wer an die Spitze der britischen Militärregierung in Deutschland berufen würde. In der langen Vorbereitungsphase behalf man sich mit Deputy Commissioners wie General Kirby vom War Office und Yvone A. Kirkpatrick vom Foreign Office; es waren fähige Staatsdiener, aber keine prominenten Politiker oder Heerführer. Unterstand die Control Commission zunächst dem Foreign Office, dem die Planung für die Okkupationszeit oblag, so trat die Behörde mit ihrem Einsatz in Deutschland am 1. Juni 1945 unter die Fittiche des War Office, obwohl der erneute Wechsel in zivile Obhut schon um diese Zeit feststand.³⁰ Wenige Monate später, am 22. Oktober 1945, übernahm dann das Control Office for Germany and Austria (COGA) die Verantwortung; es wurde dem Chancellor of the Duchy of Lancaster unterstellt, dem rechtschaffenen, aber farblosen Labourpolitiker John Burns Hynd,³¹ der keinen Sitz im Kabinett hatte und sich dort und im Parlament durch den Kriegsminister vertreten lassen mußte. Bis das Foreign Office im Frühjahr 1947 erneut die Zügel in die Hand nahm, war die Control Commission weitgehend sich selbst überlassen, blähte ihren Apparat auf und fühlte sich gleichwohl von London stiefmütterlich behandelt: eine Kolonialverwaltung auf Abruf.

Die neue Londoner Aufsichtsbehörde, die im März 1946 3 000 Beamte umfaßte, erfreute sich unter den Besatzungsoffizieren in Deutschland keiner großen Beliebtheit oder Autorität, was dazu führte, daß der Instanzenweg nicht eingehalten wurde; die alten Kommunikationsstränge zu den einflußreicheren Ministerien Whitehalls erwiesen sich als viel effektiver. Im Dezember 1946 machte der eigentliche Chef der britischen Militärregierung, General Sir Brian Robertson, aus seiner Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen keinen Hehl. "He felt", hielt Sir Orme Sargent in einer Gesprächsnotiz fest, "that the Control Office for Germany and Austria had no sufficient authority to put through and defend a definite German policy in the

Cabinet and in Parliament.“³² Darunter litt auch die Arbeitsmoral der vor Ort tätigen Kontrolleure, die nicht wußten, woran sie sich halten sollten. Es gab nicht einmal einen rundum abgestimmten Generalplan für die Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der britischen Zone. Man hoffte immer noch wider besseres Wissen auf das Wunder der Verständigung in Berlin.

Die britische Kontrollkommission glaubte, sich mit der Zulassung der Presse, der politischen Parteien und der Selbstverwaltungskörperschaften Zeit lassen zu können, geriet jedoch durch das entschlosseneren Vorgehen der Russen und Amerikaner in Zugzwang. Mit Recht klagte John Troutbeck vom Foreign Office in einem Schreiben an William Strang am 9. Oktober 1945 darüber, daß die in der *“Directive on Administration, Local and Regional Government”* angeordnete Lizenzierung politischer Parteien auf Kreisebene einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich bringe und den ganzen Demokratisierungsprozeß durch eine Fülle von Prüfungsverfahren unendlich verzögere.³³ Die amerikanischen Zivilverwaltungsbeamten beschränkten sich im allgemeinen darauf, die Spitzenbeamten der von ihnen sehr rasch geschaffenen Länderbehörden zu instruieren und verließen sich dann auf die über den deutschen Instanzenweg laufende Vermittlung nach unten. Die Weisungsbefugnisse der örtlichen *“detachments”* waren offenbar sehr viel begrenzter, als auf britischer Seite. Die schnelle, nach britischer Einschätzung viel zu rasche Übertragung von politischer Verantwortung an deutsche Selbstverwaltungsorgane zeugt von dem ausgeprägteren Selbstbewußtsein und dem größeren Demokratievertrauen der amerikanischen Besatzungsmacht. Unterstellt wurde ihnen aber von britischer Seite, daß ihnen jeglicher Sinn für die Sicherheitsproblematik fehle und daß sie nur daran dächten, sich durch den zügigen Wiederaufbau Deutschlands bald entbehrlich zu machen. Dazu heißt es in einer Stellungnahme des Foreign Office vom 9. Oktober 1945: *“It shows exactly how eager the American soldiers are to build up Germany. The same bug has bitten Field-Marshal Montgomery.”*³⁴

Als die Briten schließlich bereit waren, ihrer Militärregierung ein zivileres Aussehen zu geben, führte dies mit der Einsetzung der Regional Commissioners in Hamburg, Hannover, Nordrhein, Westfalen und Schleswig-Holstein ab Mitte 1946 zu einer erneuten Parallelverwaltung, und zwar diesmal mehr in Anlehnung an die deutschen Provinzial- und Länderbehörden.³⁵

Die unterschiedliche Vorgehensweise von Amerikanern und Briten spiegelt sich auch in den Persönlichkeiten der mit der Militärregierung betrauten stellvertretenden Militärgouverneure wider. Der höchst

dynamische, mit einer prokonsularischen Amtsauffassung ausgestattete US-General Lucius D. Clay³⁶ repräsentierte auf überzeugende Weise die Führungsposition der Vereinigten Staaten und verfügte über einen viel größeren Handlungsspielraum, als die anderen Mitglieder des Kontrollrates. Er sprach sich schon im Herbst 1945 für eine Verschmelzung der amerikanischen und britischen Zone aus, als die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen an der systematischen Obstruktionspolitik der Franzosen scheiterte und damit das ganze alliierte Kontrollgebäude ins Wanken geriet.³⁷ Sir Brian Robertson mußte sich dagegen mit allen möglichen Stellen in der Zone, in Berlin und in London ständig ins Benehmen setzen, bevor er irgendwelche Stellungnahmen im Kontrollrat abgeben konnte. Dieses durch zahlreiche Verbindungsoffiziere in Gang gehaltene Abstimmungsverfahren setzte sich dann nach unten fort. Das ganze System der Kommunikationsstrukturen schien sich mehr und mehr zu verselbständigen, jenseits aller Zweckrationalität. Dieser Eindruck hat sich offenbar auch der deutschen Bevölkerung aufgedrängt. In dem Bericht des Polizeipräsidenten von Schleswig-Holstein an die Militärregierung in Schleswig vom 31. Dezember 1945 heißt es, die Meinung sei verbreitet, "that it would be more helpful to act than to report daily on the forming of committees, preparing of conferences, preliminary discussions for the meeting of statesmen, etc. ... people therefore expect a dark future".³⁸ Bald war die Initiative an die Amerikaner übergegangen, die unter der energischen Führung von Clay konsequent auf die Bizone zusteuerten. "The British Occupation", stellte Farquharson fest, "was drifting until merger."³⁹

Die Aufblähung der Besatzungsverwaltung steht in einem auffallenden Gegensatz zu dem Volumen des politischen Reformprogramms. Gemessen an den von ihr durchgesetzten Strukturveränderungen, das heißt abgesehen von der Abwicklung der nationalsozialistischen Hinterlassenschaft, war die Militärregierung nicht sonderlich effizient. Gleichwohl hat sie auf vielfältige Weise zur Verbreitung und Festigung liberal-demokratischer Umgangsformen beigetragen, und zwar nicht zuletzt gerade durch die Pflege persönlicher Kontakte auf allen Ebenen der Verwaltung. So gesehen läßt sich der Personalaufwand durchaus rechtfertigen. Aber es ist zweifelhaft, ob diese Zielsetzung das eigentliche Antriebsaggregat für die Expansion der Verwaltungsorgane war. Der Zusammenbruch der Berliner Reichsbehörden, auf denen die britische Herrschaftskonzeption beruhte, und der mangelnde Konsens der Alliierten hinsichtlich der Errichtung neuer Zentralverwaltungsinstanzen gingen einher mit der forcierten Dekolonisierung des Empire, der

Demobilisierung der Streitkräfte und der Auflösung kriegsbedingter Behörden (Ministry of Information, Ministry of Economic Warfare etc.): An Verwaltungspersonal bestand also kein Mangel, und in Deutschland boten sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten an. Woran es wohl eher fehlte, waren geeignete Fachleute. Unter den zahlreichen Kontroll-offizieren gab es nur eine zahlenmäßig kleine Elite von Experten, die Deutsch sprachen oder verstanden und eine Ahnung von deutschen Verwaltungsstrukturen hatten. Hinzu trat eine starke Fluktuation im Personalwesen: Gerade die besten Kräfte fanden am ehesten wieder eine zivile Anstellung in der Heimat. Um so mehr war man auf deutsche Fachleute angewiesen, die im Auftrag der Militärregierung für Recht und Ordnung sorgten. Lange Zeit mißtraute man dem demokratischen Volkswillen der Deutschen, der sich bis zum bitteren Ende in blindem Führerglauben zu erkennen gegeben hatte, und auch durch die jüngste Katastrophe noch nicht ganz geheilt zu sein schien.⁴⁰ Setzte die sowjetische Militäradministration auf ihre in Moskau ausgebildeten Kadergruppen, die amerikanische Militärregierung (OMGUS) auf partizipatorische Einübung demokratischer Verhaltensformen an der Basis, sozusagen nach dem "do-it-yourself"-Verfahren, so tendierten die Briten zu einer behutsamen, pädagogisch motivierten Vorgehensweise. Das aber konnte nur heißen: Zusammenarbeit mit einer politisch unbelasteten, von den Besatzungsorganen eingesetzten Verwaltungs-elite.

Es hätte großer Entschlossenheit und entschiedenen Auftretens, vor allem aber frühzeitig festliegender Reformkonzepte bedurft, um diese Beamtenelite dazu zu bewegen, von den ihnen vertrauten, in ihren Augen bewährten Geleisen auf neue überzuwechseln. Bei einer ängstlich auf die Abstimmung mit den anderen Alliierten bedachten, von liberalen Skrupeln und prozeduralen Fragen geplagten Besatzungsmacht waren diese Voraussetzungen indes gar nicht gegeben. Unter den unpolitischen bzw. politisch unbelasteten Fachleuten, mit denen es die Briten zu tun hatten, Bürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten u.a., war das Beharrungsvermögen und Besitzstandsdenken besonders stark ausgeprägt, untermauert von einer Verwaltungskompetenz, auf welche die landfremde Militärregierung nicht glaubte verzichten zu können. Gerade in unseren Tagen wird erkennbar, wie sehr der wirtschaftliche Aufbau in einem darniederliegenden Lande von der Effizienz der Verwaltung abhängt. Diese Tatsache war den Londoner Planungsstäben nur allzu bewußt.⁴¹ Durchgreifende Reformmaßnahmen hätten mit der Einsetzung eines völlig neustrukturierten öffentlichen Dienstes beginnen müssen. Doch in der noch weitgehend von den Prämissen der

Planungsbürokratie ("indirect rule") und noch nachhaltiger von der akuten Notlage vor Ort bestimmten Anfangsphase fehlte dazu meist jegliche Disposition auf Seiten der Besatzungsmacht. Die Politik der "tabula rasa" bezog sich auf die vorausgehenden zwölf Jahre Hitler-Diktatur, nicht auf die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Deutschlands insgesamt.⁴² Schon mit diesen Sanierungsaufgaben hatte man genug zu tun. Der Rückgriff auf Fachkräfte, die sich politisch nicht allzusehr exponiert hatten, lag nahe. Im Einzelfall war man sogar bereit, nationalsozialistische Einrichtungen bis auf weiteres bestehen zu lassen; das galt insbesondere für den Reichsnährstand, der bei der Ernährung der deutschen Bevölkerung im Kriege erstaunliche Leistungen vollbracht hatte.⁴³ Mit jedem Tag ersprießlicher Zusammenarbeit mit den neu eingesetzten Behördenleitern wurden Kurskorrekturen schwieriger. Nichts war ohne die Kooperation mit der einheimischen Verwaltungselite zu bewerkstelligen. Und man mußte es hinnehmen, daß diese schrittweise mit größerer Verantwortung ausgestatteten Fachleute keineswegs immer von dem britischen "approach" zu überzeugen waren, der sich ab Spätherbst in einem gewissen Reformeifer der neuen zivilen, um die Legitimation ihrer Daseinsfunktion bemühten Kontrollbeamten äußerte. So gesehen darf man sich eigentlich nicht wundern, daß so wenige Reformen durchgesetzt wurden, sondern viel eher darüber, daß es überhaupt möglich war, vereinzelt Veränderung zu implementieren, wie etwa auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens⁴⁴ oder bei der Neuordnung der Kommunalverfassung.⁴⁵ Gerade in diesen beiden Bereichen stellen sich jedoch die Briten ein Zeugnis aus, dessen Noten heute relativiert werden müssen. Hinsichtlich der Entstehung des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschränkte sich der britische Einfluß auf den föderativen Charakter der Spitzenorganisation, ganz im Einklang mit der generellen Dezentralisierung der Machtverhältnisse in Deutschland, der die Besatzungsmacht grundsätzliche Bedeutung beimaß. Moderne Industriegewerkschaften besaß Deutschland nicht erst dank des Eingreifens britischer Besatzungsoffiziere, wie es die Legende will. Die zügig betriebene Einführung der britischen Kommunalverfassung beruhte auf dem gleichen Grundsatz und sah eine Trennung von politischer Kontrolle (Bürgermeister) und administrativer Exekutive (Stadtdirektor) vor. Gerade dieses nach Deutschland transferierte Modell wird jedoch heutzutage in Großbritannien zunehmend in Frage gestellt⁴⁶ und mit der offenkundigen Misere im "local-government"-Bereich in Zusammenhang gebracht.

Wenn das Westminster-Modell in der britischen Besatzungszone

nach 1945 in hohem Ansehen stand, so konnten die Deutschen doch auch auf eigene Verfassungstraditionen verweisen, die von der britischen Militärregierung als unverzichtbare Bestandteile einer neuen deutschen Demokratiegründung anerkannt wurden. Der nur temporär suspendierte Rechtsstaat und die weit zurückreichende kommunale Selbstverwaltung nötigten Respekt ab und setzten Reformimpulsen unübersehbare Grenzen, unbeschadet aller Kritik an einzelnen Verfahrensmodalitäten, die sich im Laufe der Zeit und nach genauerer Kenntnis der Verhältnisse vor Ort einstellte. So ist man denn geneigt, als Fazit der britischen Bestrebungen in Deutschland weniger den institutionellen, als vielmehr den informellen, gesinnungsethischen Einfluß herauszustellen, der sich im einzelnen nur sehr schwer aufzeigen läßt. Gleichwohl wäre es ein großer Irrtum, diese meist unaufdringliche, erzieherische Wirkung, die nicht mit der Reedukationspolitik⁴⁷ im engeren Sinne gleichzusetzen ist, nur wegen der Spärlichkeit hartgesottener Evidenz gering zu veranschlagen.

“Supervision“, nicht “re-education“, ist wohl der zutreffendere Begriff, um die britische Besatzungspolitik auf einen Nenner zu bringen. In diesem Ausdruck schwingt viel mit von der persönlichen und zugleich situationsbedingten Autorität, welche die Briten durchaus für sich in Anspruch nehmen durften, und die gewiß in hohem Maße dazu beitrug, in Deutschland jenen Gesinnungswandel (“change of heart“) herbeizuführen, der wohl den meisten Besatzungsoffizieren als das eigentliche Ziel ihres Wirkens vorschwebte.

-
- 1 So auch die Schlußfolgerung von *Barbara Marshall*, *The Origins of Post-War German Politics*, London 1988, S. 199.
 - 2 Vgl. dazu *Lothar Kettenacker*, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 1989, S. 42; sowie *Albrecht Tyrell*, *Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945*, Frankfurt/M. 1987.
 - 3 Siehe *Lothar Kettenacker*, “Unconditional Surrender“ als Grundlage der angelsächsischen Nachkriegsplanung, in: *Wolfgang Michalka* (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Festschrift für Andreas Hillgruber*, München 1989, S. 174-188.
 - 4 Dazu *Lothar Kettenacker*, *Die Deklassierung Großbritanniens bei der Herausbildung des bipolaren Weltmächtesystems 1939-1945*, in: *Historische Mitteilungen* 3 (1990), S. 57-72.

- 5 Text im Anhang bei *Llewellyn Woodward*, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 2, London 1971, S. 663ff. Siehe im übrigen die letzte kritische Untersuchung von *Steven Merrit Miner*, *Between Churchill and Stalin. The Soviet Union, Great Britain and the Origins of the Grand Alliance*, Chapel Hill N.C. 1988.
- 6 Vgl. *Kettenacker*, *Krieg*, S. 181.
- 7 Dazu *Michael Howard*, *The Continental Commitment. The Dilemma of British Defence Policy in the Era of the Two World Wars*, Harmondsworth 1974. Siehe auch als Zusammenfassung der Appeasementforschung: *Wolfgang J. Mommsen/Lothar Kettenacker* (Hrsg.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983, insbesondere die Beiträge von *John Dunbabin* und *Brian Bond*.
- 8 Siehe *Hermann Fromm*, *Deutschland in der öffentlichen Kriegszieldiskussion Großbritanniens 1939-1945*, Frankfurt a.M. 1982, S. 180-196. Bei Meinungsumfragen fand sich zeitweise eine eindeutige Mehrheit der Bevölkerung, die die Teilung Deutschlands guthieß: *George H. Gallup* (Hrsg.), *The Gallup International Public Opinion Polls, Great Britain 1937-1975*, Bd. 1, New York 1976, S. 84. Churchill und Attlee, aber auch die Chiefs of Staff plädierten für die Teilung, Außenminister Eden hielt sich lange Zeit bedeckt, nicht zuletzt deshalb, weil seine Beamten eine so weitgehende Repressionspolitik verurteilten. Siehe *Kettenacker*, *Krieg*, passim.
- 9 Robert Vansittart forderte "a fundamental change of soul", hielt diesen Gesinnungswandel aber offenbar nicht für unmöglich, siehe *Black Record. Germans Past and Present*, London 1941, S. 94.
- 10 PRO, FO 371/34457/C2864, "The Future of Germany", 8.3.1943.
- 11 PRO, CAB 66/41, WP(43)421, 27.9.1943. Siehe dazu auch das Memorandum "Recognition of a German Government" vom 15.7.1943, also nur wenige Tage vor dem 20. Juli 1944, abgedruckt in *Lothar Kettenacker* (Hrsg.), *Das "Andere Deutschland" im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1977, S. 203-210.
- 12 PRO, CAB 65/40, WM 135(43)3, 5.10.1943.
- 13 Siehe Anm. 11.
- 14 Ebd.
- 15 PRO, CAB 87/68, APW(44)105, "Effect of Disintegration of Central German Administration", 20.10.1944.
- 16 Siehe die Richtlinie der Combined Chiefs of Staff CCS 551 für Eisenhowers Vorgehen: *Kettenacker*, *Krieg*, S. 334ff.; ferner *Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang*, *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947*, Stuttgart 1973 sowie *Earl F. Ziemke*, *The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944-1946*, Washington D.C. 1975.
- 17 Vgl. *Kettenacker*, *Krieg*, S. 316.
- 18 *Kettenacker*, *Surrender*, S. 181.
- 19 PRO, FO 371/40675/U8262, "Agreement on Control Machinery in Germany", 14.11.1944. Siehe auch *Frank S.V. Donnison*, *Civil Affairs and Military Government. Central Organisation and Planning*, London 1966, S. 105.

- 20 Thies nennt eine Zahl von 26 000 Personen und stützt sich dabei auf Parlamentsdebatten: *Jochen Thies*, What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: *Claus Scharff/Hans-Jürgen Schröder* (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 41. Vgl. auch *Marshall*, S. VII. In der amerikanischen Besatzungszone waren ca. 5 000-6 000 Zivilverwaltungs-offiziere beschäftigt.
- 21 Vgl. dazu *Frank S.V. Donnison*, Civil Affairs and Military Government in North-West Europe 1944-1946, London 1961, S. 263-282.
- 22 *Michael Thomas*, Deutschland, England über alles. Rückkehr als Besatzungsoffizier, Berlin 1984, S. 120. Er nennt für 1946 eine Zahl von 25 813 britischen Kontrollbeamten, verglichen mit 7 600 Amerikanern.
- 23 Diesen Hinweis verdanke ich Frau Dr. *Angela Kaiser-Lahme*, siehe dazu ihren Beitrag in diesem Band.
- 24 Vgl. *Kettenacker*, Krieg, S. 250-269.
- 25 Siehe *Thies*, S. 38; auch *Wolfgang Jacobmeyer*, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen, 1985.
- 26 Debatte vom 29. Juli 1946, Parliamentary Debates 426, Sp. 533.
- 27 Vgl. *Donnison*, North West Europe, S. 254 ff.
- 28 Siehe ebd.
- 29 Besonderen Anstoß nahm man an den politischen Aktivitäten der Verwaltungskräfte. Die britische Militärregierung drang mit ihrer Forderung nach einem unpolitischen Beamtenkorps jedoch nicht durch. Vgl. *Ulrich Reusch*, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung 1943-1947, Stuttgart 1985. Am bekanntesten ist der Konflikt zwischen Adenauer und den britischen Besatzungsbehörden geworden. Siehe *Noel Annan*, How Dr. Adenauer Rose Resilient from the Ruins of Germany (The 1982 Bithell Memorial Lecture), London 1983; ferner *Heribert Treiß*, Britische Besatzungspolitik in Köln, in: *Otto Dann* (Hrsg.), Köln nach dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 73-92. Aber auch alte Sozialdemokraten blieben nicht ungeschoren. So Bevin im September 1945 über Severing: "We must be careful about these old leaders, better watch for new men.", siehe Documents on British Policy Overseas, Series I, Volume V: Germany and Western Europe, 11 August - 31 December 1945, hrsg. v. *M. E. Pelly/H. J. Yasamee* unter Mitarbeit von *Gillian Bennet*, London 1990, Nr. 27, S. 127, Anm. 1.
- 30 *Donnison*, North West Europe, S. 258.
- 31 Vgl. *Ulrich Reusch*, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943-1948, in: Historisches Jahrbuch 100 (1980), S. 379-386; sowie *ders.*, John Burns Hynd (1902-1971), in: Geschichte im Westen 1 (1986), S. 53-80.
- 32 PRO, FO 371/55594/C15651.
- 33 Documents on British Policy Overseas, S. 196 ff., Nr. 44.
- 34 Harvey zum Schreiben Strangs vom 21.9.1945, Documents on British Policy Overseas, Nr. 31, S. 142, Anm. 4. Siehe auch CCG (BE) an War Office vom

5.10.1945: "Americans are talking unofficially but openly about getting out of Germany as quickly as possible and are promising early release to their military personnel ... They are far less interested in the future of Germany from the point of view of security than the other three powers.", ebd., Nr. 40, S. 181.

- 35 Zunächst wurden vier zivile Regional Commissioners ernannt – sie lösten die bisherigen Korpskommandanten ab – für Nord-Rhein, Westfalen, Schleswig-Holstein und Hannover, später auch für Hamburg, und zwar im Rahmen der föderalistischen Neuordnungspläne, die zur Dezentralisierung der Machtstrukturen beitragen sollten. Vgl. *Donnison*, *North West Europe*, S. 276 f.
- 36 Siehe dazu *John H. Backer*, *Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik*, München 1983; sowie *Wolfgang Krieger*, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik*, Stuttgart 1987.
- 37 Vgl. *Elisabeth Kraus*, *Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 37)* München 1990, S. 89-101.
- 38 Oberst Kühn an Military Government Provincial Detachment 312, in: *Documents on British Policy Overseas*, Nr. 109, S. 498-504.
- 39 *John E. Farquharson*, *The Western Allies and the Politics of Food. Agrarian Management in Postwar Germany*, Leamington Spa 1985, S. 248.
- 40 Siehe dazu *Barbara Marshall*, *German Reactions to Military Defeat, 1945-1947*, in: *Volker Berghahn / Michael Kitchen (Hrsg.)*, *German in the Age of Total War*, London 1981, S. 218-239.
- 41 Dazu *Reusch*, *Berufsbeamtentum*, auch *Raymond Ebsworth*, *Restoring Democracy in Germany. The British Contribution*, London 1960.
- 42 Vgl. *Kettenacker*, *Krieg*, passim.
- 43 Näheres dazu bei *Farquharson*. Siehe auch *ders.*, *The Plough and the Swastika*, London 1976.
- 44 Siehe *Peter Hubsch*, *DGB Economic Policy with particular reference to the British Zone, 1945-1949*, in: *Ian D. Turner (Hrsg.)*, *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policies and the Western Zones, 1945-1955*, Oxford 1989, S. 271-300. Der britische Einfluß auf die Neugestaltung des deutschen Gewerkschaftswesens war bei weitem nicht so tiefgreifend, wie heute in Großbritannien noch allgemein angenommen wird! Er bezog sich im wesentlichen auf die Dezentralisierung des ADGB hin zum DGB.
- 45 Siehe *Wolfgang Rudzio*, *Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone*, Stuttgart 1968.
- 46 So vor allem von dem derzeitigen, mit Kommunalangelegenheiten befaßten Umweltminister Michael Heseltine.
- 47 Zu diesem gut erforschten Bereich wohl immer noch am besten *Arthur Hearnden (Hrsg.)*, *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978. Dazu auch *Henry Faulk*, *Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien. Re-education*, München 1970.

Summary

British Occupation Policy. Assumptions and Realities

This paper deals with the vexed question of how to plan for and then apply "indirect rule" in post-war Germany without knowing what circumstances would be prevailing at the end of the war. The special status of Berlin was a British brain-child conceived early in the war when co-operation with Soviet Russia and the survival of a German central administration seemed to be sensible propositions. However, the Foreign Office research staff originally felt that it would be better to restart democracy in Germany without the help of a compromised central government or administrative machine. This policy was reversed when the cabinet refused to be burdened with direct responsibility for administering a defeated Germany. Furthermore, it was realized that four-power control of Germany would only work if a central government or at least a central administrative structure were in existence. The British were worried that both the Russians and the Americans might refuse to govern the whole of Germany from the top with a minimum of manpower. During the planning period indirect rule and inter-Allied co-operation were seen as the two pillars on which to achieve security and to shore up Britain's status as a world power. However, this well-intentioned edifice began to crumble when exposed to the harsh realities of the post-war world. Berlin was a heap of rubble and the Russians were not, as it were, playing ball there either.

Nevertheless, Britain, which had designed the system, tried hard to make it work against all odds. The British were reluctant to go it alone and thereby missed the chance, at an early stage, of pushing through far-reaching reforms in their zone of occupation. The military government did a splendid job in physical reconstruction, that is, roads, transport, schools, communications etc. Its reputation declined to some degree, however, with the transition to civilian supervision and the proliferation of bureaucracy. This was due not only to French obstruction in the Control Council and the subsequent failure to re-create central departments in Berlin. The whole British approach to control has to be taken into account: control at all levels and in depth. In the end the devolution of power was forced upon Britain by the new superpowers and their speedy imposition of self-government.

Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone

ULRICH REUSCH

Vorbereitende Planungen

Keiner der vier Alliierten hat sich so intensiv auf die bevorstehende Besetzung des besiegten Deutschlands vorbereitet wie Großbritannien. Seit dem Sommer 1943 wurden auf allen Ebenen des Regierungsapparates von Whitehall die Nachkriegsplanungen für Deutschland forciert. Akademische Arbeitsgruppen unter Arnold Toynbee mit Schwerpunkt in Oxford, militärische Stabseinheiten der Gruppe G-5 "Civil Affairs and Military Government", teils rein britisch, teils integriert, und einzelne Abteilungen verschiedener Ministerien, zumal des Foreign Office, bildeten zusammen mit weisungsunabhängigen Fachberatern aus Londoner Emigrantenkreisen ein informelles Expertengeflecht, das sich im Laufe des Jahres 1944 unter der ordnenden Hand des Foreign Office zu einer Vielzahl von Planungsbehörden verdichtete.¹

Im Foreign Office liefen indes die Fäden zusammen. Aufgrund seiner Federführung in der interalliierten European Advisory Commission, deren Einrichtung die Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 auf einen britischen Vorschlag hin beschlossen hatte, wuchs dem Foreign Office und dort einem "extremely strong team headed by Sir William Strang"² die Schlüsselrolle zu. Durch oder über die Kanäle des Foreign Office wurde das War Cabinet, das heißt zumeist das Armistice und Post-War Committee, mit kenntnisreichen Analysen versorgt. Unter Beteiligung anderer betroffener Ressorts wurden auch Prognosen und Zielbestimmungen versucht, die ebenso sachkundig wie politisch zurückhaltend oder maßvoll waren. Diese Planungsarbeiten reflektierten zunächst die britische Position. Dem interalliierten Ansatz der Deutschlandplanung entsprechend, beanspruchten sie darüber hinaus Verbindlichkeit als ein für ganz Deutschland geltender Planungsansatz.

Die Aktivitäten des Foreign Office mündeten in dem Entwurf von 38 Direktiven, die sich auf alle voraussichtlich wichtigen Bereiche der künftigen alliierten Besatzungspolitik in Deutschland bezogen. Stück

für Stück von der Gruppe "Advice on Germany" im Foreign Office erstellt oder redigiert, wurden sie jeweils nach Fertigstellung vom Kabinettsausschuß gebilligt und informell auch in der European Advisory Commission erörtert. Über das Gesamtprodukt, ein nahezu 100 Seiten starkes Handbuch *Policy Directives to the Allied Commanders-in-Chief*, wurde jedoch nicht abschließend befunden. Gleichwohl definierten oder prägten diese Direktiven weitgehend die praktische Politik, die später von der britischen Seite in ihrem Kontrollgebiet tatsächlich verfolgt wurde.

Daneben gab es – über das War Office – in Gestalt der integrierten anglo-amerikanischen Stabseinheiten einen parallelen Planungsstrang, über den einzelne amerikanische Positionen Eingang in die spätere Besatzungspolitik auch der Briten fanden. Das wichtigste Produkt dieser Planungen war das *Handbook of Military Government*, das Vorstellungen eines rigiden Besatzungsregimentes widerspiegelte, wie sie im Zusammenhang mit dem Morgenthau-Plan entwickelt worden waren.³ Die massenhafte Internierung und kategorische Entlassung deutscher Funktionsträger und Beamten in den ersten Monaten nach der Kapitulation gehen ebenso darauf zurück wie die umstrittene Praxis der "non-fraternization" und die zunächst rigorose Unterdrückung von Versuchen eines eigenständigen politischen Neuanfangs.

Daß die verschiedenen Planungsbehörden zu unterschiedlichen, mitunter gar widersprüchlichen Auffassungen gelangen konnten, war auch, aber nicht ausschließlich Ausfluß der Existenz konkurrierender Organisationen. Im Kern war der 1944/1945 gegebene Konzepte-Pluralismus die Konsequenz eines heute nur schwer verständlichen Entscheidungsvakuums auf höchster Ebene. Mithin blieben die Fachleute ohne klare, verbindliche Vorgaben der politischen Führung.

Die Deutschlandpläne der verschiedenen Planungsinstanzen reichten von Vorstellungen reiner Vergeltung über radikale Pläne einer völligen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft bis hin zu pragmatisch-praktischen Überlegungen eines Wiederaufbaus auf traditionellen Grundlagen. Eine gemäßigt-konstruktive Einstellung war vor allem im Foreign Office bestimmend, dessen Deutschland- und Besatzungspläne an die Verhältnisse der Weimarer Republik anknüpften, die durch gezielte Korrekturen gleichsam verbessert wiederhergestellt werden sollten. Wo immer die Berufsdiplomaten des Foreign Office den Ton angaben, setzten sich Fachleute gegen Fanatiker und Phantasten durch. So wurden – etwa für den öffentlichen Dienst⁴ – Detailplanungen verfolgt, die zwar die Zerschlagung des Nazismus vorsahen, darüber hinaus aber auf radikale Strukturreformen verzichteten.

Im Interesse geordneter Verhältnisse und im Geiste einer rechtsstaatlich fundierten Selbstbeschränkung setzten die professionellen Planer, namentlich des Foreign Office Research Department, auf größtmögliche Kontinuität von Institutionen und Rechtsordnung.⁵ Dabei ließ man sich von der Vorstellung eines deutschen "Doppelstaates" leiten, wonach regimespezifische Regelungen und Einrichtungen die traditionelle deutsche Staats- und Rechtsordnung nicht gänzlich zerstört oder aufgehoben, sondern lediglich ausgehebelt oder überlagert hätten. Folglich zielten diese Planungen auf eine Reinigung vom Nationalsozialismus und die Rekonstruktion eines ursprünglichen Zustandes. Die Annahme, daß der traditionelle Verwaltungsapparat in weiten Teilen intakt geblieben und dem Zugriff des Totalitarismus entzogen gewesen sei, rechtfertigte die weitgehende Indienstnahme bestehender Einrichtungen für die Zwecke der Besatzung. Entsprechend begrenzt waren die Vorbereitungen für den Kontrollapparat.

Die Verzahnung zwischen vorbereitenden Planungen und der späteren praktischen Besatzungspolitik war unzureichend. Ein Transfer persönlicher Erfahrungen und planerischer Ergebnisse scheiterte nicht zuletzt auch daran, daß für eine Kontinuität von Personen und Institutionen keinerlei Vorsorge getroffen wurde. Die während des Krieges formierten Beratergremien lösten sich später weitgehend auf, weil die meisten Fachleute in zivile Berufe zurückzukehren wünschten. "War-time establishments" wurden rigoros gekürzt und auf Vorkriegsniveau zurückgefahren. Was von den Planungsstäben übrig blieb, wurde erst Monate später, nach der deutschen Kapitulation, neu organisiert und in die Londoner Ministerialstrukturen einbezogen – zu einer Zeit, da die in Deutschland gebildeten Besatzungsbehörden bereits auf vollen Touren und nach eigenen Vorstellungen arbeiteten.

Unter den zivilen Trägern der Londoner Planungsarbeit war ein Wechsel nach Deutschland die Ausnahme. Vom Foreign Office wechselte lediglich Sir William Strang als Political Adviser in das Hauptquartier des Militärgouverneurs. Der begrenzte Personaltransfer umfaßte im übrigen nur jüngere, subalterne Bedienstete.

Das über War Office und integrierte Stäbe der Gruppe G-5 des Alliierten Hauptquartiers zum Einsatz geführte Personal der Militärregierung nahm eine Sonderstellung ein. Aufgrund frühzeitiger Verwendung auf dem Kontinent waren diese Offiziere vom Planungsgeschehen jedoch weitgehend abgeschnitten gewesen. Das galt auch für die Offiziere, die in England in Schnellkursen auf ihren Einsatz in der Militärregierung vorbereitet worden waren.⁶

Vor allem aber wurde der Transfer zwischen Planungsphase und

operativer Phase der Besetzung durch den Wechsel von Grundannahmen und Grundentscheidungen erschwert, den die Gipfeldiplomatie der alliierten Regierungen vollführt hatte.

Grundannahmen und Grundentscheidungen

Die Formulierung der Besatzungspolitik und die Formierung der Besatzungsbehörden vollzogen sich auf dem Hintergrund teils wechselnder, teils konstanter Grundannahmen und Grundentscheidungen. Von zentraler Bedeutung war dabei die Frage der voraussichtlichen Dauer der Besetzung. War man zunächst, vor allem im Foreign Office, von einer kurzen, wenige Jahre oder auch nur Monate währenden (indirekten) Kontrolle ausgegangen, so gewann unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung und aufgrund der Potsdamer Konferenz die Vorstellung von einem langfristigen Besatzungsregiment die Oberhand.⁷

In den Jahren 1945 bis 1948 pendelte das britische Selbstverständnis zwischen "Befreiung" und "Besetzung", "Demokratie" und "Militärdiktatur". In dem Maße, in dem sich die Strukturen des Besatzungsregimes in Deutschland ausprägten und konsolidierten, sahen die Besatzungsbeamten ihre Aufgabe als eine Daueraufgabe an. Die Besatzungsbehörden gewannen rasch an Eigengewicht und entwickelten ein natürliches Beharrungsvermögen, wie es allen Bürokratien eigen ist. Das führte – verwaltungspraktisch – zu einer ständigen Ausweitung der Aufgaben, einer zunehmenden Auffächerung der Behördenstrukturen und zu einer entsprechend kontinuierlichen Aufblähung des Personalkörpers.

Besitzstände wurden mit großem Geschick und großer Zähigkeit verteidigt. Nachdem etwa deutsche Verwaltungen auf Gemeinde- und Landesebene wiederhergestellt und auch demokratischer Kontrolle unterstellt worden waren, hatten Military Government Detachments mindestens auf Kreis- und Bezirksebene ihre Existenzberechtigung eigentlich verloren. Es gelang der Kontrollkommission jedoch, diese Einrichtungen über die Jahre zu retten. Noch im April 1948 schrieb Militärgouverneur Robertson an Außenminister Bevin: "... we must fight the battle for the soul of Germany. If we deprive ourselves of the forces for this purpose (and an adequate staff) we shall lose the battle".⁸ So fand man unter Hinweis auf den anerkannten Grundsatz "building up Democracy from the bottom" immer wieder Argumente, den Fortbestand lokaler und regionaler Militärregierungsstellen zu begründen, und lief damit Gefahr, die politische Intention der Übergabe von Verantwortung an die Deutschen in ihr Gegenteil zu verkehren.⁹

Entsprechend ungeklärt blieb lange Zeit auch die Frage nach Umfang und Intensität des Besatzungsregimes. Hatte das Foreign Office im Rahmen der vorbereitenden Planungen noch Positionen bezogen, die sich in Formulierungen niederschlugen wie "Wir dürfen in Deutschland nichts tun, dessen wir uns später schämen müßten",¹⁰ so wich dieser kategorische Imperativ besonnener Berufsdiplomaten schon bald einem ungestümen Umerziehungs- und Reformeifer der Besatzungsoffiziere nach dem Grundsatz "bringing Democracy to Germany".¹¹

Diese missionarische Mentalität begründete manche rabiate Methoden und rechtfertigte zahlreiche Versuche eines schematischen Institutionentransfers, die zu ständigen Kontroversen mit den deutschen Funktionsträgern führten. Protagonisten dieser Form einer Demokratisierung nach britischem Vorbild waren kurzfristig angeworbene, eigens geschulte Besatzungsoffiziere, darunter viele Berufsanfänger, die in der Kontrollkommission offenbar auf eine Lebensstellung hofften, sowie Kolonialbeamte, die in Deutschland ein neues Betätigungsfeld gefunden zu haben glaubten.

Demgegenüber bildeten Berufs- und Stabsoffiziere ein gewisses Gegengewicht. Sofern sie in der eigentlichen Militärregierung Verwendung fand, setzte diese technokratische Elite auf den Grundsatz der "indirect rule". Indes, mit der 1946 fast abgeschlossenen Demobilisierung von Reserveoffizieren, die in zivilen Berufen erworbenen Sachverstand und Erfahrungen korrigierend einzubringen vermochten, gewannen die radikalen "Reformer" unter den Bediensteten der Kontrollkommission vorübergehend die Oberhand. Auf diese Zeit bezieht sich ihre kritische Charakterisierung durch einen Zeitzeugen als "low-level zealots".¹² Aus Überzeugung, aber auch aufgrund fehlender alternativer Berufsperspektiven blieben die meisten bis Anfang der 50er Jahre in den Diensten der Kontrollkommission bzw. der britischen Hohen Kommission. Ihre politische Bedeutung ging jedoch in dem Maße zurück, in dem die Regierung, vor allem das Foreign Office, seit dem Frühjahr 1947 wieder wachsenden Einfluß auf die Besatzungspolitik in Deutschland nahm.

London und die Leitung der Kontrollkommission unter General Sir Brian Robertson waren bereits im Herbst 1946 übereingekommen, das Besatzungsregime im Zuge einer schrittweisen "devolution of powers" zugunsten zunehmender deutscher Selbstverwaltung abzubauen.¹³ Der damit gegebene Übergang von der "direction" zur "cooperation" im Verhältnis zur deutschen Kommunal- und Landesverwaltung wies den Besatzungsbehörden beobachtende und beratende Funktionen zu. Die strukturelle Anpassung des Behördenaufbaues an diese neue

Aufgabenstellung wurde indes nur zögerlich vollzogen. Schließlich erfolgte erst im Zusammenhang mit der Errichtung der Alliierten Hohen Kommission 1949 eine durchgreifende Reduzierung des Kontrollapparates, die sowohl die regionalen Stellen als auch die Vielzahl der Ämter und Behörden und nicht zuletzt den Personalbestand – den gewandelten und geschrumpften Aufgaben entsprechend – auf ein auch haushaltsrechtlich vertretbares Maß zurückführte. Demgegenüber hatte die US-Militärregierung bereits 1946, unmittelbar nach der Bildung von Ländern in der amerikanischen Zone, mit dem Rückzug aus der Fläche begonnen.

Struktur und Zuschnitt der britischen Kontrollkommission blieben jedoch vom Sommer 1945 bis um die Jahreswende 1946/47 nahezu unverändert. Die Organisationsstruktur der Kontrollkommission mit ihrer Einteilung in "divisions" korrespondierte viel länger als die des Office of Military Government of the United States (OMGUS) mit der Direktoratsgliederung des Alliierten Kontrollrates. Auch in ihrem Behördenaufbau hielten die Briten länger und konsequenter an dem Gedanken einer einheitlichen Verwaltung Deutschlands fest. Die Briten jedenfalls unternahmen bis Ende 1947, als das Gewicht der Zweizonenverwaltung in Frankfurt schon übermächtig geworden war, nichts, was den Weg zur Herstellung eines ganz Deutschland umspannenden Regierungsapparates verbaut hätte. Geringfügige Änderungen im Organisationsplan der Kontrollkommission betrafen lediglich die Ebene oberhalb oder unterhalb der "divisions", nicht jedoch die durch interalliierte Abmachungen gewissermaßen vorgegebene Organisationsstruktur.

Der Wille der Briten, ihre Besatzungspolitik in eine Deutschland als Ganzes umfassende alliierte Politik einzufügen oder doch zumindest dafür kompatibel zu halten, zeigte sich auf vielen Feldern, so auch in der Frage der Gliederung des Kontrollgebietes. Daß ein künftiges Deutschland wieder stärker regional zu gliedern oder bundesstaatlich aufzubauen sei, war ein Axiom der alliierten Deutschlandplanungen gewesen. Mit der Ernennung von zivilen Regional Commissioners, die im April 1946 die Korpskommandeure als Regionalbeauftragte der Kontrollkommission ablösten, vollzogen die Briten eine entsprechende Anpassung ihres Kontrollapparates. Offen blieb aber einstweilen, ob das Kontrollgebiet als Ganzes oder in einzelnen Teilen dem Reich als Gliedstaat bzw. als Gliedstaaten angehören sollte. In der Konsequenz des ursprünglichen Reformansatzes der "Directive on Administration, Local and Regional Government", die den politischen Neuanfang regelte,¹⁴ hätte es überdies gelegen, die Regionen analog den Städten,

Kreisen und Bezirken als Selbstverwaltungskörperschaften zu organisieren. Nach dem Vorbild anderer Zonen entschieden sich die Briten schließlich sowohl für eine Mehrzahl von Ländern als auch für deren staatlichen Charakter. Dabei nahmen sie als einzige Besatzungsmacht eine systematische, wenn auch keineswegs ahistorische Neugliederung des Kontrollgebietes vor. Rückblickend ist diese nordwestdeutsche Flurbereinigung als wesentliche Voraussetzung für die Funktionstüchtigkeit des föderativen Staatsaufbaues von 1949 anzusehen.¹⁵

Der Londoner Kontrollapparat

Während der Aufbau der Besatzungsbehörden im britischen Kontrollgebiet unter dem Druck der Verhältnisse und nach einem vorgegebenen, zwischen den Alliierten in groben Zügen abgestimmten Schema zügig von statten ging, blieb die Zuständigkeit für Deutschland auf der ministeriellen Ebene in Whitehall zunächst unklar oder unentschieden (Abb. 1, S. 42). Vordergründig trug das War Office die Verantwortung, schon deswegen, weil der britische Oberbefehlshaber (und Militärgouverneur) dorthin Bericht erstattete und von dort seine Weisungen erhielt. Davon unberührt blieb die Zuständigkeit in allen Fragen von politischer, nicht nur von außenpolitischer, Bedeutung jedoch beim Foreign Office.

In dem Maße aber, in dem die militärischen Aufgaben des Commander-in-Chief ab- und die politisch-administrativen Aufgaben des Military Governor zunahmen, wurde die federführende Funktion des War Office für die Besatzungspolitik fragwürdig. Da der Oberbefehlshaber dem Alliierten Kontrollrat und sein Stellvertreter dem – in der Praxis ungleich bedeutenderen – Koordinierungsausschuß angehörten, dessen Entscheidungen in einem Geflecht von "Direktoraten" vorbereitet wurden, denen die Stäbe der Kontrollkommission zuarbeiteten, wurde das Foreign Office zunehmend befaßt und zu Rate gezogen. Der Dualismus von War Office und Foreign Office in der Besatzungspolitik konstituierte zwar eine in der Praxis immerhin befriedigende Arbeitsteilung, löste aber das eigentliche Problem sachverständiger ministerieller Anweisung und Kontrolle des Deputy Military Governor in Fragen zumal der zonalen Besatzungspolitik nicht. Weder War Office noch Foreign Office waren dazu imstande.

Im Oktober 1945 wurde schließlich in Gestalt des Control Office for Germany and Austria (COGA) ein eigenständiges Deutschlandministerium geschaffen und mit dem Chancellor of the Duchy of Lancaster, Mr J.B. Hynd, ein dem Parlament verantwortlicher Minister berufen (Abb. 2, S. 44). Diese Regelung war ganz offensichtlich ein Kompromiß

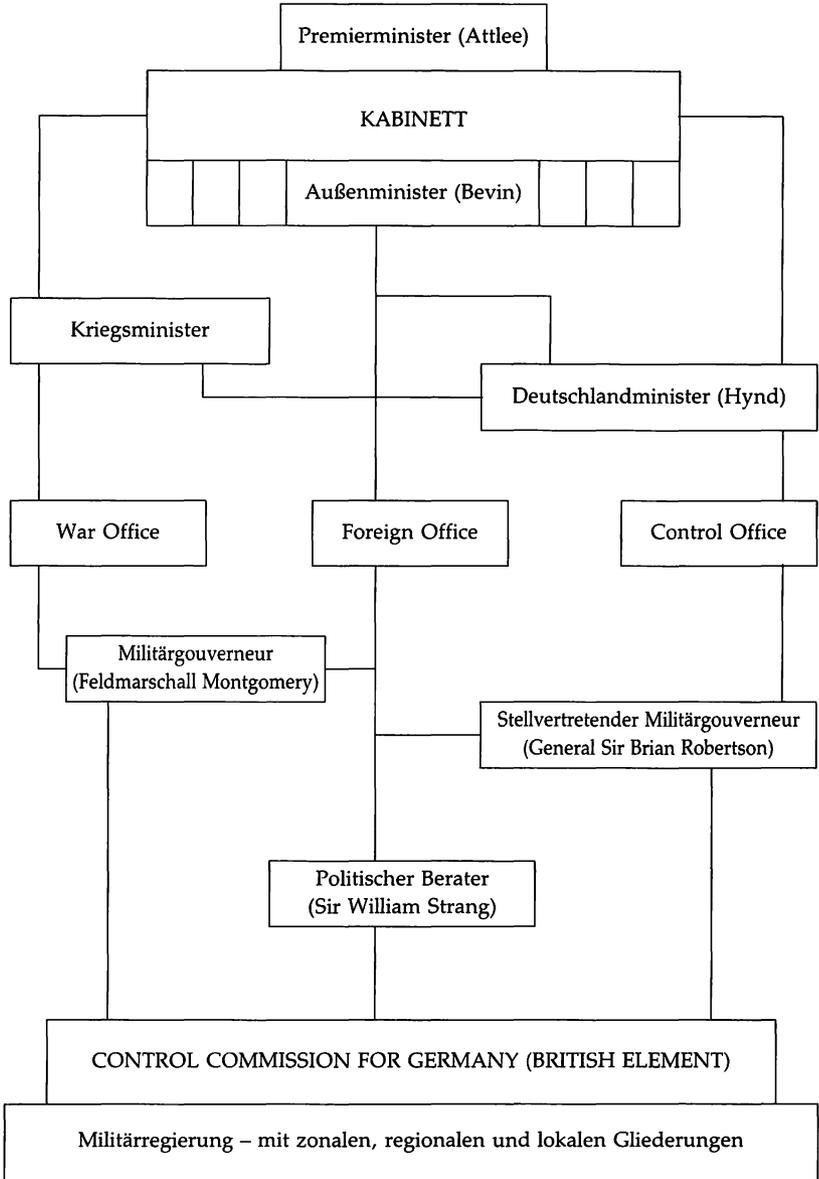


Abb. 1: Die besatzungspolitischen Zuständigkeiten Oktober 1945 bis April 1947.

zwischen verschiedenen Ressorts, und so sehr sie nach außen hin, zumal gegenüber dem Parlament, eindeutige Zuständigkeiten suggerierte, so unzureichend blieb sie im Hinblick auf die Notwendigkeit klarer Kompetenzabgrenzung nach innen.

Der Chancellor gehörte dem Kabinett und seinen Ausschüssen nicht an. Folglich fungierte der Foreign Secretary, einflußreicher denn je, als "Overlord" der Deutschland- und Besatzungspolitik, während das Foreign Office von Routineaufgaben entlastet wurde. Demnach behielt Außenminister Ernest Bevin die Fäden der großen Politik auch nach der Berufung Hynds in der Hand. Indes zog der Chancellor vor allem im Parlament die gesamte Kritik auf sich, die sich im Laufe der folgenden Monate über der Kontrollkommission entlud. Er hatte eine Politik öffentlich zu verantworten und zu verteidigen, die er – im Dreiecksverhältnis von Foreign Office, Control Commission und Control Office eindeutig das schwächste Glied – nur marginal mitzugestalten vermochte.¹⁶

Genau genommen, war COGA nur für die Belange der britischen Kontrollkommissionen in Deutschland und Österreich zuständig, zeichnete also nur begrenzt für die Besatzungs- und schon gar nicht für die Deutschlandpolitik auf alliierter Ebene verantwortlich.

Im Laufe der Zeit wurde jedoch zunehmend eine Zuständigkeit von COGA für Fragen der Besatzungspolitik auf zentraler Ebene sowohl vom Foreign Office als auch vom Deputy Military Governor anerkannt. In Gestalt des General Department, seiner politischen Abteilung, verfügte in London allein COGA über den nötigen Sachverstand, an Entscheidungen zentraler Politik mitzuwirken. Das lag unter anderem auch daran, daß COGA als einziges Ministerium im Personalaustausch mit der Kontrollkommission stand. Zumal das General Department unter der Leitung von Robert Wilberforce, der zuvor die Rechtsabteilung der Kontrollkommission geführt hatte, setzte sich aus Beamten zusammen, die die Verhältnisse in der Besatzungszone aus eigener Erfahrung und nicht bloß aus der Anschauung flüchtiger Inspektionsreisen kannten. Dieser Erfahrungsvorsprung war anfangs beachtlich, verlor aber allmählich an Bedeutung.¹⁷

Die Kontrollkommission akzeptierte nie vollständig die ihr von COGA zweifellos zugedachte Rolle einer nachgeordneten Behörde. Die herausgehobene Stellung des Militärgouverneurs, der dem Kabinett bzw. dem Außenminister unmittelbar berichtete und letztlich dem War Office verantwortlich war, ließ eine derartige Mediatisierung der Kontrollkommission gar nicht zu. Überdies besaß das Foreign Office über den Political Adviser to the Military Governor einen eigenen,

The Chancellor of the Duchy of Lancaster

J. B. Hynd, Esq., M.P.

Private Secretaries: R. J. Hewison

J. E. Barrell

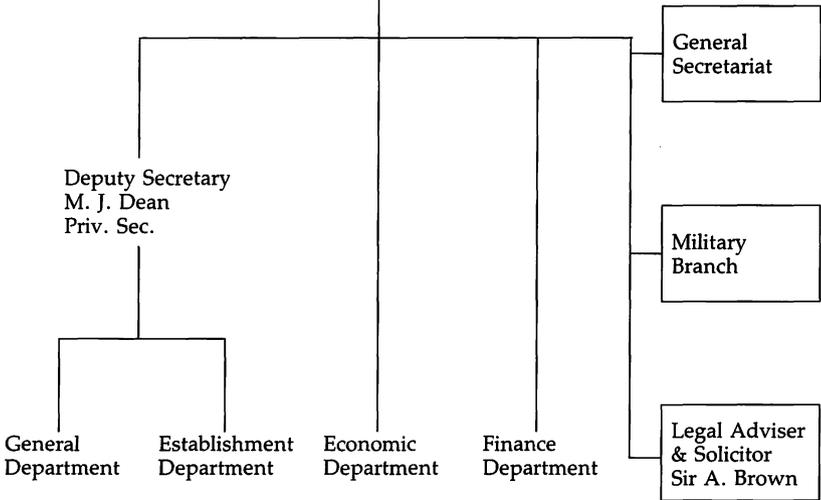
Parl. Priv. Secretary: A. M. Skeffington, Esq., M. P.



The Permanent Secretary

Sir A. W. Street

Private Secretary: B. Gottlieb



- Under-Secretaries -
Heads of Department

R. O. Wilberforce

G. D. Kirwan

Sir Mark Turner

E. W. Playfair

Abb. 2: Control Office for Germany and Austria (1946).

unmittelbaren Zugang auf der Arbeitsebene. Der Political Adviser hielt unmittelbaren Kontakt zu seiner entsendenden Dienststelle, dem Foreign Office, und berichtete regelmäßig. Darüber hinaus sicherte die Political Division, deren Leitung und Personal aus Diplomaten bestanden, dem Foreign Office einen eigenen Informations- und Kommunikationsstrang, der sich dem Zugriff von COGA weitgehend entzog. Tatsächlich liefen über diese Kanäle zahllose Informationen an COGA vorbei unmittelbar auf den Foreign Secretary und damit auf das Kabinett zu.

Dieser Kanäle bediente sich zunehmend auch der Deputy Military Governor, der als Mitglied des Alliierten Koordinierungsausschusses und Stabschef oder faktischer Leiter der Kontrollkommission der tatsächliche Gestalter der britischen Besatzungspolitik war. Indem der Amtsinhaber, General Sir Brian Robertson, besondere Verbindungen zum Foreign Secretary knüpfte und pflegte, stärkte er seine Stellung in Berlin wie in London und schuf zweifellos die Voraussetzung dafür, daß er nach dem Ausscheiden von Militärgouverneur Sir Sholto Douglas als dessen Nachfolger praktisch die Machtfülle beider Ämter in seiner Person vereinigen konnte.

Zu diesem Zeitpunkt, im März 1947, waren die Tage des Control Office bereits gezählt. Im April 1947 wurde diese Behörde als German Section mit eigenem Permanent Under-Secretary dem Foreign Office angegliedert (Abb. 3, S. 46). Der Chancellor, Lord Pakenham in der Nachfolge von John Hynd, führte fortan das Schattendasein eines faktischen Juniorministers im Geschäftsbereich des Außenministers.¹⁸ Damit war die ministerielle Zuständigkeit für die Deutschland- und Besatzungspolitik eindeutig und endgültig geklärt.

Gleichzeitig wurden die Weichen für den notwendigen Funktionswandel der Kontrollbehörden in Deutschland gestellt. Unter der Ägide des Foreign Office wurde das Besatzungsregiment schrittweise auf normale zwischenstaatliche Beziehungen zurückgeführt, ein zunächst langsamer Prozeß, der – durch die Frankfurter Zweimächtebehörden dynamisiert – schließlich in der Errichtung der Hohen Kommission kulminierte, in der ausschließlich Diplomaten des Foreign Office den Ton angaben: Unter Robertson als Hochkommissar arbeiteten Sir Christopher Steel, der langjährige Leiter der Political Division, als Stellvertreter und Mr Con O'Neill als Head of Chancery. O'Neill, Berufsdiplomat bis 1938 und während des Krieges im Foreign Office dienstverpflichtet, hatte von 1943 bis 1945 die Deutschlandplanungen des Außenministeriums maßgeblich mitgestaltet. Mit seiner Berufung – über Frankfurt – nach Bonn schloß sich 1949 gewissermaßen der Ring.

Statement of Staff in Post in Foreign Office (German Section) at 3rd October 1947

ULRICH REUSCH

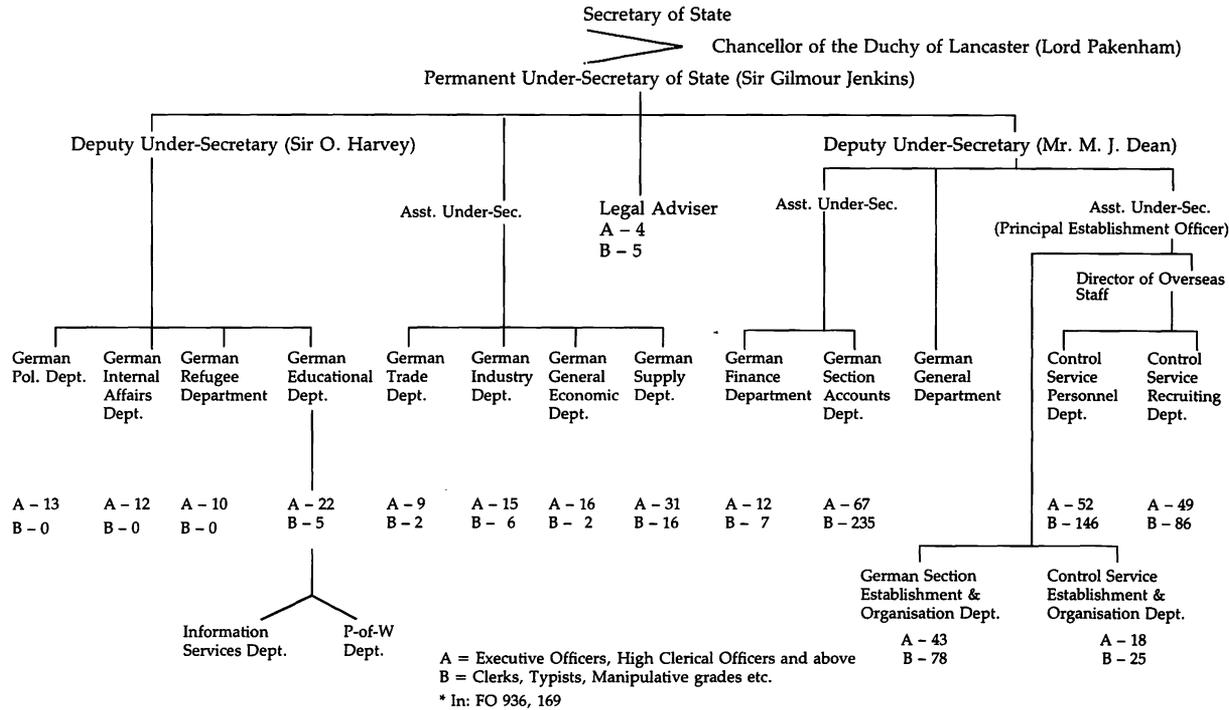


Abb. 3: Foreign Office, German Section (3.10.1947).

Der Kontrollapparat in Deutschland

Der britische Besatzungsapparat in Deutschland gliederte sich anfangs in die örtlichen und regionalen Stellen der Militärregierung und in die auf Zonenebene mit Hauptquartieren in Berlin beim Alliierten Kontrollrat sowie in verschiedenen Städten Ostwestfalens operierende Control Commission for Germany (British Element). Er hatte drei organisatorische und personelle Wurzeln: die integrierten Stäbe der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF) G-5 (Civil Affairs/Military Government); die Military Government Detachments der 21. Armeegruppe, die im Zuge des alliierten Vormarsches als Militärregierungsstellen, dem deutschen Verwaltungsaufbau entsprechend, installiert worden waren, und zwar mit Schwerpunkt auf der Ebene der Regierungsbezirke, die als "optimum level of government" galt; die Vorläuferorganisation der Control Commission, die in London mit einer doppelten, einer militärischen und einer zivilen, Leitung von War Office und Foreign Office gebildet worden war und durch Experten anderer Ministerien (z.B. Ministry of Transport und Ministry of Labour) ergänzt wurde.¹⁹

Während Stellen der Militärregierung bereits im Mai 1945 eingerichtet wurden, nahmen die einzelnen Abteilungen der Control Commission erst ab Juli 1945 die Arbeit in Deutschland auf. Im Laufe des Sommers wurden die genannten drei Organisationsstränge zu einer einheitlichen, durchgehenden Organisationsstruktur verschmolzen. Teile der integrierten SHAEF-Stäbe sowie der Control Commission verblieben als Rear Headquarters in London und bildeten die Keimzelle des späteren Control Office for Germany and Austria.²⁰ An der Spitze des Kontrollapparates in Deutschland stand die Control Commission for Germany (British Element), die ihrer Benennung entsprechend ihren Tätigkeitsschwerpunkt zunächst in Berlin hatte. Bezeichnenderweise hielten die Briten auch dann noch an dieser Nomenklatur fest, als der Alliierte Kontrollrat längst nicht mehr funktionierte und die wichtigsten Aufgaben der Kontrollkommission bereits in die Zone verlagert worden waren.

Der Aufbau der Kontrollkommission folgte zunächst dem im Dreimächteabkommen der European Advisory Commission vom 14. November 1944 vorgebildeten alliierten Kontrollapparat für ganz Deutschland. Das Amt des Militärgouverneurs war auf den Alliierten Kontrollrat, das Amt des Stellvertretenden Militärgouverneurs auf den Alliierten Koordinierungsausschuß und die Struktur der Abteilungen ("divisions") auf die Direktorate der alliierten Gliederung bezogen. "Divisions" und Direktorate waren ihrerseits den früheren Reichs-

ministerien nachgebildet worden. Folglich entsprach die Einteilung in "divisions" schon bald nicht mehr den Bedürfnissen des Besatzungsregiments.

Die "divisions" waren in "branches", später auch "offices", unterteilt. Auf diese Weise versuchte man, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, ohne die vorgegebene Vier-Mächte-Struktur zu sprengen. Um die Jahreswende 1946/47 wurde die unzweckmäßige Einteilung in "divisions" zusätzlich korrigiert durch Einfügung einer Zwischenebene: Der Großteil der "divisions" wurde in zwei "sub-commissions" die Economic und die Governmental Sub-Commission, eingruppiert (Abb. 4, S. 49). Die "divisions" verloren entsprechend an Bedeutung, indem sie operative Funktionen und Zuständigkeiten nach unten ("branches") sowie nach oben ("sub-commissions") abgaben. Die Struktur der "branches" wurde auf Landes- bzw. regionaler und Bezirksebene entsprechend fortgesetzt, so daß die einzelnen "branches", z.B. Administration & Local Government Branch, über nachgeordnete Ämter in der Fläche des Kontrollgebietes verfügten (Abb. 5, S. 50). Diese durchgehende Organisationsstruktur erwies sich in der Praxis als überaus effektiv.

Als ganz und gar nicht effektiv oder zweckmäßig erwies sich die doppelte oder besser: duplizierte Spitze des britischen Kontrollapparates mit Hauptquartieren in Berlin und in der Zone (Advanced und Main Headquarters) und einer entsprechenden Verdoppelung der Stäbe, die die leitenden Bediensteten vom Deputy Military Governor bis hinab zu den Abteilungsleitern zu einem beständigen Kontroll-Tourismus nötigte. Diese Aufteilung entsprach weniger einer sachlich begründeten Aufgabenteilung als der übergeordneten politischen Überlegung, am Sitz des Alliierten Kontrollrates angemessen präsent zu sein.

Die verwaltungspraktischen Schwächen dieser Organisation lagen auf der Hand: Erschwernisse der internen Kommunikation und ein erheblicher Mehrbedarf an Koordination. Es dauerte Jahre, bis dieser Zustand beendet wurde, dessen Aufrechterhaltung mit dem rapiden Bedeutungsverlust des Alliierten Kontrollrates schon sehr bald fragwürdig geworden war. Der Rückzug der Leitungsgremien aus Berlin erfolgte schließlich in dem Maße, in dem die Etablierung neuer, also gewissermaßen dritter zentraler Leitungsstrukturen in Frankfurt bei der Zweizonenwirtschaftsverwaltung notwendig wurde.

Das Schlüsselamt in der Kontrollkommission war unbestritten das Office of the Deputy Military Governor oder anfangs noch Chief of Staff, dem die eigentliche Besatzungspolitik, vor allem mit Blick auf die Zone, oblag. Nach dem Weggang des ersten Commander-in-Chief und

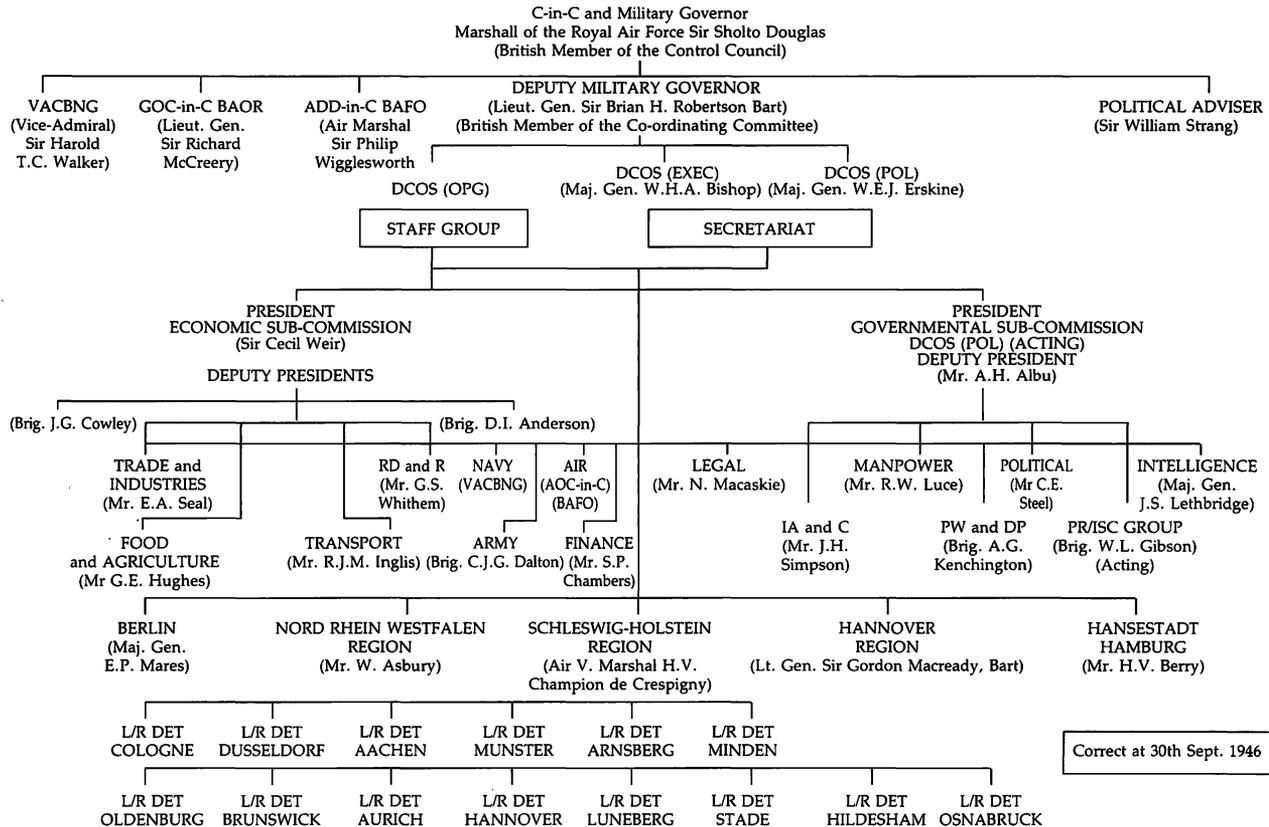
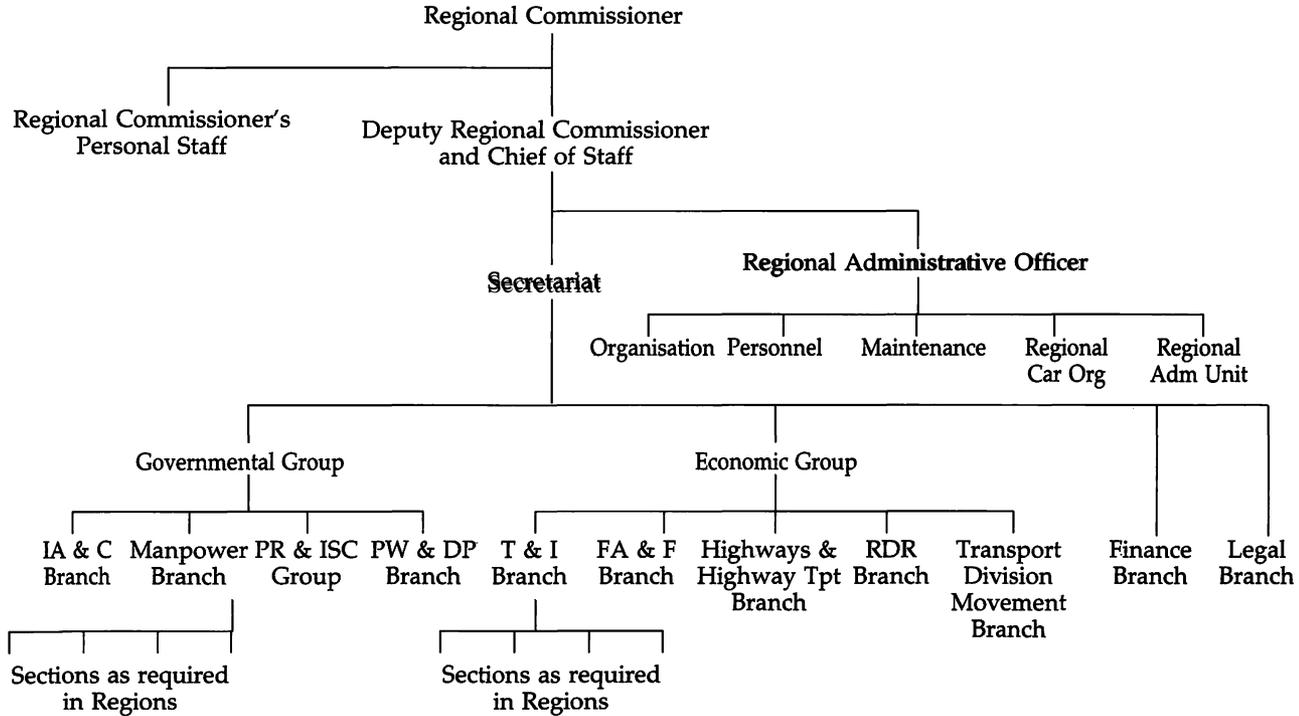


Abb. 4: Organisation der britischen Militärregierung (30.9.1946).
Fundstelle: Barbara Marshall, *The Origins of the Post-War Politics*, London 1988, S.204.

LAY-OUT OF A REGIONAL HEADQUARTERS

APPENDIX "K"



ULRICH REUSCH

Abb. 5: Organisation der Militärregierung auf Landesebene (November 1946).
 Quelle: CCG(BE), Handbook for Kreis Resident Officers, Part I, November 1946, S.65.

Military Governor Montgomery gewann das Amt des Deputy Military Governor (DMG) weiter an Gewicht. Wie bei den Amerikanern, wo General Clay das entsprechende Amt bekleidete, gab es dafür nicht nur strukturelle, sondern auch personelle Gründe. Wie bei den Amerikanern Clay, so rückte bei den Briten die überragende Gestalt von General Robertson schon bald in die Position des Militärgouverneurs auf.²¹ Das Amt des DMG verlor entsprechend an Bedeutung. An der Spitze der Kontrollkommission stand ab März 1947 – ähnlich wie bei OMGUS – ein politisch begabter, administrativ erfahrener Militärtechnokrat, der, immer Stabsoffizier, nie selbst ein Kommando geführt hatte. Damit war ein entscheidender Schritt auf dem Wege zu einer Kontrollbehörde vollführt, die zunehmend weniger von der Armee geprägt war.

Für einen ursprünglich militärisch strukturierten Apparat erstaunlich, wurde in der Kontrollkommission von Anfang an ein hohes Maß von "working in committees" praktiziert, wie es schon die ressortübergreifenden Planungsarbeiten von Whitehall charakterisiert hatte. Es gab regelmäßige, teils wöchentlich, teils vierzehntäglich tagende Konferenzen des DMG oder Chief of Staff, der Abteilungsleiter beider Hauptquartiere sowie der Regional Commissioners. Auch zwischen einzelnen Abteilungen oder "branches" wurden alsbald "standing committees" für bestimmte Daueraufgaben institutionalisiert. Diese Praxis wurde später auf die Zwei-Mächte-Behörden in Frankfurt übertragen.²²

Die Militärregierungen auf Provinz- bzw. Landes- und Bezirksebene spiegelten den Aufbau der Hauptquartiere, wenn auch zum Teil in verkürzter Form, wider. Regelmäßige Zusammenkünfte der jeweiligen Ressortleiter mit den Leitern der "divisions" und "branches" der Kontrollkommission sorgten für einen jedenfalls ab 1946 hinreichenden Informationsfluß.

Im Oktober 1946 erreichte die Personalstärke der Kontrollkommission (und Militärregierung) mit mehr als 25 000 Bediensteten ihren Höchststand. Die Anteile von Zivilisten und Militärs waren nahezu ausgeglichen. In der Folgezeit nahm der Anteil der Zivilbediensteten zu Lasten des Militärpersonals ständig zu. Gegen Ende des Jahres 1950 hatte sich der Personalbestand der britischen Hohen Kommission auf 3 200 Bedienstete verringert.²³

Eine ständige Belastung für die Arbeit des Kontrollapparates war die verhältnismäßig große Personalfluktuaton. Ein erster großer Personalwechsel erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1946 im Zuge der Demobilisierung. Viele Experten nutzten die Gelegenheit, in die Heimat und die angestammten zivilen Berufe zurückzukehren. Der in

vielerlei Hinsicht wenig attraktive Dienst in Deutschland war der Grund dafür, daß der personelle Rückfluß in die Heimat nicht abriß. Die Rechtsstellung des Besatzungspersonals war und blieb unklar und unzureichend, die Besoldung war vergleichsweise mäßig, der Nachzug der Familien praktisch unmöglich und Karriereaussichten schon deswegen gering, weil von der Einrichtung eines planmäßigen Control Service abgesehen worden war.²⁴ Auch deshalb blieb das Problem der Sprachbarriere groß und allgegenwärtig. Der an sich naheliegende Einsatz von Emigranten, deren Rolle als Berater im Hintergrund nicht unterschätzt werden sollte, erfolgte aus politischen Gründen nur zögerlich und in größerem Stile erst ab 1947. Da es jedoch an attraktiven Berufsangeboten in Großbritannien zu dieser Zeit nicht mangelte, hatte die Kontrollkommission mit einem anhaltenden "brain-drain" zu kämpfen, dessen Verluste meist nicht zu kompensieren waren. Experten aus dem Kommunal- und Ministerialdienst füllten im Rahmen stets befristeter Abordnungen die immer wieder entstehenden Lücken nur vorübergehend.

Einzelne "divisions" jedoch nahmen Sonderstellungen ein: Die Political Division setzte sich aus Foreign Office-Diplomaten zusammen, die Manpower Division aus langfristig abgeordneten Beamten des Ministry of Labour, und die German Political Branch, eine Untergliederung der Political Division, wurde mit Angehörigen des Control Office bzw. von dort eigens rekrutierten Fachleuten besetzt.²⁵

Über die Kanäle des Control Office gelangten zahlreiche Gewerkschafter und Mitglieder oder Anhänger der Labour Party in Schlüsselpositionen der Kontrollkommission.²⁶ Auf diese Weise schufen COGA und Deutschlandminister Hynd sich eigene Kommunikationsstränge. Das war im Hinblick auf die souveräne oder selbstherrliche Art und Weise, in der die Militärregierung in der Zone schaltete und waltete, auch unbedingt erforderlich. Dennoch gelang es weder Foreign Office noch Control Office, die zonale Besatzungspolitik bis 1947 nachhaltig zu bestimmen.

Ähnliches gilt für die im April 1946 berufenen zivilen Regional Commissioners, die anstelle der Korpskommandeure die Aufgaben von Regionalbeauftragten der Kontrollkommission wahrnahmen. Ihnen oblag in besonderer Weise die Kontrolle der im Aufbau befindlichen deutschen Organe auf Landesebene. Unmittelbare Auswirkungen dieser Labour-Personalpolitik auf die politischen Verhältnisse in den Ländern des britischen Kontrollgebietes lassen sich quellenmäßig kaum nachweisen. Immerhin zog mit den zivilen Regional Commissioners ein neuer, kooperativer Stil in das Besatzungsregiment ein, der

die Zusammenarbeit mit den deutschen Verwaltungen und Landesorganen zunehmend konstruktiv und vertrauensvoll gestaltete.²⁷

Im Zuge der 1948 eingeleiteten "Normalisierung" der deutsch-britischen Beziehungen wuchs die Zahl der zivilen Bediensteten der CCG (BE) ständig. Der Abbau von (ursprünglich) militärischem Personal ermöglichte und erforderte eine zunehmende Personalrotation zwischen der Kontrollkommission und dem Foreign Office (German Section). Diese "Professionalisierung" im Personalbereich steigerte die Kompetenz der britischen Besatzungsbehörden, so daß die *Times* im Juni 1950 von einem "good team wisely selected" sprach.²⁸ Der damit einhergehende Primat der Diplomaten eröffnete dem Frankfurter Zweimächte-Kontrollamt und später der Alliierten Hohen Kommission in Bonn die Möglichkeit enger, erfolgreicher Kooperation mit den Deutschen.

Bilanz der Besatzungspolitik

Zu einer Bilanz der britischen Besatzungspolitik gehört mehr als eine nach oben offene Aufzählung ihrer Defizite und Defekte. Rückblickend fällt es nicht schwer, mannigfach Fehler in der politischen Strategie, Unzulänglichkeiten bei der Organisationsstruktur, Fehlentscheidungen im personellen Bereich und Mängel bei den Reformprogrammen auszumachen und zu kritisieren. Dabei verstellt sich nur zu leicht der Blick für das Wesentliche, für den besonderen Beitrag, den die britische Besatzung zum demokratischen Neuanfang im besiegten Deutschland geleistet hat.²⁹

Unter den westlichen Besatzungsmächten haben allein die Briten den ehrgeizigen Versuch eines politischen Makro- und Mikrotransfers zwischen Staaten und Gesellschaften unternommen. Wie immer man einzelne Programme und bestimmte Praktiken bewerten mag: Im Ergebnis nahmen die Briten einen stärkeren und konstruktiveren Einfluß auf die Entstehung demokratischer Kultur in Deutschland als jede andere Besatzungsmacht.

Sie griffen dabei, wenn auch mitunter etwas eigenwillig, auf bestehende Strukturen und Traditionen zurück. Vor allem aber blieben sie – im Ergebnis erfolgreich – darum bemüht, die verantwortlichen deutschen Stellen schrittweise in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen. Manche im Ansatz radikale Maßnahme wurde dadurch abgemildert oder zurückgenommen. Das lag durchaus in der Konsequenz eines Besatzungsregimes, das sich in seinem Vorgehen selbst den Normen und Formen rechtsstaatlichen Verhaltens unterwarf, die ja Vorbild des deutschen Neuanfanges sein sollten.

Durch konsequente Selbstbindung an den Rechtsstaat löste die britische Militärregierung das Dilemma einer Demokratisierung mit den Mitteln einer Diktatur. Dafür erachteten sie einen Kontrollapparat als unverzichtbar, der in Umfang und Ausstattung den der Amerikaner bei weitem übertraf. Die vergleichsweise aufgeblähten Besatzungsbehörden der Briten boten tatsächlich weit mehr Möglichkeiten der informellen Einflußnahme und Mitgestaltung als die stromlinienförmigen Organisationsstrukturen des Office of Military Government of the United States.

Ob und inwieweit dieser vergleichsweise große Aufwand lohnte, läßt sich mit wissenschaftlichen Methoden nicht zuverlässig beurteilen. Den Deutschen, die unter dem Trauma der nationalen Teilung litten, verhieß der zunehmend dialogische Stil der Briten jedenfalls die schrittweise, kalkulierbare Überwindung einer Besatzung, die als Versuch dauerhafter Domestizierung Deutschlands begonnen hatte. Denn die britische Annäherung an das deutsche Problem war fair, rechtsstaatlich und ebenso konstruktiv wie innovativ, wenn auch mitunter viel zu anspruchsvoll und ehrgeizig, wenn man bedenkt, wie kurz die Zeitspanne der eigentlichen Besatzung tatsächlich war. Enttäuschung resultiert aus zu hoch gesteckten Erwartungen. Auf diesem Hintergrund ist die resignative Selbsteinschätzung eines Beteiligten zu verstehen, der die britische Besatzung dreißig Jahre danach charakterisierte als "water off a duck's back".³⁰

Historiker halten heute dagegen, daß die britische Besatzung den demokratischen Neuanfang in Deutschland auf vorteilhafte Weise mitgeprägt hat. Sie hat vielfältige Spuren in der politischen Kultur, aber weder offene Wunden noch schmerzende Narben im deutsch-britischen Verhältnis hinterlassen.

¹ Dieser Überblick stützt sich auf die systematische Auswertung vor allem folgender Aktenbestände, die im Public Record Office (PRO) Kew zugänglich sind: Foreign Office (FO 371, für die Jahre 1941 bis 1952), War Office (WO 32, WO 165, WO 205, WO 212, WO 219, WO 220, WO 258, WO 267), Political

- Warfare Executive (FO 898), Cabinet Office (CAB 21), Board of Trade (BT 211), Control Office for Germany and Austria (FO 935 bis FO 945), Control Commission for Germany (British Element) (FO 1005, FO 1008, FO 1023, FO 1030). Außerdem konnte der Verfasser zahlreiche nichtstaatliche Archive sowie private Nachlässe und Sammlungen auswerten und in den Jahren 1977 bis 1983 Interviews und schriftliche Befragungen von über 40 Zeitzeugen, frühere Bedienstete britischer Behörden in London und in der Besatzungszone, auswerten. Die Nachweise werden im folgenden auf das Nötigste beschränkt, bei der Zitierung der Aktenbestände entfällt jeweils die Nennung des Archivs, da sich alle Quellenangaben auf Bestände aus dem PRO beziehen. Für die ersten Abschnitte dieses Überblicks ist weiterführend *Ulrich Reusch*, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943-1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch 100 (1980), S. 318-443.
- 2 *Donald C. Watt*, Britain looks to Germany. British Opinion and Policy towards Germany since 1945, London 1965, S. 39.
 - 3 Vgl. *Ulrich Reusch*, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943-1947, Stuttgart 1985, S. 127-137.
 - 4 Ebd., vor allem S. 70-86.
 - 5 Vgl. dazu auch *Adolf M. Birke*, Warum Deutschlands Demokratie versagte. Geschichtsanalyse im britischen Außenministerium 1943/1945, in: Historisches Jahrbuch 103 (1983), S. 395-410. Eine umfassende Bewertung der britischen Planungen hat jetzt vorgelegt *Lothar Kettenacker*, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989; vgl. auch *Albrecht Tyrell*, Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945, Frankfurt/M. 1987.
 - 6 Grundlegend *Frank S. V. Donnison*, Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944-1946, London 1961.
 - 7 *Ulrich Reusch*, Das Besatzungsregiment der Briten. Planung, Politik und Praktiken (1943/45-1950), in: ~~Geschichte~~ **Politik und ihre Didaktik 13 (1985)**, S. 181-188, mit einem Phasen-Modell der britischen Besatzung: Planungsphase (1943-1945), Neuanfang und Wiederaufbau (Mai bis Oktober 1945), Konsolidierung und Demokratisierung (Oktober 1945-November 1946), Etablierung deutscher Selbstverwaltung auf Landesebene (Dezember 1946-Mai 1949), Gliedstaat (gemeint ist Nordrhein-Westfalen) der Bundesrepublik Deutschland (Mai 1949-Juni 1950).
 - 8 Vermerk Robertsons für Bevin und Strang zu einer Eingabe Lord Pakenhams (17. März) vom 29. April 1948, FO 371/70587/C3526.
 - 9 Ein Beispiel für viele ist der Erfahrungsbericht des (ehemaligen) Leiters der Administration and Local Government Branch der CCG (BE): *Harold Ingrams*, Building Democracy in Germany, in: The Quarterly Review 285 (1947), S. 208-222; zu Ingrams zahlreiche Hinweise bei *Reusch*, Berufsbeamtentum.
 - 10 Denkschrift "The Regeneration of Germany" des German Adviser John M. Troutbeck vom 3. Dezember 1943, FO 371/39093/C257; vgl. dazu *Kurt Koszyk*,

- “Umerziehung” der Deutschen aus britischer Sicht. Konzepte und Wirklichkeit der “Re-education” in der Kriegs- und Besatzungsära, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29 (1978), S. 5, sowie *Reusch, Berufsbeamtentum*, S. 66.
- 11 Vgl. dazu den Erfahrungsbericht von *Raymond Ebsworth*, *Restoring Democracy in Germany. The British Contribution*, London 1960; zu Ebsworth zahlreiche Hinweise bei *Reusch, Berufsbeamtentum*.
- 12 Schreiben von Sir Con O’Neill an den Verfasser vom 8. Mai 1978.
- 13 Vgl. *Reusch, Berufsbeamtentum*, S. 358-369.
- 14 Abdruck von Teil I der Direktive bei *Wolfgang Rudzio*, Export englischer Demokratie? Zur Konzeption der britischen Besatzungspolitik in Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), S. 219-229; vgl. auch *ders.*, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur. Zur britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968. Teil II der Direktive, in dem es um die Reform des öffentlichen Dienstes ging, behandelt *Reusch, Berufsbeamtentum*.
- 15 *Ders.*, Föderalismus in Vergangenheit und Gegenwart (1949-1989), in: *Geschichte im Westen* 5 (1990), S. 109-113.
- 16 *Ders.*, John Burns Hynd (1902-1971), in: *Geschichte im Westen* 1 (1986), S. 53-80.
- 17 *Ders.*, Institutionen, S. 386-399, S. 437-439.
- 18 Darüber vermag auch seine Autobiographie nicht hinwegzutäuschen: *Lord Pakenham*, *Born to Believe. An Autobiography*, London 1953.
- 19 Ansätze oder Anfänge einer Beschreibung der CCG (BE) finden sich bei: *Michael Balfour*, *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946*, Düsseldorf 1959; *Wolfgang Friedmann*, *The Allied Military Government of Germany*, London 1947; *Jochen Thies*, *What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46*, in: *Claus Scharff/Hans-Jürgen Schröder* (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949*, Wiesbaden 1979, S. 29-50; *Heinz Schulte*, *Die britische Militärpolitik im besetzten Deutschland, 1945-1949*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 31 (1982), S. 51-75; *Reusch, Institutionen*; *Donnison*.
- 20 Vgl. Anm. 17.
- 21 *Ulrich Reusch*, *Sir Brian Robertson (1896-1974)*, in: *Geschichte im Westen* 5 (1990), S. 69-80.
- 22 Eine vollständige Sammlung der Protokolle und Vorlagen der “committees” findet sich in dem Bestand “CCG Records Library”, FO 1005.
- 23 Artikel in *The Times* vom 22. Juni 1950 anlässlich des Ausscheidens von Hochkommissar Sir Brian Robertson, FO 371/85021/C4137.
- 24 *Reusch, Institutionen*, S. 375.
- 25 *Ebd.*, S. 375-377.
- 26 *Ebd.*, S. 397. In diesem Zusammenhang ist *William E. Paterson*, *The British Labour Party and the SPD 1945-52*, in: *Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist (Materialien zur politischen Bildungsarbeit, hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung)*, Bonn 1988, S. 95-112, den Thesen des Verfassers

(gegen Rolf Steininger) beigetreten.

- 27 *Ulrich Reusch*, Briten und Deutsche in der Besatzungszeit, in: *Geschichte im Westen* 2 (1987), S. 145-158.
- 28 Siehe Anm. 23.
- 29 Vgl. allgemein *Gerard Braunthal*, The Anglo-Saxon Model of Democracy in the West German Political Consciousness after World War II, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 18 (1978), S. 245-277.
- 30 So Sir Henry Vaughan Berry, langjähriger Regional Commissioner für Hamburg, an den Verfasser am 9. März 1978.

Summary

The British Control Machinery for Germany in London and in the British Zone

British preparatory planning for the occupation of Germany was highly professional and detailed, but had little impact on practical policies pursued after V-day. By the spring of 1946 demobilization had led to a virtual brain-drain of experts from both London and the British Zone, and they were never adequately replaced by civilian personnel other than young officers without sufficient professional experience prior to their recruitment and hasty training for, or on, their new CCG jobs.

CCG personnel fell roughly into five categories: staff officers (mainly in the military, supply, or engineering side of the job), Foreign Office diplomats (only a small group working at the top level of Main and Advanced HQs), civilian experts (employed on short-term contracts, most of them on leave from Government departments), newly recruited "control officers" (either from the Colonial Service or fairly young men whose posting with the CCG was virtually their first proper job and who were aiming for a life-time career within the CCG – both described by Mr, later Sir, Con O'Neill of the Foreign Office as "low-level zealots"), and German emigré experts (mainly lawyers) – these were not sent to Germany, however, until 1947-8.

British policy towards Germany varied between "indirect rule" and "direction", between "democratizing Germany" and "devolution of powers" to German (democratically elected) authorities, and this was the range of policies adopted by the CCG.

The London set-up or rear link of the CCG was not reorganized into a proper government department until October 1945 when British Military Government authorities both in Berlin and in the British Zone were already firmly entrenched. Thus, governmental control of the CCG remained inadequate up to the spring of 1947 when the Control Office for Germany and Austria was taken over by the Foreign Office.

Throughout the entire occupation the CCG remained comparatively independent of British government departments, though ministerial directives were issued regularly, and subsequently carried out, through direct links between the top level of the Foreign Office and the (Deputy) Military Governor via the CCG Political Division staffed by Foreign Office personnel.

During his time in office (October 1945 to April 1947) Labour Minister

J. B. Hynd had considerable influence on major political issues, for example, internal affairs, which were beyond the Foreign Office's responsibility or simply escaped their interest. Hynd filled key positions just below CCG top level with Labour appointees, including almost all the Regional Commissioners.

The CCG set-up remained virtually unchanged from 1945 to 1947-8, its divisional structure corresponding to the directorates at Allied (four-power) level. This indicated that until the end of 1947 the British Military Government had not abandoned hope and was still providing for the eventual formation of central or all-German governmental institutions.

The British, despite all the shortcomings of their policies, personnel and "re-education" programmes, made a specific contribution to Germany's reconstruction and eventual rehabilitation as a democratic state and society which, so far, has been greatly underestimated by both scholars and politicians. Generally their approach to the German problem was fair, in accordance with the rule of law, and both constructive and innovative. At times, however, British ambitions went far beyond what could possibly be achieved in a short period of just four or five years.

Deutschland unter britischer Besatzungsherrschaft. Gesellschaftliche Prozesse

PETER HÜTTENBERGER

Auf welche Gesellschaft stießen die alliierten Streitkräfte, als sie im Frühjahr 1945 ins Deutsche Reich eindringen und eine Okkupationsverwaltung aufbauten? Entsprachen die Verhältnisse in der Endkriegsphase den Vorstellungen, die sich die Briten von den Deutschen zu-rechtgelegt hatten? Deckte sich die Wirklichkeit mit dem traditiona-listischen Bild von einer durch konservative Eliten, Adel, Generalstab, Staatsbürokratie und Schwerindustrie beherrschten, hierarchisch geordneten, autoritätsgläubigen Gesellschaft mit einem starren Nationa-lcharakter? Oder galt das eher "modernistische" Konzept von einer nazifizierten, fanatisierten, durch Herrenideologie und Führerglaube zusammengeschweißten "Volksgemeinschaft", die sich entschlossen gegen die Politik der Sieger zur Wehr setzen würde? Beide Bilder waren weitgehend statisch angelegt. Einige der ersten Maßnahmen der Besatzungsbehörden vermittelten tatsächlich den Eindruck, als wollten sie die Verkarstungen und Versäulungen der deutschen Gesellschaft zerschlagen: so zum Beispiel die Internierung von hohen Beamten, führenden Industriellen des Ruhrgebiets oder die Androhung einer Bodenreform, die adligen Großgrundbesitzern die ökonomischen Fundamente ihrer vermeintlichen politischen Macht entziehen sollte.

Wie ungenau, wenn auch nicht gänzlich unzutreffend diese Bilder sein konnten, läßt sich gerade an der Bodenreform illustrieren. Die damit befaßten britischen Dienststellen mußten bei eingehender Be-trachtung der Gegebenheiten erkennen, daß jedenfalls für ihre Zone ihre ursprüngliche Annahme von den mächtigen Großagrariern nicht stimmte; sie stellte vielmehr ein historisches Klischee dar. Die eigent-lichen Großgrundbesitzer waren, so erwies sich, die katholische Kirche mit ihren Klöstern und karitativen Einrichtungen, ferner die Reichsbahn, die Bergbaugesellschaften und schließlich örtlich auch die Städte und Wohnungsbaugenossenschaften – Besitztümer, die sinnvollerweise nicht enteignet und umverteilt werden konnten. Diese Einsicht trug in erheb-lichem Maße zum Scheitern der Bodenreform bei.

Die deutsche Gesellschaft des Jahres 1945/46 war eine Katastro-phen-gesellschaft. Sie befand sich aber kurz nach dem Zusammenbruch

der nationalsozialistischen Herrschaft weder im Zustand des totalen Chaos, des absoluten Stillstandes ihrer Bewegungen, populär ausgedrückt in einer "Stunde Null", noch in einer linear-kontinuierlichen Fortdauer des Vergangenen. Beides kam zwar vor, zum Beispiel ein zum Teil bis Herbst 1945 anhaltendes Justitium, ein Stillstand der Rechtsprechung und ein fast ungebrochenes Fortbestehen der katholischen Amtskirche, die gerade aufgrund des Verfalls anderer Institutionen zeitweilig politisch höchst wirksam zu agieren vermochte. Bei beiden handelt es sich jedoch eher um Grenzfälle, die gleichsam definitorisch den allgemeinen Rahmen abstecken.

Dazwischen lag ein weites Feld verwickelter, im einzelnen kaum noch durchschaubarer historisch sozialer Prozesse. Kaum durchschaubar, da weder das zusammenbrechende Reich noch die sich im Frühjahr 1945 etablierenden Besatzungsapparate die Instrumentarien besaßen, die in die Turbulenzen eingelagerten Entwicklungen systematisch zu durchleuchten noch zu dokumentieren und zu analysieren: das Fortdauern von Vergangenen, die Reaktion auf den Niedergang des alten und die Einstellung auf das neue Regime sowie die Bemühungen, individuelle und kollektive Zukunft zu planen und unmittelbar zu organisieren. Zudem wurde die Wahrnehmung von Wirklichkeit im Rahmen des allgemeinen Überlebenskampfes in der Regel auf die schmale Perspektive der eigenen drängenden Bedürfnisse und jeweiligen Vorurteile reduziert. So überrascht es auch nicht, daß die ersten Eingriffe der Sieger in die deutsche Gesellschaft keineswegs der Befreiung dienten, sieht man von den Eingesperrten und Verfolgten ab; in erster Linie hatten sie den Zweck, die eigene Sicherheit zu untermauern und damit eng verbunden die rasche Befriedung einer durch den Krieg brutalisierten, an Sterben und Tod gewöhnten, spannungsgeladenen deutschen Gesellschaft herbeizuführen: Die Verbrechensrate in der Endkriegsphase, wie sie die "Amsterdamer Dokumente"¹ belegen, reicht von der Tötung aus politischen Motiven bis zum Totschlag aus paranoider Angst, vom Raubmord aus egoistischen Überlegungen bis zum Mord aus blankem Fremdenhaß, vom bloßen Mundraub bis zum Diebstahl und zur Plünderung öffentlichen Vermögens. Angesichts dessen ergibt sich die in diesem Fall durchaus zulässige, kontrafaktische Frage: Wie hätten sich die noch intakten SS- und Wehrmachtsverbände verhalten, wie eine kommunistisch inspirierte Arbeiterschaft, wie die gequälten und rachebedürftigen Verfolgten, die Displaced Persons, und die nur eingeschüchterten Verfolger, wenn die nationalsozialistische Herrschaft zwar gestürzt worden wäre, aber die Alliierten das Reichsgebiet nicht besetzt hätten? Jedenfalls haben die militärischen Mittel

der Sieger sowie die Zerschlagung der deutschen Streitkräfte, der Polizei und der SA das unter den Deutschen aufgestaute Gewaltpotential eingedämmt und die angelegten Spannungen gelockert, in den Hintergrund gedrängt und so allmählich mit der Zeit umbogen. Die Internierung hat zum Beispiel die NS-Funktionäre nicht nur ausgeschaltet, sondern durchaus auch vor unmittelbarer physischer Rache geschützt. Die Verfahren vor den Gerichten und Entnazifizierungskammern haben die diffusen Konfliktslagen in formalisierte, ritualisierte Bahnen gelenkt, damit gleichsam aus der Gesellschaft herausgenommen, häufig das frühere Geschehen banalisiert und dadurch in seiner Leidenschaftlichkeit gedämpft.

In der Katastrophengesellschaft jener Endkriegszeit, der die Besatzungsmächte durchaus keinen freien Lauf ließen, herrschte eine besondere Dynamik, die aus der Verknotung langfristig angelegter und kurzfristiger Prozesse hervorging: Unterschiedliche, ungleichzeitige Entwicklungen verkeilten sich ineinander, zunächst kaum durch den Staat gehemmt oder gefördert, und lösten dabei dialektische Bewegungen aus, von denen ihrerseits neue Impulse ausgingen. Man kann einige vorläufige Unterscheidungen treffen.

Eine der akuten Bewegungen der Katastrophengesellschaft bildete der allgemeine Niedergang des Vertrauens in die öffentlichen Einrichtungen und der Loyalität gegenüber herkömmlichen, gewohnten Autoritäten. Daraus resultierten zum einen der Rückzug des Einzelnen auf den engsten Kreis der Familie, der Freunde, Kumpane und gelegentlich auch der Bekannten, so auch die Bandenbildung von Jugendlichen, die schon während des Krieges aufgekommen war, oder das sogenannte "Haufendenken" unter Soldaten. Dazu gehörten Hoffnungen auf Rettungswunder, aber auch Lethargie bis zur resignierten Selbsterstörung, die gerade bei Kriegsende nicht selten gewesen zu sein scheint, und pragmatisches Sichdurchschlagen. Es brach eine krasse Kluft zwischen rücksichtslosem Egoismus und aufopfernder Hilfsbereitschaft auf, typisch waren ferner Trotzhaltungen gegenüber den Siegern, die augenblicklich in Unterwerfung und Anpassungsbereitschaft umschlagen konnten, und schließlich Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod sowie doch auch blanke Lebensgier.

Eine weitere Konsequenz des Verfalls der Loyalität gegenüber den versagenden öffentlichen Einrichtungen manifestierte sich im Handeln auf eigene Faust. Niemand erwartete mehr, daß der Staat und seine Organe für ihn Sorge. So entstanden angesichts der herrschenden Not zwangsläufig Schwarzmärkte und Kompensationsgeschäfte, an denen

sich selbst die fragmentarisierten Behörden beteiligten: Ware gegen Ware, Dienstleistung gegen Dienstleistung, gelegentlich Prostitution aus durchaus altruistischen Gründen. Diese Vorgänge brachten allerdings neue Loyalitäten hervor, wie sie im Rahmen geordneter Gesellschaften sonst nur bei Randgruppen üblich sind; Randgruppenphänomene rückten gleichsam stärker ins Zentrum des Geschehens. Eine Folge davon war, daß sich zum Beispiel spezifische Epidemien ausbreiteten. Schlechte sozialhygienische Verhältnisse, instabile Unterkünfte, Auflösung hergebrachter moralischer Grundsätze und mangelnde soziale Kontrolle förderten die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten, vor allem der Gonorrhöe und der Lues, aber auch von anderen Krankheiten wie Tuberkulose und Krätze. Im Herbst 1945 stieg die Zahl der Neuerkrankungen an Gonorrhöe und Lues, bezogen auf 10 000 der Bevölkerung, nachweislich auf 64 Fälle – 1934 waren es 34,6 auf 10 000 gewesen – und verringerte sich erst langsam wieder ab Sommer 1948, als die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu greifen begannen. Bei den Erkrankten handelte es sich durchweg um junge Menschen unter dreißig Jahren, darunter eine große Zahl von Frauen. Die Tuberkulose nahm ebenfalls sprunghaft zu: 1939 waren es rund 42 000 Fälle gewesen, 1945 117 000 und 1946 152 000 Fälle. 1947 befürchtete man, daß es im Jahr 1950 2,2 Millionen Erkrankte geben werde.

Die britische Militärregierung betrachtete diese Epidemien vor allem als ein Sicherheitsproblem für die eigene Truppe. Das von ihr ausgesprochene Fraternisierungsverbot bekam über den ideologischen Zweck hinaus eine gesundheitspolitische Bedeutung. Es war aber auch auf diesem Feld nur beschränkt wirksam, denn zahlreiche Soldaten infizierten sich zunächst nicht unmittelbar an Deutschen, sondern an Displaced Persons, die die "non-fraternization" nicht einschloß. Die Seuchenbekämpfung der britischen Militärregierung, die dadurch begünstigte Absicht, die deutschen Ärzte bei der Entnazifizierung milde zu behandeln und die lokalen Behörden rasch aufzubauen, hatte so gesehen zunächst weniger die Funktion, die deutsche Gesellschaft wieder zu ordnen, als die Briten selbst zu schützen.²

Der Verfall der herkömmlichen Loyalitäten setzte schließlich spontan, ja geradezu naiv einen Distanzierungsprozeß in Bewegung, nicht unbedingt vom Nationalsozialismus, sondern von den vermeintlichen Ursachen der desaströsen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Dabei waren mehrere Motive im Spiel: zum einen die Angst vor Rache und Sanktionen der Sieger, die zum Untertauchen, Verstecken, Vertuschen, Leugnen und im Extremfall zum Selbstmord führte; zum anderen das

verblüffte Zurückprallen, ja Erschrecken vor den bislang nicht zur Kenntnis genommenen, uneingestanden oder unbekanntem Untaten, die nun ans Tageslicht kamen und die das dumpfe Gefühl verursachten, daß man Komplize gewesen sei. Ein solches Gefühl wollte man allerdings in der Regel nicht aufkommen lassen, was um so leichter war, da die üblichen Maßstäbe von Sittlichkeit und Anstand inzwischen ins Wanken geraten waren. Wie skrupellos ein Teil der Bevölkerung nach dem Krieg im allgemeinen vorging, bietet ein Blick auf das Gerichtswesen. Ein Hinweis liefert eine Weisung der britischen Militärregierung vom November 1947 an die Gerichte zur Bekämpfung der sprunghaft wachsenden Eigentumskriminalität, den Strafsachen sei unbedingt Vorrang vor den Zivilsachen einzuräumen. Denn die Oberlandesgerichte berichteten unter anderem, die Jugendkriminalität habe sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verdreifacht, Eigentumsdelikte machten etwa fünfzig Prozent aller Verurteilungen aus, bei dreißig Prozent handelte es sich zudem um Verstöße gegen Bewirtschaftungsverordnungen. Die Richter klagten über die weit verbreitete Lockerung der Rechtsbegriffe und der sittlichen Haltung in der Bevölkerung.³ Die schlecht organisierten Ermittlungsbehörden und personell unterbesetzten Gerichte nahmen allerdings nur einen schmalen Ausschnitt aus dem täglichen Geschehen der Kriminalität wahr. So ist also zu vermuten, daß die Dunkelziffern außerordentlich hoch waren.

Hinzu kam schließlich die Einsicht in die Notwendigkeit, sich mit den Siegern unabdingbar arrangieren zu müssen, zunächst die stetigen Versuche, das Eis zu brechen, wobei zum Beispiel der Sport bei den fußballbegeisterten britischen Soldaten die raschesten Erfolge erzielte. Ein Arrangement mit den Siegern bedeutete zugleich jedoch auch Distanzierung vom Leben in den vergangenen Jahren. Ob man diese Phänomene mit dem psychoanalytischen Begriff "Verdrängung" bezeichnen kann, sei dahingestellt. Zweifel sind zumindest angebracht. Dagegen sei die Hypothese gewagt: Verdrängungssyndrome setzten erst nach 1949/50 ein, als die USA und Großbritannien im Interesse ihrer eigenen Sicherheit überraschenderweise eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands forderten; die Bundesregierung stimmte sogar noch bereitwillig zu, und beide Mächte verkoppelten überdies die Aufhebung des Besatzungsstatuts mit der deutschen Aufrüstung. Nach den Jahren der Kreuzzugspropaganda und der "re-education" mußte diese Politik wie eine dramatische Kehrtwendung im Umgang mit den Deutschen wirken. Nun konnte die Empfindung aufkommen, man sei ab jetzt vom Nationalsozialismus freigesprochen und müsse sich auch um die eigenen alten Verstrickungen nicht mehr unbedingt kümmern.⁴

Der Krieg, der Zusammenbruch des Reiches sowie die Politik der vier Besatzungsmächte verursachten die Auflösung bis dahin eingespielter ökonomischer Strukturen. Dieser Vorgang vertiefte zwar weiter die Vertrauensverluste in die Leistungsfähigkeit des Staates. Aber dennoch machte es die Menschen paradoxerweise in vielem von den nur rudimentär arbeitenden deutschen Behörden und den Maßnahmen der Militärregierung abhängig, auch wenn sie sich bemühten, auf eigene Initiative ihr Leben zu fristen.

Die Zerstörung der Verkehrswege im Bombenkrieg und die Einteilung des Reichsgebietes in Zonen, in denen eigene bürokratische Kontrollapparate aufgebaut wurden, sowie die Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße und schließlich die Sperrung urbaner Agglomerationen zerschnitten die bis 1944 einigermaßen funktionierende, seit dem 19. Jahrhundert bestehende Wirtschaftsachse des Reiches: Der Güteraustausch zwischen dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit seiner Montan- und Energiewirtschaft, dem mitteldeutschen/Berliner Raum, der bisher vor allem Produkte der verarbeitenden Industrie hergestellt hatte, und dem Nahrungsmittel liefernden Osten stagnierte weitgehend. Die Versorgung regionalisierte sich, wobei die großen Städte in der Regel zu kurz kamen. Andererseits begannen nun auch die von den Kämpfen während des Krieges weitgehend verschont gebliebenen ländlichen Gebiete an den Kriegsfolgen zu leiden: In ihnen ballten sich die einwandernden Vertriebenen, Flüchtlinge, Evakuierte und Displaced Persons zusammen und überlasteten die örtlichen Wohnungs- und Ernährungskapazitäten. Die Siedlungs- und Verkehrsgeographie war gemessen an der Vorkriegszeit vollständig verzerrt, und die Behördenapparate waren darauf nicht eingerichtet. Dieser Zustand hielt bis zu Beginn der fünfziger Jahre an.

Ferner zerfiel der Arbeitsmarkt, nicht nur weil die Behörden versagten, sondern weil Fremdarbeiter kaum noch vorhanden waren. Besonders betroffen waren davon der Bergbau, der die dringend benötigte Energie liefern, und die Bauwirtschaft, die die beschädigten Häuser winterfest machen sollte. Hinzu kam, daß die Militärregierung aus politischen Gründen manche Berufszweige, zum Beispiel die Polizei und die Lehrerschaft, besonders stark ausdünnte. Ein geeignetes Ersatzpersonal stand jedoch nicht zur Verfügung. Dabei fiel auf, daß ein großer Teil der jungen Männer, die nun aus dem Krieg und der Gefangenschaft zurückkamen, zunächst für schwere Tätigkeiten kaum verwendbar waren. Die zurückliegenden Strapazen hatten die körperliche und seelische Widerstandskraft und die Belastbarkeit gerade der jüngeren Jahrgänge, zumal des "22ers", der die größten Opfer hatte

bringen müssen, zerrüttet. Krankheiten, Verwundungen, Mangelernährung, Ängste und Demütigungen waren nicht spurlos an den jungen Männern vorübergegangen; sie hatten langwierige chronische Leiden und Depressionen hervorgerufen. Die Ärzte stellten noch nach 1948 aufgrund von Reihenuntersuchungen bei der Polizei, immerhin einigermaßen ausgesuchte Leute, ein durchschnittliches Untergewicht von zehn bis fünfzehn Prozent fest. Die Gewichtsverluste bei 20-25jährigen Beamten beliefen sich sogar auf 25 Prozent. Gerade die jungen Polizisten waren den Anforderungen des Dienstes, der feuchten Witterung, der Kälte und dem Schlafmangel kaum gewachsen. In den Großstädten konnten die Krankenstände nach 1949 gestaffelt nach Altersgruppen durchschnittlich folgendermaßen aussehen: 20-30jährige 43 Prozent, 30-40jährige 37 Prozent, 40-50jährige 11 Prozent und über 50jährige 8 Prozent. Die Generation besonders des Krieges hatte offensichtlich die Besatzungsjahre schlechter durchgestanden als die vom Krieg mehr verschonten Älteren. Sie neigte auch eher zu Nikotin- und Alkoholexzessen, Suchterkrankungen, die auf unverarbeitete Erlebnisse, auf psychische Labilitäten schließen lassen. Trotz verbesserter ärztlicher Versorgung gerade innerhalb der Polizei sollte sich dieses düstere Bild auch in den frühen fünfziger Jahren nur allmählich aufhellen.⁵ Der schlechte Gesundheitszustand zahlreicher junger Männer machte den Arbeitsmarkt gerade in den weit unterbesetzten Schwerarbeiterberufen unelastisch.

Weiterhin kamen 1945 hastige, fluchtartige Verlagerungen insbesondere technisch fortgeschrittener Industriezweige des Maschinenbaus, der Textil- und der Glasindustrie von Ost nach West in Gang. Die Firmen versuchten dadurch, ihre qualifizierten Mitarbeiter, ihre Unterlagen und Patente vor einem sowjetischen Zugriff und vor der Enteignung zu retten. Sie begaben sich in den Westzonen auf die Suche nach neuen Standorten. Hierbei lösten sie in den Kommunen verwickelte Auseinandersetzungen aus. Eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen bemühte sich, die örtlichen Wirtschaftsverhältnisse zu verbessern, vor allem Kriegs- und Demontageverluste auszugleichen und konjunkturanfällige Monostrukturen zu beseitigen, um das Arbeitsplatzangebot zu verbreitern und das Steueraufkommen zu diversifizieren. Sie stießen mit solchen Vorhaben jedoch häufig auf die heftigen Widerstände der alteingesessenen Industrien, die um ihre lokal einflußreichen monolithischen Positionen fürchteten. So hintertrieb zum Beispiel die Solinger Schneidwarenindustrie die Ansiedlung von Gablonzer Glasbläsern. Der Wiederaufbau von Ostbetrieben gelang vor allem dort, wo die Demontage die örtlichen Unternehmen zerstört oder stark geschwächt

hatte. Die 1946 anlaufende Förderung des Bergbaues durch die britische Militärregierung erstickte so gesehen eine Umstrukturierung des Ruhrgebietes im Keim. Die Verlagerungsprozesse trafen aber auch auf eine verunsicherte heimische Wirtschaft, die entweder um einen Neuanfang oder gar ums Überleben kämpfte und die überdies nicht wußte, wie weit die in Gewerkschaften und Parteien diskutierten Vergesellschaftungspläne gehen würden. Immerhin unternahm der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Herbst 1946 einen Versuch, die betriebliche Mitbestimmung auch mit den Mitteln des Streiks auf breiter Front durchzusetzen; er erzielte tatsächlich in der Montanindustrie einen Teilerfolg.

So überkreuzten sich vielerorts die Konfliktlagen. Der Zerfall des deutschen Wirtschaftsraumes, der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes, die kaum steuerbare Umstrukturierung der Industrie und schließlich die gewaltigen Wanderbewegungen – alles Vorgänge, die sich gegenseitig negativ beeinflussten – brachten ein allgemeines Elend hervor. Es herrschte nicht nur akute Not, sondern, was vielleicht noch schlimmer war, die Lebenspläne erschienen sinnlos und die Zukunftsperspektiven dunkel und undurchsichtig. Volkmar von Zühlendorff, ein Emigrant, der nach Deutschland zurückgekehrt war, beschreibt in einem ausführlichen, eindringlichen Brief an den Schriftsteller Hermann Broch die Situation:

Und darüber, das Grauen der Verwüstung nur betonend, die Zeichen des weitergehenden Lebens: Nachfrage und Angebot von Habseligkeiten, Anschläge der Militärregierung, Verbote, Material aus den Trümmern zu entnehmen. Und dazwischen fahren auf den öden Straßen (die vom deutschen Arbeitsdienst vom Schutt geräumt sind) knatternde Jeeps und sonstige Vulgaritäten, auch Straßenbahnen hie und da mit Pappe statt Fensterscheiben, und Kinder spielen, wie überall. Als wir herkamen, waren es noch viele, die meisten barfuß. Jetzt, wo ziemlicher Frost ist, sieht man immer weniger, sie müssen zu Hause bleiben, weil sie keine Schuhe haben, viele im Bett, weil es keine Kohle gibt. Das ist überhaupt das schlimmste, vielleicht noch ärger als der Hunger selbst, die Kälte ... Noch ärger aber als die Städte, viel ärger, sind die Lager mit den Ostflüchtlings ...⁶

Diese Katastrophengesellschaft geriet zwangsläufig in das Spannungsfeld einer Reihe sich gegenseitig überlagernder schwerwiegender Gegensätze: Zum einen ist hier zunächst der politische Gegensatz zwischen Nationalsozialisten einerseits und ihren Gegnern sowie den Verfolgten andererseits zu nennen, ein Gegensatz, den allerdings die britische Militärregierung alsbald weitgehend unter Kontrolle nahm

und damit wenigstens nach außen hin entschärfte; zum anderen brach der im Winter 1945/46 gleichsam wieder zurückkehrende Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf, der sich im Laufe des Jahres 1946 vor dem Hintergrund der Not und der aufkommenden kulturpolitischen Kontroversen verschärfte und in den die Militärregierung unentwegt intervenieren mußte, schon um die eigenen politischen Interessen und Zielsetzungen zu wahren.

Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus und des Staatsapparates und der mit beiden verflochtenen Organisationen rief überdies eine breite soziale Deklassierungsbewegung hervor. Beamte, Partei- und Vereinsfunktionäre, Offiziere und leitende Angestellte verloren ihre gehobenen Stellungen; ihre Vermögen wurden zum Teil gesperrt und im Verlauf der Entnazifizierungsverfahren häufig eingezogen. Die Teilung Deutschlands, die Inflation und die Bodenreform der sowjetischen Zone vernichteten darüber hinaus große Besitztümer und ließen die Inhaber in Armut zurück. Mit dem Eindringen als politisch unbelastend geltender anderer Personengruppen, zum Beispiel Emigranten, Verfolgte, 1933 Entlassene, aber auch Konjunkturritter in die so entstandenen sozialen Vakuen, vor allem im Bereich der kommunalen und staatlichen Behörden sowie der Verbände und Vereine, kamen Verdrängungskonflikte in Gang, die die ab Januar 1946 formalisierte Entnazifizierung nur partiell kanalisierte. Ab 1948/49 kehrte sich allerdings die Richtung dieser Verdrängungskonflikte wieder um. Die 1945/46 Verjagten begannen ihre alten Stellungen wieder zurückzuerobern. Die Dekade zwischen 1945 und 1955 war also eine Zeit zahlreicher heftiger, im einzelnen bis heute kaum durchsichtiger Verdrängungskämpfe, die sich auf allen Ebenen der Gesellschaft abspielten.

Demgegenüber waren die ebenfalls ineinander verschränkten sozialen Gegensätze keineswegs politisch bedingt. Diese Gegensätze bestanden zwischen den Einheimischen und den Zugewanderten, den Vertriebenen, Flüchtlingen, Evakuierten, zwischen Stadt- und Landbewohnern, verdeckt auch zwischen Alten ohne familiäre Unterstützung, deren Mortalitätsrate übrigens hoch war, und den durchsetzungsfähigen Jüngeren sowie zwischen Deutschen und den fremden Displaced Persons. Es handelte sich in erster Linie um elementare Kämpfe, um die Verteilung der extrem knappen Güter. Die Militärregierung sah sich als erstes veranlaßt, den Displaced Persons zu Hilfe zu kommen. Sie beförderte sie entweder rasch in ihre Heimatländer oder begünstigte sie, wodurch sie zwar die Zahl der Auseinandersetzungen, aber nicht ohne weiteres die Schärfe meist örtlich aufflackernder Kontroversen verringerte. Die Militärregierung vermochte

jedoch nicht, solange die Versorgung schlecht blieb, die drei anderen Gegensätze zu beseitigen; sie konnte sie lediglich durch die Anwesenheit ihrer Sicherheitskräfte beruhigen. Die Deutschen interpretierten dieses Verhalten als Mangel an gutem Willen, als absichtliche Repression, so daß von Zühlsdorff glauben feststellen zu können, "besonders verhaßt sind die Engländer, weil sie in dieser Politik völlig gefühllos und zielbewußt infam sind ..."⁷

Im Gewirr der Verdrängungskonflikte und sozialen Gegensätze bildete sich jedoch gleichsam in einer dialektischen Gegenbewegung auf der Folie deutscher historischer Traditionen eine Vielfalt von Solidargemeinschaften heraus. Diese Solidargemeinschaften erwiesen sich bald als Kristallisationszentren auch für künftige gesellschaftliche Ordnungen. Sie können hier nicht alle ausführlich behandelt werden, aber auf einige sei dennoch hingewiesen:

a) Zuerst die beiden Kirchen, zumal die katholischen Orden, die etwa bei der Gründung der CDU eine maßgebliche Rolle spielten, und auch die Bruderräte der Bekennenden Kirche, die allerdings eher zur Arbeiterbewegung neigten. Mit den Kirchen verbunden waren die Adelsfamilien des Münsterlandes oder Hannovers, die sich unter anderem in der Abwehr der von ihnen befürchteten Bodenreform oder bei der Versorgung von Vertriebenen trecks öffentlich formierten und hervortraten. Der aufgrund seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus populäre Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, stellt in diesem Zusammenhang gleichsam eine Art Bindeglied, eine Symbolfigur, dar. Im Umkreis der Kirchen entfalteten sich schon Ende 1945 aber auch das Brauchtum, die Volksfrömmigkeit und die Kultur, die alle zusammen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur seelischen Festigung und Selbstfindung der Bevölkerung leisteten.

b) In den Großstädten hatten zahlreiche Freundeskreise, die aus der Arbeiterbewegung stammten, die nationalsozialistische Herrschaft einigermaßen überstanden. Sie gaben die sozialen Fundamente für den Wiederaufbau der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ab.

c) Die Rolle des Sports, zumal des Fußballs, darf für die Restrukturierung der deutschen Gesellschaft nicht unterschätzt werden. In den Sportvereinen fanden sich alte, zwischenzeitlich auseinandergerissene Freundeskreise wieder zusammen; Fremdheiten zwischen Einheimischen und Zugewanderten wurden abgebaut, und wenigstens minimale Versorgungsleistungen und Hilfen waren möglich. Es wurden Verbindungen zu Besatzungssoldaten geknüpft, und eine niedergeschlagene Bevölkerung konnte erste Erfolgserlebnisse feiern. Der Sport, der sich als unpolitisch geben konnte, kam lebhaften Bedürfnissen

in der Gesellschaft der Besiegten nach Gemeinschaft und Stärkung des Selbstbewußtseins entgegen. So überrascht es nicht, daß sich der Sportbetrieb schon im Sommer 1945 zu entfalten begann und daß im Winter 1945/46 erste lokale und regionale Meisterschaften ausgetragen wurden. Die Leichtathletik gab zum Beispiel schon im August 1946 eine erste offiziöse Leistungstabelle heraus.⁸

d) Ein besonderes Problem bildeten die Solidargemeinschaften, die unter Industriellen entstanden, meist "Kreise" genannt. Sie ahmten die in der Wirtschaft immer üblichen Konsortien nach. Diese Konsortien formierten sich sofort nach Einmarsch der Alliierten und nach der Überwindung einer kurzen Schockphase, in der allerdings auch ein Mann wie Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke (VestAG), Selbstmord beging. Sie lehnten sich in der Regel zwar an schon vorhandene Institutionen an, wie zum Beispiel den Düsseldorfer Industriecenter oder die Vorstände der VestAG und der I.G.-Farben. Ihre spontane Entstehung verdankten sie jedoch zunächst der Initiative einzelner Personen und im Durcheinander der Zeit zufälligen Begegnungen. In ihnen ging es in erster Linie darum, das über das Reich versprengte Führungspersonal der Unternehmen zu sammeln, die Umstellung der Betriebe auf Friedensproduktion zu beraten, Verbündete in den sich erneuernden deutschen Behörden zu gewinnen, Fürsprecher bei Angehörigen der Besatzungsdienststellen zu suchen; kurz: den eigenen, gefährdeten sozialen Status zu verteidigen. Volker Berghahn hat auf dieses Phänomen unter dem Stichwort "Kontinuität" in der Wirtschaftsführung während der Endkriegsphase und der Besatzungszeit hingewiesen.⁹ Allerdings handelte es sich hierbei nicht um eine einfache gerade, sondern vielmehr um eine vielfach gebrochene und verworfene Kontinuitätslinie, die sich in einem komplizierten Wechselspiel zwischen Industrie und Besatzungsmacht herausbildete. Diese Konsortien mußten, um sich nicht selbst ins Zwielicht zu bringen, die im Dritten Reich besonders exponierten Wirtschaftsführer ausschließen und von sich fernhalten: Zu nennen sind hier Walter Rohland, der bekannte "Panzerrohland", Hans Kehrl, Tuchfabrikant und einer der führenden Mitarbeiter Albert Speers in der "zentralen Planung", oder Kurt Pleiger, Vorstand der Bergbau AG Salzgitter und "rechte Hand" Hermann Görings, vor allem aber die bisherigen Gau- und Kreiswirtschaftsberater der NSDAP, welche zutiefst in die Arisierung jüdischen Vermögens verstrickt waren. Gerade in diesen Bereichen fanden doch Kontinuitätsbrüche statt.

Sie konnten sich andererseits aber auf die vernationalsozialistischen, in der Regel konservativen studentischen Verbindungen, die Jagdclubs

und die alten industriellen Clans sowie Ausbildungscrews im Ruhrgebiet stützen. Eines der frühesten jener Konsortien dürfte wohl der sogenannte "Sohl-Kreis" in Düsseldorf gewesen sein, ein, wie sich Hans-Günther Sohl (VestAG, Thyssen) in seinen Erinnerungen ausdrückt, "kleiner Kreis von Wirtschaftlern",¹⁰ der sich für Verhandlungen mit deutschen Behörden und Besatzungsorganen zur Verfügung stellte. Ihm gehörten an: Niels von Bülow (Gerresheimer Glashütte; Familie Heye), Josef Wilden (Geschäftsführer der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer, früher Zentrumspartei), Walter Schwede (VestAG), Theo Siegert (Großhandel), Wilhelm Steinberg (VestAG), Wilhelm Zangen (Mannesmann) und Hermann Winkhaus (Mannesmann). Dieser Kreis stand in engem Kontakt zum Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, Robert Lehr; Lehr war schon in den zwanziger Jahren als Düsseldorfer Oberbürgermeister in Verbindung zu Ernst Poensgen, damals mit Albert Vögler Vorstandsmitglied der VestAG, gestanden.¹¹ Nach 1945 nahm er Kontakt zu Heinrich Böckler vom DGB auf und erörterte mit ihm die Probleme künftiger Gewerkschaftsorganisation. Er scheint darüber hinaus aber auch weitere Funktionen gehabt zu haben: erstens die Sicherung der Weiterarbeit von VestAG- und Mannesmann-Betrieben durch gegenseitige Hilfen und zweitens die politisch unumgängliche Umschichtung von Führungspersonal als vorbeugende Maßnahme gegen zu erwartende Eingriffe der Militärregierung. So berichtet Sohl, daß der noch intakte VestAG-Vorstand mit Walter Rohland, Heinrich Dinkelbach (seit 1936 Vorstandsmitglied VestAG), Heinz Gehm, Walter Schwede, Fritz Springorum (vor 1939 Vorstandsvorsitzender Hoesch Nenessen AG, danach u.a. Mitglied des Aufsichtsrats des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats) und Karl Heimberg "in Erwartung der bevorstehenden Internierungswelle Robert Pferdenges aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand delegierte"¹² – Pferdenges hatte noch 1944 kurz unter Hausarrest gestanden; ferner habe, so Sohl, der VestAG-Vorstand mit Wilhelm Wehrhahn sowie dem Vorstandsvorsitzenden des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE), Arthur Koepchen, über den Aufsichtsratsvorsitz der VestAG nach dem Selbstmord Vöglers gesprochen. Sohl lehnte damals jedenfalls strikt jeden Repräsentanten eines großindustriellen Unternehmens für diese Aufgabe ab und bat Wehrhahn, diesen Posten zu übernehmen. Wehrhahn stammte aus einer alten katholischen Neusser Familie von Großkaufleuten mit besten Beziehungen zum Kölner Erzbisum.

Die Erinnerungen von Günter Henle (Klößner-Humboldt-Deutz/KHD) weisen in eine ähnliche Richtung. Henle erzählt, daß unter anderem Lehr ihn gedrängt habe, "den Vorsitz bei der Vorläuferin der

heutigen Vereinigung Eisen- und Stahlindustrie“ zu leiten, und ihn in den nordrheinischen Provinzialrat berufen habe.¹³ Er teilt außerdem mit, Karl Jarres, einst Oberbürgermeister von Duisburg, sei anlässlich seiner, Henles, Verhaftung durch die britische Militärregierung bei der Führung der KHD ähnlich wie Pferdmenes bei der VestAG “in die Bresche gesprungen”.¹⁴

Henle rühmt, wie schon Berghahn bemerkt, Pferdmenes und Jarres als “die treuen Paladine der Ruhrwirtschaft”, beide hätten sich “der Erhaltung und des Wiederaufbaues unserer Industrie angenommen”.¹⁵

Pferdmenes und Jarres, diese beiden “Statthalter”, galten 1945 als weitgehend unbelastet. Pferdmenes war seit 1932 Teilhaber am Kölner Bankhaus vormalig Sal. Oppenheimer Jr. & Cie.; 1933 hatte er seine Präsidentschaft bei der Industrie- und Handelskammer niedergelegt und 1938 unter dem Firmennamen Pferdmenes & Co. die Treuhandschaft in der Bank für die Oppenheimer Familie übernommen. Die Gestapo hatte ihn, wie Waldemar und Friedrich Carl von Oppenheimer, verhaftet und nach Neuruppin verbannt.¹⁶

Karl Jarres hatte 1933 genau wie Robert Lehr in Düsseldorf sein Amt als Oberbürgermeister von Duisburg verloren, und er war nun in der Lage, seine alten industriellen Freunde vor der britischen Militärregierung gegen immer wieder vorgetragene Denunziationen zu verteidigen: “Die vielen Denunzianten sind nur erklärlich ... aus der furchtbaren Not, welche die gemeinsten Instinkte des Menschen zum Durchbruch kommen läßt.”¹⁷ Zweierlei ist an diesem Beispiel bemerkenswert:

1. Eine Stadt wie Düsseldorf war seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Kapitale des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, Konzernzentrale der VestAG und Sitz einst mächtiger Verbände. Sie blieb trotz ihrer Zerstörung, ihrer Versorgungsnöte und trotz der Auflösungserscheinungen in den Staats- und Industrieverwaltungen ein gleichsam naturwüchsiger Sammelplatz für Wirtschaftsführer zunächst des nordwestdeutschen Raumes und dann, wie leicht zu belegen ist, des gesamten Reiches. Die sich 1945 konstituierenden Parteien wichen demgegenüber in der Regel aufs Land aus.

2. Angesehene, konservative Kommunalbeamte der Weimarer Zeit, die 1933 das Glück gehabt hatten, ihre Ämter räumen zu müssen, stellten sich diesen Kreisen der Wirtschaft als Nothelfer, Fürsprecher und Vermittler zur Verfügung; hier zum Beispiel Lehr oder Jarres, aber auch Konrad Adenauer in Köln und Heinrich Weitz, der vor 1933 Oberbürgermeister von Trier und nach 1945 von Duisburg war.¹⁸

Karl Winnacker illustriert in seinen Erinnerungen Akte der Solidarität

unter leitenden Angestellten der I.G.-Farbenindustrie, die allerdings mit den Schwerindustriellen nur lockere Beziehungen unterhielten. Von den Amerikanern aus dem Hoechster I.G.-Farbenwerk entlassen, rissen Winnackers Verbindungen zu seinen bisherigen Arbeitskollegen ab, "... um so mehr bemühte ich mich", schreibt er, "mit den Freunden am Niederrhein in Kontakt zu bleiben ..."; denn: "... die Situation in Leverkusen (Bayerwerk) war wesentlich erfreulicher als in der amerikanischen Zone. Der englische Kontrolloffizier hatte mit ganz wenigen Ausnahmen die alte Führung in ihren Ämtern belassen und mischte sich auch weniger in Werksangelegenheiten ein."¹⁹ Winnacker bekam tatsächlich eine Anstellung in der Duisburger Kupferhütte und später in Knapsack; als ihm 1951 ein Vorstandssitz wieder in Hoechst angeboten wurde, fragte er sogar den im I.G.-Farbenprozeß angeklagten Fritz ter Meer um Rat, seinen ehemaligen Vorgesetzten und Förderer.²⁰ In diesem Falle fungierte offensichtlich die relativ unbehelligt handelnde Betriebsleitung von Leverkusen ähnlich wie ein "Kreis".

Die britische Militärregierung muß diese Aktivitäten von Wirtschaftsführern beobachtet haben. Jedenfalls scheinen der Welle der Verhaftungen von Ruhrindustriellen im Herbst 1945, die Männer wie Henle, Sohl und Rohland zutiefst verstörte, nicht nur allgemeine politische Motive zugrunde gelegen haben, sondern auch das öffentlich unausgesprochene Kalkül, die sich wie automatisch wieder herstellenden personellen Verflechtungen in der Großindustrie zu zerschneiden. Übereinstimmend berichten die Internierten, sie hätten die Vernehmungen im Internierungslager Bad Nenndorf politisch als Farce empfunden. So schreibt Henle dazu: "In keiner Zeit hat nur irgend jemand gesagt, aus welchem Grunde ich überhaupt 'sitzen' mußte."²¹ Auch Sohl meint: "Warum das allerdings unter derart entwürdigenden Umständen vollzogen wurde, hat uns niemand verraten."²²

Das Ziel einer Zerschlagung informeller Beziehungsgefüge innerhalb verschiedener Wirtschaftszweige gelang indes nur unvollständig. Im Gegenteil: Die Internierten lernten sich in den Lagern persönlich genau kennen und schätzen und fanden sich in der Regel angesichts des gemeinsamen Ungemachs zu Leidens- und Solidargemeinschaften zusammen, die auch noch später weiterwirkten. Überdies, während die erste Führungsgarnitur eingesperrt oder aus den Ämtern entlassen war, übernahmen politisch als unbelastet geltende Freunde, pensionierte Kollegen, bisher wenig exponierte jüngere Kräfte, "Paladine", wie sich Henle in seinen Erinnerungen ausdrückt, interimistisch die Leitung der Unternehmen. Belastete wurden dagegen nach und nach in unauffällige Positionen an der Peripherie geschoben, etwa als Berater, als Filialleiter

oder Auslandsbeauftragte.²³

Die hier skizzierten Vorgänge spielten sich allerdings vor dem Hintergrund einiger langfristiger gesellschaftlicher Veränderungen ab. Diese Veränderungen waren zumindest seit dem Ersten Weltkrieg im Gang und sollten auch nach 1945 nicht unbedingt abbrechen. Um den damit in den Blick kommenden Kontinuitätsbegriff, der jedenfalls für die Endkriegsphase und die Besatzungsjahre in der Regel nur linear, zeittheoretisch als "Strecke" vorgestellt wird, ranken sich in der Literatur einige Unklarheiten und Mißverständnisse.²⁴

Der Begriff enthält drei unterschiedliche Dimensionen: Erstens Kontinuität als Wiederholung oder Fortdauer desselben oder des extrem Ähnlichen – ein Phänomen, das angesichts der Umbruchsituation 1945 zwar selten, aber doch zum Beispiel auf dem gesellschaftlich wichtigen Gebiet des Eigentumsrechts immerhin vorkommen konnte. Zweitens als bewußt oder unbewußt erfolgreiches Bemühen an frühere Verhältnisse, die zwischenzeitlich beseitigt waren, wieder anzuknüpfen; dies könnte man auch als Restauration bezeichnen.²⁵ Die Fachliteratur führt hierzu zahlreiche Fälle an, wonach sowohl die britische Militärregierung als auch deutsche politische Kräfte auf politische Ideen, Rechtszustände, Gepflogenheiten und Verhaltensformen zurückgriffen, zum Beispiel der Weimarer Republik, sie nachahmten oder ihnen in nur verbesserter Form Geltung zu verschaffen versuchten. Drittens schließlich, Kontinuität als langanhaltender, allmählich fortschreitender, gelegentlich auch stagnierender oder beschleunigter Transformationsprozeß von historischen Strukturen. Man kann immerhin vier derartiger Transformationsprozesse ausmachen:

1. Eine anhaltende Nivellierung "ständischer" und regionaler Lebensformen, die schon der nationalsozialistische Staat im Interesse einer totalen Mobilmachung begünstigt hatte und die nach 1945 aufgrund der gewaltigen Wanderungen einen Höhepunkt erreichte. Dabei schliffen sich auch frühere konfessionelle Gegensätze ab, obgleich zum Beispiel der Zuzug von Protestanten in katholische Siedlungsräume oder von Lutheranern in vorwiegend reformierte kurzfristig aufflackernde Konflikte hervorrief.

2. Ferner, vor 1914 hatte gleichsam insular in den Großstädten ein zivilisatorischer Modernisierungsprozeß begonnen, wie zum Beispiel die Elektrifizierung der Haushalte, die Beschleunigung des Verkehrs und die Urbanisierung des flachen Landes. Der Erste Weltkrieg und die Inflation hatten diesen Modernisierungsprozeß stagnieren lassen. Vor allem die großen Gemeinden hatten ihn ab 1924/25 wieder aufgegriffen und bis zur Weltwirtschaftskrise vorangetrieben. Das Dritte Reich hatte

den Modernisierungsprozeß allerdings nicht wie bisher auf breiter Front fortgeführt, also keine "braune industrielle Revolution" betrieben, wie Schoenbaum²⁶ meint, sondern ihn lediglich auf das schmale Feld der Rüstungspolitik konzentriert. 1944/45 kam er zwar zum Stillstand, war damit aber nicht abgebrochen, sondern entfaltete sich vielmehr, in der Besatzungszeit vorbereitet, in den fünfziger Jahren.

3. Weiterhin verlor der Adel mit der Abtrennung der Ostgebiete, der Bodenreform in der sowjetischen Zone und der Auflösung der Wehrmacht seine letzten politischen Bastionen. Diese Bastionen waren allerdings schon seit dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 und der dann folgenden schrittweisen Aufhebung des Fidei Kommisses angeschlagen gewesen.

4. Die einst so mächtige Schwerindustrie schließlich hatte in den dreißiger Jahren gegenüber der chemischen und der Elektroindustrie sowie dem Maschinenbau mit ihren moderneren, für die Aufrüstung, aber auch für den Export bedeutsameren Technologien, politisch an Terrain verloren. Die Schwerindustrie stützte sich auf zwei Säulen, deren eine, der Bergbau, seit dem Ersten Weltkrieg einen nur zwischenzeitlich gebremsten Niedergang hinnehmen mußte; die andere Säule, Stahl und Eisen, geriet schon in der Weltwirtschaftskrise ins Wanken. Die in den dreißiger Jahren eingetretene Schwächung war auch in der Wiederaufbauphase nach 1945 nicht mehr zu beheben. Die Montanindustrie geriet anläßlich der Bergbaukrise 1958/59 endgültig in schwere Turbulenzen und benötigte von da an immer wieder Unterstützung der öffentlichen Hand. Ihre Kontrahenten hingegen konnten sich trotz der alliierten Kontrollen und Entflechtungsmaßnahmen rasch erholen und in den fünfziger Jahren selbständig entfalten.

Die deutsche Gesellschaft in der End- und der Nachkriegsphase ist nicht einfach mit dem zahlreichen Darstellungen zugrunde liegenden, politisch durchaus opportunen und das Selbstverständnis in der Bundesrepublik stärkenden Schema "Zusammenbruch – Auflösung – Elend – erfolgreicher Wiederaufbau" zu beschreiben. Dieses Schema ist zu simpel und wird den vielfältigen verschiedenartigen historischen Prozessen keineswegs gerecht. Zu kurz greift auch das Modell der durchgängigen, kurzzeitig nur leicht verbogenen und unterbrochenen Kontinuitätslinien, das logisch notwendig in eine politisch kritische Restaurationstheorie einmündet. In dieser Gesellschaft lagen zum einen Brüche und Kontinuitäten dicht, oft in denselben Personen und in denselben Gruppen, beieinander; niemand kam aus der Katastrophe unverändert heraus, und viele versuchten dennoch, im Vergangenen

wieder festen Boden unter den Füßen zu finden. Brüche und Kontinuitäten bedingten sich darüber hinaus gegenseitig. Zum anderen zogen Niederlage und Zerfall des Nationalsozialismus und des deutschen Staatswesens zwangsläufig Auflösungserscheinungen nach sich. Doch in der scheinbar chaotischen Situation bildeten sich sogleich sowohl ephemere Notordnungen als auch in Anlehnung an ältere Strukturen Elemente für künftige lebensfähige Ordnungen. Die britische Militärregierung griff in diese Prozesse mit dem Ziel ein, die eigenen Positionen und Interessen zu sichern und zugleich den Umbau der deutschen Gesellschaft gemäß den internationalen Verpflichtungen zu bewerkstelligen. Aber sie schuf sich damit nicht nur Gefolgschaft, sondern rief auch Abwehrhaltungen und vor allem untergründige Gegenströmungen hervor, in denen sich eigenständige Selbstverständnisse der Deutschen zu artikulieren suchten. Die Gesellschaft bewegte sich also in heftigen dialektischen Prozessen, worin das Neue im Alten aufgehoben war und das Alte im Neuen aufging, und in denen das Alte und das Neue ihre eigenen Negationen hervorbrachten. Erst die Gründung der Bundesrepublik verlieh diesem Gewoge allmählich Stetigkeit.

¹ *Fritz Bauer u.a. (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, 17 Bde., Amsterdam 1968-1977.*

² *Hans-Ulrich Sons, Gesundheitspolitik während der Besatzungszeit. Das öffentliche Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen 1945-1949, Wuppertal 1983, S. 120ff.*

³ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 189-1142 und NW 139-127.

- 4 Erinnerungen, Tagebücher von Personen unterschiedlicher Herkunft und Ausbildung sowie Korrespondenzen, aber auch Befragungsprotokolle sind ebenso wie die Prozeßakten voll von einschlägigen Episoden, Szenen und Situationen: vgl. *Stephan Stolze*, Nachkriegsjahre. Erinnerungen 1945-1955, Frankfurt/M. 1984; *Helmuth Thielicke*, Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984; *Axel Eggebrecht*, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Hamburg 1981; *Dietrich Güstrow*, In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines "befreiten" Deutschen, München 1985; *Alfred Kantorowicz*, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, Berlin 1980; *Walter Hasenclever*, Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen. Erinnerungen, München 1978; *Erich Kästner*, Notabene 1945. Ein Tagebuch, München 1989; *Margret Boveri*, Tage des Überlebens, 4. Auflage, München 1985; *Erich Kuby*, Aufzeichnungen aus 2 129 Tagen, München 1977; *Hanns Jürgen Küsters/Hans Peter Mensing* (Hrsg.), Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945, München 1986.
- 5 Hierzu z.B.: Staatsarchiv Mönchengladbach, Polizeiberichte Mönchengladbach-Rheydt 1945-1949, S. 27, S. 30; ferner 1950, S. 18; 1951, S. 17. Mönchengladbach-Rheydt war eine der typischen mittleren Großstädte in Nordwestdeutschland.
- 6 *Hermann Broch*, Briefe über Deutschland 1945-1949. Korrespondenz mit Volkmar von Zühlsdorff, Frankfurt/M. 1986, S. 75-77; hierzu auch: *Manfred von Ardenne*, Ein glückliches Leben für Technik und Forschung. Autobiographie, Frankfurt/M. 1976; *Otto Hahn*, Mein Leben, 6. Auflage, München 1986; *Ferdinand Brandner*, Ein Leben zwischen Fronten. Ingenieur im Schußfeld der Weltpolitik, München/Wels 1973; *Gloria Müller*, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.
- 7 *Broch*, S. 76.
- 8 Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit, hrsg. v. *Deutscher Sportbund*, Frankfurt/M. 1990.
- 9 *Volker Berghahn*, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1985, S. 60ff.
- 10 *Hans-Günther Sohl*, Notizen, Düsseldorf 1983, S. 93-95.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd., S. 96.
- 13 *Günter Henle*, Weggenosse des Jahrhunderts als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik, Stuttgart 1988, S. 77.
- 14 Ebd., S. 84
- 15 Ebd., S. 84f.
- 16 *Wilhelm Treue*, Robert Pferdmenzes (1880-1962), in: *Geschichte im Westen 2* (1990), S. 188-201.
- 17 Denkschrift Jarres, abgedruckt in: *Walter Rohland*, Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes, Stuttgart 1968, S. 234. Übersicht über die Vorstandslisten der großen Firmen bietet: *K. H. Herrchenröder/Joh. Schäfer/Manfred Zapp* (Hrsg.), Die Nachfolger der Ruhrkonzerne, Düsseldorf 1953.

- 18 *Berghahn* weist überdies auf einen weiteren "Kreis" im Umfeld der Gebrüder Hermann und Paul Reusch (Gutehoffnungshütte Oberhausen) hin, hinter dem sich die seit dem frühen 19. Jahrhundert herausragende Fabrikanten- und Kaufmannsfamilie Haniel aus Ruhrort verbarg: *Berghahn*, S. 55, S. 60. Der Mitbegründer der FDP und spätere Vizekanzler der Bundesrepublik, Franz Blücher, baute in Essen einen ähnlichen Unternehmerzirkel auf, der ab 1947 bei der Finanzierung des nationalliberalen Flügels der FDP eine gewisse Rolle spielen sollte.
- 19 *Karl Winnacker*, Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseldorf 1974, S. 150.
- 20 *Ders.*, S. 118, S. 172.
- 21 *Henle*, S. 81.
- 22 *Sohl*, S. 10.
- 23 Selbst Rohland, der klagte, keine Führungsposition mehr erhalten zu haben, fand nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager Hilfe bei Ernst Poensgen, bekam von Sohl und von der Witwe Albert Vöglers Beraterverträge und konnte in Düsseldorf eine Consulting Firma, die WEDEXRO, mit Aufträgen in Ägypten und Südafrika aufbauen. Er sammelte dann selbst einen Kreis um sich, dem unter anderem auch die Historiker Friedrich Glumm und Robert Ingrim angehörten. Der frühere Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister, Hjalmar Schacht, vermochte nach seiner Entnazifizierung ein Bankhaus zu errichten und zahlreiche Finanzberaterverträge abzuschließen. Schwieriger hatten es dagegen bekannte ehemalige Waffenproduzenten und Techniker, wieder Fuß zu fassen, sofern sie nicht zur Arbeit bei den Siegermächten gezwungen worden waren. Sie wanderten in der Regel ins Ausland ab. Hierzu: *Brandner*, S. 263.
- 24 Hierzu u.a.: *Werner Conze/M. Rainer Lepsius* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.
- 25 Vgl. zur Problematik: *Eberhard Schmidt*, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, 7. Auflage, Frankfurt/M. 1977.
- 26 *David Schoenbaum*, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1980.

Summary

Germany under British Occupation. Social Processes

In 1945-6 the social situation which the British found in Germany could be described as catastrophic. Nevertheless, German society was neither in complete chaos, nor totally paralysed (*Stunde Null*). Nor was there a straight-line continuity with the past. The British occupation authorities, however, did not have the means systematically to document and analyse complex historical and social processes.

New alliances were forged in the confusion created by the difficulty of coming to terms with the past, the emergence of new social conflicts and the disintegration of economic structures. Social groups were built around these alliances: special mention must here be made of the churches, the labour movement (which provided the foundation for the SPD and the trade unions), sports associations, and circles of leading industrialists in the Ruhr.

The development of German society at the end of the war and in the post-war period cannot simply be summed up as "collapse – disintegration – misery – successful reconstruction". Similarly, the model of a continuity with the past, only briefly diverted or interrupted, upon which the political theory of restoration is based is also inadequate. Breaks and continuities overlapped and affected each other.

The British Military Government intervened in the process of social transformation in Germany in order to secure its own positions and interests, and to ensure that German society was restructured in line with international agreements. In 1945-6 it attempted to impose British ideas of state and society, but after 1947 it was prepared to compromise with the Germans. Other areas were left to the Germans to sort out themselves. The main concern of the Military Government was the suppression of any pro-Nazi tendencies.

British occupation policy was neither homogeneous nor one-dimensional, but consisted of extremely complicated political processes. Ultimately, German and British interests became increasingly intertwined.

Die Länderbildung in der britischen Besatzungszone

WOLFGANG HÖLSCHER

Die Herausbildung neuer territorial-staatlicher Einheiten im Gebiet der britischen Besatzungszone, der heute existierenden Bundesländer, ist bisher vornehmlich unter zwei Aspekten untersucht worden. Die landesgeschichtliche Forschung konzentrierte sich darauf, die für die Entstehung der einzelnen Bundesländer relevanten Zusammenhänge aufzuzeigen bzw. aus anderer Perspektive das Ende staatlich-verwaltungsmäßiger Selbständigkeit bestimmter Regionen darzustellen.¹ Auf der anderen Seite wurden der Prozeß der territorialen Neuordnung oder zumindest Teile davon im Rahmen allgemeinerer Arbeiten über die britische Besatzungspolitik beleuchtet. Hierbei stand die von theoretisch-konzeptionellen Prämissen bzw. internationalen Geschehnissen bestimmte Politik auf der Londoner oder der zentralen Ebene der Militärregierung in Deutschland im Vordergrund.²

Eine Gesamtschau der Länderneubildung in der britischen Zone, die sowohl die sich überlappenden Entwicklungen in den einzelnen Ländern und Provinzen einbezieht als auch auf die besatzungs- und deutschlandpolitischen Konstellationen eingeht, fehlt bisher. Aufgrund der regen Forschungstätigkeit in den letzten Jahren scheint ein erster Überblick inzwischen möglich zu sein. Allerdings liegt das Schwergewicht dieser Darstellung bei den Vorgängen auf deutscher Seite, die recht gut dokumentiert sind. Auch die Politik auf höchster Londoner Ebene, wo der bestimmende Rahmen gesetzt wurde, liegt weitgehend offen, soll jedoch hier, als allgemein bekannt vorausgesetzt, nur punktuell erwähnt werden.³ Problematisch bleibt es, die Einflüsse von Seiten der britischen Militärregierung, der Control Commission for Germany (British Element) in Berlin und ihrer untergeordneten Dienststellen, einzuschätzen. Zwar sind die nach außen wirkenden Maßnahmen der Militärregierung bekannt, zahlreiche interne Entscheidungsabläufe liegen jedoch noch im dunkeln.

Der Raum, den die Briten im Sommer 1945 als Besatzungszone übernahmen, wies mit den Klein- und Kleinstländern Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, dem Stadtstaat Hamburg sowie den großflächigen preußischen Provinzen

Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und dem nördlichen Teil der Rheinprovinz eine sehr heterogene Struktur auf – dies nicht nur in bezug auf den räumlichen Umfang der einzelnen Gebilde, sondern auch hinsichtlich der Ausgestaltung ihrer verwaltungsmäßigen Ordnung. Einbezogen werden in die Betrachtung muß darüber hinaus das Gebiet des Stadtstaates Bremen, das als Enklave unter amerikanische Hoheit gestellt war, jedoch mit der Vereinbarung, dort die Richtlinien britischer Besatzungspolitik anzuwenden.⁴

Bereits in einer ersten Phase der Besatzungszeit etwa von Juni bis Oktober 1945 zeichneten sich Grundbedingungen ab, die für den weiteren Verlauf der Neuordnungsdiskussion prägend sein sollten. Dabei spielten besatzungspolitische sowie internationale Faktoren eine wesentliche Rolle, aber auch – auf deutscher Seite – der Rückgriff auf traditionelle Raumordnungsvorstellungen. Die Teilung der Rheinprovinz im Juni 1945, deren südlicher Teil dem französischen Besatzungsgebiet zufiel, während die nördlichen Regierungsbezirke Köln, Aachen und Düsseldorf als Nord-Rheinprovinz einem britischen Detachment in Düsseldorf unterstellt wurden, ließ bei rheinischen Politikern frühzeitig den Gedanken einer Kooperation mit Westfalen wach werden, wobei man auf die traditionell engen Verbindungen beider Provinzen verweisen konnte. Darüber hinaus zeichneten sich, ab August 1945 wahrnehmbar auch für die deutsche Öffentlichkeit, französische Pläne für eine Loslösung der Rhein-Ruhr-Region aus dem Reichsgebiet ab – eine Gegebenheit, die die Gedankengänge aller Beteiligten entscheidend beeinflussen sollte.⁵

Auch in Westfalen wurden schon im Sommer 1945 erste Pläne geschmiedet. In Fortführung der Auseinandersetzungen zur Weimarer Zeit trat man, mit dem Ziel westfälischer Eigenständigkeit vor Augen, sofort wieder in einen Konkurrenzkampf mit der Provinz Hannover um das „alt-westfälische“ Osnabrücker Gebiet, um Süd-Oldenburg sowie um die beiden Länder Lippe ein. Dabei schien der westfälische Anspruch auf die lippischen Territorien durch die besatzungspolitischen Maßnahmen gestützt zu werden. Denn das britische Provinzial-Detachment in Münster war übergeordnete Behörde für die Militärregierung in Detmold und übertrug zudem der neugebildeten westfälischen Provinzialregierung bestimmte Aufgaben der früheren Reichsregierung in den beiden Ländern.⁶

Allerdings zeigte sich bald, daß hiermit ein Anschluß an Westfalen keineswegs präjudiziert war. Die führenden Bevölkerungskreise in Lippe und Schaumburg-Lippe waren sich, und dies nicht erst seit dem Kriegsende, im klaren darüber, daß ein Aufgehen in einer größeren

Einheit unvermeidlich, ja wünschenswert war. Allerdings sollte dies unter größtmöglicher Wahrung lippischer Wünsche und Interessen geschehen. So regte sich in Schaumburg-Lippe schon bald Widerstand gegen die verwaltungsmäßige Ausrichtung nach Westfalen. Man wollte diese Aufgaben durch Hannover wahrgenommen wissen, dem man sich verkehrsmäßig, wirtschaftlich und kulturell näher verbunden fühlte. Ebenso blieb man in Detmold darauf bedacht, seine Eigenständigkeit gegenüber der Verwaltungsspitze in Münster zu betonen.⁷

Auch in Hannover knüpfte man unmittelbar nach Kriegsende an die Reichsreformpläne der Weimarer Zeit an, natürlich mit umgekehrter Stoßrichtung wie in Westfalen. Ziel war die Schaffung eines großräumigen Landes Niedersachsen. Hinrich Wilhelm Kopf, damals als Regierungspräsident in Hannover eingesetzt, entwarf im Juni 1945 zusammen mit seinem Hildesheimer Amtskollegen ein Manifest, in dem die Vereinigung der Provinz Hannover und der Länder Oldenburg und Braunschweig zu einem neuen Land Niedersachsen propagiert wurde.⁸ Kopfs Initiative scheiterte aber, ganz abgesehen von einer Stellungnahme der Briten, an der ablehnenden Haltung Braunschweigs und Oldenburgs, die ihre Eigenständigkeit zunächst einmal bewahren wollten. Vor allem Oldenburg unter seinem Ministerpräsidenten Theodor Tantzen war daran gelegen, sich die Verwirklichung eigener Expansionsabsichten offen zu halten.

Zugunsten der Ideen Kopfs sprachen allerdings die besatzungspolitischen Entscheidungen, die auf eine Zusammenfassung des niedersächsischen Raums hinausliefen. Die Militärbehörde in Hannover, der die Detachments in Braunschweig und Oldenburg untergeordnet waren, ordnete am 17. September 1945 die Bildung einer aus der Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg und Braunschweig bestehenden "Hanover Region" an.⁹ Zweck dieses Gebildes sollte es insbesondere sein, eine bessere Koordination bei der bis dahin strittigen Wahrnehmung der Aufgaben der früheren Reichsbehörden zu erzielen.

Im Zuge der organisatorischen Ausgestaltung der "Hanover Region" einigten sich Tantzen, Braunschweigs Ministerpräsident Hubert Schlebusch und der inzwischen zum hannoverschen Oberpräsidenten avancierte Kopf auf einen Staatsvertrag über eine gemeinsame "Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen". Hierbei ging man vom Gedanken der Gleichberechtigung aus, doch war eine gewisse Leitungsfunktion Hannovers unverkennbar. Dies war jedoch nicht der Grund für die Ablehnung dieses Plans durch den Kommandeur der Militärregierung in Hannover, General John Lingham. Seiner Ansicht nach räumte der Vertrag deutschen Stellen zu große Selbständigkeit

und Befugnisse ein. Die Briten regelten die Angelegenheit schließlich in eigener Machtvollkommenheit und setzten am 20. Oktober 1945 einen "Hanover Regional Council" ein. Mit der Konstituierung des "Gebietsrats Niedersachsen" – diese Bezeichnung setzte man deutscherseits später durch – am 15. November fand die Reorganisation des niedersächsischen Raums einen ersten Abschluß.¹⁰

Relativ unberührt von einer frühzeitigen Diskussion um die Fortdauer ihrer verwaltungsmäßigen Eigenständigkeit blieben die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie die preußische Provinz Schleswig-Holstein. Im Fall Bremens wirkte die Unterstellung unter amerikanische Besatzungshoheit von vornherein als abschottender Faktor. Konflikte gab es zunächst lediglich wegen der genauen Größe der Enklave, die erst im Dezember 1945 aufgrund britisch-amerikanischer Übereinkunft auf die Hansestadt sowie die Stadt Wesermünde (Bremerhaven) begrenzt wurde.¹¹ Hamburg und Schleswig-Holstein waren zwar dem Oberkommando einer gemeinsamen Militärbehörde, dem Provinzial-Detachment in Kiel, unterstellt, doch war damit die Selbstverwaltung des Welthafens an der Elbe, der für die Briten als Zugang und Nachschubbasis für die Zone von herausragender Bedeutung war, nicht in Frage gestellt.

Wenn die frühen Ansätze einer Neugliederungsdiskussion im Herbst/Winter 1945/46 weitgehend zum Erliegen kamen, so lag dies an mehreren Gründen.¹² Nach einer anfänglich eher pragmatisch auf die Wiederingangsetzung von Wirtschaft und Verwaltung ausgerichteten britischen Besatzungspolitik, die notwendigerweise auch von Widersprüchen und Unsicherheiten gekennzeichnet war, nahm im September 1945 die CCG (BE) die konzeptionelle Gestaltung der inneren Verhältnisse der Zone aktiv in die Hand. Mit der "Directive on Administration, Local and Regional Government" erhielten die untergeordneten britischen Militärbehörden eine Richtlinie für die Demokratisierung und Dezentralisierung der Verwaltung.¹³ Die Auswirkungen auf die regionale Ebene blieben jedoch zunächst gering, was auch an der Direktive selbst lag: Einerseits propagierte diese zwar der Tendenz nach den Gedanken eines dezentralisierten Einheitsstaates, in dem die regionalen Verwaltungseinheiten nach dem Muster der englischen Grafschaften organisiert werden sollten, andererseits offenbarte sie jedoch erhebliche Unsicherheit im Umgang mit der in der Besatzungszone vorgefundenen Struktur der Mittelinstanz. Insbesondere die gleichzeitige Existenz von Provinzen und Regierungsbezirken sei eine "wasteful and unnecessarily complicated form of organisa-

tion“, heißt es in der Direktive. Allerdings sei es nicht möglich, das Problem einfach dadurch zu lösen, daß man eine Ebene wegfallen lasse. Die Provinzen seien zu groß, um eine wirksame Aufsicht über die Kreise zu gewährleisten, die Regierungsbezirke dagegen zu klein, um notwendige großflächige Projekte durchzuführen. Gegenwärtig solle man daher die regionalen Verwaltungsinstanzen und auch die Grenzen nach Möglichkeit bewahren.

Tatsächlich änderten die Briten an den formalen Verwaltungsstrukturen, wie sie sich im Herbst 1945 auf der regionalen Ebene herauskristallisiert hatten, in den folgenden Monaten nur wenig. Unberührt ließen sie vor allem die territoriale Einteilung der Zone. De facto wurde die verwaltungsmäßige und politische Bedeutung der Mittelinstanzen, d.h. der Länder- und Provinzialregierungen, in dieser Phase aber stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Militärregierung begann nämlich, für bestimmte Aufgabengebiete, wie etwa Finanzen oder Arbeit, zentrale zonale Einrichtungen zu schaffen, die nach und nach eigenständig auf der regionalen Ebene agierten.¹⁴

Aber nicht nur die Besatzungspolitik begann im Herbst 1945 klarere Formen anzunehmen. Auch auf deutscher Seite entstand mit der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen im Laufe des September/Oktober ein Gremium zur Kanalisierung der Wünsche und Interessen der einzelnen Verwaltungsspitzen.¹⁵ Daß sich hier Widerspruch gegen das britische Konzept der Aushöhlung der Mittelinstanzen artikulieren würde, lag nahe. Auf einer Konferenz in Hamburg bezogen die Chefs der Länder und Provinzen Stellung gegen die Bildung zentraler Fachverwaltungen mit durchgängigem Unterbau bis hinab in die Kommunen und forderten eine Konzentration der Verwaltung in der regionalen Mittelinstanz. Sie spürten auch, daß der von den Briten angestrebte Verwaltungsaufbau die von ihnen gewünschte Institutionalisierung eines föderalistisch strukturierten obersten Organs in der Zone gefährden mußte. Andererseits kamen die Länderchefs in Hamburg ebenfalls zu der Erkenntnis, daß die territoriale Gliederung des Besatzungsgebiets zunächst unverändert bleiben müsse. Während die Militärregierung die angestrebte Zusammenfassung der Verwaltung in der Mittelinstanz ohne Umschweife ablehnte, begrüßte sie den Wunsch zur Beibehaltung des territorialen Status quo.¹⁶

Unterschwellige Bestrebungen, sich für eine künftige Neuordnung eine günstige Ausgangsposition zu verschaffen, blieben allerdings auch in dieser Phase nicht aus. So setzte Oberpräsident Kopf seine Bemühungen fort, eine Zentralisierung der noch vorhandenen Reichs-

mittelbehörden in Hannover zu erreichen. Hierbei berührte er mittlerweile nicht nur braunschweigische und oldenburgische Interessen, sondern griff auch auf Bremen aus, das sich am 20. Dezember 1945 dem "Gebietsrat Niedersachsen" angeschlossen hatte.¹⁷ Der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen, der sich bereits zuvor mit Tantz geeinigt hatte, hannoversche Zentralisierungsbestrebungen abzuwehren, sah sich Anfang Januar 1946 veranlaßt, an seinen "lieben Freund" Kopf einen geharnischten Beschwerdebrief zu schreiben.¹⁸ Mit Hilfe amerikanischer Unterstützung gelang es Kaisen schließlich, eine Unterstellung in Bremen angesiedelter Behörden unter Hannover zu verhindern.

Anfang Februar 1946 erhielt die Diskussion über eine staatliche Neuordnung der britischen Zone neue Impulse. Robert Lehr, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, und sein Kollege Kopf wurden überraschend zu einer Tagung des Länderrats der amerikanischen Zone nach Stuttgart eingeladen.¹⁹ Unterstützt von den süddeutschen Ministerpräsidenten, gaben sie ihren Vorstellungen über die Gestaltung der britischen Zone offen Ausdruck: Es seien neue lebensfähige Länder unter Berücksichtigung der geographischen, wirtschaftlichen, verkehrs- und stammesmäßigen Gegebenheiten zu schaffen. Eine Aufteilung in kleinere Gebiete, wie sie in Kreisen der britischen Militärregierung diskutiert werde, sei abzulehnen. Außerdem sprach man sich für die Bildung eines zonalen Länderorgans nach süddeutschem Vorbild aus. Den von der Kontrollkommission inzwischen ins Auge gefaßten Zonenbeirat lehnten die beiden Oberpräsidenten ab, weil diesem neben den Chefs der Länder und Provinzen auch Vertreter der Parteien und der zentralen Fachverwaltungen angehören sollten.

Die anderen deutschen Oberhäupter in der Zone schlossen sich bei nächster Gelegenheit den Vorstellungen von Kopf und Lehr an und plädierten ebenfalls für eine Art Länderrat auf der Basis mittelgroßer Länder. Die anderslautende Entscheidung der Militärregierung ließ sich zu diesem Zeitpunkt aber nicht mehr beeinflussen. Am 6. März 1946 trat in Hamburg der Zonenbeirat zum ersten Mal zusammen. Die Länderchefkonferenz bekam damit einen inoffiziellen Charakter. Man traf sich jedoch weiterhin regelmäßig vor den Sitzungen des Zonenbeirats, speziell um Fragen des territorialen und verwaltungsmäßigen Aufbaus zu erörtern.

Tatsächlich wurde am 25./26. März 1946 in diesem Kreis erstmals wieder der Vorschlag in die Debatte geworfen, eine neue territoriale Aufteilung der britischen Zone ins Auge zu fassen.²⁰ Bezeichnenderweise kam dieser Gedanke vom schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten

Theodor Steltzer, der – weder in Verdacht ausgeprägter expansiver Gelüste stehend noch einer Bedrohungssituation ausgesetzt – am ehesten in die Rolle eines Vermittlers schlüpfen konnte. Vermutlich aufgrund des Widerstands verschiedener Teilnehmer an der Länderchefkonferenz kam man jedoch überein, sich bei der anschließenden Erörterung im Zonenbeirat auf das Thema “Verwaltungsreform” zu beschränken.

Überraschenderweise ergriff die Militärregierung zu diesem Zeitpunkt jedoch selbst die Initiative. Sie beauftragte den Zonenbeirat, die Fragen des Verwaltungsaufbaus auch hinsichtlich einer möglichen Anpassung der territorialen Struktur zu behandeln.²¹ Als ein erster Schritt in diese Richtung wurde die Liquidation des Landes Preußen angesehen. Am 25. März, also unmittelbar vor der Zonenbeiratssitzung, hatte die CCG (BE) einen entsprechenden Verordnungsentwurf angekündigt. Er sah die Umwandlung der in der britischen Zone liegenden preußischen Provinzen (oder ihrer Teile) in die vier Länder Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Nord-Rheinland vor. Diese Maßnahme, die britischerseits aber nicht als Vorwegnahme einer künftigen Reorganisation verstanden wurde, sollte bis zum 8. Mai 1946 durchgeführt werden.²² Vor dem Hintergrund einer revidierten Beurteilung der internationalen Lage durch die Londoner Zentralstellen bahnte sich damit auch eine neue Linie der Besatzungspolitik an. Nach einer zentralistischen Phase spielten nun föderalistische Momente im Aufbau der Zone eine zunehmende Rolle.

Nur wenige Tage nachdem die Besatzungsmacht grünes Licht für die Behandlung der Territorialfragen gegeben hatte, traten Kopf und Lehr mit Gliederungsvorschlägen an die Öffentlichkeit. Dabei griffen sie, wohl aufgrund einer Absprache, die sie anlässlich ihres Besuchs in Stuttgart getroffen hatten, auf ein gemeinsames Grundkonzept zurück, nämlich eine Zusammenfassung der Zone in drei große Regionen. Lehr legte seine Gedanken bei einem erneuten Aufenthalt in Stuttgart am 3. April 1946 dar. Mit seinem Vorschlag für eine Einteilung des Besatzungsgebiets in den rheinisch-westfälischen Raum, das niedersächsische Gebiet sowie die Länder an der Nord- und Ostsee blieb er allerdings merklich ungenau.²³ Kopf, der bereits zwei Tage zuvor eine Denkschrift für die Militärregierung verfertigt hatte, äußerte sich dagegen präziser, vor allem hinsichtlich des angestrebten Landes Niedersachsen. Neben der Provinz Hannover, den Ländern Oldenburg und Braunschweig (mit Randgebieten von Sachsen) sollte dieses Land auch die Hansestadt Bremen, die beiden Länder Lippe sowie den größten Teil des westfälischen Regierungsbezirks Minden umfassen. Zwei weitere Länder sollten unter Zusammenfassung rheinisch-west-

fälischer Gebiete sowie von Schleswig-Holstein und Hamburg geschaffen werden.²⁴

Die im April/Mai 1946 deutlicher zutage tretenden Überlegungen der Siegermächte im Hinblick auf das weitere Schicksal des Rhein-Ruhrgebietes einerseits²⁵ sowie die forcierten Maßnahmen der Düsseldorfer Militärregierung zur Umwandlung der Nord-Rheinprovinz in ein eigenständiges Land andererseits²⁶ veranlaßten auch Oberpräsident Lehr, seinen Plänen eine konkretere Gestalt zu geben. Der französische Druck auf die Ruhr, wirtschaftliche Argumente sowie taktische Rücksichten gegenüber westfälischen Interessen ließen ihn zu der Erkenntnis kommen, daß ein Land Rheinland-Westfalen möglichst weit nach Osten ausgreifen müsse. So plädierte er in einem Memorandum, das er dem britischen Militärgouverneur Sholto Douglas bei dessen Besuch in Düsseldorf am 15. Mai persönlich übergeben konnte, für den Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit der gesamten Provinz Westfalen, dem Land Lippe sowie Teilen des Regierungsbezirks Osnabrück. Außerdem sprach er sich für ein Nord-Ostsee-Land aus, bestehend aus der Provinz Schleswig-Holstein, der Hansestadt Hamburg sowie verschiedenen, zur Provinz Hannover gehörenden Kreisen. Für ein Land Niedersachsen sollte der Rest der Provinz Hannover verbleiben, ferner die Länder Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen.²⁷ Damit ließ er sich nun eindeutig auf eine Konfrontation mit Oberpräsident Kopf ein, dessen Absichten, lippische und westfälische Gebiete nach Hannover zu ziehen, er anfangs anscheinend nicht widersprochen hatte.²⁸

Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung gegenüber den Aktivitäten von Kopf und Lehr begannen auch die Akteure in den anderen Provinzen und Ländern Position zu beziehen. Oberpräsident Steltzer nahm dabei, wie schon angedeutet, eine vermittelnde Haltung ein. Er bevorzugte eine Lösung mit den fünf Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover, Westfalen und Rheinland. Hierdurch werde, so sein Argument, der beste Anschluß an die bisherige historische Entwicklung ermöglicht. Auch halte er die selbständige Stellung Hamburgs aufgrund der besonderen Aufgaben der Stadt für richtig.²⁹ Am 2. Mai trug Steltzer seine Ansichten im Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats vor. Die dortigen parteipolitischen Vertreter, deren eigene Überlegungen zur Territorialfrage noch rudimentären Charakter hatten, wehrten sich aber dagegen, wie der CDU-Zonenvorsitzende Konrad Adenauer es ausdrückte, "von der Fürstenkammer des Zonenbeirats" vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.³⁰ Folglich wurde eine Behandlung des Themas im Plenum des Zonenbeirats abgelehnt. Dort

beschränkte man sich darauf, die Kontrollkommission zu ersuchen, "in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entschließung ohne vorherige gutachterliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen".³¹

Aufgrund der passiven Haltung des Zonenbeirats gingen die Länderchefs weiter ihre eigenen Wege. Besonders Oldenburg und Bremen begannen heftig gegen eine "Eingemeindung" in ein Land Niedersachsen Front zu machen. Am 17. Mai legte das oldenburgische Staatsministerium eine Denkschrift zur Schaffung eines Weser-Ems-Staates vor, der sich mit seiner mittleren Flächengröße ideal in einen künftigen Bundesstaat einfügen lassen sollte. Gedacht war dabei an eine Erweiterung des Kernlandes Oldenburg im wesentlichen um hannoversche Gebiete zwischen Weser und Ems. Der Erhalt der Selbständigkeit Bremens sollte geprüft werden.³² Tantzen traf mit seiner Idee eines Weser-Ems-Staates bei der Provinzialregierung in Hannover verständlicherweise nicht auf Gegenliebe, aber auch die Reaktion in den betroffenen Gebieten war durchaus nicht nur zustimmend. So wiederholten etwa die südoldenburgischen Kreise Cloppenburg und Vechta den bereits im Oktober 1945 vorgetragenen Wunsch nach einer staatlichen Verbindung mit Westfalen.³³

Unterstützung erhielt Tantzen allerdings von Bremer Seite. Kaisen neigte, unter der Voraussetzung, daß die Hansestadt ihre Selbständigkeit aufgeben müsse, eher der Weser-Ems- als der Niedersachsenlösung zu. Dabei spielte er zugleich aber seine Trumpfkarte, indem er betonte, die Amerikaner hätten möglicherweise etwas dagegen, wenn Bremen einem unter britischer Oberhoheit stehenden Land eingegliedert werde. Eine Stellungnahme gegenüber der amerikanischen Militärregierung von Ende Mai 1946 lief eindeutig darauf hinaus, ein Aufgehen Bremens in einem anderen Land zu verhindern.³⁴ Obwohl in seiner Existenz ähnlich wie Oldenburg und Bremen gefährdet, verhielt sich Braunschweig in dieser Phase weitgehend passiv. Diese Inaktivität läßt sich wohl dadurch erklären, daß erst nach einem mehrwöchigen Gerangel Anfang Mai 1946 wieder eine handlungsfähige Regierung mit dem neuen Ministerpräsidenten Alfred Kubel an der Spitze von der dortigen Militärregierung eingesetzt wurde.³⁵

Ebenso legte man im Frühsommer 1946 bei der westfälischen Provinzialregierung weitgehende Zurückhaltung an den Tag. Der dortige Oberpräsident Rudolf Amelunxen und sein für den Fragenkomplex der Neuordnung zuständiger Generalreferent Walter Menzel sahen sich ausschließlich dem Ziel eines eigenständigen Westfalen verpflichtet. Für Menzel war entscheidend, daß sich ein solches Land von mittlerer

Größe gut in den von ihm angestrebten, an sozialdemokratischen Grundpositionen orientierten Neuaufbau des Deutschen Reichs nach einheitsstaatlichem Muster einfügen ließ. Eine Bedrohung für den vorhandenen bzw. anvisierten Besitzstand Westfalens sahen Amelunxen und Menzel, diesbezüglich traditionellem Denken verhaftet, lediglich vom nördlichen Provinznachbarn her gegeben.³⁶ So stimmte der westfälische Oberpräsident einer teilweisen Mitverwaltung von Schaumburg-Lippe durch Hannover bezeichnenderweise erst zu, nachdem die Militärregierung in Münster versichert hatte, daß dieser Akt kein Präjudiz im Rahmen einer späteren Neugliederung der Zone darstelle.³⁷

Im Gegensatz zur Provinzialregierung unter Amelunxen zeigte man im Umfeld des Provinzialverbandes – dieser Institution der provinziellen Selbstverwaltung war in Westfalen seitens der Militärregierung eine relative Selbständigkeit eingeräumt worden – größere Weitsicht. Unter Berücksichtigung der internationalen Konstellation sprachen sich Männer wie Karl Zuhorn, Oberstadtdirektor von Münster, und Landesrat Helmut Naunin im Mai 1946 für ein Zusammengehen Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz aus, um den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraum in seiner Gesamtheit für Deutschland zu erhalten. Dabei war der Erhalt der provinziellen Selbstverwaltung allerdings eine *“conditio sine qua non”*. Nur auf diesem Weg konnte immerhin ein Stück politischer und kultureller Selbständigkeit Westfalens bewahrt werden.³⁸

Während es zwischen Zuhorn und Naunin auf westfälischer Seite und Oberpräsident Lehr auf rheinischer Seite am 16. Mai zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch kam, blieb die von Lehr angeregte Besprechung auf der Ebene der beiden Provinzialregierungen ohne Ergebnis. Generalreferent Menzel vertröstete die nach Bielefeld angereisten nordrheinischen Vertreter auf eine für den 26. Mai geplante Länderchefkonferenz in Lübeck. Erst dort sollte über gemeinsame Schritte gesprochen werden.³⁹ Hierzu kam es aber nicht. Bei der Tagung in Lübeck prallten die divergierenden Interessen der regionalen Exponenten hart aufeinander. Weder wurden Ansätze für ein Gesamtkonzept entwickelt, noch partielle Absprachen etwa zwischen Lehr und Amelunxen getroffen. Es kam lediglich die unverbindliche Formel heraus, daß die Provinzen und Länder der britischen Zone bereit seien, zur Erhaltung des Rhein-Ruhr-Gebiets im Reichsverband alle erdenklichen Opfer zu bringen.⁴⁰ Auch in der anschließenden Zonenbeiratssitzung in Hamburg kam man in der Frage Verwaltungsreform/Länderneugliederung nicht weiter. Es wurde lediglich eine Sondersitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses in Bad Godesberg zur einge-

henden Beratung der Materie vereinbart. Diese fand am 13./14. Juni 1946 statt, offenbarte aber einmal mehr die Unfähigkeit der deutschen Seite, gemeinsame konstruktive Vorschläge zu entwickeln.⁴¹

Gleichsam in Kontrast zum deutschen Partikularismus kam es zur selben Zeit in London zum Durchbruch in der Länderfrage. Am 6. Juni 1946 fand im Foreign Office eine Besprechung statt, bei der die unterschiedlichen Standpunkte über die Zukunft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ausgetauscht wurden. Die Vertreter der Kontrollkommission, an ihrer Spitze General Brian Robertson, trugen so überzeugend ihre Argumente für eine "große Lösung" vor – daß heißt den Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit einem ungeschmälernten Westfalen –, daß Außenminister Ernest Bevin nur wenige Tage später dem in letzter Instanz zuständigen Kabinettsausschuß eine Entscheidung in diesem Sinn nahelegte.⁴² Damit war, mit allen Folgen für die Gestaltung des restlichen Zonengebiets, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen praktisch besiegelt.

Die im Zonenbeirat repräsentierten Deutschen hatten damit eine erste Möglichkeit vertan, selbst aktiv auf die Gestaltung der territorialen Verhältnisse Einfluß zu nehmen. Hätte Ende Mai/ Anfang Juni 1946 ein wie auch immer gearteter Neugliederungsvorschlag der höchsten deutschen Vertretung in der Besatzungszone vorgelegen, weder die CCG (BE) noch die Londoner Stellen hätten ihn wohl gänzlich ignorieren können. So jedoch gewinnt man den Eindruck, daß die Kontrollkommission selektiv jene deutschen Vorstellungen rezipierte, die sich bestätigend oder ergänzend in die eigenen Überlegungen einfügten.⁴³ Besonders profitierte man dabei von den Stellungnahmen des nordrheinischen Oberpräsidenten Lehr. Am 31. Mai 1946, wenige Tage vor der entscheidenden Sitzung in London, erschien der für Verwaltungs- und Neugliederungsfragen zuständige Vertreter der CCG (BE), Austen Albu, in Düsseldorf, um die Auffassung Lehrs als Experten in der Länderfrage noch einmal zu hören. Albus ausdrückliche Frage nach der Haltung des Zonenbeirats verdeutlicht, daß man diesem Gremium durchaus Bedeutung zumaß. Lehr konnte indes nur über die dortige Uneinigkeit berichten.⁴⁴

Unmittelbar nach der klärenden Besprechung in London begannen sich auch für die deutsche Seite die Umrisse künftiger Entscheidungen der Militärregierung abzuzeichnen. Einer am 8. Juni veröffentlichten Pressemitteilung der CCG (BE) konnte man entnehmen, daß ein Sonderausschuß des Zonenbeirats eingesetzt werden sollte, mit der Aufgabe, Vorschläge für die regionale Neugliederung der britischen Zone zu

unterbreiten. Die Frage der Zukunft von Rhein und Ruhr, so hieß es allerdings, gehöre noch nicht in die Zuständigkeit des Zonenbeirats.⁴⁵

Bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz hat man aufgrund dieser Indizien gespürt, daß die Phase zur Entwicklung eigenständiger Aktivitäten damit ihrem Ende zuzuging. Im Vergleich zum Mai lassen sich die Aktionen Oberpräsident Lehrs in Sachen Neugliederung im Juni/ Juli 1946 an einer Hand abzählen. Anders in Westfalen: Eine – im Gesamtzusammenhang nicht leicht zu interpretierende – Anweisung der regionalen Militärregierung in Münster vom 17. Juni 1946, nämlich die Umwandlung der Provinz in ein Land weiter voranzutreiben,⁴⁶ bestärkte Amelunxen und seine Mitstreiter in ihren bisherigen Vorstellungen. Noch am 24. Juni verkündete der Oberpräsident auf einer Pressekonferenz, Westfalen habe genau die richtige Größe, um die Funktion eines Landes innerhalb Deutschlands zu erfüllen. Er begründete noch einmal das Anrecht auf Lippe, Osnabrück und Südoldenburg. Über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit der Nord-Rheinprovinz verlor er kein Wort.⁴⁷

Einen Tag später, am 25. Juni, äußerte sich erstmals auch einer der maßgeblichen Parteiführer dezidiert zum Problem Länderneugliederung. In einem Artikel in der *Welt* polemisierte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher heftig gegen eine Einteilung der Zone in drei Länder. Insbesondere die Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen bezeichnete er nationalpolitisch gesehen als Katastrophe. Es sei notwendig, vier bis fünf Länder einzurichten, wobei Rheinland und Westfalen getrennt bleiben müßten.⁴⁸

Als die Militärregierung am 17. Juli die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen bekanntgab,⁴⁹ wurden alle auf einer Trennung der beiden südlichen Provinzen basierenden Pläne zu Makulatur. Aufmerksame Beobachter konnten allerdings bereits 14 Tage zuvor erkennen, daß die Nordrhein-Westfalen-Lösung für die Briten unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Neugliederungsprozeß sein würde. Denn am 4. Juli übermittelte die CCG (BE) dem Zonenbeirat ein Schreiben, in welchem offiziell die Modalitäten für die Einrichtung eines Sonderausschusses "Neuaufbau der Länder in der britischen Zone" bekanntgegeben und dessen Aufgaben im einzelnen umrissen wurden.⁵⁰ Bis zum 30. September des Jahres sollte der Sonderausschuß sein Votum vorlegen. Hierbei waren gewisse Vorgaben von britischer Seite zu beachten: Zum einen sollten nicht mehr als fünf – wenn möglich weniger – Länder gebildet werden; zum anderen, und das ist entscheidend, sollte die Frage der Stellung von "Nordrhein/ Westfalen"

zunächst zurückgestellt werden. Hierüber könne der Zonenbeirat unter Umständen zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

Am 6./7. August trat der Sonderausschuß in Hamburg zu seiner ersten Sitzung zusammen.⁵¹ Schumacher, der zum Vorsitzenden des Ausschusses bestimmt worden war, führte in einem Grundsatzreferat aus, daß es notwendig sei, als Gegengewicht zu Nordrhein-Westfalen den Rest der Zone in einem einzigen Land zusammenzufassen.⁵² In den beiden Großländern sollte eine neuartige parlamentarisch kontrollierte Mittelinstanz geschaffen werden. Das Vorpreschen des SPD-Vorsitzenden legt auf den ersten Blick nahe, daß im Sonderausschuß nun die Parteien die Szene beherrschen würden. Das Gegenteil war der Fall: Obwohl Schumacher wie auch Adenauer versuchten, dem Gremium schon von seiner Zusammensetzung her ein parteipolitisches Gepräge zu geben, waren letztlich dort wieder alle regionalen "Platzhirsche" versammelt, die bereits zuvor die Diskussion bestimmt hatten. Ein Mitarbeiter des Oberpräsidenten Kopf, Legationsrat Carl Rudolf von Campe, erkannte denn auch zutreffend: "Bestimmenden Einfluß auf die Haltung der Mitglieder des ZAC [Zonal Advisory Council = Zonenbeirat] sowie des Sonderausschusses hat ihre Stellung und ihre landsmännische Herkunft. Parolen politischer Parteien ziehen nicht."⁵³

Die Auseinandersetzung im Sonderausschuß bewegte sich daher in den bekannten Bahnen. Der Vorschlag Schumachers fand lediglich in Schleswig-Holstein einigen Anklang. Auf Antrag des sozialdemokratischen Landesministers Wilhelm Kuklinski sprach sich am 20. August 1946 in Kiel der Ernannte Landtag dafür aus, nach der Bildung Nordrhein-Westfalens die übrigen Teile des Besatzungsgebiets in einem einzigen Land zusammenzufassen. Damit war für Ministerpräsident Steltzer die "Marschrouten" für seine Mitarbeit im Sonderausschuß gleichsam vorgegeben.⁵⁴ Steltzer machte allerdings später in einer Erklärung deutlich, daß die Schaffung eines solchen Großlandes lediglich als eine Übergangsmaßnahme angesehen werden könne. Für ihn sei in erster Linie eine Zusammenfassung von Schleswig-Holstein und Mecklenburg die erstrebenswerte Lösung. Hervorzuheben sei dabei, "daß aus allgemein politischen Gründen diese Schaffung eines einheitlichen Ostseelands als besonders glücklich anzusehen wäre".⁵⁵

Der Oldenburger Tantzen, der den ganzen August über bemüht war, Unterstützung von anerkannten Sachverständigen zu bekommen bzw. die kleineren Länder zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen, legte – ganz im Sinn seiner Weser-Ems-Idee – ein Gutachten vor, in dem er empfahl, neben Nordrhein-Westfalen und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Hannover und

Braunschweig vier weitere Länder in der britischen Zone einzurichten.⁵⁶ Der Plan hatte schon deshalb kaum Aussicht auf Erfolg, weil die von den Briten vorgesehene Anzahl von höchstens fünf Ländern eindeutig überschritten wurde.

Dieses Manko dürfte auch Braunschweigs Ministerpräsident Kubel erkannt haben. Er stimmte Tantzens Vorschlag zwar grundsätzlich zu, zeigte aber zugleich eine Alternative auf. Bereits Ende Juli hatte er vor dem braunschweigischen Landtag als Variante zu einer Aufteilung der Zone in sechs relativ kleine Länder die Bildung sogenannter Reichsländer in Vorschlag gebracht, unter deren Dach die historisch gewachsenen Regionen als Instanzen mit verringerter Kompetenz hätten weiter existieren können.⁵⁷ Dieses Modell, das dem Plan Schumachers ähnelt, brachte er dem Sonderausschuß in einem Zusatzgutachten zu Tantzens Expertise nahe.⁵⁸

Mit Abstrichen sprach sich auch der lippische Landespräsident Heinrich Drake für das Gutachten Tantzens aus. In seiner Erklärung forderte er aber vor allem, das Land Lippe, das durch "das unverständliche Hin- und Herschieben zwischen der Region Westfalen-Rheinland und der Region Hannover" schwer geschädigt worden sei, nicht eher einer größeren Verwaltungseinheit anzugliedern, bis die Bevölkerung zu erkennen gegeben habe, wohin sie gehören wolle. Aus seiner Sicht war diese Kritik an der Militärregierung berechtigt. Denn diese hatte, vermutlich mit Rücksicht auf Anhänger der hannoverschen Vorstellungen in ihren Reihen, erklärt, im Zuge der Zusammenlegung der Nord-Rheinprovinz und Westfalens falle das Land Lippe an Hannover. Drake, der nicht gewillt war, eine derartige Beschneidung lippischen Handlungsspielraums hinzunehmen, mobilisierte hiergegen die öffentliche Meinung mit dem Argument, die enge Verbindung Lippes mit der westfälischen Region Bielefeld-Herford dürfe nicht gekappt werden. Tatsächlich wurde die Zuweisung Lippes an Hannover am 20. August von der Militärregierung aufgeschoben.⁵⁹ Im Gegensatz zu seinem größeren Namensvetter votierte Schaumburg-Lippe eindeutig für einen Anschluß an ein umfassenderes Land Niedersachsen.

Hamburg und Bremen, im Sonderausschuß Länderneugliederung durch den Zweiten Bürgermeister Adolph Schönfelder bzw. den Präses der Handelskammer Martin Heinrich Wilkens vertreten, betonten in einem eigenen Gutachten den Wunsch nach Erhalt ihrer staatlichen Selbständigkeit.⁶⁰ Hatte man, um dieses Ziel zu erreichen, anfangs eine Anlehnung an den oldenburgischen Vorschlag nicht ausgeschlossen, so schwenkten Schönfelder und Wilkens in der maßgeblichen Sitzung des Ausschusses doch auf die realistischere Linie von Kopf ein. Dieser hatte

es geschickt verstanden, die Hansestädte auf seine Seite zu ziehen, indem er im entscheidenden Augenblick nicht nur Hamburgs, sondern auch Bremens Existenz als Stadtstaat anerkannte.⁶¹

In der Tat war das Gutachten des hannoverschen Ministerpräsidenten⁶² darauf angelegt, einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Kopf schlug eine Einteilung in fünf Länder vor: Niedersachsen, bestehend aus Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Schaumburg-Lippe, daneben Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein sowie Hamburg und Bremen. Über den Anschluß der westfälischen Gebiete Minden-Ravensberg und Tecklenburg an Niedersachsen sollte eine Volksabstimmung entscheiden.⁶³

Aus rheinischer bzw. westfälischer Sicht hatten die Verhandlungen im Sonderausschuß des Zonenbeirats aufgrund der gegebenen Lage nurmehr sekundäre Bedeutung. Die vorherigen Kontrahenten Lehr und Amelunxen konnten allerdings erstmals Einigkeit im Interesse des neuen Landes beweisen, nämlich in der Frage des Anschlusses von Lippe. Lehr legte dem Ausschuß ein Gutachten vor, das weitgehend deckungsgleich mit demjenigen von Kopf war, Lippe-Detmold freilich dem Land Nordrhein-Westfalen zuwies. Darüber hinaus plädierte er für eine Angliederung der südlichen Teile des Regierungsbezirks Osnabrück an Nordrhein-Westfalen.⁶⁴ Diese Forderung war, ebenso wie der hannoversche Anspruch auf Minden-Ravensberg, eher verhandlungstaktisch zu verstehen. Rückhalt bei der jeweils betroffenen Bevölkerung besaß weder die eine noch die andere Anwartschaft.⁶⁵ Folgerichtig versuchte Lehr einen Ausgleich zwischen seinem und dem Vorschlag Kopfs herzustellen. Hannover sollte auf Lippe und Minden-Ravensberg, Nordrhein-Westfalen dafür auf das Osnabrücker Gebiet verzichten.⁶⁶ Amelunxen, inzwischen zum Ministerpräsidenten in Düsseldorf avanciert, leitete dem Sonderausschuß ebenfalls eine Erklärung zu, in der er sich für eine Eingliederung Lippes in das neue Land zwischen Rhein und Weser aussprach.⁶⁷

Am 20. September 1946 kamen die verschiedenen Gutachten und Erklärungen im Zonenbeirat zur Abstimmung. Das Votum des Plenums fiel eindeutig aus: Der Vorschlag Kopfs wurde mit der klaren Mehrheit von 16 zu 6 Stimmen angenommen. Die drei anderen Hauptanträge von Schumacher, Lehr und Tantzen fanden dagegen keine Mehrheit. Zustimmend beurteilte der Zonenbeirat auch das Gutachten Schönfelder/Wilkens, daß heißt das Postulat zum Erhalt der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, und nicht zuletzt erzielte Amelunxen mit seiner Eingabe bezüglich des Verbleibs von Lippe-Detmold einen Erfolg.⁶⁸

Die endgültige Entscheidung lag nun bei der Militärregierung. Am 3. Oktober ließ sich General Robertson in Berlin durch eine Delegation des Zonenbeirats noch einmal persönlich über die verschiedenen Ansichten informieren.⁶⁹ Am 23. Oktober trat der Zonenbeirat zu seiner nächsten Plenarsitzung zusammen, die mit einer offiziellen Erklärung des stellvertretenden Militärgouverneurs endgültig Klarheit in der Frage der Neugliederung bringen sollte. Bevor Oberpräsident Steltzer als amtierender Vorsitzender des Zonenbeirats General Robertson das Wort erteilte, bat er die britische Regierung noch einmal um ihr Verständnis, "daß wir Deutschen diese Entscheidung nur als ein Provisorium ansehen können und die Hoffnung aufrecht erhalten, daß diesem Provisorium in absehbarer Zeit eine einheitliche und organische Regelung unter Einbeziehung der Ostgebiete usw. folgen wird".⁷⁰

Robertson selbst ließ in seiner Rede⁷¹ noch einmal die deutschen Vorschläge Revue passieren, um dann zu dem Schluß zu kommen, "daß die von Ministerpräsident Kopf vorgebrachte Lösung die beste Basis zur Befriedigung aller und für die Verwaltung abzugeben scheint. Ein Land, das die gesamte Britische Zone mit Ausnahme der Provinz Nordrhein-Westfalen umfaßt, würde sich über ein so großes Gebiet erstrecken, daß eine wirkungsvolle Verwaltung sehr erschwert werden würde. Auf der anderen Seite würde die Errichtung von zu vielen kleinen Ländern leicht den mit einer wirkungsvollen Dezentralisation der Regierungsgewalten verfolgten Zweck zunichte machen."⁷² Mit Blick auf die damit beschlossene Bildung Niedersachsens betonte der General, daß man bei der Ausarbeitung der Verfassung für dieses Land mit äußerster Sorgfalt vorgehen müsse. Soweit wie möglich sollte das Eigenleben altüberkommener Teile bewahrt werden. Die Hansestädte Hamburg und Bremen, so Robertson, sollten ihre Selbständigkeit behalten, jedoch sei noch offen, ob dieser Zustand von Dauer sein werde. Außerdem teilte er mit, daß über die Zukunft des Landes Lippe und des Regierungsbezirks Minden zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde. Hier bleibt festzustellen, daß die Militärregierung den Mehrheitsbeschlüssen des Zonenbeirats im wesentlichen gefolgt war.

Mit der Erklärung vom 23. Oktober 1946 war der Weg frei, um die Neugliederung zu ihrem formellen Abschluß zu bringen. Mit der britischen Verordnung Nr. 55 erhielt das Land Niedersachsen zum 1. November 1946 seine Rechtsgrundlage. Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und die Provinz Hannover hörten damit auf, als eigenständige staatliche Gebilde zu existieren.⁷³ Für Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein blieb weiterhin die Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 maßgeblich, durch die den beiden Territorien

bereits der Länderstatus zuerkannt worden war.⁷⁴ Hamburgs Stellung bedurfte keiner neuen Definition, und Bremen (einschließlich Bremerhaven) wurde aufgrund eines britisch-amerikanischen Übereinkommens am 1. Januar 1947 zu einem neuen Land der US-Zone aufgewertet.⁷⁵ Blieb schließlich noch Lippe: Nach zähen Verhandlungen mit den gerade etablierten Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover sowie den britischen Stellen konnte Drake zu günstigen Bedingungen den Übergang des kleinen Landes an Nordrhein-Westfalen sicherstellen, der mit der Verordnung Nr. 77 zum 21. Januar 1947 wirksam wurde.⁷⁶

¹ Hier seien die für die fünf Bundesländer (bzw. deren Vorläufer) relevanten Arbeiten seit 1980 genannt; die weitere Literatur ist hierüber leicht zu ermitteln. Für SCHLESWIG-HOLSTEIN: *Kurt Jürgensen*, Schleswig-Holstein, in: *Walter Först* (Hrsg.), *Die Länder und der Bund*, Essen 1989, S. 189-219; *Kurt Jürgensen*, *Entscheidung für das Bundesland Schleswig-Holstein. Zur Entstehung der Länderordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands*, in: *Hartmut Bookmann u. a.* (Hrsg.), *Geschichte und Gegenwart*, Neumünster 1980, S. 625-672; *Kurt Jürgensen*, *Zur Gründungsgeschichte des Landes Schleswig-Holstein: Von der preußischen Provinzialordnung zur eigenen Landesordnung*, in: *Heinrich Bodensieck* (Hrsg.), *Preußen, Deutschland und der Westen*, Göttingen 1980, S. 248-272. Für HAMBURG und BREMEN: *Dirk Bavendamm*, *Hamburg und Bremen*, in: *Först*, *Länder*, S. 61-74; *Andreas Röpke*, *Entstehung, Status und Verwaltung der amerikanischen Enklave*

- Bremen, in: *Bremisches Jahrbuch* 66 (1988), S. 423-452. Für NIEDERSACHSEN: *Dieter Brosius*, Niedersachsen, in: *Först, Länder*, S. 109-134; *Rainer Schulze*, Re-Organizing Hannover Region. Ein britischer Plan zur Schaffung eines Landes Niedersachsen vom März 1946, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 61 (1989), S. 361-374; *Hubert Mainzer*, Die Entstehung des Landes Niedersachsen. Demokratischer Wiederaufbau auf föderativer Basis, in: *Manfred Overesch* (Hrsg.), *Zeitenwende. Umbruch und Aufbau in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, Hannover 1986, S. 134-156; *Ullrich Schneider*, Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung, Hannover 1984; *Albrecht Eckhardt*, Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 55 (1983), S. 15-70. Für NORDRHEIN-WESTFALEN: *Walter Först*, Nordrhein-Westfalen, in: *Först, Länder*, S. 135-164; *Wolfgang Hölscher* (Bearb.), *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46*, Düsseldorf 1988; *Peter Hüttenberger*, Die Vereinigung Lippes mit Nordrhein-Westfalen. Voraussetzungen und Motive, in: *Geschichte im Westen* 2 (1987), S. 37-42; *Wolfgang Hölscher*, Von den Provinzen zum neuen Land. Bestrebungen nordrheinischer und westfälischer Verwaltungsspitzen im Kontext der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: *Gerhard Brunn* (Hrsg.), *Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46*, Essen 1986, S. 39-65; *Walter Först*, *Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1986; *Hermann Niebuhr/Klaus Scholz* (Bearb.), *Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen. Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/3-1947. Eine Dokumentation*, Detmold 1984; *Ursula Rombeck-Jaschinski*, *Heinrich Drake und Lippe*, Düsseldorf 1984; *Karl Teppe*, *Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945-1949)*, in: *Wilhelm Kohl* (Hrsg.), *Westfälische Geschichte*, Bd. 2, Düsseldorf 1983, S. 269-339.
- 2 Vgl. etwa: *Martina Kessel*, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989, S. 75, S. 82, S. 109-113; *Rolf Steininger* (Bearb.), *Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten*, Düsseldorf 1988; *Ulrich Reusch*, *Briten und Deutsche in der Besatzungszeit*, in: *Geschichte im Westen* 2 (1987), S. 153f.; *ders.*, *Das Besatzungsregiment der Briten. Planung, Politik und Praktiken (1943/45-1950)*, in: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik* 13 (1985), S. 182, S. 185; *Rolf Steininger*, *Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46*, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, Göttingen 1979, S. 111-166; *Kurt Jürgensen*, *Elemente britischer Deutschlandpolitik: Political Re-education, Responsible Government, Federation of Germany*, in: *Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder* (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949*, Wiesbaden 1979, S. 119-123; *Horst Lademacher*, *Großbritannien und die Rhein-Ruhr-Frage*, in: *Walter Först* (Hrsg.), *Entscheidungen im Westen*, Köln 1979, S. 96-

- 98; *Ilse Girndt*, Zentralismus in der britischen Zone. Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisationen auf der Ebene oberhalb der Länder 1945-1948, Diss. Bonn 1971, S. 169-173; hinzuweisen ist auch auf die zumeist knappen Überblicke zur Länderbildung in den umfassenderen Veröffentlichungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte, so beispielsweise *Adolf M. Birke*, Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989, S. 59-64.
- 3 Hierzu vor allem: *Steininger*, Ruhrfrage, S. 12-216; *Kessel*, S. 39-159.
- 4 Vgl. *Röpke*, S. 423-429.
- 5 *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 34f.; zur Teilung der Rheinprovinz eingehend: *Beate Dorfey*, Die Teilung der Rheinprovinz. Zur Diskussion um eine Zonengrenze, in: *Geschichte im Westen 4* (1989), S. 7-20.
- 6 Vgl. *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 36; *Niebuhr/Scholz*, S. 30.
- 7 Ebd., Nr. 34-36, Nr. 39, Nr. 41-43; *Schneider*, S. 112.
- 8 Vgl. *Eckhardt*, S. 30f.; *Brosius*, S. 110.
- 9 *Eckhardt*, S. 32.
- 10 Hierzu: ebd., S. 32-34; *Schneider*, S. 111f.; *Mainzer*, S. 145f.
- 11 Vgl. *Röpke*, S. 429-431, S. 441-443.
- 12 Zum Folgenden: *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 38f.
- 13 Wortlaut der "Directive" bei: *Wolfgang Rudzio*, Export englischer Demokratie? Zur Konzeption der britischen Besatzungspolitik in Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 223-236.
- 14 Vgl. *Girndt*, S. 22-31, S. 92-121.
- 15 Zur Entstehungsgeschichte dieses Gremiums: *Michael Thomas*, Deutschland, England über alles. Rückkehr als englischer Besatzungsoffizier, Berlin 1984, S. 128-134, S. 140-146; Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, hrsg. v. *Bundesarchiv / Institut für Zeitgeschichte*, Bd. 1, bearb. v. *Walter Vogel / Christoph Weisz*, München 1976, S. 44-48.
- 16 Ebd., Nr. 3, S. 136f. und Nr. 5, S. 158f.
- 17 *Mainzer*, S. 145; vgl. *Eckhardt*, S. 34-37.
- 18 Ebd., S. 35.
- 19 Vgl. ebd., S. 37f.; *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 39f.
- 20 Ebd., Nr. 69.
- 21 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 16, S. 374 mit Anm. 37 (Protokoll der Zonenbeiratssitzung vom 26./27. 3. 1946). Zur selben Zeit, am 1. 4. 1946, legte die CCG (BE) ein Memorandum vor, in dem ebenfalls herausgestellt wurde, "that the initiative for any alteration of boundaries should come from the Germans themselves"; Zitat nach: *Schulze*, S. 365.
- 22 Vgl. Schreiben des britischen Verbindungsstabes beim Zonenbeirat: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, 1-151; Verordnungsentwurf: ebd., 1-148.
- 23 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 18, S. 425f.; vgl. *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 41.
- 24 *Niebuhr/Scholz*, Nr. 40; vgl. *Eckhardt*, S. 39f.; *Schulze*, S. 366f.; *Schneider*, S. 113.
- 25 Hier ist etwa auf die am 5. 4. 1946 erneut bekräftigte französische Forderung

- hinzuweisen, Teile des Ruhrgebiets von Deutschland abzutrennen, sowie auf einen offiziellen Artikel im *Observer* vom 12. 5. 1946, der den britischen Planungsstand in bezug auf die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen – unter Teilung der Provinz Westfalen – widerspiegelte; vgl. *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 42 und Nr. 111.
- 26 Vgl. ebd., Nr. 81.
- 27 Ebd., Nr. 115; zu vorangehenden Stellungnahmen Lehrs gegenüber der Militärregierung: ebd., Nr. 87-89, Nr. 102.
- 28 Vgl. hierzu auch das Schreiben Lehrs an Kopf vom 17. 5. 1946: ebd., Nr. 119.
- 29 Vgl. Schreiben Steltzers an Lehr vom 12. 4. 1946: ebd., Nr. 76.
- 30 Zitat nach: *Eckhardt*, S. 40; zur Haltung der Parteien in dieser Phase vor allem: *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 60-76.
- 31 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 19, S. 460; zum Vortrag vom 2. 5. auch: *Theodor Steltzer*, Reden, Ansprachen, Gedanken 1945-1947, hrsg. v. *Kurt Jürgensen*, Neumünster 1986, Nr. 11, S. 92-97.
- 32 Vgl. *Eckhardt*, S. 40-42.
- 33 Vgl. ebd., S. 42-44; *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, Nr. 35, Nr. 156.
- 34 *Eckhardt*, S. 45.
- 35 Hierzu *Wolfgang Renzsch*, Alfred Kubel. 30 Jahre Politik für Niedersachsen, Bonn 1985, S. 24-27.
- 36 Vgl. *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 43-45, S. 47.
- 37 Ebd., Nr. 82, Nr. 109.
- 38 Zum sogenannten Zuhorn-Plan: ebd., Nr. 112a, Nr. 112b sowie S. 48f.; *Först*, Kleine Geschichte, S. 27f.
- 39 *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, Nr. 117, Nr. 125.
- 40 Ebd., Nr. 138.
- 41 Vgl. ebd., Nr. 139, Nr. 161a, Nr. 161b; Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 22, S. 528.
- 42 *Steininger*, Ruhrfrage, Nr. 184, Nr. 185.
- 43 Zur Rezeption deutscher Überlegungen bei der britischen Entscheidung über die Bildung Nordrhein-Westfalens vgl.: *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 79-82; ebenso weist *Schulze*, S. 368, auf "die große Übereinstimmung" und "das enge Zusammenspiel" hin, "das zwischen den britischen Militärregierungsstellen in Hannover und den deutschen Verfechtern einer Niedersachsen-Lösung, insbesondere Hinrich Wilhelm Kopf, herrschte".
- 44 *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, Nr. 140.
- 45 Ebd., Nr. 147.
- 46 Vermutlich diente die Anweisung der Schaffung gleichartiger verwaltungsmäßiger Voraussetzungen in der Nord-Rheinprovinz und in Westfalen im Hinblick auf die geplante Zusammenlegung; genauen Aufschluß können hier nur die Akten der CCG (BE) geben.
- 47 *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, Nr. 169.
- 48 Ebd., Nr. 172.
- 49 Ebd., Nr. 192; die offizielle Gründung des Landes erfolgte mit der britischen Verordnung Nr. 46 zum 23. 8. 1946; Druck: *Klaus-Jörg Ruhl* (Hrsg.), Neubeginn

- und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1982, Nr. 62.
- 50 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 25, S. 612-615.
- 51 Zu den Verhandlungen des Sonderausschusses vgl. vor allem: *Eckhardt*, S. 48-55; *Jürgensen*, Entscheidung, S. 629-634.
- 52 Zur Entwicklung dieser sozialdemokratischen Position vgl.: *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 87f.
- 53 Zitat nach *Eckhardt*, S. 50.
- 54 Vgl. *Jürgensen*, Entscheidung, S. 630f.
- 55 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 845 (Erklärung Steltzer, ohne Datum).
- 56 Ebd., Nr. 34, S. 832-836.
- 57 Vgl. *Renzsch*, S. 28-33.
- 58 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 836f.
- 59 Vgl. ebd., Nr. 34, S. 839 (Erklärung Drake vom 17. 9. 1946); *Niebuhr/Scholz*, Nr. 46, Nr. 47, Nr. 49, Nr. 51.
- 60 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 837f.
- 61 Vgl. *Eckhardt*, S. 51, S. 53f.
- 62 Aufgrund der Verordnung Nr. 46 (siehe Anm. 49) wurde den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover bereits der Status von Ländern mit Ministerpräsidenten an der Spitze verliehen.
- 63 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 828-832 (Gutachten Kopf vom 6. 9. 1946).
- 64 Ebd., Nr. 34, S. 826-828 (Gutachten Lehr vom 29. 8. 1946).
- 65 Vgl. *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, S. 54f.
- 66 Vgl. Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 829, Anm. 45.
- 67 *Hölscher*, Nordrhein-Westfalen, Nr. 210.
- 68 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 34, S. 847.
- 69 Vgl. *Eckhardt*, S. 56.
- 70 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 1, Nr. 38, S. 963f.
- 71 Ebd., Nr. 38, S. 964-969.
- 72 Ebd., S. 966.
- 73 Vgl. hierzu *Eckhardt*, S. 58-64.
- 74 Siehe Anm. 49 und 62.
- 75 Vgl. *Röpke*, S. 449-451.
- 76 Vgl. *Hüttenberger*, S. 39-41; *Niebuhr/Scholz*, S. 35-39.

Summary

The Formation of the *Länder* in the British Zone

Between June and October 1945 basic plans were already emerging at various levels – internationally, with regard to occupation policy, and within Germany. These were to have a decisive influence on the course of the discussion on restructuring. In a transitional phase in the autumn and winter of 1945-6 the early discussions came to a standstill. For different reasons both the British and the Germans were interested in maintaining the territorial status quo.

In the spring of 1946 the question of restructuring was revived by contacts between the heads of the German *Länder* in the British Zone and the south German *Länder* council. At the same time the British revised their concept of occupation and offered the Zonal Advisory Council the opportunity to make suggestions on the new territorial division of the zone. In April-May 1946 numerous different plans were developed by the Germans. But the Zonal Advisory Council was unable to agree on a common concept because of regional narrow-mindedness and party-political differences.

The Military Government was thus able to make selective use of such German ideas as backed up or extended their own, particularly with regard to North Rhine-Westphalia. The decision to form this *Land* restricted the scope for any further German ideas. The special German committee for restructuring the *Länder* set up by the British at the beginning of July 1946 was not affected by party-political considerations. *Ministerpräsident* Kopf was able to implement his solution (Schleswig-Holstein, Lower Saxony, Hamburg, Bremen) because it took account of the majority of particular interests.

In October 1946 the British Military Government finally accepted the German majority decision to form four other *Länder* alongside North Rhine-Westphalia.

**Durch die britische Brille gesehen.
Beispiele zum Ertrag der britischen Quellen für die
(nordwest-)deutsche Landes- und Regionalgeschichte**

RAINER SCHULZE

Much of the material in this vast mass of paper duplicates what is already on record elsewhere ... I doubt if it is of much value as historical research material. It should at least be properly weeded if it is to be preserved.

Mit diesem Kommentar, handschriftlich notiert, versah der zuständige britische Bearbeiter eine Einzelakte der britischen Besatzungsverwaltung, bevor er sie an seine übergeordnete Behörde abgab.¹ Von manchen ist ein solches Urteil – etwas abgeschwächt, etwas differenzierter – gleich auf die britischen Bestände aus der Besatzungszeit in Deutschland in ihrer Gesamtheit übertragen worden, und dies durchaus nicht ganz ohne Grund. Viele dieser Bestände enthalten Materialien, die nach deutschen archivischen Wertvorstellungen Kassanda sind; andere Materialien, die für deutsche Forschungszwecke wahrscheinlich von großer Bedeutung gewesen wären, sind dagegen kassiert worden. Hinzu kommt, daß es in den Akten zahlreiche aus dem Gesamtzusammenhang gerissene Einzelvorgänge, gleichzeitig aber auch, insbesondere bei den Serienakten, umfangreiche Doppel- und Mehrfachüberlieferung gibt. Dies alles gilt auch und gerade für lokal-, regional- und landesgeschichtliche Betreffende. So sind zum Beispiel die Provenienzen unterhalb der Regional Commissioners, d.h. die Aktenbestände, die auf der Ebene der lokalen (Stadt- und Landkreis-)Militärregierungen und den regierungsbezirklichen Militärregierungen entstanden und dort verblieben sind, fast ausnahmslos bereits 1955 bei Beendigung der Besatzungsherrschaft noch in Deutschland vernichtet worden. Verschiedene Monatsberichte sind dagegen an vier oder fünf oder noch mehr Stellen überliefert.

Ausgesondert oder ausgejätet werden, um die Formulierung aus der eingangs zitierten Bemerkung aufzunehmen, kann jetzt natürlich nichts mehr, seitdem die Bestände an das Public Record Office überstellt sind, aber das seit Anfang 1987 laufende Projekt zur Erschließung der britischen Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland (1945-1949/

1955) wird zumindest so etwas wie Wegweiser errichten, die eine sicherere und zuverlässigere Orientierung über das vorhandene Material ermöglichen und die verstreuten Informationen der britischen Archivalien zur selben Sache zusammenführen.² Das ist wiederum gerade für die Lokal-, Regional- und Landesgeschichtsforschung von besonderer Bedeutung, da speziell die Unterlagen, die über lokale und regionale Gegebenheiten in der britischen Besatzungszone Aufschluß zu geben vermögen, aufgrund der Beschaffenheit der britischen Findmittel bislang nur unzureichend erkennbar waren.

Die anfangs gemachten Einschränkungen sollen nämlich keineswegs bedeuten, daß die britischen Quellen für die deutsche Regional- und Landesgeschichtsforschung von nur marginalem Interesse wären – das genaue Gegenteil ist richtig. Es liegen mittlerweile auch bereits eine ganze Reihe von Arbeiten vor, die die Relevanz dieser Materialien für lokal-, regional- und landesgeschichtliche Fragestellungen bestätigen. Die beiden ersten Historiker, die für ihre regionalgeschichtlichen Untersuchungen britische Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland benutzt haben, waren Ullrich Schneider mit seiner Dissertation über die britische Besatzungspolitik 1945 im Gebiet des späteren Landes Niedersachsen³ sowie Ian D. Turner mit seiner Arbeit über die Stadt Wolfsburg und das Volkswagenwerk.⁴ Von den weiteren einschlägigen Untersuchungen sollen hier nur beispielhaft genannt werden: Everhard Holtmanns Dokumentation über den Neubeginn nach 1945 im Landkreis Unna (Nordrhein-Westfalen),⁵ Angelika Menne-Haritz' Aufsatz über den Wiederaufbau der Wirtschaftsverwaltung in Schleswig-Holstein,⁶ die Studien von Alan Kramer zur Demontagefrage in Hamburg,⁷ Rolf Steiningers breit angelegte Quellenedition zur Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen 1945/46,⁸ Mark Rosemans Dissertation über die Neubergleute im Ruhrbergbau und seine weiteren Beiträge zu Problemen des Bergbaus im Ruhrgebiet,⁹ Barbara Marshalls Untersuchung über Hannover¹⁰ sowie die gerade abgeschlossenen Arbeiten zu Celle¹¹ und zu Salzgitter.¹² Diese bei weitem nicht vollständige Aufzählung zeigt, daß die britischen Quellen bereits in einer beträchtlichen thematischen Breite, wenngleich auch noch ohne erkennbaren größeren systematischen Zusammenhang, für die (nordwest-)deutsche Regional- und Landesgeschichte nutzbar gemacht worden sind, gleichermaßen durch deutsche wie durch britische Historiker.

Wer nach Materialien zur (nordwest-)deutschen Landes- und Regionalgeschichte sucht, wird zuerst an die Bestände der vier Regional Commissioners (Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen

und Schleswig-Holstein) sowie den Bestand des Military Government Berlin (British Sector) denken.¹³ Diese Bestände enthalten in der Tat viele landes- und regionalgeschichtliche Spezifika, wenngleich auch in höchst unterschiedlichem Ausmaß: Während die Aktenüberlieferung für Niedersachsen auf dieser Ebene nur als katastrophal bezeichnet werden kann – der Bestand des Regional Commissioner im Public Record Office umfaßt lediglich 173 Aktenbände, von denen auch noch 13 Bände gesperrt sind und weitere sieben Bände Niedersachsen gar nicht betreffen –, ist die Überlieferungslage hier für Nordrhein-Westfalen mit über 2 500 Aktenbänden und für Hamburg mit gut 1 000 Bänden rein quantitativ gesehen erheblich besser.

Aber landes- und regionalgeschichtlich relevante Betreffe finden sich daneben auch in sämtlichen anderen Beständen aus der Besatzungszeit in Deutschland: in den Akten aller Abteilungen der (zonalen) Control Commission for Germany (British Element),¹⁴ in den Akten des (Londoner) Control Office for Germany and Austria (COGA)¹⁵ wie auch in den Akten der "General Correspondence" des Foreign Office.¹⁶ Auch verschiedene Bestände des War Office, Provenienzen, die nicht mit in das Erschließungsprojekt einbezogen werden konnten, sind für die (nordwest-)deutsche Lokal-, Regional- und Landesgeschichtsforschung von großer Bedeutung. An erster Stelle sind hier die War Diaries, die Kriegstagebücher, zu nennen, die von nahezu allen in Deutschland eingesetzten britischen Einheiten geführt wurden und in der Regel bis Ende 1945, in Einzelfällen sogar bis Frühjahr 1946 laufen.¹⁷ Daneben gibt es in dieser Bestandsgruppe aber noch weitere wichtige landes- und regionalgeschichtliche Unterlagen speziell zur Zeit unmittelbar nach dem Besetzungsvorgang.¹⁸

Die Frage der Bestände, der Bestandsbildung und der damit zusammenhängenden Probleme soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden. Im folgenden werden statt dessen zum einen einige für die (nordwest-)deutsche Landes- und Regionalgeschichtsforschung wichtige Quellengruppen herausgegriffen und Beispiele für die in ihnen enthaltenen Informationen gegeben und zum anderen einige Ausführungen zum Stellenwert dieser britischen Quellen gemacht. Alle diese Bewertungen und Einordnungen sind erwachsen aus der bisherigen Erschließungsarbeit im Public Record Office; sie haben deshalb noch eine gewisse Vorläufigkeit und sind sicherlich in einzelnen Punkten auch subjektiv.

Eine zentrale Quellengruppe für die (nordwest-)deutsche Lokal-, Regional- und Landesgeschichtsforschung stellen die periodischen

Berichte der verschiedenen (regionalen) Militärregierungen dar. Sie sind auf allen Ebenen der britischen Militärverwaltung angefertigt worden, d.h. auf der Provinzial- bzw. Landesebene, auf der Ebene der Regierungsbezirke und auch auf der Ebene der Stadt- und der Landkreise bzw. später der Kreis Resident Officers und ihrer Nachfolger, der British Residents, deren Zuständigkeitsgebiet häufig mehr als nur einen deutschen Kreis umfaßte. In der Regel setzen diese Berichte bereits in den Kriegstagebüchern ein, und im Idealfall laufen sie vom Zeitpunkt der Besetzung bis in die frühen 50er Jahre, zunächst als wöchentliche bzw. zweiwöchentliche Berichte, ab Herbst 1945 dann als Monatsberichte. Für kaum eine Militärregierung sind allerdings alle von ihr angefertigten Berichte aus der Zeit der Beszungsherrschaft lückenlos erhalten; gerade auf der Kreisebene bestehen zudem erhebliche regionale Unterschiede bei der Überlieferung: Während für Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auch nach 1945/46 für die meisten Kreise die Militärregierungsberichte zumindest zum Teil überliefert sind, sind sie für Niedersachsen nur in Ausnahmefällen erhalten geblieben und dies zudem noch auf eine Vielzahl von Beständen verstreut.

In diesen periodischen Berichten der Militärregierungen, die mehr oder weniger nach einem einheitlichen Schema aufgebaut sind, werden alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in dem jeweiligen Zuständigkeitsgebiet behandelt: Sie geben Informationen über die Verwaltungsorganisation und die Bestellung neuer deutscher Amtsträger auf allen Ebenen, über die Bevölkerungszahl einschließlich der Zahl der Displaced Persons und der Flüchtlinge, über die Aktivitäten der wiedererstehenden bzw. wiedererstandenen politischen Parteien, Gewerkschaften, Interessenvertretungen und sonstigen Vereinigungen, über Entnazifizierung und erste Wahlen, über die Wiederingangsetzung der industriellen Produktion mit Belegschaftsstärken einzelner Betriebe, über Probleme der Landwirtschaft und Maßnahmen zum Arbeitseinsatz in diesem Bereich, über Ernährungslage, Preise und Lebenshaltungskosten sowie Ausmaß und Probleme des Schwarzen Marktes, über Aufbau und Einsatz der deutschen Polizei und Feuerwehr, über die allgemeine Kriminalität einschließlich von Aufstellungen über die vor den Gerichten zur Verhandlung gekommenen Fälle, über die Gesundheitslage und den Zustand von Krankenhäusern, über Maßnahmen zum Wiederaufbau zerstörten Wohnraums wie auch über Wohnungsrequisitionen zum Zwecke der Besatzungsmacht oder zur vorläufigen Unterbringung von befreiten ausländischen Zwangsarbeitern; die Informationsdichte geht in vielen Fällen bis hin zu detaillierten Aufzählungen etwa über das Auftreten

von Kartoffelkäfern und die gegen ihre weitere Verbreitung eingeleiteten Maßnahmen. Die Berichte illustrieren Handhabung und Wirkung der Besatzungspolitik vor Ort; sie geben Aufschluß über die Lebensumstände der deutschen Zivilbevölkerung in ihrer lokalen und regionalen Ausprägung unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft sowie zum Teil auch über die jeweils herrschende Stimmungslage einschließlich der Gerüchte und sogar einzelner Witze, die gerade kursierten.

Die Berichte der Militärregierungen informieren außerdem über viele der Gespräche, die die Angehörigen der Besatzungsmacht mit deutschen Vertretern führten. Das kann so kurz sein wie im Fall des Landeskreises Celle (Niedersachsen), wo es nur heißt:

I have now completed a round of visits to individual Gemeinde Buergermeister (93 in all)... These have, I am informed from several sources, been most popular, and from my point of view most interesting and enlightening. In very general terms I have learned that the following points are in the forefront of all their minds. ... [Es folgt eine Auflistung der drängendsten Probleme, wie die Gemeindebürgermeister sie schilderten.]¹⁹

Zum Teil ist die Wiedergabe aber sehr viel ausführlicher und präziser, so zum Beispiel, als es in der Provinz Hannover um die Besetzung des Postens des Oberpräsidenten ging. Der gerade zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer Hannover ernannte Baron Georg von Reden schlug am 11. Mai 1945 dem Kommandeur der britischen Provinzial-Militärregierung den früheren hannoverschen Oberbürgermeister Arthur Menge für dieses Amt vor, Menge "would be the best man for Oberpresident". Die Militärregierung bestellte Menge daraufhin drei Tage später zu sich; sie hielt über diese Begegnung fest: "Dr. Menge ... called and made a bad impression on the Commander who had to put him in his place."²⁰ Tatsächlich wurde dann auch nicht Menge zum Oberpräsidenten ernannt, sondern statt dessen (der ihm politisch nahestehende) Eberhard Hagemann.

Die Berichte der hannoverschen Provinzial-Militärregierung enthalten darüber hinaus regelrechte Gesprächsprotokolle. Dadurch werden verlässlichere Aussagen darüber möglich, auf welche deutschen Informanten sich die Militärregierungen für ihre Entscheidungsfindung stützten, welche deutsche Gruppen die besten Chancen hatten, ihre Ansichten zu Gehör zu bringen und eventuell auch auf Entscheidungen einzuwirken, wie sich das Zusammenspiel von Besatzungsmacht und Deutschen gerade auch auf lokaler und regionaler Ebene konkret gestaltete und welche Handlungsspielräume es für die deutsche

Seite unter der Besetzungsherrschaft gegeben hat. Für einen Teilbereich hat dies Ullrich Schneider in seiner Dissertation bereits nutzbar gemacht.²¹

Die Berichte der Militärregierungen geben aber nicht nur sogenannte Fakten wieder, sondern sie enthalten auch Bewertungen und Beurteilungen der berichtenden Besatzungsoffiziere sowohl über einzelne Vorfälle als auch über deutsche Amtsträger. Über den Landrat des niedersächsischen Landkreises Wolfenbüttel heißt es in einem Bericht beispielsweise:

From a week's observation the Landrat appears to be co-operative but not a forceful character. He tries to deal with small trifling matters such as unreasonable requests for passes rather than with larger overall problems for the benefit of the population as a whole.²²

Reibungen und Konflikte zwischen Besatzungsmacht und deutschen Verwaltungen werden auf diese Weise besser verständlich, und manche Entscheidung der Militärregierungsstellen über Bewilligung oder Nichtbewilligung eines von deutscher Seite vorgelegten Antrages, über Abberufung oder Bestellung deutscher Amtsträger wird nachvollziehbarer, gerade auch auf regionaler und lokaler Ebene, wo man derartige Vorgänge bislang nach deutscher Aktenlage häufig nicht erklären konnte und auf mehr oder weniger plausible Spekulationen angewiesen war.

Die Kriegstagebücher enthalten außerdem noch oft Berichte über die Einlagen bei Banken und Sparkassen sowie den Stand der öffentlichen Kassen beim Zeitpunkt der Besetzung sowie in vielen Fällen eine detaillierte Chronologie, die bereits für sich genommen eine wichtige Quelle darstellt, da sich häufig genug anhand deutscher Akten eine eindeutige Festlegung bestimmter Ereignisse nicht vornehmen läßt. So hieß es bislang immer, Clemens Recker sei erst Mitte Juni 1945 von den Briten zum Oberbürgermeister von Watenstedt-Salzgitter ernannt worden; die britischen Quellen weisen dagegen aus, daß diese Ernennung bereits im Mai durch die Amerikaner erfolgte und von den Briten bei ihrer Übernahme dieses Kreises lediglich bestätigt wurde: "Oberbürgermeister Recker is co-operating and so far proving satisfactory."²³

Es muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß die Berichte speziell der untersten Militärregierungsebene, also der der Stadt- und der Landkreise, wenn sie überhaupt überliefert sind, von höchst unterschiedlicher Dichte und Qualität sind. Manche sind in der Tat außerordentlich ausführlich und detailliert, mit zahlreichen Anhängen und Untergliederungen; andere sind dagegen recht kurz und allgemein

gehalten. Zum Teil sind die Informationen ausgesprochen präzise und offensichtlich gut recherchiert bzw. stammen von gut unterrichteten Kreisen; zum Teil sind sie aber auch äußerst nachlässig zusammengestellt und in manchen Einzelangaben, zum Beispiel der Parteizugehörigkeit einzelner lokaler Amtsträger, schlichtweg falsch. Die Schreibung von Eigennamen geht speziell auf der untersten Ebene der Stadt- bzw. Landkreis-Militärregierungen häufig munter durcheinander, und auch die Vornamen derselben Person wechseln gelegentlich von einem Bericht zum nächsten. In einigen Fällen sind Berichte von den übergeordneten Dienststellen deshalb auch mit dem Kommentar "very poor" versehen und die entsprechenden Militärregierungen zu genauerer Arbeit aufgefordert worden.²⁴

Neben diesen alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfassenden periodischen Berichten der Militärregierungen gibt es noch eine ganze Reihe weiterer, in der Regel speziellerer periodischer Berichte, die für die Landes- und Regionalgeschichtsforschung von Bedeutung sind. Hierzu zählen die Berichte der verschiedenen Public Opinion Research Offices der Kontrollkommission, die auch auf regionaler Ebene bestanden. Diese geben zum einen die Ergebnisse von Meinungsumfragen wieder ("German Reaction Reports"), die sowohl zu aktuellen Ereignissen und zu gerade zur Entscheidung anstehenden Fragen als auch zu allgemeinen Einstellungen und Orientierungen unter der deutschen Zivilbevölkerung durchgeführt wurden. Zum anderen enthalten sie zusammenfassende Ausführungen über die allgemeine Stimmungslage in der deutschen Bevölkerung im Berichtszeitraum ("German Morale Reports"). Öffentliche Meinung und Stimmungslage werden durch diese Berichte auch in ihren regionalen Ausprägungen und Differenzierungen bis in Einzelfragen hinein erhellt.

Des weiteren gehören hierzu die periodischen Berichte über die öffentliche Sicherheit ("Public Safety Reports") sowie die sogenannten "Political Intelligence Reports", etwas frei, aber mit heutiger bundesdeutscher Begrifflichkeit vielleicht am zutreffendsten mit Verfassungsschutzberichten zu übersetzen. Auch diese Berichte liegen nicht nur für die zonale Ebene, sondern gleichfalls für einzelne Regionen vor, erstellt von den jeweiligen Public Safety Branches bzw. den Regional Intelligence Staffs, später Area Intelligence Offices. In den "Public Safety Reports" und den "Political Intelligence Reports", deren Inhalte sich zum Teil überschneiden, zum Teil ergänzen, wurde alles behandelt, was in den Augen der britischen Besatzungsmacht eine mögliche Gefährdung für Ruhe und Ordnung und vor allem für die öffentliche Sicherheit darstellen konnte. Das betraf die Aktivitäten der verschiedenen poli-

tischen Parteien ebenso wie die der Gewerkschaften und der kulturpolitischen Organisationen; besondere Abschnitte beschäftigten sich auch mit den industriellen Beziehungen und möglichen Streik- und Protestaktionen sowie mit Fragen der Jugend. Auch Zusammenkünfte von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen wurden aufmerksam beobachtet und die jeweilige Teilnehmerzahl genau notiert. So wurde zum Beispiel im Juni 1947 aus dem niedersächsischen Emsland nach einer Auflistung verschiedener Flüchtlingstreffen, die dort unter dem Motto "Gebt uns unsere Heimat wieder!" stattgefunden hatten, vermerkt:

The conduct of the meetings follows the same pattern with verses, songs, and a few addresses to strengthen Heimatgedanken and Heimatverbundenheit. So far it cannot be said that the meetings have a subversive aspect.²⁵

Bereits wenige Monate später änderte sich diese Einschätzung jedoch, als aus Nordhorn von einer Flüchtlingsversammlung "of quite disorderly nature" berichtet wurde: "Large attendance of about 400. Addressed by local SPD and KPD leaders and by Dr. Taube, Kreis refugee leader, a rather weak personality." Weiter hieß es dazu, es habe eine Stimmung geherrscht "approaching the revolutionary".²⁶ Durch derartige Berichte werden Aussagen zu regionalen Unterschieden im Verhältnis von Einheimischen und Flüchtlingen und auch zu regional unterschiedlicher politischer Unterstützung für die Anliegen der Flüchtlingsbevölkerung möglich, die in dieser Qualität allein aus den deutschen Akten nicht zu treffen sind.

In den Political Intelligence Reports, aber auch in anderen periodischen Berichten sowie in einzelnen Sachakten finden sich auch immer wieder sogenannte "pen portraits", häufig auch "appreciations" genannt, mehr oder weniger ausführliche Informationen zu deutschen Amtsträgern aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die in der Regel Angaben zum bisherigen Lebenslauf einschließlich der politischen Aktivitäten sowie eine Beurteilung von Charakter und politischer Einstellung durch die britische Besatzungsmacht enthalten. Ein besonders ausführliches "Dossier" wurde Anfang 1946 über Robert Lehr, den damaligen Oberpräsidenten der Provinz Nordrhein und früheren Oberbürgermeister von Düsseldorf, angefertigt. Hierin heißt es unter anderem:

Lehr's anti-Nazi record is essentially passive. ... Lehr is frankly conservative, probably authoritarian, and gives the impression of being mildly amused by the attempts of the factious political parties to practice democracy. ... Though Lehr was clearly never

pro-Nazi, he is undoubtedly a representative, even if a charming one, of the old conservative order, which by subtle means he is working to revive at least in a modified form. Whether by accident or design, his sympathies lead him to support and retain in office many men who have unsavoury pasts. Though technically his appointment can be justified, i.e. results of a CI [Counter Intelligence] and political vet are negative, it is idle to pretend that he agrees in detail with the model German administrative official as outlined by Mr. Steele.²⁷

Auch viele lokale Amtsträger, insbesondere Bürgermeister und Landräte, aber auch Unternehmer und Gewerkschafter, wurden in derartigen "pen portraits" vorgestellt und bewertet. Über den Osnabrücker Oberbürgermeister Adolf Kreft wurde beispielsweise für erwähnenswert gehalten:

Although a CDU member and by birth and position a natural right-winger, it is said that, if the left gains power during the elections, he may swing in that direction. In this connection there is said to be considerable manoeuvring between himself and Ratsherr Josef Burgdorf (KPD), with the odds on the latter, as slightly more cunning, winning the battle of wits. Kraft owns considerable property, conducts the legal affairs of local industrial firms and a considerable practice with discretion and rectitude. He has been responsible for some good work and is generally liked, even by the SPD.²⁸

Diese "pen portraits" zeigen, welches Wissen die Besatzungsmacht über die (neuen) deutschen Amtsträger hatte, wie facettenreich, aber auch wie fehlerhaft es eventuell war und auf welche Punkte besonderer Wert gelegt wurde; sie tragen damit gleichfalls dazu bei, personalpolitische Entscheidungen der Militärregierungen besser zu verstehen.

Ein spezielles Augenmerk legte die britische Besatzungsmacht auf die Beobachtung der KPD und ihrer nahestehender Vereinigungen sowie überhaupt aller Organisationen und Bestrebungen, die als kommunistisch oder kommunistisch infiltriert angesehen wurden. Das reichte bis auf die lokale Ebene hinunter und schloß die Observierung der Aktivisten und die kritische Durchsicht der Presseorgane und Flugblätter mit ein. Die hier dokumentierte Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung übertrifft, ab 1946/47 noch beständig zunehmend, bei weitem die Angst vor einem Wiederaufleben nationalsozialistischen Gedankengutes oder entsprechender Bestrebungen. Für eine Untersuchung des Antikommunismus als einem der Grundpfeiler

der in der Entstehung begriffenen Bundesrepublik Deutschland bietet sich hier reiches Quellenmaterial mit regionalen und lokalen Verästelungen und Konkretisierungen.

Schließlich sollen noch zwei weitere Gruppen von regelmäßig erstellten Berichten erwähnt werden, die von besonderer Relevanz für die Landes- und Regionalgeschichte sind: zum einen die "Black Market Reports", Berichte über die Entwicklung des Schwarzen Marktes, erstellt ebenfalls von der Public Safety Branch der Kontrollkommission, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kreisen; zum anderen die monatlichen Displaced Persons-Berichte, die bis zum Sommer/Herbst 1946 von den regionalen Militärcorps abgegeben wurden. Aus beiden Berichtsserien lassen sich die regionalen Brennpunkte und die daraus für diese Regionen erwachsenen Probleme höchst anschaulich entnehmen.

Die genannten Berichtsserien zeigen besonders plastisch die Breite der in den britischen Akten enthaltenen Informationen zur (nordwest-)deutschen Landes- und Regionalgeschichte. Natürlich finden sich landes- und regionalgeschichtlich relevante Betreffe daneben in nahezu allen Arten von Sachakten: zur Bildung der Länder,²⁹ zur Zulassung von politischen Parteien, zu den Demontagen, zur lokalen und regionalen Ernährungslage, zum Wiederaufbau des Verkehrswesens. Umfangreiches Aktenmaterial liegt für den Wiederaufbau des Erziehungswesens in der britischen Zone in seiner regionalen Vielgestaltigkeit und Differenzierung vor: Wiedereröffnung von Schulen und Universitäten, Neugestaltung der Schulbücher einschließlich Unterlagen über einzelne Verlage, die sich um Lizenzen zur Herausgabe neuer Schulbücher bewarben, Einrichtung von Volkshochschulen und Berufsschulen, jeweils mit zahlreichen Einzelakten zu den verschiedenen Regionen.³⁰ Gleichfalls liegen, vor allem für Niedersachsen, aber auch für andere Gebiete der britischen Zone, detaillierte monatliche Arbeitsmarktberichte vor, die zum Teil bereits im April/Mai 1945 einsetzen.³¹ Die Register der verschiedenen Gerichte der Militärregierungen gerade der untersten (lokalen) Ebene, für viele Stadt- und Landkreise seit dem Beginn der Besatzungsherrschaft im Frühjahr 1945 erhalten, bieten über die zur Verhandlung gekommenen Fälle und die ergangenen Urteile exzellente Einblicke in Art und Ausmaß der Kriminalität.³² Gängige, auch von der wissenschaftlichen Literatur weitergetragene Wertungen über die Kriminalität der Displaced Persons im Verhältnis zur deutschen Zivilbevölkerung müssen, so viel zeigt bereits eine erste Durchsicht einzelner Register, nach einer systematischen Auswertung revidiert werden.³³ Schließlich soll noch auf die vielfältigen Akten zu

einzelnen Firmen hingewiesen werden, die sich in den Beständen der einschlägigen Abteilungen der britischen Militärregierung befinden: Krupp,³⁴ Bochumer Verein,³⁵ die Hermann-Göring-Werke (die späteren Reichswerke) in Watenstedt-Salzgitter,³⁶ Blohm & Voss in Hamburg,³⁷ um nur höchst willkürlich einige wenige zu nennen – ganz ohne Frage wichtiges Material, wenn man sich vor Augen führt, wie verschlossen manche Firmenarchive für die historische Forschung immer noch sind.

Aus dem bisher Gesagten sollte deutlich geworden sein, daß die britischen Quellen eine Fülle von Informationen für die (nordwest-)deutsche Lokal-, Regional- und Landesgeschichte enthalten, die nur hier überliefert sind bzw. in dieser Form über die Akten deutscher Provenienz bislang nicht erschließbar waren. Für die Landes- und Regionalgeschichte gilt es nun, diese britischen Quellen systematisch und kritisch auszuwerten. Unter systematisch soll hierbei verstanden werden, daß nun nicht jede Gemeinde einhergehen und nachschauen muß, was zu ihr in den britischen Quellen überliefert ist, sondern daß eine Auswertung nach übergeordneten, strukturell wesentlichen Fragestellungen erfolgt. Dazu gehören zum Beispiel:

- die Formen der politischen Willensbildung und des Demokratisierungsprozesses auf lokaler und regionaler Ebene unter dem Bedingungsnetz der Besatzungsherrschaft;
- die Praxis und die Folgen der Entnazifizierung auf lokaler und regionaler Ebene, damit zusammenhängend die Frage nach den lokalen und regionalen Eliten und ihrer Rekrutierung;
- die Ausprägung und die Bedeutung des Antikommunismus bzw. der Angst vor kommunistischer Unterwanderung in der regionalen Differenziertheit;
- die Entwicklung der öffentlichen Meinung, auch im interregionalen Vergleich;
- das Zusammenstoßen der verschiedensten Bevölkerungsgruppen auf engem lokalen Raum (Einheimische, Besatzungssoldaten, befreite ausländische Zwangsarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten, in ländlichen Gemeinden noch Evakuierte aus den Großstädten) und die daraus erwachsenen Folgen wie unter anderem Vergewerblichung des ländlichen Raumes, Auftreten von Modernisierungsschüben oder Durchsetzung von neuen Normen und Orientierungen;
- das Ausmaß und die Ausprägung von Kontinuitäten und Einschnitten beim Übergang von der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft zu Besatzungszeit und demokratischem Neubeginn.

Auf einen Punkt soll dabei noch ausdrücklich hingewiesen werden: Auch in den britischen Akten steht nach den bisherigen Erfahrungen Nordrhein-Westfalen und speziell das Ruhrgebiet deutlich und überproportional im Vordergrund. Dies ist natürlich nicht zuletzt das Ergebnis der für die einzelnen Regionen so unterschiedlich stark vorgenommenen Kassationen, aber daß dabei die Überlieferung für Nordrhein-Westfalen so reichhaltig erhalten blieb, reflektiert natürlich wiederum das besondere Interesse, das britischerseits auf Nordrhein-Westfalen und speziell das Ruhrgebiet als dem wirtschaftlichen Zentrum des Vierzonendeutschlands gerichtet wurde. Für die Regional- und Landesgeschichtsforschung könnte dadurch aber ein Trend noch weiter verstärkt werden, der bereits nach Öffnung der deutschen Archive für die Nachkriegsforschung einsetzte: sich vor allem mit Nordrhein-Westfalen bzw. noch enger mit dem Ruhrgebiet zu befassen, die Ergebnisse aber als repräsentativ für die gesamte britische Besatzungszone oder sogar noch darüber hinaus zu setzen. Für zahlreiche Problembereiche gerade der unmittelbaren Nachkriegszeit sind aber die mehr agrarisch ausgerichteten Regionen Niedersachsens oder Schleswig-Holsteins weitaus repräsentativer oder charakteristischer, und die industriellen Ballungsgebiete stellen einen Sonderfall dar. Es sollte deshalb ein besonderes Anliegen der Landes- und Regionalgeschichtsforschung sein, dies bei der Auswertung der britischen Akten von vornherein miteinzubeziehen.

Die britischen Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland bilden allerdings nicht nur eine Ergänzungs- oder Ersatzüberlieferung; eine solche Bewertung wäre verkürzt. Sicherlich haben sie auch diese Funktion, vor allem für die Frühphase 1945/46, für die Akten der deutschen Behörden zum Teil nur sehr bruchstückhaft überliefert oder nur wenig aussagekräftig sind. Aber die britischen Quellen sind noch mehr, oder vielleicht besser gesagt, sie haben noch eine weitere, eine andere Qualität als lediglich die einer Ergänzungs- und Ersatzüberlieferung: Sie geben eine andere, eine zusätzliche Perspektive auf die Geschehnisse während der Besatzungszeit. Es handelt sich um britische Akten, und in ihnen dokumentiert sich die britische Sicht der Geschehnisse. Dies mag zunächst einmal banal bzw. selbstverständlich klingen. Es hat aber Konsequenzen, die häufig nicht mitbedacht werden: Diese Quellen geben eben nicht nur Informationen über britische Entscheidungen und britisches Eingreifen in Einzelfragen auch auf der lokalen und regionalen Ebene in einer Qualität, wie sie aus den deutschen Quellen nicht überliefert werden, sondern die Briten stellen in diesen

Quellen ihren Blickwinkel dar und gewichteten die Probleme nach Kriterien, die nicht unbedingt der deutschen Sichtweise entsprechen. Vielfach verhalten sich diese beiden Perspektiven geradezu umgekehrt proportional: Während die Briten zum Beispiel in ihren Berichten und Sachakten ein erhebliches Augenmerk auf alle Fragen legen, die mit den Displaced Persons zusammenhängen, die als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zunächst zu ihren besonderen Schutzbefohlenen gehörten, findet das Problem der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten als in ihrer Sicht primär deutsche Angelegenheit anfangs vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit; das änderte sich erst mit dem Einsetzen der organisierten Zwangsumsiedlung der Deutschen aus den in das neue Polen inkorporierten Gebieten des Deutschen Reiches im Rahmen der "Operation Schwalbe" im Laufe des Jahres 1946, und sie wurden dann, ganz anders als in den deutschen Akten, zunächst stark unter dem Aspekt eines potentiellen Unruheherdes gesehen.

Für die deutsche Landes- und Regionalgeschichte ergibt sich daraus eine zusätzliche Aufgabe: bisherige Erkenntnisse unter Berücksichtigung der britischen Sicht nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls auch neue Gewichtungen und Bewertungen vorzunehmen. Manche Gegebenheiten auf lokaler und regionaler Ebene werden unter Einfluß des britischen Blickwinkels unter Umständen erst richtig verstehbar, bekommen überhaupt erst eine innere Logik, und die Frage nach dem Warum bestimmter Prozesse und Entscheidungen, die nach deutscher Aktenlage oft kaum beantwortbar ist, erhält eine völlig neue Dimension.

Andere Vorkommnisse, die sich in den deutschen Akten kaum oder gar nicht widerspiegeln, können jetzt erstmals miteinbezogen und vor der Vergessenheit bewahrt werden. Der schwierige und lange Jahre "erfolgreich" verdrängte Komplex des Verhältnisses der Deutschen zu den Displaced Persons und überhaupt der Einstellung der Deutschen zu den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gehört hier ganz prominent dazu. Diese Fragen werden erst durch Einbeziehung der Akten der Besatzungsmächte bearbeitbar, wie bereits Wolfgang Jacobmeyers Studien über die Displaced Persons, die er vor allem mit Akten aus amerikanischen Beständen erarbeitet hat, gezeigt haben,³⁸ und wie durch Ursula Büttners noch laufende Untersuchungen über die Probleme der verschiedenen deutschen Verfolgtengruppen einschließlich der zurückkehrenden Emigranten mit dem Schwerpunkt der Lage in Hamburg erneut eindrucksvoll belegt wird.³⁹

In vielen Fällen wird jetzt mit Hilfe der britischen Akten eine umfassendere und facettenreichere Rekonstruktion der Vergangenheit

möglich, und das gilt speziell für die lokale, die regionale und die Landesebene. Die britischen Quellen bieten auch der Landes- und Regionalgeschichte die Chance, den Abschnitt der Besatzungszeit durch eine zusätzliche Perspektive zu erhellen, ihn auch durch die britische Brille zu sehen. Das Erschließungsprojekt wird die Zugangsmöglichkeiten wesentlich erleichtern, und es liegt jetzt an den Landes- und Regionalhistorikern, sich diese Chance nicht entgehen zu lassen.

-
- 1 PRO, FO 944/84. – Hier wie im folgenden beziehen sich die Quellenangaben auf Bestände bzw. Einzelakten aus dem Public Record Office Kew/London.
 - 2 Ausführlich dazu die Beiträge von *Eva A. Mayring* und *Angela Kaiser-Lahme* in diesem Band; vgl. auch *Rainer Schulze*, Das Londoner CCG/BE-Projekt. Die Erschließung britischer Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland (1945-1949/55) für Forschungszwecke, in: *Der Archivar* 42 (1989), Sp. 461-474.
 - 3 *Ullrich Schneider*, Britische Besatzungspolitik 1945. Besatzungsmacht, deutsche Exekutive und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April bis Oktober 1945, Diss. Hannover 1980; siehe auch *ders.*, Niedersachsen unter britischer Besatzung 1945. Besatzungsmacht, deutsche Verwaltung und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 54 (1982), S. 251-319; *ders.*, Hannover 1945. Kriegsende, Wiederaufbau, Landesgründung, Hannover 1985.

- 4 Ian D. Turner, *British Occupation Policy and Its Effects on the Town of Wolfsburg and the Volkswagenwerk*, Diss. Manchester 1984; siehe auch *ders.*, *Das Volkswagenwerk - ein deutsches Unternehmen unter britischer Kontrolle*, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949*, Paderborn 1985, S. 281-300.
- 5 Everhard Holtmann, *Nach dem Krieg – vor dem Frieden. Der gesellschaftliche und politische Neubeginn nach 1945 im Kreis Unna*, hrsg. vom Kreis Unna, Köln 1985.
- 6 Angelika Menne-Haritz, *Wirtschaftsverwaltung in der Nachkriegszeit. Der Einfluß der britischen Besatzungsbehörden auf den Wiederaufbau der Wirtschaftsverwaltung in Schleswig-Holstein*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 112 (1987), S. 245-265.
- 7 Alan Kramer, *Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945-1950*, Hamburg 1991; siehe auch *ders.*, *Demontagepolitik in Hamburg*, in: Foschepoth/Steininger, S. 265-280; *ders.*, *Demontage der Industrie und Wiederaufbau des Hafens: Die Hamburger Wirtschaft im Zeichen der britischen Besatzungspolitik*, in: *Stadt und Hafen. Hamburger Beiträge zur Geschichte von Handel und Schifffahrt*, Arbeitshefte zur Denkmalpflege 8 (1986), S. 142-153.
- 8 Rolf Steininger (Hrsg.), *Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten*, Düsseldorf 1988.
- 9 Mark Roseman, *Recasting the Ruhr. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations 1945-1958*, Oxford 1991; siehe auch *ders.*, *The Uncontrolled Economy: Ruhr Coal Production, 1945-1948*, in: Ian D. Turner (Hrsg.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones, 1945-1955*, Oxford 1989, S. 93-123; *ders.*, *The Organic Society and the 'Massenmenschen': Integrating Young Labour in the Ruhr Mines, 1945-1958*, in: *German History* 8 (1990), S. 163-194.
- 10 Barbara Marshall, *The Origins of Post-War German Politics*, London 1988 [in Wirklichkeit eine Lokalstudie zu Hannover!]; siehe auch *dies.*, *The Democratization of Local Politics in the British Zone of Germany: Hanover 1945-47*, in: *Journal of Contemporary History* 21 (1986), S. 413-451.
- 11 Rainer Schulze, *Besitzer und Besetzte. Die Briten im Landkreis Celle 1945/46* [erscheint in: *Celler Chronik* 5 (1992)]; siehe auch *ders.*, *Nachkriegsleben in einem ländlichen Raum*, in: *ders.* (Hrsg.), *Unruhige Zeiten. Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle 1945-1949*, München 1990, S. 21-47.
- 12 *Ders.*, *Salzgitter aus britischer Sicht. Besatzungszeit und Besatzungspolitik 1945-1950/51* [erscheint in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Salzgitter (Arbeitstitel)*, München 1992].
- 13 FO 1006 (Schleswig-Holstein), FO 1010 (Niedersachsen), FO 1013 (Nordrhein-Westfalen) und FO 1014 (Hamburg) sowie FO 1012 (Berlin).
- 14 FO 1005 - FO 1082; siehe Anhang B, S. 177 f.
- 15 FO 935 - FO 946; siehe Anhang B, S. 179.
- 16 FO 371; siehe Anhang B, S. 180 f.

- 17 Zusammengefaßt im Bestand WO 171 (War of 1939-1945: War Diaries, North West Europe); für die nordwestdeutsche Landes- und Regionalgeschichte von besonderem Interesse: Nr. 3998-4102 und 8668-8706 (=Corps I, 2, 8, 12 und 30, hier insbesondere die "Civil Affairs" Unterlagen), Nr. 7878-8127 und 10824-10871 (=Military Government Detachments), Nr. 4570-4592 und 8929-8941 (Berlin Area bzw. später British Troops Berlin, auch hier insbesondere die "Civil Affairs" Unterlagen), Nr. 8161-8196 und 10888-10926 (=Displaced Persons Assembly Centre Staffs) sowie Nr. 8289-8333 und 10953-10992 (=Camps and Holding Centres).
- 18 Siehe z.B. WO 205 (War of 1939-1945: Military Headquarters Papers, 21 Army Group), insbes. Nr. 1025-1084, sowie WO 220 (Directorate of Civil Affairs), insbes. Nr. 190-241; siehe auch WO 219 (War of 1939-1945: Military Headquarters Papers, Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces/SHAEF).
- 19 WO 171/8101 (August): 912 (K) Mil Gov Det, Fortnightly Report for Period Ending 23 Aug 1945.
- 20 WO 171/7955: Kriegstagebucheintragen vom 11. Mai 1945, 15.30 Uhr, und vom 14. Mai 1945, 14.30 Uhr.
- 21 *Schneider*, Besatzungspolitik, insbes. S. 39-41.
- 22 WO 171/8089 (June): 827 (K) Mil Gov Det, Weekly Report Mil Gov No I.
- 23 Ebd.
- 24 Siehe z.B. FO 1013/470.
- 25 FO 1005/1721: 8 Area Intelligence Office (Osnabrück) CCG/BE, Monthly Political Summary No 11, Part II/L.
- 26 Ebd., Monthly Political Summary No 12, Part I/6.
- 27 FO 1030/401: Ruhr Intelligence Liaison Staff, Appreciation of Dr. Lehr.
- 28 FO 1005/1730: No 13 Regional Intelligence Staff (Hanover Region), Political Intelligence Report No 4, Appendix A.
- 29 Vgl. dazu den Beitrag von *Wolfgang Hölscher* in diesem Band; siehe auch *Rainer Schulze*, Re-Organizing Hannover Region. Ein britischer Plan zur Schaffung eines Landes Niedersachsen vom März 1946, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 61 (1989), S. 361-374.
- 30 Für Niedersachsen siehe z.B. FO 1010/81-96, 140 und 141.
- 31 FO 1010/109-126.
- 32 Zusammengefaßt in FO 1060 (Legal Division).
- 33 Siehe dazu *Schulze*, Nachkriegsleben, S. 39.
- 34 Neben dem einschlägigen Bestand Regional Commissioner Nordrhein-Westfalen (FO 1013) siehe z.B. FO 938/81 und 109, FO 1005/1891-1894, FO 1030/117 und 198, FO 1057/256, 257, 260-263 und 296-299, oder FO 1078/47.
- 35 Neben dem einschlägigen Bestand Regional Commissioner Nordrhein-Westfalen (FO 1013) siehe z.B. FO 1023/116, 337, 348 und 356, oder FO 1030/122.
- 36 Siehe z.B. FO 1023/116, 117 und 190, FO 1030/231 und 233-235, oder FO 1074/52, 69 und 72.

- ³⁷ Neben dem einschlägigen Bestand Regional Commissioner Hamburg (FO 1014) siehe z.B. FO 1023/116, 202, 204, 351 und 375, FO 1030/232 und 237, oder FO 1074/50, 67-71, 77 und 100.
- ³⁸ *Wolfgang Jacobmeyer*, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.
- ³⁹ Für erste Teilergebnisse siehe *Ursula Büttner*, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945 bis 1948, in: *dies.* (Hrsg.), Das Unrechtssystem. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, Hamburg 1986, S. 373-406.

Summary

Seen Through British Eyes. How British Sources can be Fruitful for (North-West) German Regional History

There are items of relevance to regional history not only in the holdings of the four Regional Commissioners (Hamburg, Lower Saxony, North Rhine-Westphalia and Schleswig-Holstein) and those of the Military Government Berlin/British Sector, but also in all the British holdings from the occupation period in Germany.

Very important British sources for the study of regional history are:

- the periodic reports of the various (Regional) Military Governments (including the war diaries in the War Office holdings);
- the German Reaction Reports and the German Morale Reports of the (Regional) Public Opinion Research Offices;
- the (Regional) Public Safety Reports;
- the (Regional) Political Intelligence Reports and (Regional) Intelligence Summaries;
- the Black Market Reports;
- the monthly Displaced Persons-Reports.

There is also, of course, material relevant to regional history in all the other files.

The British sources provide essential supplementary and indeed unique material for (North-West) German regional history, especially for the early phase 1945-46, for which the German files are often incomplete. They provide new insights into the “why” of certain processes and decisions, in particular, at local and regional level. But the British sources have another function as well: they shed a new and broader light on the events of the occupation period in Germany by documenting the British point of view which often differed considerably from that of the Germans. To this extent the British files facilitate a more comprehensive reconstruction of the past, particularly in the sphere of regional history.

Überlieferungen zur britischen Besatzungszeit in deutschen Archiven

WOLFRAM WERNER

Die Lage der Quellen zur britischen Besatzungszeit in deutschen Archiven hat zweifellos eine sehr enge Beziehung zur Verwaltungsgeschichte, denn vom Zuschnitt und der Zuständigkeit des deutschen Verwaltungsaufbaus in der britischen Zone hängt die Art der zu erwartenden Überlieferungen in den Archiven ab.

Wenn ich mich auf die Überlieferungen auf der zonalen Ebene konzentriere und die anderen Verwaltungsebenen nur mit einigen Bemerkungen am Ende behandle, so hat dies durchaus seinen Sinn; denn es ist typisch für die britische Zone, daß sie eine Fülle zonaler Verwaltungen und Institutionen aufwies. Ein Teil dieser zonalen Verwaltungen hatte allerdings nur eine sehr kurze Lebensdauer und ging bald – noch bevor sie Aktenberge erzeugen konnten – in bizonalen Institutionen auf. Grundsätzlich sind die Akten zonaler Institutionen aufgrund der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bund und Ländern im Bundesarchiv zu suchen.

Der Zonenbeirat¹

Der Zonenbeirat wurde aufgrund der Anweisung Nr. 12 der CCG (BE) vom 15. Februar 1946 als Beratungsorgan für die britische Militärregierung errichtet. Die Militärregierung ernannte 27 Mitglieder: Vertreter der großen politischen Parteien, höchste Verwaltungsbeamte der Provinzen und Länder, Fachvertreter für Gewerbe und Industrie, Ernährung und Landwirtschaft, Justiz, Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften. Der Zonenbeirat sollte die britische Militärregierung "auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" beraten, wobei die Beratungspunkte von der britischen Militärregierung zu genehmigen waren. Nach der Umgestaltung des Zonenbeirats durch die Verordnung Nr. 80 der Militärregierung vom 10. Juni 1947 bestand er aus 37 Mitgliedern, die von den Landtagen der britischen Zone gemäß den Stärkeverhältnissen der politischen Parteien gewählt wurden.

Im Grunde war der Zonenbeirat eine Institution, die in der deutschen Verfassungsgeschichte ein Unikum ist; als frühes Forum für politische

Auseinandersetzungen über die verschiedensten politischen Fragen, bei denen bereits die großen Persönlichkeiten aus den Anfängen der Bundesrepublik, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, aufeinandertrafen, ist sein Wirken von großem Interesse für den Historiker. Heute weitgehend vergessen ist beispielsweise, daß im Zonenbeirat bereits im November 1947, also fast ein Jahr bevor der Parlamentarische Rat seine Arbeit aufnahm, eine intensive Debatte um eine künftige deutsche Verfassung stattgefunden hatte.² Die unmittelbare konkrete Wirkung seiner Tätigkeit ist schwer abzuschätzen. Es gelang ihm nicht, trotz der Bemühungen seines Generalsekretärs Dr. Weisser, für die in der britischen Zone vorhandenen Zentralämter die politische Verantwortung zu erhalten. Weisser inszenierte allerdings informatorische koordinierende Sitzungen der Zentralämter im Rahmen des Zonenbeirates, womit er dem Ziel der politischen Koordinierung der Zentralämter durch den Zonenbeirat recht nahekam. Durchsetzen ließen sich diese Vorstellungen bei den Engländern jedoch nicht.

Das Verhältnis zum Länderrat der US-Zone, dessen Generalsekretär Erich Roßmann ebenfalls der SPD angehörte, war schon deshalb nicht spannungsfrei, weil sich in beiden Institutionen der Streit um die Frage, wer nationale Angelegenheiten repräsentieren dürfe, die politischen Parteien oder die Ministerpräsidenten, geradezu institutionalisierte.³ Der Länderrat der US-Zone war bekanntlich streng föderalistisch – als Koordinierungsorgan der Länder der US-Zone – konzipiert, in dem die politischen Parteien so gut wie keinen Raum hatten. Andererseits war den Ministerpräsidenten in der Konzeption des Zonenbeirates nur eine minimale Bedeutung zugeordnet worden.

Die Akten des Zonenbeirates sind auf zwei archivische Einrichtungen aufgeteilt, das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages und das Bundesarchiv. Dies ist sicher keine glückliche Lösung, aber ich brauche das hier nicht zu kommentieren. Im Bundesarchiv werden insbesondere die Handakten des bereits oben genannten Generalsekretärs, Dr. Gerhard Weisser, verwahrt, der sich der historischen Rolle seiner Institution durchaus bewußt war und in den fünfziger Jahren versuchte, die Erinnerung an den Zonenbeirat als erste quasi länderübergreifende parlamentarische Institution wachzuhalten.

Der Bestand im Bundesarchiv umfaßt 109 Bände, derjenige im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages ist mit 290 Archivalieneinheiten eindeutig der ergiebiger.⁴ Dort sind insbesondere auch die Protokolle der Ausschüsse gut überliefert. Bei der Einschätzung dieses Bestandes ist zu berücksichtigen, daß der Zonenbeirat nicht ein Organ der Exekutive war. Es gab dort also nichts zu verwalten. Vielmehr

spiegeln die Akten im wesentlichen die Vorbereitung der Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse wider sowie die Aktivitäten seines Generalsekretärs. Die Plenarprotokolle des Zonenbeirates sind in Auszügen in der Edition *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*⁵ ediert worden; ein Editionsprojekt von Kurt Jürgensen im Rahmen der Kommission zur Geschichte des Parlamentarismus steht vor dem Abschluß.

Betrachtet man auf der britischen Seite die Gegenüberlieferung, die Akten des British Liaison Staff (FO 1037), so ist der Überlieferungswert dieses mit 72 Archivalieneinheiten relativ kleinen Bestandes recht unbedeutend. Der Verbindungsstab in Hamburg fällt offensichtlich selbst keine Entscheidungen, sondern vermittelte lediglich den Geschäftsverkehr zwischen dem Zonenbeirat und den Stellen der Militärregierung im Hauptquartier in Lübbecke.

Die Zentralämter

Auch die Zentralämter sind eine Erscheinung, die es nur in der britischen Zone gab. Generalsekretär Weisser beschrieb sie in einem Bericht über die zonalen Dienststellen in der britischen Zone vor dem Plenum des Zonenbeirates in der Sitzung vom 8./9. Juli 1947: "Die Einrichtung der Zentralämter folge aus einem Grundsatz, der für die Verwaltungstätigkeit der britischen Besatzungsmacht charakteristisch sei. Die britische Besatzungsmacht sehe das Reich nicht schlechthin als aufgelöst an. Sie beschränke sich nicht darauf, die früheren Reichsämter durch Koordinierung der Länder zu ersetzen, sondern habe sie auf der zonalen Ebene in Gestalt der Zentralämter und verwandter Einrichtungen wieder aufleben lassen. Ihr Aufgabengebiet sei zunächst negativ umschrieben worden. Es umfasse die der Zuständigkeit der Länder entzogenen Verwaltungsgebiete. Positiv gewendet müßten an und für sich diese Ämter den früheren Ministerien entsprechen."⁶ Die Zentralstellen waren zugleich ein Ersatz für die in Potsdam geplanten Zentralverwaltungen, reduziert auf einen Zonenbereich. Ihre anfängliche Funktion war die von Sachverständigengremien zur Beratung der Militärregierung und so waren sie eher auf die Militärregierung als auf irgendeine deutsche Körperschaft bezogen. Die Ämter hatten Weisungsrecht an nachgeordnete Länderbehörden oder Sonderverwaltungen im Rahmen ihrer – eingeschränkten – Zuständigkeit.

Insgesamt wurden folgende Zentralämter im Frühjahr bis Herbst 1946 geschaffen: Zentralamt für Wirtschaft (Minden), Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft (Obernkirchen, später Hamburg), Zentraljustizamt (Hamburg), Zentralamt für Arbeit (Lemgo); hinsichtlich

der Finanzverwaltung standen die Leitstelle für Finanzverwaltung in der britischen Zone, das Zonenhaushaltsamt und das Zentralamt für Vermögensverwaltung (alle Hamburg) gleichberechtigt nebeneinander.

Von herausragender Bedeutung unter den Zentralämtern war das Zentralamt für Wirtschaft, das seit März 1946 in Minden residierte. Es arbeitete allerdings nur ganz kurze Zeit als zonales Amt; mit der Schaffung der Bizone wurde es bereits im Januar 1947 bizonal, um dann im Herbst 1949 in das Bundesministerium der Wirtschaft einzumünden. Die Kontinuität in der Aktenführung ist sehr deutlich, findet man doch manchen Aktenband im Bestand des Bundeswirtschaftsministeriums, der im Zentralamt begonnen wurde. Mit Viktor Agartz wurde ein Mann Leiter dieses Amtes und im Januar 1947 auch Vorsitzender des Verwaltungsrates für Wirtschaft, der vor allem in den süddeutschen Ländern bald zum Symbol für unerwünschte Planwirtschaft, Sozialisierung und Bürokratie wurde. Man spottete dort, in Minden werde noch der letzte Hosenkноп verplant.⁷

Einen eigenen Bestand für die Akten des Zentralamtes gibt es im Bundesarchiv nicht; vielmehr sind die Akten im Verbund mit der Überlieferung der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes verblieben, der 1975 Nummern umfaßt (Bestand Z 8) – und sind, wie schon erwähnt, im Bestand des Bundesministeriums der Wirtschaft zu finden, sofern sie dort fortgeführt worden sind.

Ähnlich verhält es sich mit den Akten des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft. Im März 1946 als Nachfolgerin der im Juli 1945 errichteten Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg eingerichtet, wurde das Amt zur Grundlage der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Mit 390 Nummern ist der Bestand Z 6 im Bundesarchiv jedoch relativ klein.

Eine der umfangreichsten und abgerundetsten zonalen Überlieferungen ist mit 2208 Bänden das Zentraljustizamt (Z 21). Das Amt war für alle, die gesamte britische Zone betreffenden Gesetze zuständig und sah als obersten Zweck seiner Arbeit die Wahrung der Rechtseinheit an. Es verfügte über Kompetenzen im Ausbildungs- und Haushaltswesen der Justizverwaltung. Wie sehr man sich in Kontinuität zum Reichsjustizministerium sah, mag die Tatsache veranschaulichen, daß es seine Akten konsequent nach dem Generalaktenplan der Reichsjustizverwaltung anlegte und auf diese Weise in der Gruppe 9 "Wehrmacht und auswärtige Angelegenheiten" zumindest im Aktenplan Platz schuf für die Anlage von Akten, für die es angesichts der Zeitumstände keinen Bedarf gab.

Nur kurz erwähnt sei ferner aus dem Justizbereich der umfangreiche Bestand mit Akten der Spruchgerichte in der britischen Zone (Z 42). Von den Spruchgerichten wurden die Mitglieder derjenigen Organisationen verurteilt, die vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg für verbrecherisch erklärt worden waren; es liegen circa 30 000 Verfahrensakten vor.

Fast in allen Beständen der Zentralämter sind die Korrespondenzen mit der Militärregierung in eigenständigen "technischen Serien" in chronologischer Reihung überliefert. Vermutlich wollte man sicherstellen, für Schreiben der Militärregierung einen unmittelbaren Zugang zu haben, ohne sie im Zusammenhang der Sachakten suchen zu müssen. Dort findet man dann meist an einschlägiger Stelle Durch- oder Abschriften.

Außer den Zentralämtern gab es eine Fülle von zonalen Einrichtungen und Dienststellen, die man etwa folgendermaßen gliedern könnte: a) Behörden, die unmittelbar britischen Dienststellen unterstanden, b) ehemalige Reichsbehörden, deren Aufgaben sich auf den Zonenbereich erstreckten, aber noch keiner Zentralstelle zugehörten, c) zonale Forschungs- und wissenschaftliche Institute, teils aus Reichsbehörden, teils aus preußischen Behörden hervorgegangen, d) Abwicklungsstellen ehemaliger Wehrmachts- und ähnlicher Einrichtungen.

Eine Aufstellung in den Akten des Zonenbeirates vom August 1947⁸ führt nicht weniger als 55 Stellen auf, die die verschiedensten Aufgaben wahrnahmen; so gab es als zonale Einrichtung beispielsweise eine Reichsstelle für Naturschutz in Egestorf über Winsen (Luhe), eine Polizeischule in Hiltrup, eine Zentralstelle für Vegetationskartierung in Stolzenau, ein Institut für fischereiliche Abwässerkunde in Leer. Mit der Zeit verringerten sich diese zonalen Dienststellen, weil sie in bizonale oder Länderzuständigkeiten übergingen. Dennoch gab es auch nach der Errichtung der Bundesrepublik noch Restbestände zonaler Einrichtungen, denn es ist bekanntlich für die Bürokratie wesentlich leichter, ein Amt zu gründen als es aufzulösen.

Generell läßt sich konstatieren: Die Akten der zonalen Institutionen und Einrichtungen der britischen Zone sind in erfreulicher Vollständigkeit in das Bundesarchiv gelangt, wenn sie auch zum Teil, wie zuvor ausgeführt, sich als Vorakten in bizonalen und Bundesstellen befinden und dann nicht immer ganz leicht zu orten sind. Man kann es sicher als Glücksfall bezeichnen, daß das Bundesarchiv – und hier insbesondere der inzwischen im Ruhestand befindliche Kollege Walter

Vogel – sich in seinen Anfängen, zu einem Zeitpunkt, als die alliierten Rückgaben der Akten aus der Zeit vor 1945 noch nicht die Kräfte absorbierten, so intensiv um die zonale Überlieferung kümmern und sie auf diese Weise schon früh sichern konnte. Von Walter Vogel stammt auch das dreibändige Werk *Westdeutschland 1945-1950*,⁹ das auch heute noch nicht überholte Standardwerk zur Verwaltungsgeschichte der westlichen Besatzungszonen.

Akten aus dem Bereich der Bürokratie sind in der Regel vor allem aussagekräftig, soweit sie die von der Bürokratie wahrgenommenen Kompetenzen widerspiegeln. Der Historiker ist darüber hinaus aber auch an ganz anderen Aspekten interessiert. Eine von vielen möglichen Fragen mag hier die nach der Zusammenarbeit zwischen britischer Besatzungsverwaltung und deutscher Zonenverwaltung sein. Schließlich trafen zwei unterschiedliche Verwaltungstraditionen aufeinander. Es ist einleuchtend, daß es für derlei Themenbereiche keine unmittelbaren Quellen geben kann, denn weder britische noch deutsche Institutionen haben hierzu Akten angelegt. Man wird hierfür vor allem auf Nachlässe von Spitzenbeamten der zonalen Bürokratie zurückgreifen. Als Beispiel erwähnt sei hier das Tagebuch von Karl Passarge, dem stellvertretenden Leiter des Zentralamtes für Ernährung. Am 7. Februar 1947 notierte er in seinem Tagebuch: "Die Amerikaner lassen die Deutschen arbeiten und kontrollieren nur das Ergebnis an der Spitze. Die Engländer kontrollieren auch den Weg zum Ergebnis zentimeterweise."¹⁰ Im gleichen Monat schrieb er an anderer Stelle: "Sie [= die Engländer] sind schwerfällig, umständlich, geizig. Aber sie wollen Deutschland nicht umkommen lassen. So denke ich, so denkt kaum jemand. Die große Masse ist überzeugt: Dies ist die beabsichtigte Ausrottung der deutschen Konkurrenz."¹¹ Quellen dieser Art, die einerseits natürlich sehr aufschlußreich, andererseits aber sehr sorgsam in ihrem Kontext zu interpretieren sind – Passarge schrieb die zitierten Notizen auf dem Höhepunkt des Krisenwinters 1946/47 –, sind insgesamt gesehen leider recht selten. Publiziert sind die Memoiren von Abraham Frowein¹² aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsrates bei der Kontrollkommission, der Vorgängerinstitution des Zentralamtes für Wirtschaft. Sein kleiner Schriftgutnachlaß (16 Bände) befindet sich im Bundesarchiv. Auch der Nachlaß des Leiters des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft, Hans Schlange-Schöningen, wird im Bundesarchiv verwahrt (42 Bände). Schlange-Schöningen war seit 1950 Generalkonsul, dann Botschafter in London. Seine zonalen Aktivitäten sind im Nachlaß allerdings so gut wie gar nicht belegt. Daß in den Nachlässen der Parteiführer, etwa im

Nachlaß Adenauer in der Stiftung Konrad-Adenauer-Haus in Rhöndorf und im Nachlaß Kurt Schumacher in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, auch zonale Betreffe und die Beziehungen zur britischen Besatzungsmacht dokumentiert sind, versteht sich fast von selbst.

Generellere Aussagen über die Überlieferungen in deutschen Archiven für die Verwaltungsebenen unterhalb der zonalen Ebene sind leider nur auf einem recht abstrakten Niveau möglich.

In der britischen Überlieferung der Kontrollkommission im Public Record Office (PRO) Kew sind die Landesmilitärregierungen sehr unterschiedlich dicht erhalten: Für Niedersachsen sind beispielsweise nur 173 Bände (FO 1010), für Nordrhein-Westfalen hingegen immerhin 2526 Bände (FO 1013) vorhanden. Dem entspricht auf deutscher Seite in den Staatsarchiven der Länder eine umfangreiche einschlägige Überlieferung aus dem Gesamtspektrum der Landesverwaltungen. Da die Militärregierungen – zumindest in den Anfängen – fast alle Bereiche, in denen die Länder Zuständigkeiten hatten, überwachten und durch Anordnungen oder Befehle mitgestalteten, ist ein entsprechend vielfältiges Aktenmaterial zu erwarten. Die höchstkarätige Quelle dürften in der Regel Aufzeichnungen über Besprechungen sein, die die Ministerpräsidenten mit den jeweiligen Chefs der Landesmilitärregierungen geführt haben.

Als ein Beispiel für die sonstigen Ressortüberlieferungen möchte ich auf den Aktenbestand des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen verweisen, in dem eine "Sondergruppe Demontage" diese für das Land so zentrale Frage bearbeitet hat. Dieser Bestand liegt heute im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und ist durch ein mustergültiges, gedrucktes Inventar von Dieter Scriverius¹³ erfaßt. Man kann an dieser Überlieferung sehr deutlich sehen, wie intensiv und verflochten die deutsche und britische Seite in dieser Frage miteinander gerungen haben.

Ganz vereinzelt haben britische Dienststellen – man könnte fast an vergessene Munition denken, allerdings wohl ohne entsprechende Brisanz – auch Akten zurückgelassen, so daß sie irgendwie in deutsche Obhut gelangten. So findet sich im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf beispielsweise ein Bestand von 27 Archivbänden des britischen Ernährungs- und Landwirtschaftsoffiziers für den Kreis Kleve in Bedburg-Hau.

In der britischen Überlieferung sind die lokalen Provenienzen im Jahre 1955 generell vernichtet worden, so daß diese im PRO auf der Landesebene beginnt. Die kommunale Ebene, die für ortsgeschichtliche

Fragestellungen und für die Erforschung konkreter Lebensumstände von großem Interesse ist, steht daher nur auf der deutschen Seite, in sicher sehr unterschiedlicher Intensität, zur Verfügung. Eine gewisse Zentralisierung der Beziehungen der Kommunen zur örtlichen Militärregierung hat gelegentlich offenbar aus einem rein technischen Grund stattgefunden: Die Korrespondenz mit der Militärregierung hatte in englischer Sprache zu erfolgen. So findet man im Stadtarchiv Mönchengladbach im Büro des Oberbürgermeisters eine konzentrierte Aktenschicht über die Kontakte mit der Militärregierung, weil dort die Korrespondenz übersetzt worden ist.¹⁴ In Bielefeld hingegen gab es beispielsweise in der Stadtverwaltung ein Amt für Besatzung, das für die Kontakte zuständig war.¹⁵ Von besonderem Interesse für die Anfänge des kommunalen Lebens nach dem Zusammenbruch von 1945 sind die von der Militärregierung wohl generell angeforderten regelmäßigen Berichte über die Entwicklungen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Auch die Kirchenarchive bieten selbstverständlich Quellen zur britischen Besatzungszeit. Als pars pro toto nur einige Worte zum Historischen Archiv des Erzbistums Köln, in dem der Nachlaß und die Akten aus der Tätigkeit von Kardinal Josef Frings verwahrt werden.¹⁶ Frings, der den Vorsitz der Fuldaer Bischofskonferenz nach dem Zusammenbruch von 1945 übernahm und Anfang 1946 zum Kardinal ernannt wurde, war für die britische Besatzungsmacht der wichtigste Gesprächspartner seitens der katholischen Kirche in Deutschland. Bereits im Herbst 1946 reiste er nach England und Schottland auf Einladung von Kardinal Griffin, um dort Kriegsgefangenenlager zu besuchen und Gespräche mit politischen Kreisen über die Freilassung der Gefangenen zu führen.

Verständlich, daß seine Ausführungen in der Jahresschlußandacht vom 31. Dezember 1946 zum 7. Gebot ("Du sollst nicht stehlen"), nicht gerade den Beifall der Militärregierung fanden. Frings hatte gesagt: "Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise, durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann."¹⁷ Der Kölner Volksmund übertrug daraufhin die Bezeichnung "fringsen" auf das Bestehlen und Ausrauben von Kohlenzügen. Da zeitweise hierdurch täglich bis zu 900 Tonnen Kohle der vorgesehenen Verwendung entzogen wurden, bemühte sich die Besatzungsmacht – allerdings vergeblich – um eine Revision dieser Äußerungen.

Den Überblick über die Archivlandschaft möchte ich hier abschließen, weil ich hoffe, die wichtigsten Stationen zumindest kurz erwähnt zu haben. Als Zusammenfassung läßt sich folgendes festhalten: Die im Verhältnis zu den anderen Westzonen starke Ausprägung zonaler Einrichtungen in der britischen Zone hat für eine kurze Zeit eine zonale Verwaltungsstruktur geschaffen, die allerdings zum Teil bereits mit der Schaffung der Bizone Anfang 1947 sich wieder in Auflösung befand. Doch spiegelt sich die "britische Besatzungszeit" nicht nur in der zonalen Überlieferung wider. Auch die deutschen Verwaltungen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene hatten in den Besatzungsverwaltungen Kontrollinstanzen, deren Befugnisse theoretisch fast grenzenlos waren. Nicht umsonst forderten die Deutschen bald ein Besatzungsstatut, das die Rechte zwischen Besatzern und Besetzten abgrenzen sollte.¹⁸ Mit dem Erlaß des Besatzungsstatuts und der Schaffung der Bundesrepublik im Jahre 1949 war die zonale Zeit der Nachkriegsgeschichte zu Ende.

-
- ¹ Für das Folgende siehe die immer noch gültige Darstellung von *Annelies Dorendorf*, *Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone. Ein Rückblick auf seine Tätigkeit*, Göttingen 1953; ferner die Einleitungen zu den Bänden der Edition *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, hrsg. v. *Bundesarchiv / Institut für Zeitgeschichte*, 5 Bde., München 1976-1983.
 - ² Ebd., Bd. 3, S. 852 ff.
 - ³ Vgl. *Marie Elise Foelz-Schroeter*, *Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945-1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratie und politische Parteien im Widerstreit*, Stuttgart 1974; ferner *Ilse Girndt*, *Zentralismus in der britischen Zone, Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation auf der Ebene oberhalb der Länder 1945-1948*, Diss. Bonn 1971.

- 4 Für beide Bestände liegen interne Findbücher vor, die nicht publiziert worden sind.
- 5 Siehe Anm. 1.
- 6 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 3, S. 223.
- 7 Ebd., Bd. 2, S. 142.
- 8 Siehe *Walter Vogel*, *Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen*, Teil I, Koblenz 1956, S. 47 ff.
- 9 Ebd., Teil I Koblenz 1956, Teil II Boppard 1964, Teil III Boppard 1983; Teil I und Teil II wurden 1989 in 2. Auflage nachgedruckt.
- 10 Bundesarchiv, Nachlaß Passarge/9, Bl. 15.
- 11 Ebd., Bl. 19.
- 12 *Walter Vogel* (Hrsg.), *Abraham Frowein. Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der Britischen Kontrollkommission in Minden*, Boppard 1968.
- 13 *Dieter Scriverius* (Bearb.), *Demontagen im Lande Nordrhein-Westfalen 1946-1951. Spezialinventar zu den im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf vorhandenen Demontage-Akten*, Siegburg 1981.
- 14 Für diese Information danke ich Herrn Archivdirektor Dr. *Wolfgang Löhr*, Mönchengladbach.
- 15 Für diese Information danke ich Herrn Prof. Dr. *Reinhard Vogelsang*, Bielefeld.
- 16 Das Folgende nach dem Ausstellungskatalog: *Josef van Elten* (Bearb.), *Pro Hominibus Constitutus. Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln zum 100. Geburtstag von Josef Kardinal Frings am 6. Februar 1987*, Köln 1987.
- 17 Ebd., S. 50.
- 18 Zur Vorgeschichte und Entstehung des Besatzungsstatus vgl. die Einleitung zu Bd. 4 "Ausschuß für das Besatzungsstatut" der Reihe "Der Parlamentarische Rat 1948-1949", Boppard 1989.

Summary

Material in German Archives on the Period of British Occupation

It is a feature of the British zone that it had many more zonal administrations and institutions than the other Western zones. Some of these zonal administrations, however, were very short-lived and soon became bizonal institutions.

In line with the division of responsibilities between the Federal Republic and the *Länder*, the files of zonal institutions are basically to be found in the Federal Archives (Bundesarchiv). The Zonal Advisory Council files are kept partly in the parliamentary archive of the German Bundestag and partly in the Bundesarchiv. They mainly contain the preparatory notes for plenary meetings and committees and the activities of the Secretary General Dr. Weisser. Most of the files of the central offices were transferred to, and carried on by the bizonal offices and the appropriate Federal ministries.

The files regarding the various administrative bodies have little to offer as regards certain questions and themes, for which the papers of leading politicians and civil servants are more helpful. The Bundesarchiv, for example, contains the Passarge papers and the Schlange-Schöninggen papers, and the papers of prominent members of the various political parties are held in their party archives.

German archives contain considerably more material on subjects related to the *Länder* than the British ones. The most prolific source is the material on the regular discussions between the *Ministerpräsidenten* and the heads of their respective Military Governments. Very occasionally the British also left behind their own administrative files, like forgotten munitions, so to speak. As far as local history is concerned, the local government files vary considerably in the information they provide. The historical archive of the Archbishopric of Cologne is discussed as an example of church archives.

Control Commission for Germany (British Element). Vorgehensweise bei der Aktenerschließung

EVA ALEXANDRA MAYRING

Die Zeit der Besetzung 1945-1949 durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hat in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen. Die Besatzungs- und Deutschlandpolitik der Alliierten prägte nachhaltig die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik und die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte. Um so erstaunlicher ist es, daß eine umfassende Darstellung der britischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik noch immer fehlt. Begründet ist dies unter anderem in der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Primärquellen. Die Erforschung der britischen Politik muß sich in erster Linie auf die Unterlagen der britischen Militärregierung stützen. Die Archivbestände der britischen Militärregierung in Deutschland können seit 1984 in ihrer Gesamtheit im Public Record Office (PRO) Kew eingesehen und von der historischen Forschung ausgewertet werden. Der Umfang und der Zustand dieses Aktenmaterials stellen aber jeden Benutzer vor große Anforderungen. Seit 1987 werden infolgedessen diese Quellen nach sachthematischen Aspekten erschlossen: Eine Projektgruppe unter der Leitung des Deutschen Historischen Instituts London (DHIL), des Bundesarchivs Koblenz und des Hauptstaatsarchivs Hannover arbeitet an der inhaltsanalytischen Erfassung, der Beschreibung, Ordnung und Inventarisierung der Akten der Militärregierung. Das Projekt¹ sucht eine Brücke zwischen Archiv und Forschung zu schlagen, die Handhabung der Quellen und Forschungsarbeiten, gestützt auf diese Quellen, zu erleichtern und auch zu weiteren Forschungen anzuregen. Entscheidend für das Gelingen dieses Unternehmens war die finanzielle Unterstützung durch die VW-Stiftung; an der Finanzierung beteiligten sich außerdem die Länderarchive der ehemaligen britischen Besatzungszone und das DHIL. Die Aktenerschließung begann im PRO April 1987 und wird im Frühjahr 1992 abgeschlossen sein. Im folgenden sollen Gegenstand, Ziel, Vorgehensweise und Möglichkeiten des Projekts erläutert werden.

Bearbeitet werden die britischen Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland 1945-1949/55, die in Deutschland und in London entstanden sind. Es handelt sich hierbei um Akten der Control Commission for Germany (British Element),² des Control Office for Germany

and Austria (COGA),³ und des Foreign Office.⁴ COGA wurde Oktober 1945 in London als Koordinierungsbehörde zwischen britischen Ministerien und der CCG (BE) in Berlin eingerichtet und unterstand dem War Office. Das Foreign Office besaß seit 1947 die alleinige Verantwortung für britische Deutschland- und Besatzungspolitik.

Im Mittelpunkt stehen die Akten der CCG (BE), nicht nur aufgrund ihres Gesamtumfangs von 29 709 Akten aufgeteilt in 54 Bestände, sondern auch aufgrund ihres Stellenwerts.⁵ Die CCG (BE) ist die eigentliche Behörde der britischen Militärregierung in Deutschland, die ihr Hauptquartier in Berlin hatte und weitere zonale, regionale und lokale Ämter in der britischen Zone sowie dem britischen Sektor in Berlin besaß. Der Quellenbestand der CCG (BE) ist bisher von der Forschung noch nicht umfassend herangezogen worden.⁶ Das Interesse an diesen Unterlagen wächst jedoch zunehmend.⁷ Das auf Deutschland bezügliche Aktenmaterial des Foreign Office nach 1945, die "General Correspondence" des Foreign Office, ist demgegenüber schon weitgehend in Monographien und Aufsätzen ausgewertet worden und kann auch aufgrund von Quellenpublikationen als bekannt gelten.⁸ Die Akten des COGA enthalten zudem viele Doppelüberlieferungen, und mindestens ein Drittel des Materials bezieht sich auf die Entwicklungen in den Nachbarländern Deutschlands und Österreichs. Die Quellen der CCG (BE) sind dagegen von zentraler Bedeutung sowohl für Fragen britischer und alliierter Besatzungs- und Deutschlandpolitik in allen Bereichen, als auch für Erkenntnisse zu regionalen und lokalen Gegebenheiten und Entscheidungsprozessen in Deutschland nach 1945.⁹ Aufgrund des schwierigen Zustands der deutschen Überlieferungstradition nach 1945 stellt dieses Aktenmaterial eine wesentliche Ergänzung und zum Teil sogar Ersatz für die Aktenlage in deutschen Archiven dar.¹⁰

Ziel und Ergebnis des Projekts sind ein vierzehnbändiges Inventar, das umfassende Information über den Inhalt der Quellen gibt und einen schnellen und gezielten Zugang zu den Akten für das jeweilige Forschungsvorhaben ermöglicht. In dieser Verbindung von Archivarbeit und Forschung wird die Benutzung großer Quellengruppen wesentlich erleichtert.

Dieses Inventar geht über den Rahmen eines üblichen archivischen Findmittels hinaus; der Erschließungsgrad und die Erschließungstiefe jeder einzelnen Akte sind wesentlich differenzierter als die sonst gebräuchliche Regestenbeschreibung. Gerade für die Landes- und Lokalgeschichtsschreibung ist beabsichtigt, wichtige Informationen aufzuschlüsseln, die vielleicht in der einzelnen Quelle knapp gehalten

sind, doch in der Summe der Daten ein interessantes Bild ergeben.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Archivbestandes der CCG (BE) sieht das Inventar für diese Dokumente eine intensive Erfassung durch detaillierte Aktenanalysen und einen Gesamtindex vor. Des weiteren werden die "class-lists" des COGA und der Teil der sich auf Deutschland beziehenden Unterlagen der "General Correspondence of the Foreign Office" für den Zeitraum 1945-1955 in ein zusätzliches Register aufgenommen.

Die Erschließung der Akten der CCG (BE) erfolgt auf drei Ebenen und ermöglicht somit einen dreifachen Zugang durch:

- 1) eine Gliederung der Aktenbestände,
- 2) die inhaltsanalytische Erschließung jeder einzelnen Akte,
- 3) ein umfassendes Register.

Den bisherigen Zugang bieten die Findbücher im PRO, die "class-lists", die die Akten jedes Bestandes jedoch lediglich numerisch mit einem knappen, mehr oder weniger aussagekräftigen, zum Teil irreführenden oder unzutreffenden Aktentitel auflisten. Diese Tatsache und der unübersichtliche Zustand der Überlieferung der CCG (BE)-Quellen erschwert den Umgang mit dem Material und macht eine umfassende Inventarisierung dringend notwendig.

1) Jeder Aktenbestand wird durch eine Gliederung für das Inventar neu geordnet, die spezifischer ist als die "class-lists" im Archiv.

Bei der Sortierung der CCG (BE)-Akten durch das Foreign Office in verschiedene Aktenbestände ("classes") orientierte man sich im wesentlichen an der Behörden- und Organisationsstruktur der CCG (BE). So bilden also die Akten der Manpower Division, des Legal Advisers und anderer "divisions", "advisers" oder "groups" der CCG (BE) und der einzelnen Regional Commissioners jeweils eigene Aktenbestände. Dieses Provenienzprinzip ist zum Teil aber durch Kassation und Neuordnung von Akten durchbrochen worden. So enthält zum Beispiel der Bestand des Economic Advisers auch Akten der Reparations, Deliveries and Restitutions Division und des Financial Advisers. Dies wird durch die Gliederung verdeutlicht. Im Gegensatz zur rein numerischen Aufführung der Akten in den "class-lists" des PRO teilt die Bestandsgliederung des Inventars die nach Sachaspekten bzw. Provenienzen und Behördenorganisation zusammengehörenden Akten verschiedenen Gliederungspunkten zu. In der Gliederung des Aktenbestandes der Manpower Division,¹¹ die hier als Anschauungsbeispiel angeführt werden soll (Anhang A, S. 167-170), stellen die Akten zur Organisation der Manpower Division, zum Wiederaufbau der

deutschen Arbeitsverwaltung, zu Arbeitsgerichten, Gewerkschaften, Betriebsräten, zu Fragen der Beschäftigungspolitik, der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit ("industrial relations"), der Neuordnung des Sozialversicherungssystems etc. jeweils einzelne Gliederungspunkte dar.

Die Bestandsgliederung im Inventar gibt also einen ersten Überblick über die Bandbreite der in den Akten behandelten Aspekte. In der Reihenfolge dieser Gliederung werden auch die Aktenanalysen im Inventar abgedruckt.

2) Der nächste Teil der Erschließung ist die eigentliche Akten- oder Inhaltsanalyse vergleichbar einer Intusbeschreibung: Jede einzelne Akte wird stichwortartig in ihrem Inhalt zusammengefaßt und ausgewertet.

Aufgenommen werden hierfür der Aktentitel, wie er in den "class-lists" des PRO zitiert ist; zum Teil muß er jedoch bei irreführenden Titeln modifiziert oder ganz korrigiert werden. Darüber hinaus werden die Laufzeit der Akte, also das Datum des frühesten und spätesten datierten Dokuments genannt (rechts neben dem Aktentitel) und der Umfang der Akte nach Blattanzahl, bis 25, bis 50, bis 100 und mehr als 100 Blatt (in Klammern gesetzt unter dem Aktentitel). Nach dem Text der Aktenanalyse wird die Bestellnummer der Akte im PRO angegeben.¹²

Die Inhaltsanalyse umfaßt den Gesamthalt der Akte. Sie informiert, beschreibt und charakterisiert alle relevanten Sachzusammenhänge in der einzelnen Akte. Konkret (Anhang A, S. 171 ff.) bedeutet dies: In einem einleitenden Satz wird der Diskussionsgegenstand der Akte kurz zusammengefaßt und dann die Art des Aktenmaterials näher charakterisiert, so zum Beispiel "policy"-Akten, Vorschläge, Entwürfe und Berichte mit der Nennung der Provenienz, sowie Konferenzen und Treffen mit deutschen oder anderen, alliierten Stellen und Personen. Diskussionen, Memoranden und "briefs" werden erläutert, um politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse kenntlich zu machen. Ebenso sind Gesetze und Verordnungen mit den jeweiligen Entwürfen ermittelt, um dadurch Gesetzgebungsprozesse zu dokumentieren. Des weiteren werden herausragende Einzelaspekte, regionale und lokale Vorgänge hervorgehoben sowie wichtige Korrespondenzpartner, an Diskussionen und Konferenzen beteiligte Stellen und Personen. Entscheidende Dokumente, Berichte, Treffen, Gesetze sind jeweils mit dem Datum angegeben. Geschlossene Aktenvorgänge, die innerhalb einer Akte verstreut sind, werden zusammengeführt und nebeneinandergestellt. Völlig aus dem Sach-

zusammenhang der Akte herausfallende Aspekte werden zum Schluß der Aktenanalyse mit einem "incl. also"-Zusatz erwähnt.

In verschiedenen Akten enthaltenes identisches oder gleichgeartetes Material wird nicht noch einmal in der Analyse spezifiziert, sondern die Folgeakte schließt an die vorangehende mit dem Satz "Same as preceding file" bzw. "Continuation of preceding file" an. Dies klammert Dubletten und Wiederholungen aus und führt zusammengehörende Akten, die in der "class-list" weit auseinandergezogen sind, zueinander.

Die Aktenerschließung erfolgt in englischer Sprache, so daß die Nähe zum Originaltext gewahrt bleibt und das Inventar auch im angelsächsischen Sprachraum benutzt werden kann. Eigennamen von deutschen Verwaltungen, Behörden, Verbänden und Vereinen, Städten und Ländern werden jedoch auf Deutsch zitiert, ebenso originär deutsche Dokumente, Gesetze, Handbücher, Publikationen etc.¹³ Zur Erläuterung enthält das Inventar ein deutsch-englisches und ein englisch-deutsches Glossar, das die spezifischen Fachtermini in die jeweils andere Sprache übersetzt, sowie ein Abkürzungsverzeichnis.

3) Das Register bietet den umfassendsten Zugang zu den Akten. Dieser Index bezieht sich nicht wie die Gliederungen und die Aktenanalysen auf den jeweiligen Aktenbestand bzw. die einzelne Akte, sondern schließt alle 29 709 Akten der CCG (BE)-Gesamtüberlieferung ein. Unter dem gesuchten Stichwort findet man also alle relevanten Akten der CCG (BE). Dem Register kommt insofern besondere Bedeutung zu.

Hinter dem jeweiligen Registerbegriff sind die Datierung der Akte, auf die sich das Stichwort bezieht, und die laufende Nummer der Akte im Inventar aufgelistet, die zu den Aktenanalysen und der Bestellnummer im PRO führt (Anhang A, S. 174 f.). Das Register enthält Sachbegriffe, Behörden-, Orts- und Personennamen.¹⁴

Ein Stichwort im Register besteht aus einer Reihe von Begriffen mit einem Erstindex und näher spezifizierenden Unterbegriffen. Hierdurch ist eine große Differenziertheit des Registers möglich, die durch den Umfang und die Vielschichtigkeit des bearbeiteten Aktenmaterials notwendig ist und der Erschließungstiefe der Aktenanalysen entspricht. Durch die Begriffsreihen können abgeschlossene Ereignisse verdeutlicht werden wie "Zentralamt für Arbeit, establishment" oder auch Verlaufsprozesse wie "Denazification, responsibilities, transfer to Germans". Eine Streuung der Stichworte wird durch die Unterordnung unter allgemeine Oberbegriffe und Bildung von Reihungen vermieden: "Churches, Catholic, ...", "**Churches**, Protestant, ...", "Labour, supply, coal industry", "Labour, supply, domestic workers" etc. Einzelne

Industriebetriebe, Banken, Zeitungen, Veröffentlichungen, Rundfunkanstalten, Filme, Gerichte werden unter dem allgemeinen Begriff zusammengefaßt und sind dadurch auf einen Blick im Register aufzufinden, zum Beispiel "Newspaper, Die Welt", "Newspaper, Die Zeit", bzw. "Firm, I.G. Farben", "Firm, Friedrich Krupp Werke".

Die Sachstichworte zitieren alle relevanten Topics, die in der Akte bzw. der Aktenanalyse beschrieben sind. Um Überschneidungen und mehrere Möglichkeiten der Begrifflichkeit auszugleichen und zu dem gesuchten Stichwort hinzuführen, enthält das Register Querverweise als "siehe"- und "siehe auch"-Verweise: "Council of Foreign Ministers, s. London Conference CFM", "Council of Foreign Ministers, s. Moscow Conference CFM" etc. oder "Local government, s.a. Nominated representative councils".

Des weiteren spiegeln sich politische Überlegungen und Gesetzgebungsaspekte im Register wider, indiziert unter dem jeweiligen Sachgegenstand: "Newspapers, licensing, policy", im Gegensatz zu "Newspapers, licensing, single cases". Gesetzgebungsvorgänge sind wiedergegeben als "Property control, Mil Gov Law No 52" und "Property control, Mil Gov Law No 52, drafts". Darüber hinaus weist der Begriff "Legislation" auf Verfahrensweisen hin, wobei auch differenziert wird zwischen "Legislation, Mil Gov, procedures" und "Legislation, German, review".

Zwei wichtige Prinzipien der Indizierung bilden die Aufnahme von Organisationen, Verwaltungen, Regierungsbehörden und von Landes- und Lokalaspekten. Oberste Behörden und zentrale Ämter sind unter ihrem Eigennamen aufgeführt. Die nachgeordnete Behörde ist unter der vorgesetzten Stelle genannt. Von den Behörden der britischen und alliierten Besatzungsmächte erscheinen zum Beispiel im Register: CCG (BE), ACA, AHC, OMGUS, BICO, 21 Army Group, BAOR, 1 Corps District, 8 Corps District, 30 Corps District, etc. Verschiedene Organisationsstufen und -phasen sind dabei berücksichtigt; "CCG (BE) NH" bezieht sich auf die Zeit, als die Control Commission for Germany in London im Norfolk House ihren Amtssitz hatte.

Index	Laufzeit	LfdNr
CCG (BE) NH, organisation	1945-1946	3547
CCG (BE) NH, personnel (German), screening	1944-1945	1909
CCG (BE) NH, personnel, Common- wealth nationals	1944-1945	1926
CCG (BE), abbreviations, glossary	1947-1950	2116

CCG(BE) – Aktenerschließung

CCG (BE), Air Div, conferences	1946-1946	1943
CCG (BE), Air Div, reports	1946-1946	1944
CCG (BE), ALG Branch, conferences	1946-1946	2566
CCG (BE), ALG Branch, organisation	1946-1946	3725
CCG (BE), Econ Div, economic policy	1945-1946	1498
CCG (BE), Econ Div, organisation	1945-1946	2223
CCG (BE), Economic Adviser, organisation	1950-1951	2281
CCG (BE), Economic Inspectorates, functions	1947-1949	4461
CCG (BE), Economic Planning Committee British Zone	1945-1946	2895

Regionale und lokale Verwaltungsstellen und Regierungsämter sind unter dem Land bzw. dem Ort des Behördensitzes aufgenommen:

SLH, Mil Gov, public safety reports	1954-1954	5734
SLH, Mil Gov, public utilities reports	1947-1948	3516
SLH, Mil Gov, RC conferences	1946-1947	6314
SLH, Mil Gov, RC, meetings with Germans	1946-1947	6325
SLH, Mil Gov, Regional Building Committee	1946-1946	6865
SLH, Mil Gov, Regional Food Team	1947-1948	3114
Aachen, LK, British Resident, monthly reports	1949-1950	3962
Aachen, Reg.bez., Mil Gov, Kreis Groups	1946-1947	3722
Aachen, Reg.bez., Mil Gov, organisation	1947	3783
Aachen, Stadt, British Resident, political reports	1951-1951	4389

Dieselbe Regelung wie für die Behörden der Militärregierung gilt auch für deutsche Regierungs- und Verwaltungsstellen:

BM für Justiz, organisation	1949-1949	5622
SLH, Ministerien, Finanzen, reports	1947	6626
SLH, Ministerien, Landwirtschaft, organisation	1947-1948	6708
SLH, Oberfinanzpräsident, functions	1945-1945	6640
Aachen, Reg.bez., local government	1946	4248
Köln, Arbeitsamt, reports	1946-1948	5138
Köln, Stadt, Oberbürgermeister	1945-1945	4207

Das Register führt darüber hinaus eine Reihe von allgemeinen Begriffen auf, die hier in Frage kommen wie:

Economic administration, Bizone	1946-1948	1479
Landtage, elections, procedures	1946-1947	1440

Länder, Minister, powers	1945-1949	2770
Länder, powers, Ordinance No 57	1947-1948	4180
Local government, split system	1946-1947	1438

Einzelne Gerichte sind unter dem Ort des Gerichtssitzes indiziert, es sei denn es handelt sich um oberste Gerichtsbehörden, dann wiederum erscheinen diese mit ihrem Eigennamen im Register.

Ebenso werden einzelne Verbände, Vereine, Parteien, Gewerkschaften mit ihrem Namen im Register geführt, bei allgemeinen Vorgängen geben auch übergreifende Indexbegriffe wie "Trade unions", "Associations", "Parties, political" etc., weitere Information.

Das Register spiegelt das archivische Provenienzprinzip wider: Wichtige Korrespondenzen, Memoranden und die Aktenbestände selbst werden durch die Nennung der jeweiligen Behörde oder Person hervorgehoben. Auch Berichte und Konferenzen sind unter den beteiligten Behörden und zusätzlich mit dem einschlägigen Sachaspekt im Register zitiert: "ACA, Legal Directorate, conferences" und "Legal matters, conferences" bzw. "Zentralamt für Arbeit, reports" und "Labour, reports".

Personennamen werden in der Aktenanalyse und im Register dann erhoben, wenn die Person Gegenstand eines Aktenvorgangs ist oder umfangreiche persönliche Unterlagen in den Akten anliegen bzw. der/die Betreffende selbst in einer Weise aktiv wurde, die über den Rahmen ihrer routinemäßigen, mit dem Amt verbundenen Tätigkeit hinausgeht.

Das Inventar gibt also in den Aktenanalysen und dem Register die gesamte Bandbreite des Akteninhalts wieder mit besonderer Berücksichtigung von Behördenstrukturen, politischen Überlegungen und Gesetzgebungsaspekten, der Landes- und Lokalgeschichte. Es nennt aber nicht nur die augenscheinlich wichtigen Themen britischer Besatzungs- und Deutschlandpolitik, die man beim Studium dieser Akten erwartet, wie zum Beispiel Entnazifizierung und Entmilitarisierung, sondern versucht frei von vorgegebenen Forschungsrichtungen Vorgänge zu erfassen, die vielleicht nicht so sehr im Zentrum der "großen Politik" stehen, wie Frauenfragen, ziviler Protest, Arbeitskonflikte ("protests, industrial"), Streikbewegungen.

Die Inventarisierung erfolgt ganz wesentlich mit Hilfe eines im Hauptstaatsarchiv Hannover entwickelten automatischen Datenverarbeitungssystems, das auf die Bedürfnisse archivischer Arbeit abgestellt ist: das AIDA-System (ADV gestütztes Informations- und Dokumentationssystem für Archive).¹⁵ Dieses Programm hat sich bei der Er-

schließung von Archivalien sehr bewährt und ist eigens für die Inventarisierung von lebenden Registraturen eingerichtet, also Archivbestände, die bei ihrer Bearbeitung noch nicht abgeschlossen sind und laufend Zuwachs an Akten erhalten. Das ist auch für dieses Projekt von Vorteil, da ein Teil der Akten der britischen Militärregierung noch im Foreign Office zurückbehalten ist und unter Umständen noch während der Projektdauer an das PRO abgegeben wird.¹⁶ Das AIDA-System ist mit einer Großrechneranlage verbunden und hat somit den Vorteil, daß die Datenmengen, die verarbeitet werden, unbegrenzt sind. Dieses flexible Großrechnerprogramm ermöglicht es, in einem Arbeitsvorgang Inhaltsanalysen und Indexbegriffe aufzunehmen und zu sortieren. Dabei werden auch Konkordanzen erstellt, mit deren Hilfe die Bestellnummer der Akten im PRO mit der laufenden Nummer der Akten im Inventar aufgelöst werden können. Auch wenn die Kapazität des Datenverarbeitungsprogramms unbegrenzt ist, so sind für den Umfang der Aktenanalysen und der Registerbegriffsreihen Grenzen gesetzt; die Aktenanalyse sollte nicht mehr als 780 Zeichen, eine Begriffsreihe im Register nicht mehr als 450 Zeichen überschreiten.¹⁷

Das vorgestellte Inventar stellt einen umfassenden Wegweiser und eine wesentliche Grundlage zur Erforschung britischer Besatzungs- und Deutschlandpolitik dar. Für die Erforschung dieses Themenkomplexes ist es jedoch auch unbedingt notwendig, andere britische Archivbestände als die im Inventar bearbeiteten heranzuziehen, um das Bild, das man aufgrund der Erkenntnisse aus den Akten der CCG (BE), COGA und FO 371 gewinnt, abzurunden und zu vervollständigen. Im wesentlichen sind dies Aktenbestände des War Office (WO), Cabinet Office (CAB), Prime Minister's Office (PREM), Board of Trade (BT), der Treasury (T), des Ministry of Supply (SUPP), Ministry of Labour (LAB), Treasury Solicitor (TS) sowie Privatnachsätze.

Sehr gut dokumentiert sind die britischen und alliierten Nachkriegsplanungen und Konferenzen¹⁸ und Überlegungen um die künftige Gestaltung, die politische, wirtschaftliche und territoriale Struktur Deutschlands. Einen anderen Schwerpunkt der Aktenüberlieferung bilden die Kontrolle und der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft,¹⁹ sowie Fragen des Imports und Exports und der Handelsbeziehungen Deutschlands.²⁰ Für den größeren wirtschaftspolitischen Kontext geben Quellen zur Organisation for European Economic Cooperation,²¹ Economic Reconstruction for Europe²² und dem Marshallplan²³ zusätzliche Information. Einige Archivbestände enthalten detaillierte Berichte über einzelne deutsche Industriebetriebe.²⁴ Hervorzuheben sind auch

Diskussionen um die Neuordnung der Eisen-, Stahl- und Kohleindustrie.²⁵ Ferner kann die Forschung zu sozialgeschichtlichen Themen auf Unterlagen über Arbeitsfragen, Beschäftigungspolitik und Gewerkschaften in Deutschland zurückgreifen.²⁶ Ein zentrales Thema in der deutschen Nachkriegszeit war die Politik gegenüber den Displaced Persons und Flüchtlingen; die britischen Bestände weisen hier reichhaltiges Material auf.²⁷ In diesem Zusammenhang müssen auch Akten zur United Nations Relief and Rehabilitation Agency (UNRRA)²⁸ und der International Refugee Organisation (IRO)²⁹ herangezogen werden. Ein anderes, noch wenig bearbeitetes Themengebiet stellt die Kriegsverbrecherproblematik dar; Dokumente zur Politik gegenüber Kriegsverbrechern und zu einzelnen Kriegsverbrecherprozessen bewahren nicht nur das PRO,³⁰ sondern auch das Imperial War Museum, die United Nations Archives, das House of Lords Record Office und die British Library auf.

Insbesondere für die frühe Phase der Besetzung Deutschlands und der deutschen Nachkriegsgeschichte ist eine Durchsicht der Kriegstagebücher britischer Militärs interessant, die Aktenmaterial der Military Government Detachments in der britischen Zone enthalten,³¹ sowie die Papiere der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF).³²

Originäre Quellen der CCG (BE) finden sich auch außerhalb der Foreign Office Bestände im PRO,³³ wie zum Beispiel Situationsberichte, Handbücher, Direktiven und Korrespondenzen.³⁴

Bei Recherchen nach Privatnachlässen, die wichtige Information zur britischen Besatzungspolitik enthalten, waren die Archive des Churchill College Cambridge, das Imperial War Museum und das Liddle Hart Centre for Military Archives am ergiebigsten. Dort sind Papiere und Memoiren von britischen Besatzungssoldaten, Kriegsgefangenen, Vertretern von "relief societies", der UNRRA und dem British Red Cross gesammelt sowie von Angehörigen der CCG (BE), des COGA oder britischer Ministerien. Von ihnen sollen hier stellvertretend nur einige genannt werden: John B. Hynd, der Chancellor of the Duchy of Lancaster 1945-1947, William Strang, Political Adviser des britischen Militärgouverneurs 1945-1947 und William Harold Ingrams, Direktor der Administration and Local Government Branch CCG (BE) 1945-1947,³⁵ sowie Maurice Dean, Deputy Secretary COGA 1946, und William Henry Alexander Bishop, der 1945/46 die Public Relations and Information Services Group geleitet hatte.³⁶ Ferner können Unterlagen der beiden britischen Militärgouverneure Bernard Law Montgomery (1945/46) und William Sholto Douglas (1946/47) eingesehen werden sowie

Papiere von John Barraclough, Regional Commissioner in Nordrhein und Nordrhein-Westfalen, und John Dunlop, Deputy Regional Commissioner später Land Commissioner in Hamburg und Regional Commissioner in Niedersachsen.³⁷

Abschließend soll jedoch nochmals auf den Quellenbestand der CCG(BE) hingewiesen werden; der Stellenwert dieser Überlieferung, das wird durch das hier vorgestellte Inventar deutlich, ist für die Erforschung der britischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik und der deutschen Nachkriegsgeschichte höher anzusetzen als bislang angenommen. So sind neue Erkenntnisse zu erwarten sowohl zu verschiedenen Sachgebieten und Einzelfragen der Nachkriegszeit als auch zu den Beziehungen der alliierten Besatzungsmächte, der britischen Behörden in Deutschland und in London und des britisch-deutschen Verhältnisses. Das Inventar soll hier einen umfassenden Leitfaden und eine Erleichterung für künftige Forschungen bieten.

¹ Siehe auch frühere Ankündigungen und Berichte über das CCG (BE)-Projekt: *Horst Romeyk*, Akten der CCG (BE), in: *Der Archivar* 36 (1983), Sp. 455 ff.; *Helmut Reifeld*, Die Erschließung britischer Quellen zur Besatzungszeit in Deutschland 1945-49/55, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 35 (1978), S. 483 f.; *ders.*, Besatzungszeit in Deutschland. Die Erschließung britischer Quellen zur Nachkriegszeit 1945-49/55, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1 (1988), S. 189 ff.; *Rainer Schulze*, Das Londoner CCG/BE-Projekt. Die Erschließung britischer Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland (1945-1949/55) für Forschungszwecke, in: *Der Archivar* 42 (1989), Sp. 461-474; *Angela Kaiser-Lahme/Eva A. Mayring*, Britische Quellen zum Nachkriegsdeutschland. Ein Archivprojekt am Deutschen Historischen Institut London, in: *AHF Jahrbuch* (1990), München 1991, S. 25 ff.

- 2 Alle hier und in den folgenden Anmerkungen zitierten Archivbestände befinden sich im PRO Kew, so daß die Nennung des Archivs entfallen kann. Aktenbestände der CCG (BE): FO 1005, FO 1006, FO 1008, FO 1010, FO 1012, FO 1013, FO 1014, FO 1017, FO 1023, FO 1024, FO 1025, FO 1026, FO 1027, FO 1028, FO 1029, FO 1030, FO 1031, FO 1032, FO 1033, FO 1034, FO 1035, FO 1036, FO 1037, FO 1038, FO 1039, FO 1046, FO 1047, FO 1049, FO 1050, FO 1051, FO 1052, FO 1056, FO 1057, FO 1058, FO 1060, FO 1061, FO 1062, FO 1063, FO 1064, FO, 1065, FO 1066, FO 1067, FO 1068, FO 1069, FO 1070, FO 1071, FO 1072, FO 1073, FO 1074, FO 1075, FO 1076, FO 1077, FO 1078, FO 1082; siehe auch Anhang B, S. 177 f.
- 3 Aktenbestände des COGA: FO 935, FO 936, FO 937, FO 938, FO 939, FO 940, FO 941, FO 942, FO 943, FO 944, FO 945, FO 946; vgl. Anhang B, S. 179.
- 4 FO 371, Stichwort 'Germany' 1945-1955; siehe Anhang B, S. 180 f.
- 5 Über die britischen Militärregierungsbehörden und die CCG (BE) liegt noch keine Untersuchung vor; zur Zeit ist eine Dissertation von *Elke Husemann* bei Anthony J. Nicholls, St. Antony's College Oxford, in Vorbereitung. Zu Geschichte und Aufbau der britischen Behörden in London, die für Deutschlandpolitik zuständig waren, siehe *Ulrich Reusch*, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943-1948. Eine behörden-geschichtliche Untersuchung, in: *Historisches Jahrbuch 100* (1980), S. 318-443.
- 6 Siehe hierzu der Beitrag von *Angela Kaiser-Lahme* in diesem Band; hinzuweisen ist auf den von *Ian D. Turner* herausgegebenen Sammelband, dessen Aufsätze sich zum Teil auf Quellen der CCG (BE) stützen: *Ian D. Turner* (Hrsg.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones*, Oxford 1989.
- 7 Dies spiegelt sich auch in der wachsenden Anzahl von Anfragen an das CCG (BE)-Projekt wider.
- 8 Zuletzt siehe zum Beispiel die Edition von *Rolf Steininger* (Bearb.), *Die Ruhr-Frage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten*, Düsseldorf 1988.
- 9 Siehe auch der Beitrag von *Rainer Schulze*.
- 10 Siehe hierzu der Beitrag *Wolfram Werners*.
- 11 FO 1051 (Manpower Division, 1944-1953). Diese Abteilung der CCG (BE) war für Fragen des Arbeitsmarktes und -rechtes, der Beschäftigungspolitik, der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital ("industrial relations"), Sozialversicherungswesen, Gewerkschaften und Betriebsräte und auch für Wohnungsfragen und Baupolitik zuständig.
- 12 Die Zitierweise von Archivakten aus dem PRO ist folgendermaßen festgelegt: Nennung des Bestandes und dahinter, mit Querstrich abgesetzt, die Aktennummer, also z. B. PRO, FO 1051/102.
- 13 Diese Sprachregelung gilt ebenso für die Bestandsgliederung und das Register des Inventars.
- 14 Die Indizierung für das Register erfolgt nach einem eigens ausgearbeiteten Regelwerk, um so größtmögliche Einheitlichkeit zu gewährleisten.

- 15 Siehe auch *Hubert Höing*, ADV-gestütztes Informations- und Dokumentationssystem für Archive (AIDA). Ein vorläufiger Bericht aus dem Bereich der niedersächsischen Archivverwaltung, in: *Der Archivar* 36 (1983), Sp. 149-158; *Manfred von Boetticher*, Zur Verzeichnung zentraler Nachkriegsbestände im Hauptstaatsarchiv Hannover, in: *Archive in Niedersachsen* 7 (1984), S. 18-21; *Bernd Kappelhoff*, Aktenverzeichnung im Staatsarchiv Stade, in: ebd., S. 21 f.; *ders.*, Die Nützung der Datenverarbeitung in den niedersächsischen Staatsarchiven, insbesondere für die Verzeichnung und Erschließung moderner Archivalien, in: *Der Archivar* 39 (1986), Sp. 35-38; *ders.*, AIDA - das Archivprogramm der niedersächsischen Archivverwaltung, in: *Einsatzmöglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) in Kirchenarchiven (= archiv aktuell, Informationsschrift des Verbandes kirchlicher Archive, Nr. 3)*, Braunschweig 1987, S. 105-118.
- 16 Akten "retained by the department of origin"; so ist zum Beispiel der gesamte Bestand FO 1047 (Censorship Branch) vom Foreign Office zurückbehalten. Siehe auch dazu der Beitrag hier von *Angela Kaiser-Lahme*.
- 17 Das EDV-Programm kann zur Druckvorlage benutzt werden und ermöglicht Zwischenausdrucke der schon bearbeiteten Aktenbestände und gespeicherten Registerbegriffe. Die Aufnahme der Daten im Archiv erfolgt auf einer formatierten Karteikarte. Diese Erfassungsbögen werden im Hauptstaatsarchiv Hannover von einer von Dr. Manfred von Boetticher geleiteten Projektgruppe im Computer gespeichert.
- 18 PREM 3 (Operations Papers, 1938-1946), PREM 4 (Confidential Papers, 1939-1946), WO 106 (Directorate of Military Intelligence, 1937-1961), WO 193 (Directorate of Military Operations: Collation Files, 1934-1958).
- 19 T 236 (Overseas Finance Division: Files, 1920-1966), BT 25 (Supplies to Liberated Areas Secretariat, 1944-1948), BT 60 (Department of Overseas Trade Correspondence and Papers, 1918-1946), BT 211 (German Division Files, 1944-1953), BT 272 (Trading with the Enemy and Administration of Enemy Property Departments: Vesting Orders, 1940-1987), PREM 3.
- 20 T 236, PREM 11 (Prime Minister's Office: Correspondence and Papers, 1951-1964), SUPP 14 (Ministry of Supply Files, 1917-1957), BT 60, BT 211.
- 21 T 232 (European Economic Co-operation Committee: Files, 1948-1955), T 234 (Home and Overseas Planning Staff Division: Files, 1939-1960), LAB 13 (Overseas, 1923-1967).
- 22 T 232, T 234, SUPP 14.
- 23 T 237 (Overseas Finance – Marshall Aid – Division: Files, 1948-1960).
- 24 SUPP 14, WO 252 (Topographical and Economic Surveys, 1913-1960).
- 25 PREM 4.
- 26 LAB 8 (Employment, 1909-1973), LAB 13, LAB 26 (Welfare Department, 1940-1956), LAB 43 (Private Office Papers: Series II; Selected Case Files, 1946-1974).
- 27 PREM 4, WO 106, HO 213 (Home Office: Aliens Department: General (GEN) Files, 1920-1961), LAB 13, LAB 26.
- 28 PREM 4, BT 25, WO 106.

- ²⁹ PREM 4, LAB 8.
- ³⁰ WO 202 (War of 1939-1945: Military Headquarters Papers: Military Missions, 1938-1952), WO 204 (War of 1939-1945: Military Headquarters Papers: Allied Forces Headquarters, 1941-1948), WO 220 (Directorate of Civil Affairs, 1940-1949), WO 235 (Judge Advocate General's Office: War of 1939-1945: War Crimes Papers, 1940-1967), WO 238 (Judge Advocate General's Office: Sound Recordings: Trial of Field Marshal von Manstein, 1949), WO 258 (Private Office Papers: Permanent Under-Secretary, 1936-1957), WO 309 (War of 1939-1945: Headquarters British Army of the Rhine: War Crimes Group (NWE) Files, 1944-1950), WO 311 (War of 1939-1945: Military Deputy, Judge Advocate General: War Crimes Files, 1940-1953), TS 26 (Treasury Solicitor and HM Procurator General: War Crimes Papers, 1919-1951), CAB 78 (War Cabinet Committees, Misc. and General Series, 1941-1947), CAB 98 (War Cabinet Misc. Committees, 1939-1947), PREM 4, PREM 8 (Correspondence and Papers, 1945-1951).
- ³¹ Vor allem WO 171 (War of 1939-1945: War Diaries, North West Europe, 1943-1946), siehe auch S. 105; weiterhin WO 165 (War of 1939-1945: War Diaries, War Office Directorates, 1938-1947), WO 166 (War of 1939-1945: War Diaries, Home Forces, 1939-1946), WO 178 (War of 1939-1945: War Diaries, Military Missions, 1939-1946), WO 215 (War of 1939-1945: GHQ Liaison Regiment, War Diaries and Papers, 1939-1946).
- ³² WO 33 (O and A Papers, 1853-1963), WO 106, WO 219 (War of 1939-1945: Military Headquarters Papers: Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces, 1936-1946).
- ³³ WO 33, WO 106, WO 216 (Chief of the Imperial General Staff Papers, 1935-1962), WO 220, WO 259 (Private Office Papers: Secretary of State, 1937-1951).
- ³⁴ Korrespondenz Montgomerys und Robertsons in WO 216; Gespräche mit Konrad Adenauer in PREM 11.
- ³⁵ Churchill College Cambridge.
- ³⁶ Liddle Hart Centre for Military Archives.
- ³⁷ Imperial War Museum.

Summary

Control Commission for Germany (British Element). Aims and Methods of the Project

The files of the British Military Government are essential to a study of British occupation policy and of post-war Germany. The volume and condition of these files, however, present a challenge in themselves. The classification of British sources on the occupation period in Germany 1945-1949/55 is intended to build a bridge between archive and research. The aim of the project is to make these archival sources easier to use, to provide quick and direct access to the files of the British Military Government and to give information on the contents of the sources. This is to be achieved by means of a printed inventory. The files in question are those of the Control Commission for Germany (British Element); in addition an index is being prepared to the files of the Control Office for Germany and Austria and the General Correspondence of the Foreign Office (FO 371, 1945-1949/55, subject: Germany).

The main focus is on the files of the CCG (BE), which have been accessible to the public *in toto* at the Public Record Office in Kew since 1984, but which have not so far been the object of much research. The files of the CCG (BE) are being made accessible by arranging them within a class, by analysing the contents of each file in individual abstracts and by providing a comprehensive index. All this is achieved with the aid of an automatic data processing system (AIDA).

In this article reference is also given to other British archives and private papers which have not been included in the inventory, but which are also important sources for research on British occupation policy and post-war Germany.

Control Commission for Germany (British Element). Bestandsbeschreibung und Forschungsfelder

ANGELA KAISER-LAHME

Um den Stellenwert des Bestandes der Control Commission for Germany (British Element) [CCG (BE)] für die Forschung genau ermessen zu können, ist es notwendig, sich einen Überblick über den Aussagewert der Quellen sowie über die Bestandsgeschichte zu verschaffen. Hierbei spielen in erster Linie Fragen nach der Öffnung des Bestandes, seiner Sichtung, der Einbehaltung bestimmter Einzelakten durch das Foreign Office ("retained documents"), der Art und Zusammensetzung der Archivalien und ihrer Laufzeit eine hervorragende Rolle.

Im folgenden sollen nun diese einzelnen Aspekte genauer betrachtet werden. Die Quellen der Kontrollkommission stehen in ihrer Gesamtheit erst seit 1984 der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme zur Verfügung, wenn auch die Akten einzelner "divisions" bereits in der Zeit zwischen 1981 und 1983 an das Public Record Office (PRO) in Kew überführt wurden. Der Grund für die späte Öffnung liegt in einer Verfügung des Lord Chancellor, der auf Bitten des Foreign Office eine Ausnahmeregelung für diesen Bestand schuf.

In der Regel werden die Akten der britischen Ministerien nach Ablauf einer Frist von dreißig Jahren von den jeweiligen Behörden an das PRO in Kew abgegeben. Das Archiv macht diese Dokumente, die jedoch weiterhin Eigentum der Dienststelle bleiben, aus der sie hervorgegangen sind, den Lesern sodann zugänglich. Das britische Zentralarchiv selbst kann aber nicht darüber bestimmen, welche Archivalien aufbewahrt werden sollen. Die Unterlagen der britischen Militärregierung befanden sich 1975 – also nach Ablauf der dreißig Jahre – freilich in einem solch bedenklichen Zustand, daß von ihrer Übergabe an das PRO vorerst Abstand genommen werden mußte.

Bei dem zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Bestand handelte es sich um diejenigen Akten der Kontrollkommission, die nicht der Kassation in Deutschland zwischen 1949 und 1956 durch die CCG (BE) zum Opfer gefallen waren. Nach Auskunft des Foreign Office Research Department blieben nach der Durchsicht von den ehemals circa drei Millionen Akteneinheiten nur noch circa 30 000 Akten übrig. Von den ursprünglich

409 sogenannten "classes", in die diese Dokumente aufgrund ihrer Provenienz eingeteilt worden waren, wurden 208 völlig vernichtet, so daß 1975 noch 201 "classes" vorhanden waren.

Nun nahm das Foreign Office selbst eine weitere Sichtung des Materials vor. Wie schon bei der Kassation in Deutschland wurde auch in London der Versuch unternommen, Duplikate auszusondern und wenn möglich einen Vorgang jeweils nur einmal aufzubewahren. Dies geschieht in der Regel nach dem Provenienzprinzip; im Falle der Akten der CCG (BE) entschied man sich jedoch dafür, dieses Prinzip zu durchbrechen und auch verschiedene Provenienzen zu nunmehr 54 "classes" zusammenzustellen. In diesen 54 "classes" sind auch Teile der Unterlagen der Allied High Commission, der International Authority of the Ruhr, der Joint Export Import Agency und einiger anglo-amerikanischer Behörden wie etwa der Combined Steel Group und der North German Coal Control enthalten.

Da jeweils ganze Akten aufbewahrt wurden – daß heißt, es durften aus ihnen keine Einzelblätter entnommen werden –, konnten auch diesmal Doppelüberlieferungen nicht ganz vermieden werden. Insgesamt ist der Umfang dieser Doppelüberlieferung begrenzt (circa zehn Prozent) und variiert auch je nach Themenstellung. Ebenso war geplant, alles gedruckte Material und Dokumente von internationalen Organisationen auszusortieren. Denn diese sollten aufgrund von Abkommen zwischen den drei Westalliierten in erster Linie in Colmar aufbewahrt werden. Aber auch in diesem Falle konnte das Prinzip nicht vollständig durchgehalten werden. Darüber hinaus waren die Archivare der CCG (BE) angehalten worden, folgendes Material zu vernichten: alle Berichte, die überholt waren oder berichtigt wurden, alle Korrespondenz zu Personalfragen oder zur Instandhaltung von Gebäuden, in denen die CCG (BE) untergebracht war, Kopien von Korrespondenzen zwischen der CCG (BE) und dem Control Office for Germany and Austria (COGA), Routineanfragen, die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen sowie die Akten von Fällen, die vor die "Summary Courts" gebracht worden waren. Andererseits sollte alles das Schriftgut archiviert werden, das später noch von rechtlichem, geschichtlichem oder allgemeinem öffentlichen Interesse sein würde. Die Durchsicht des größten Teils der Akten läßt jedoch vermuten, daß diese Regelung nicht immer Anwendung fand.

Der Großteil dieser Archivalien ist heute zur Benutzung freigegeben. In jedem Bestand gibt es jedoch in ganz unterschiedlichem Ausmaß Akten, die vom Foreign Office als "closed" oder "retained" eingestuft

werden. Der Anteil dieser Dokumente an der Gesamtüberlieferung liegt bei etwa drei Prozent (ungefähr 1 400 Akten, wobei allerdings allein im Bestand FO 1049, Political Division, 500 Akten zurückbehalten wurden). Die Fristen für die Schließung einiger Akten liegen bei fünfzig oder einhundert Jahren. Von Zeit zu Zeit urteilt eine Gruppe von Experten neu über diese Klassifizierung. Im allgemeinen entscheiden Beamte im jeweiligen Ministerium – in unserem Falle also das Foreign Office – darüber, ob sie die Einsicht in eine bestimmte Akte genehmigen oder nicht. Sie gehen dabei nach folgenden Kriterien vor:

- a) Ist ein Dokument "sensitive"? Würde seine Freigabe also Vorgänge enthüllen, die die öffentliche Sicherheit gefährden oder nicht im allgemeinen Interesse sein könnten?
- b) Enthält es Angaben, die unter dem Siegel der Verschwiegenheit ("in confidence") gegeben wurden?
- c) Verbirgt es Informationen, die für eine bestimmte Person oder ihre Angehörigen große Unannehmlichkeiten ("distress") verursachen könnten?

Im Gegensatz zu den auf Deutschland bezogenen Akten der "General Correspondence" des Foreign Office im PRO (FO 371), die im wesentlichen die Vorgänge innerhalb des Foreign Office und des COGA widerspiegeln, liegt naturgemäß der Schwerpunkt der Akten der CCG (BE) auf den internen Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen der englischen Militärregierung in Deutschland. Dabei spielt die Korrespondenz der CCG (BE) mit den übrigen Besatzungsmächten ebenso eine Rolle wie diejenige mit internationalen Organisationen, die in der britischen Zone operierten wie etwa die International Refugee Organisation oder das British Red Cross. Daneben waren natürlich deutsche Verwaltungen und Einzelpersonen häufige Gesprächspartner. Dies gilt jedoch im besonderem Maße für Regierungsstellen in London, also vor allem dem Foreign Office oder des COGA aber auch etwa der Treasury und dem Ministry of Supply. Der Anteil dieses Materials ist jedoch von Bestand zu Bestand sehr unterschiedlich.

Darüber hinaus finden sich im Gesamtbestand der CCG (BE) auch deutsche Archivalien, die während der Besatzungszeit beschlagnahmt wurden. Hierzu zählen zum Beispiel Unterlagen der I.G.-Farben, der Friedrich Krupp Werke oder des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (FO 1078).

Die Laufzeit der Akten sollte normalerweise jeweils ein Jahr betragen, also etwa von November 1945 bis November 1946. Allerdings bestätigen auch hier die Ausnahmen die Regel. Insgesamt erstreckt sich der

Hauptteil des Bestandes über den Zeitraum 1945 bis 1955, schließt also auch die Zeit der UK High Commission ein. Ein Teil der Quellen rührt aber auch aus den Jahren 1943/44 oder sogar noch aus der Vorkriegszeit her oder liefert Informationen über diesen Zeitabschnitt. Hierbei handelt es sich entweder um beschlagnahmtes Material oder um Unterlagen, die sich auf die Wehrmacht, die NSDAP und die ihr angeschlossenen Organisationen, auf deutsche Ministerien oder auf die Gestaltung zahlreicher Bereiche des öffentlichen Lebens in Deutschland, wie etwa dem Bankwesen, beziehen. Häufig beruhen diese Informationen auf der Befragung deutscher Kriegsgefangener. Verstreut sind auch Quellen zur britischen Deutschlandplanung vorhanden.

Auffällig ist zudem, daß die Überlieferung in den ersten Jahren der Besatzung bis 1949 dichter ist als für die Jahre 1950 bis 1955. Das mag sowohl am Rückgang der Besatzungstätigkeit und der Übergabe von Verantwortungen der Militärregierung an deutsche Stellen als auch an der Einsparung von CCG (BE) Personal seit 1947 liegen. Aber auch die zunehmende Knappheit von Räumen, in denen Akten aufbewahrt werden konnten, zwang zu einer stärkeren Kassation bereits vor Ort.

Schließlich sei noch auf drei wichtige Quellengruppen und auf die regional- und lokalgeschichtliche Überlieferung hingewiesen. Aufgrund von bestimmten Instruktionen waren die zonalen ("divisions") und regionalen Behörden der CCG (BE) sowie ihre Unterabteilungen ("branches", "sections") angehalten, zunächst in wöchentlichen, später dann vierzehntägigen oder monatlichen Abständen über Vorkommnisse in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld Bericht zu erstatten. Diese Berichte wurden in der Regel von "officers" der "branch" oder "division" geschrieben. Allerdings kann in der Regel nicht ermittelt werden, woher sie ihre Informationen bezogen.

Daneben gibt es jedoch eine Vielzahl von Berichten, die von deutschen Stellen für die britische Militärregierung verfaßt wurden wie etwa von der Polizei, dem Zentraljustizamt oder der Reichsbankleitstelle.

Außerdem bieten die Protokolle von regelmäßig stattfindenden Sitzungen der CCG (BE) oder der Allied Control Authority und der Allied High Commission wie auch die Memoranden, die für diese Sitzungen zu bestimmten Problemkreisen angefertigt wurden, eine gute Informationsquelle für einzelne Forschungsbereiche. Dies trifft auch auf solche Akten zu, die allgemein mit dem Wort "policy" beschriftet wurden.

Für die landes- und regionalgeschichtliche Forschung ist der Quel-

lenbestand der CCG (BE) von besonderer Bedeutung,¹ da bis auf die Kreisebene und die Ebene der kreisfreien Städte herab reichlich Material zur Landes- bzw. Regionalgeschichte vorhanden ist. Dies gilt jedoch in unterschiedlichem Maße für die einzelnen Länder. So ist etwa die Geschichte Nordrhein-Westfalens, Berlins, Hamburgs und Schleswig-Holsteins vor allem für die Jahre 1945 bis 1949 gut dokumentiert, während die Quellen für Niedersachsen große Lücken aufweisen. Allerdings sind auch über die Bestände der Regional Commissioners hinaus Unterlagen zu den Regionen erhalten geblieben. Dagegen ist die Überlieferung zur Lokalgeschichte auf weiten Strecken der Kassation zum Opfer gefallen. Ein Grund hierfür mag sein, daß die Sichtung der Akten in Deutschland bis 1956 nicht von geschulten Archivaren, sondern zunächst von den Mitarbeitern der CCG (BE) in den einzelnen Abteilungen durchgeführt wurde. Erst in einem zweiten Schritt mußte ein Archivar in Bünde über die endgültige Überführung der Akten nach Großbritannien entscheiden. Daher kann man für die Regionalgeschichte wie aber auch zu allen übrigen Forschungsbereichen zunächst einmal grundsätzlich sagen: Je spezifischer die Fragestellung, desto mehr obliegt es dem Zufall, ob das jeweilige Forschungsinteresse befriedigt werden kann oder nicht.

Die Forschung zur britischen Besatzungspolitik² hat vor allem in den letzten zehn Jahren ständig zugenommen. Dennoch gibt es immer noch zahlreiche Themen, die bisher entweder gar nicht oder zumindest nicht unter Zuhilfenahme der Akten der Kontrollkommission erforscht wurden. Zudem wurden einige Fragestellungen ganz vernachlässigt.

Besonders auffällig ist die Fülle regional- und lokalgeschichtlicher Studien. Doch wäre es nicht auch zum Beispiel interessant, nunmehr die Politik in den verschiedenen Regionen miteinander zu vergleichen? In diesem Zusammenhang könnte man auch fragen, ob es tatsächlich eine zonale Politik gab – also ob die zentralen Stellen ("divisions") und der Military Governor die Leitlinien für die Politik festlegten, die dann in den jeweiligen Regionen nur durchgeführt wurden – oder ob die Regional Commissioner einen so starken Einfluß besaßen, daß sie mehr oder weniger selbständig über das Geschehen in ihrem Machtbereich entscheiden konnten.

Und wie verhält es sich mit der Interaktion zwischen London und der britischen Zone? Inwieweit beeinflusste die CCG (BE) die Deutschlandpolitik des Foreign Office oder des COGA? Oder führten beide Stellen eine Art Eigenleben? Stimmt also der Vorwurf, daß die Kontrollkommission zwar eine Vielzahl politischer Memoranden verfaßte,

diese jedoch keinerlei Niederschlag in der Politik des Foreign Office fanden? Oder ist vielleicht genau das Gegenteil der Fall, daß die CCG (BE) eine von den Londoner Entscheidungen völlig losgelöste Politik verfolgte?

Ebenso stellt sich die Frage, inwieweit die Amerikaner – vor allem seit der Gründung der Bizone – tonangebend wurden und nicht zuletzt aufgrund ihrer finanziellen Stärke die Weichen für die gemeinsame Besatzungspolitik stellten? Oder verstanden es die Engländer, sich für ihre eigenen Positionen Gehör zu verschaffen?

Auch das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten wirft eine Reihe von Fragen auf. Hielten die Engländer tatsächlich lange am Konzept der "non-fraternization" und der "indirect rule" fest? Warum, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Ausmaß begannen sie, deutschen Stellen Verantwortung an der Gestaltung der Politik und ihrer Durchführung zu übertragen ("devolution of powers")? Inwieweit und wieso gelang es den Deutschen ihrerseits, die Politik der englischen Besatzungsmacht in für sie wünschenswerte Bahnen zu lenken? Alle diese Fragen können nunmehr mit Hilfe der Akten der CCG (BE), die genau den Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozeß in der Kontrollkommission widerspiegeln, in Zusammenschau mit anderen deutschen und englischen Archivalien ihrer Beantwortung einen guten Schritt näher gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund sei nunmehr auf folgende mögliche Forschungsgebiete hingewiesen: eine Gesamtdarstellung der englischen Besatzungspolitik, eine Organisationsgeschichte der CCG (BE) sowie ihres Verhältnisses zu anderen Organisationen, außen- und innenpolitische Fragestellungen, die Entstehung deutscher Verwaltungen, das Rechtswesen, die öffentliche Sicherheit, Entnazifizierung, Kriegsverbrecher, Wirtschaftsfragen, Handel, Arbeitsmarkt, Demontage, Entmilitarisierung, Erziehungswesen, Informationspolitik und Fremdarbeiter.

Zwar ist die Wissenschaft mit dem Erscheinen der Arbeiten von Tyrell³ und Kettenacker⁴ nunmehr über die britische Deutschlandplanung während des Zweiten Weltkrieges unterrichtet, jedoch ist bisher – trotz der Sammelbände von Foschepoth/Steininger⁵ und Scharf/Schröder⁶ – niemand das Wagnis eingegangen, eine Gesamtdarstellung der britischen Besatzungspolitik in Angriff zu nehmen. Dies mag sowohl an dem Umfang des Quellenmaterials als auch an den Lücken in der Forschung liegen, die ja erst seit den 1970er Jahren auf Quellen zu diesem Problemfeld zurückgreifen konnte. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Studien zu verschiedenen Aspekten

britischer Besatzungspolitik vor allem in den letzten zwei bis drei Jahren deutlich zugenommen haben.

Zumindest ansatzweise ist etwa bisher in den Untersuchungen von Donnison,⁷ Thies⁸ und Schneider⁹ versucht worden, einen Überblick über die Organisation der Kontrollkommission zu geben. Dieser Bereich ist jedoch immer noch wenig erforscht geblieben, wenn auch zur Zeit eine Studie von Elke Husemann in Arbeit ist. Material zu diesem Thema ist in Hülle und Fülle vorhanden, da die Archivare der CCG (BE) angewiesen waren, alle Akten zur Organisationsgeschichte dieser Behörde aufzubewahren.

Unterlagen zu anderen alliierten Organisationen in der britischen Zone sind jedoch in der Regel nur unvollständig und meist nur in Abschriften etwa von Dokumenten der Joint Export Import Agency (JEIA) überliefert. Die Bestände des Allied General Secretariat (FO 1023) und der Records Library (FO 1005) umfassen jedoch reichlich Material zur Allied Control Authority (ACA) und der Allied High Commission (AHC), ein Thema, das von Badstübner¹⁰ auf der Basis der in Washington aufbewahrten ACA-Akten bereits abgehandelt wurde.

Als mögliche Forschungsschwerpunkte in diesem Themenkreis bieten sich daher an: eine Organisationsgeschichte, sowie eine Studie über das Verhältnis der CCG (BE) zu den übrigen Besatzungsmächten und zu internationalen Organisationen, die in der britischen Zone tätig waren, wie z. B. die International Refugee Organisation oder die Allied Missions. Ein weites Feld ist etwa auch die Beschäftigung von Deutschen durch die Briten sowie die allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Kontrollkommission.

Fragen der "großen Politik" finden ebenfalls ihren Niederschlag in den Akten der britischen Militärregierung. Dabei handelt es sich in erster Linie um solche Probleme, die direkte Auswirkungen auf den Status der CCG (BE) oder die englische Besatzungspolitik hatten, also etwa das Besatzungsstatut, die Bonner Verträge, die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft, die Außenminister-Konferenzen,¹¹ die deutsche Frage, die Saarfrage oder die Beendigung des Kriegszustandes.

Themen aus dem Bereich der Innenpolitik werden in einem noch stärkeren Maße berührt. Insbesondere die sogenannten "political situation reports" liefern ein gutes Bild über die politischen Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland. Für diese Fragen wären insbesondere die Unterlagen der Political Division (FO 1049), der Records Library (FO 1005), des Office of the UK High Commissioner (FO 1008), des Allied Secretariat (FO 1023) und zu Berlin (FO 1012) von Interesse.

Wenn auch bereits zahlreiche Veröffentlichungen zur Parteienge-

schichte vorliegen – etwa von Heitzer¹² zur CDU und von Schröder¹³ zur FDP in der britischen Zone –, so wurden doch die Akten der CCG (BE) hierfür noch nicht zu Rate gezogen. Sie könnten vor allem Auskunft über die Zulassung der Parteien auf zentraler und lokaler Ebene sowie über ihre Mitglieder bieten.

Dank der Arbeiten von Reusch¹⁴ und Wengst¹⁵ ist die Forschung nunmehr über die britische Beamtenpolitik und die deutsche Beamtengesetzgebung orientiert. Bacmeister¹⁶ hat sich außerdem eingehend mit der Reform des deutschen Kommunalverfassungsrechts durch die britische Besatzungsmacht beschäftigt. Die Akten der Governmental Sub-Commission (FO 1033), des HQ Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces, Special Echelon, and Military Government HQ (FO 1030), der Political Division (FO 1049) und der Internal Affairs and Communications Division (FO 1050) sowie der Regional Commissioners können hingegen die Forschung zu den Ober- und Ministerpräsidentenkonferenzen, zur Entstehung und Organisation des Zonenbeirats¹⁷ und zentraler Verwaltungen,¹⁸ zum Wiederaufbau des Kommunalwesens, zur Frage der Dezentralisierung der Verwaltung sowie zur Entstehung der Bizone bereichern.

Ein weiteres Gebiet, das bisher von der Forschung wenig beachtet wurde, ist das Rechtswesen. Bisher wurden weder dem Wiederaufbau der deutschen Gerichtsbarkeit¹⁹ noch der britischen Justiz in Westdeutschland Aufmerksamkeit geschenkt. Mit dem vor allem in der Legal Division (FO 1060) und der Internal Affairs and Communications Division (FO 1050) zur Verfügung stehenden Material könnten etwa genauere Aussagen über die Revision des deutschen Zivil- und Strafrechts zwischen 1945 und 1947, die Kriminalität, den Strafvollzug und damit zusammenhängenden Problemen getroffen werden. Die Kontrolle der deutschen Gesetzgebung durch die CCG (BE) sowie die Ausarbeitung der Militärgesetzgebung können ebenfalls gut nachvollzogen werden.

Dies gilt auch für den gesamten Bereich der öffentlichen Sicherheit. So sind etwa die Bewaffnung, Organisation oder Disziplin der Polizei, aber auch die Wiederentstehung der Feuerwehr, des Grenz- und Katastrophenschutzes oder aber Ausschreitungen gegen die Militärregierung gut dokumentiert.

Darüber hinaus könnten unter Zuhilfenahme der britischen Akten die Entstehung des Grundgesetzes²⁰ und der einzelnen Länderverfassungen²¹ genauer untersucht werden.

Während Niethammer²² bereits eine umfassende Monographie zur Entnazifizierung im amerikanischen Besatzungsgebiet vorgelegt hat,

fehlt eine solche Studie für die britische Zone. Zwar hat Lange²³ diese Frage schon untersucht, dabei jedoch nur bereits veröffentlichte Militärregierungsgesetze zu Rate gezogen. Die Fragen der Politik der englischen Besatzungsmacht, der Zuständigkeiten, der Kategorisierung und Verfahrensweisen, der Entnazifizierung einzelner Personengruppen sowie die "Operation Old Lace" wurden jedoch ausgeklammert.

Noch bis vor kurzem blieb die gesamte Kriegsverbrecherthematik (bzw. die der Vergehen gegen die Menschlichkeit) noch völlig unbehandelt, wenn auch mittlerweile eine Dissertation zu den Kriegsverbrecherprozessen in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren beabsichtigt ist. Bisher liegt nur ein Aufsatz von Hoffmann²⁴ zur Behandlung der deutschen Generale vor. Eine Studie über die englische Politik gegenüber den von den Besatzungsmächten als Kriegsverbrecher bezeichneten Personen vor allem in den Jahren 1945 bis 1949 steht dagegen noch aus.

Ein ebenfalls – zumindest auf der Basis des CCG (BE)-Bestandes – nur teilweise erforschtes Gebiet scheint die Wirtschaftspolitik der britischen Besatzungsmacht zu sein. Bis zu diesem Zeitpunkt haben Müller²⁵ über die britische Haltung zur Montanmitbestimmung, Drexler²⁶ zur Textilbewirtschaftung, Plumpe²⁷ zu den Unternehmerverbänden sowie Lüdens²⁸ zur Ruhrkontrolle mit den Unterlagen der Kontrollkommission gearbeitet. Daneben gibt es noch eine Reihe von Untersuchungen, die die Akten in FO 371 und des Cabinet Office oder aber in erster Linie deutsche Quellen ausgewertet haben.²⁹ Überwiegend wurden Themen wie die Wirtschaftsverwaltung, Bewirtschaftung oder auch die Ruhrfrage³⁰ aufgegriffen.

Zu all diesen Fragestellungen geben die Akten der CCG (BE) insbesondere in den Beständen der Economic Division (FO 1039) und des Economic Advisers (FO 1036) reichliche Informationen. Das gleiche gilt auch für einzelne Wirtschaftszweige, insbesondere für ihre Lizenzierung. Bis auf die Arbeit von Stratmann³¹ über die Bewirtschaftung, Demontage und Beschränkungen in der chemischen Industrie ist dieser Fragenkomplex noch nicht von der Forschung aufgegriffen worden.

Einzelne Firmen sind mittlerweile dagegen schon in das Blickfeld der Wissenschaft gerückt wie etwa die Volkswagenwerk GmbH,³² die I.G.-Farben,³³ die Ruhrchemie AG³⁴ und die Reichswerke Watenstedt-Salzgitter. Dafür blieben die Friedrich Krupp Werke bisher unbeachtet; jedoch böten die Unterlagen der CCG (BE) reichlich Material für eine Studie über die Dekartellisierung und Demontage dieses Konzerns.

1990 ist eine Habilitationsschrift von Buchheim³⁵ zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft zwischen 1945 und 1958 erschienen. In ihr untersucht er die Bereiche Außenhandel, Auslandshilfe und Devisenverkehr. Allerdings spart er Fragen des Interzonenhandels und des Ost-West-Handels völlig aus, so daß auf diesem Gebiet noch mehr Forschungsarbeit geleistet werden könnte.

Insbesondere der Bestand der Manpower Division (FO 1051) kann für Darstellungen über die Arbeitssituation in der britischen Zone herangezogen werden. Wenn auch die Gewerkschaften bereits von den Historikern thematisiert wurden, so haben sie dabei jedoch kein britisches Quellenmaterial eingesehen oder sind der Frage der englischen Gewerkschaftspolitik eingehend nachgegangen. In den Akten der CCG (BE) finden sich hierzu Unterlagen über ihre Zulassung, zu Wahlen in den Gewerkschaften und einzelnen Zusammenkünften auf lokaler und zonaler Ebene, aber auch Material zu Einzelgewerkschaften.³⁶ Mindestens genauso wichtig wäre es, einen Bearbeiter für Themen der Beschäftigungspolitik, des Schlichtungswesens, der Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherungen oder Pensionen zu finden.

Das öffentliche Finanzwesen ist von der Forschung bislang, abgesehen von der Untersuchung von Scherpenberg,³⁷ ausgespart worden. Dabei wären Quellen über das Haushalts- und Steuerwesen, zur Reform des Finanzwesens und zur Entstehung und den Auswirkungen der Währungsreform, zu den Besatzungskosten sowie über die Beschlagnahmung von Vermögen hinreichend vorhanden, so etwa in der Finance Division (FO 1046), im Regional Commissioner Nordrhein-Westfalen (FO 1013) und HQ Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces, Special Echelon, and Military Government HQ (FO 1030).³⁸

Als Ergänzung zu der Monographie von Cairncross³⁹ und des Aufsatzes von Foschepoth⁴⁰ zur britischen Reparationspolitik könnten die Reparationslisten sowie die in der CCG (BE) geführte Diskussion über die Verteilung der Reparationen dienen.

Noch vor kurzem hatte das Thema Demontage bis auf die Arbeiten von Ahrens,⁴¹ Scriverius⁴² und Kramer⁴³ wenig Interesse erregt.⁴⁴ Ebenso ist der gesamte Fragenkomplex der Entmilitarisierung Deutschlands und der damit zusammenhängenden Probleme wie etwa die Auflösung der Wehrmacht, die Kontrolle der Rüstungsindustrie und der Wissenschaft vor allem im waffentechnischen Bereich wenig erforscht. Er könnte jedoch unter Hinzuziehung der Akten des Military Security Board (FO 1074), der Records Library (FO 1005), der Disarmament Branch (FO 1062), von HQ T Force and Field Information Agency

Technical (FO 1031), des Planning Staff, Military Sections and Headquarters Secretariat (FO 1032) und der Military Division (FO 1038) eingehender bearbeitet werden.

Im Gegensatz dazu haben sich mehrere Historiker, wie etwa Jürgensen,⁴⁵ Hearnden,⁴⁶ Phillips,⁴⁷ Balfour,⁴⁸ Kettenacker,⁴⁹ Schneider,⁵⁰ Stamm,⁵¹ Brautmeier,⁵² Koszyk⁵³ und Koza,⁵⁴ mit der Erziehungs- bzw. Umerziehungspolitik der Briten befaßt. Vor allem Akten aus den Beständen der Internal Affairs and Communications Division, der Political Division sowie des Regional Commissioner NRW könnten die Forschung zu den Themen Umerziehung, Universitäts- und Schulreform, akademischer und Schüleraustausch sowie zur Frauen-⁵⁵ und Jugendpolitik ergänzen.

Die Politik der britischen Besatzungsmacht vor allem gegenüber der evangelischen Kirche kann dagegen aufgrund der jüngsten Arbeit von Besier⁵⁶ als bekannt gelten.

Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld der Briten in Deutschland stellte ihre Informationspolitik dar, die verschiedene Instrumentarien benutzte, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen (British Information Centres).⁵⁷

Seit neuestem sind auch die Flüchtlinge, insbesondere ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft nach 1945, wieder verstärkt in das Blickfeld der Forschung gerückt.⁵⁸ Die Maßnahmen, die die CCG (BE) zu ihrer Verteilung in der britischen Zone und in ganz Deutschland ergriffen hat, müßten jedoch noch aufgezeigt werden.

Ein relativ wenig beachtetes Objekt der Forschung stellen dagegen die Displaced Persons bzw. Fremdarbeiter dar. Jacobmeyer⁵⁹ hat sich mit seiner Monographie zu diesem Thema sehr verdient gemacht. Auf der Grundlage der United Nations Relief and Rehabilitation Administration/International Refugee Organisation (UNRRA/IRO) sowie vor allem amerikanischer Akten zeichnet er die Politik der Besatzungsmächte, der IRO und der UNRRA gegenüber den Displaced Persons nach. Allerdings erwähnt er die britische Politik nur am Rande und streift nur die Verhältnisse in der britischen Zone. Mit Hilfe der Unterlagen der CCG (BE) – vor allem der Prisoners-of-War/Displaced Persons, Legal, Political, Internal Affairs and Communications Divisions und des Regional Commissioner Schleswig-Holstein – könnte diese Lücke geschlossen werden. Diese Bestände geben ausführlich Auskunft über die Versorgung der Displaced Persons, ihre Erziehung, Beschäftigung, Eingliederung in die deutsche Wirtschaft und die Rückführung in ihre Heimatländer, aber auch über ihren Rechtstatus und ihre Kriminalität. Auch das Verhältnis der IRO/UNRRA zur

Kontrollkommission mag noch intensiver diskutiert werden.

Darüber hinaus sei zuletzt summarisch auf weitere Forschungsfelder verwiesen: die Agrarverwaltung, deutsche Kriegsgefangene, der Wohnungsbau, das Verkehrswesen, die Energieversorgung und die öffentliche Gesundheit.

Die Akten der Control Commission for Germany (British Element) bieten somit als zentraler Quellenbestand eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Forschung anzuregen, neu zu befruchten oder zu ergänzen, wenn es auch selbstverständlich nötig sein wird, weitere deutsche und englische Archivbestände heranzuziehen, um sich ein genaues Bild von den einzelnen Problemfeldern machen zu können. Als Informationsquelle zur britischen Besatzungspolitik und zum deutsch-englischen Verhältnis zwischen 1945 und 1955 werden sie jedoch unentbehrlich für jeden Forscher sein. Aber auch jeder Historiker, der mehr über die deutsche Geschichte in der britischen Zone bzw. der Bizone zwischen 1945 und 1955 wissen möchte, wird sich diesen Akten zuwenden müssen.

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von *Rainer Schulze* in diesem Band.

² Vgl. hierzu *Ian D. Turner* (Hrsg.), *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones*, Oxford 1989. Auf einen ausführlichen, lückenlosen Forschungsbericht muß hier verzichtet werden. Die regionalgeschichtlichen Studien wurden ausgespart, da dies Gegenstand des Beitrages von *Rainer Schulze* ist. Im Rahmen der Konferenz sollten im folgenden nur die Autoren berücksichtigt werden, die bereits die Akten der CCG(BE) benutzt haben oder deren Werke von besonderer Bedeutung sind; es wurde im wesentlichen der Forschungsstand bis 1990 berücksichtigt.

³ *Albrecht Tyrell*, *Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945*, Frankfurt/M. 1987.

- 4 *Lothar Kettenacker*, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989.
- 5 *Josef Foschepoth/Rolf Steininger* (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985.
- 6 *Claus Scharff/Hans-Joachim Schröder* (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979.
- 7 *Frank S. V. Donnison*, Civil Affairs and Military Government. North West Europe 1944-1946, London 1961; *ders.*, Civil Affairs and Military Government. Central Organisation and Planning, London 1966.
- 8 *Jochen Thies*, What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung 1945-1946, in: *Scharff/Schröder*, S. 29-51.
- 9 *Ullrich Schneider*, Grundzüge britischer Deutschland- und Besatzungspolitik, in: *Zeitgeschichte* 9 (1981/82), S. 73-89.
- 10 *Rolf Badstübner*, Zur Tätigkeit des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, 1945-1950, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 34 (1986), S. 581-598.
- 11 *Martina Kessel*, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989.
- 12 *Horstwalter Heitzer*, Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.
- 13 *Karsten Schröder*, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946-1948, Düsseldorf 1985.
- 14 *Ulrich Reusch*, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943-1947, Stuttgart 1985.
- 15 *Udo Wengst*, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamten-gesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, 1948-1953, Düsseldorf 1988.
- 16 *Friedrich Bacmeister*, Die Reform des deutschen Kommunalverfassungsrechts durch die britische Besatzungsmacht. Wiedereinführung einer demokratischen Stadtverfassung in Lüneburg 1945 und die Neufassung der Deutschen Gemeindeordnung 1946, Frankfurt/M. 1988.
- 17 In der Zwischenzeit liegt, laut Auskunft von Dr. *Wolfram Werner*, bereits ein erster Band der Edition über die Sitzungen des Zonenbeirats (1.-11. Sitzung) im Manuskript vor.
- 18 Zur Frage des Aufbaus gesamtdeutscher Verwaltungen vgl. *Elisabeth Kraus*, Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Fragen gesamtdeutscher Zentralverwaltungen (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 37), München 1990.
- 19 Eine Ausnahme bildet die Monographie von *Wenzlau*, der jedoch keinerlei englische Quellen für seine Studie herangezogen hat: *Joachim Wenzlau*, Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945 bis 1949, Königstein/Ts. 1979.
- 20 Vgl. hierzu *Adolf M. Birke*, Das konstruktive Mißtrauensvotum in den Verfassungsverhandlungen der Länder und des Bundes, in: *Zeitschrift für*

- Parlamentsfragen 8 (1977), S. 77-92, und *Kurt Jürgensen*, Die Verfassungspolitik der britischen Besatzungsmacht (Quellen zur Verwaltungsgeschichte), Kiel 1987, S. 15-39.
- 21 Zur Zeit versucht ein Projekt unter der Leitung von *Frank R. Pfetsch* der Entstehung der Landesverfassungen in den Hansestädten nachzugehen. Eine vergleichbare Studie soll in Kürze von *Werner Breunig* über die Entstehung der Berliner Verfassung zwischen 1945 und 1950 vorliegen.
 - 22 *Lutz Niethammer*, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. 1972.
 - 23 *Irmgard Lange*, Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Siegburg 1976; *Wolfgang Krüger*, Entnazifiziert? Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, hat ebenfalls nur deutsche Quellen benutzt.
 - 24 *J. H. Hoffmann*, German Field Marshals as War Criminals? A British Embarrassment, in: *Journal of Contemporary History* 23 (1988), S. 17-35; für diesen Aufsatz sind jedoch nur Akten des Cabinet Office und aus FO 371 herangezogen worden. Wieschon aus dem Beitrag von *Eva A. Mayring* hervorgeht, ist über die Legal Division und die Political Division der CCG (BE) hinaus überaus reichhaltiges Quellenmaterial in anderen britischen Archivbeständen zu diesem Themenkomplex vorhanden.
 - 25 *Gloria Müller*, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.
 - 26 *Alexander Drexler*, Planwirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Eine Fallstudie über die Textilbewirtschaftung in der britischen Zone und der Bizone (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 44), Stuttgart 1985.
 - 27 *Werner Plumpe*, Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987.
 - 28 *Carsten Lüdens*, Das Ruhrkontrollsystem. Die Entstehung und Entwicklung im Rahmen der Westintegration 1947-1953, Frankfurt/M. 1988.
 - 29 *Günther Trittel*, Von der Verwaltung des Mangels zur Verhinderung der Neuordnung, in: *Scharf/Schröder*, S. 129-151; *Dietmar Petzina/Walter Euchner* (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949, Düsseldorf 1984.
 - 30 *Walter Först* (Hrsg.), Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, Köln 1982; *Rolf Steininger*, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party. Darstellung und Dokumentation, Bonn 1979; *Sean Greenwood*, Bevin, the Ruhr and the Division of Germany, August 1945-December 1946, in: *Historical Journal* 29 (1986), S. 202-212; *Hartmut Pietsch*, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebiets 1945 bis 1948, Duisburg 1978; *Werner Abelshauser*, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984; *Mark Roseman*, Recasting the Ruhr. Manpower, Economic

Recovery and Labour Relations 1945-1958, Oxford 1991.

- 31 *Friedrich Stratmann*, Chemische Industrie unter Zwang? Staatliche Einflußnahme am Beispiel der chemischen Industrie Deutschlands 1933-1949 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 43), Stuttgart 1985.
- 32 *Ian D. Turner*, British Occupation Policy and its Effects on Wolfsburg and the Volkswagenwerk, Diss. Manchester 1984.
- 33 *Raymond G. Stokes*, Divide and Prosper: The Heirs of I.G.-Farben under Allied Authority 1945-1951, Berkeley 1989.
- 34 *Manfred Rasch*, Ruhrchemie AG 1945-1951: Wiederaufbau, Entnazifizierung und Demontage, in: Technikgeschichte 54 (1987), S. 101-120.
- 35 *Christoph Buchheim*, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958, München 1990; vgl. auch *Manfred Knapp* (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration, Frankfurt/M. 1984.
- 36 So z. B. über die Unabhängige Gewerkschaftsopposition, in PRO, FO 1012 (Berlin). Die im folgenden angegebenen Quellenbestände befinden sich alle im PRO Kew, so daß in den weiteren Anmerkungen jeweils die Zitierung des Archivs (PRO) entfallen kann.
- 37 *Jens von Scherpenberg*, Öffentliche Finanzwirtschaft in Westdeutschland 1944-1948, Frankfurt/M. 1984; vgl. auch *Willi Boelcke*, Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948, Paderborn 1985.
- 38 Bei dem Bestand FO 1030 handelt es sich um die Handakten von Brian A. Robertson, Deputy Military Governor 1945-1947, Military Governor 1947-1949 und UK High Commissioner 1949-1950.
- 39 *Alec Cairncross*, The Price of War. British Policy on German Reparations 1941-49, London 1986.
- 40 *Josef Foschepoth*, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: *ders.* (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 175-197; *Friedrich Jerchow*, Deutschland in der Weltwirtschaft. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978.
- 41 *Hanns D. Ahrens*, Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten, München 1982.
- 42 *Dieter Scriverius*, Die britische Demontagepolitik im Spiegel der Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, in: *Scharf/Schröder*, S. 93-103.
- 43 *Alan Kramer*, Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945-1950, Hamburg 1991. Weitere Akten der Reparations, Deliveries and Restitutions Division der CCG (BE) befinden sich im Zwischenarchiv in Hangelar und im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; siehe auch *Helmut Fiederer*, Demontagen in Deutschland nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Montanindustrie, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 34 (1989), S. 209-239.
- 44 Mittlerweile sind zwei Dissertationen von *Martina Köchling* zur Demontage in Nordrhein-Westfalen und von *Andreas Mellwo* in Dortmund in Bearbeitung.

- 45 Kurt Jürgensen, *British Occupation Policy after 1945 and the Problem of "Re-Educating Germany"*, in: *History* 68 (1983), S. 225-244.
- 46 Arthur Hearnden (Hrsg.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978.
- 47 David Phillips (Hrsg.), *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983.
- 48 Michael Balfour, *Re-education in Germany after 1945*, in: *German History* 5 (1987), S. 25-34.
- 49 Lothar Kettenacker, *The Planning for "Re-education" during the Second World War*, in: *Nicholas Pronay/Keith Wilson (Hrsg.), The Political Re-education of Germany and her Allies*, London 1985, S. 59-83.
- 50 Ullrich Schneider, *Die Hochschulen in Westdeutschland nach 1945. Wandel und Kontinuität aus britischer Sicht*, in: *Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bochum 1984, S. 219-240.
- 51 Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965*, Köln 1981.
- 52 Jürgen Brautmeier, *Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen, 1945-1961*, Düsseldorf 1983.
- 53 Kurt Koszyk, *"Umerziehung" der Deutschen aus britischer Sicht. Konzepte und Wirklichkeit der "Re-education" in der Kriegs- und Besatzungsära*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29 (1978), S. 3-12; Günther Pakschies, *Umerziehung in der britischen Zone 1945-1949*, Weinheim 1979.
- 54 Ingeborg Koza, *Deutsch-britische Begegnungen in Unterricht, Wissenschaft und Kunst 1949-1955*, Wien 1988.
- 55 In der Zwischenzeit wird eine Dissertation von Christl Ziegler über die alliierte Frauenpolitik und Erwachsenenbildung verfaßt.
- 56 Gerhard Besier, *"Selbstreinigung" unter britischer Herrschaft. Die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover und ihr Landesbischof Marahrens 1945-1947*, Göttingen 1986.
- 57 Vgl. hierzu Kurt Koszyk, *Pressepolitik für Deutsche, 1945-1949*, Berlin 1986, und Peter Rzeznitzek, *Von der Rigorosität in den Pragmatismus. Aspekte britischer Presse- und Informationspolitik*, Diss. Düsseldorf 1989.
- 58 Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hrsg.), *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit*, Hildesheim 1987.
- 59 Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951*, Göttingen 1985; vgl. auch Mark Wyman, *Europe's DPs 1945-1951*, London 1989.

Summary

Control Commission for Germany (British Element). Description of Files and Opportunities for Further Research

When the files of the Control Commission were opened to the public *in toto* in 1984 they had already gone through various phases of selection. Between 1945 and 1956 the Control Commission itself was the first to throw away files. Then the documents were transferred to London and again a huge number were weeded out. In the end only 29,709 out of a total 3,000,000 files survived. These were divided into 54 classes which did not, however, always correspond to their provenance. About three per cent of the documents are either closed or retained by the Foreign Office. The reasons for the "closure" of a document are laid down specifically.

The classes of the CCG (BE) contain not only British Military Government material but also correspondence of other Allied organizations such as the Allied High Commission and even original German files. They all cover the period between 1943 and 1955. One of the most important groups of sources are the monthly reports and conferences of various divisions and branches of the CCG (BE) as well as the papers and memoranda which were prepared for these meetings.

Historians will find a great deal of interesting material for the following subjects in particular: an administrative history of the CCG (BE), its relation to other organizations and powers, foreign policy, internal affairs, the German administrations, the German legal system, public safety, denazification, war criminals, economic questions, trade, the labour situation, demolitions, demilitarization, education, information policy and displaced persons.

Anhang A

Inventarisierungsbeispiele

Zur Veranschaulichung wird hier ein Auszug aus dem noch unveröffentlichten Inventar abgedruckt. Die drei Ebenen der Aktenschließung des Archivprojekts – Gliederung eines Aktenbestandes, Inhaltsanalyse der einzelnen Akten und Index – sollen am Beispiel des Bestandes FO 1051 Manpower Division deutlich gemacht werden.

I: Gliederung

- 3 Control Commission for Germany (British Element)
- 3.3 Control Commission Divisions
- 3.3.7 Manpower Division
 - 3.3.7.1 Military Government
 - 3.3.7.1.1 Manpower Division: Organisation
 - 3.3.7.1.2 Manpower Division: Headquarters Inspections
 - 3.3.7.1.3 Labour Conferences
 - 3.3.7.1.4 Labour Reports
 - 3.3.7.1.5 Bipartite Control Office Manpower Group
 - 3.3.7.1.6 Tripartite Manpower Advisers
 - 3.3.7.1.7 Allied Control Authority and Allied High Commission
 - 3.3.7.1.8 General Military Government Matters
 - 3.3.7.2 German Administration
 - 3.3.7.2.1 Reconstruction of German Labour Administration
 - 3.3.7.2.2 Beratungsstelle für das Arbeits-, Wohnungs- und Siedlungswesen and Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone
 - 3.3.7.2.3 Bizonal German Labour Administration
 - 3.3.7.2.4 German Labour Administration in the Länder of the British Zone
 - 3.3.7.2.5 Labour Administration in the Soviet Zone
 - 3.3.7.2.6 Arbeitsämter
 - 3.3.7.2.7 Zonenbeirat
 - 3.3.7.2.8 General Matters of German Administration
 - 3.3.7.3 Arbeitsgerichte
 - 3.3.7.4 Trade Unions
 - 3.3.7.4.1 Control of Trade Unions
 - 3.3.7.4.2 Reports on Trade Unions
 - 3.3.7.4.3 Trade Union Statistics
 - 3.3.7.4.4 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
 - 3.3.7.4.5 Deutscher Gewerkschaftsbund

Anhang A

- 3.3.7.4.6 Deutsche Angestelltengewerkschaft, Deutscher Angestelltenbund, Trade Unions for Beamte
- 3.3.7.4.7 Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 3.3.7.4.8 Postgewerkschaft
- 3.3.7.4.9 Industriegewerkschaft Bau
- 3.3.7.4.10 Trade Unions for Theatre Artists, Gewerkschaft Deutscher Bühnenangestellter
- 3.3.7.4.11 Trade Unions for Railwaymen
- 3.3.7.4.12 Trade Unions for Military Government Personnel
- 3.3.7.4.13 World Federation of Trade Unions
- 3.3.7.4.14 Political Activities of Trade Unions
- 3.3.7.4.15 Wilton Park Training Courses
- 3.3.7.4.16 Trade Union Property

- 3.3.7.5 Betriebsräte

- 3.3.7.6 Whitley Councils

- 3.3.7.7 Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsverbände and Arbeitgeberverbände

- 3.3.7.8 Beamtentum

- 3.3.7.9 Employment Policy, Labour Supply and Unemployment
- 3.3.7.9.1 Employment and Labour Supply Policy
- 3.3.7.9.2 Reports
- 3.3.7.9.3 Statistics
- 3.3.7.9.4 Labour Priority Boards
- 3.3.7.9.5 Training and Re-training
- 3.3.7.9.6 Labour for Coal Mining
- 3.3.7.9.7 Labour for Individual Industries and Professions
- 3.3.7.9.8 Employment for Reparations Work
- 3.3.7.9.9 Employment of Disabled
- 3.3.7.9.10 Employment of Women
- 3.3.7.9.11 Employment of Displaced Persons
- 3.3.7.9.12 Employment of Prisoners-of-War and Civil Internees
- 3.3.7.9.13 Employment with Occupation Authorities
- 3.3.7.9.14 German Civil Labour Organisation

- 3.3.7.10 Movement of Population: Resettlement and Repatriation

- 3.3.7.11 Conditions of Work

- 3.3.7.12 Factory Inspections/Gewerbeaufsicht
- 3.3.7.13 Wages, Prices and Cost of Living

Anhang A

- 3.3.7.13.1 Wage Policy
- 3.3.7.13.2 Wage Statistics
- 3.3.7.13.3 Beratende Lohnausschüsse
- 3.3.7.13.4 Wage Regulations for Individual Industries and Professions
- 3.3.7.13.5 Price Policy and Control
- 3.3.7.13.6 Cost of Living

- 3.3.7.14 Industrial Relations
 - 3.3.7.14.1 Policy
 - 3.3.7.14.2 Directives
 - 3.3.7.14.3 Conferences and Reports

- 3.3.7.15 Conciliation and Arbitration Machinery

- 3.3.7.16 Unrest, Strikes, Demonstrations, Stoppages
 - 3.3.7.16.1 Industrial Unrest
 - 3.3.7.16.2 Food Protests
 - 3.3.7.16.3 Dismantling Protests
 - 3.3.7.16.4 General Strike November 1948
 - 3.3.7.16.5 Civil Disturbances

- 3.3.7.17 Social Insurance
 - 3.3.7.17.1 Social Insurance Branch
 - 3.3.7.17.2 German Social Insurance Administration, Versicherungsämter
 - 3.3.7.17.3 Directives and Instructions
 - 3.3.7.17.4 Reports and Conferences
 - 3.3.7.17.5 Schemes and Control of Social Insurance
 - 3.3.7.17.6 Social Insurance for Coal Miners and Knappschaften
 - 3.3.7.17.7 Health Insurance
 - 3.3.7.17.8 Industrial Accident Insurance
 - 3.3.7.17.9 Unemployment Relief and Insurance
 - 3.3.7.17.10 Pension Insurance
 - 3.3.7.17.11 Social Insurance for Victims of National Socialism
 - 3.3.7.17.12 Social Insurance in Austria and Reciprocal Austro-German Arrangements
 - 3.3.7.17.13 Finance, Costs and Expenditure

- 3.3.7.18 Housing and Building
 - 3.3.7.18.1 Military Government Control and Organisation
 - 3.3.7.18.2 German Administration
 - 3.3.7.18.3 Housing and Building Policy
 - 3.3.7.18.4 Reconstruction and Construction Schemes
 - 3.3.7.18.5 Town and Country Planning
 - 3.3.7.18.6 Housing Rents

Anhang A

3.3.7.18.7	Conferences and Meetings
3.3.7.18.8	Reports
3.3.7.18.9	Statistics
3.3.7.18.10	Coal Miners' Housing
3.3.7.18.11	Housing and Accommodation for Special Cases
3.3.7.18.12	Building Labour and Labour for the Hamburg Project
3.3.7.18.13	Finance, Costs and Expenditure
3.3.7.19	Economic Matters
3.3.7.20	Denazification
3.3.7.20.1	General Policy and Procedure
3.3.7.20.2	Reports
3.3.7.20.3	Special Cases
3.3.7.21	Refugees
3.3.7.22	Miscellaneous
3.3.7.99.99	Files Retained by Department of Origin

II: Inhaltsanalysen

London FO 1051

3	Control Commission for Germany (British Element)
3.3	Control Commission Divisions
3.3.7	Manpower Division
3.3.7.15	Conciliation and Arbitration Machinery

LfdNr	Titel	Laufzeit
771	Conciliation and Arbitration Machinery	1945.08.00
		-
	(+ 100)	1945.12.00
	Re-organisation of conciliation and arbitration machinery in Germany: guide for Mil Gov officers in handling labour disputes (31 Aug 1945), Allied policy meetings of ACA Committee on Labour Law, Trade Unions and Labour Relations, papers from ACA Manpower Directorate, Legal Directorate and Co-ordinating Committee, comments from Manpower Division and briefs, ACC Law No 35 (20 Aug 1946) incl. drafts, interpretation by CCG (BE), Industrial Relations Directive No 29 (31 Dec 1946)	
	Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 1149	
772	Conciliation and Arbitration Machinery	1946.01.00
		-
	(+ 100)	1946.12.00
	Continuation of preceding file, plus: implementation of ACC Law No 35 by OMGUS (29 Aug 1946) and draft ordinance from Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone (3 Oct, 6 Nov 1946) incl. Mil Gov comments, Anglo-German meeting 15 Oct 1946, appointment of German conciliation officers	
	Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 982	

Anhang A

- 773 Conciliation and Arbitration Machinery 1946.11.00
-
(+ 100) 1948.06.00
Implementation of ACC Law No 35 and organisation of conciliation and arbitration machinery: progress reports, instructions re Schiedsausschüsse, appointment of conciliation officers from Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone (31 Dec 1946), training of conciliation officers and guidance notes (8 Mar 1947), Industrial Relations Directive No 29 (31 Dec 1946), instructions from Ministerien für Arbeit und Wiederaufbau in the Länder, meeting of German arbitration experts 13/14 May 1947, rules of procedure (Dec 1947)
Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 417
- 774 Conciliation and Arbitration Machinery: Berlin 1947.02.00
-
(- 50) 1948.02.00
Implementation of ACC Law No 35 in Berlin: report and draft order from Allied Kommandatura Berlin, extracts from meetings, proposed arbitration commissions and rules of procedure drafted by Abteilung für Arbeit Magistrat Groß-Berlin (6 May, 8 Oct 1947) with comments by Industrial Relations Branch
Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 983
- 775 Conciliation and Arbitration Machinery: Land Nordrhein-Westfalen 1947.03.00
-
(- 100) 1948.09.00
Organisation of the German conciliation and arbitration machinery in NRW according to ACC Law No 35: discussion with the Conciliation Officer (5 May 1947), progress reports from Landesarbeitsminister (2 Jun, 8 Aug 1947) incl. notes on a meeting at Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone 13/14 May 1947, regulations for proceedings before the arbitration board and rules for functional officers in arbitration (21 May 1947), circular notice No 156/47 by Landesarbeitsamt (7 Aug 1947), report from Landesarbeitsminister on the enforcement of ACC Law No 35 (1 July 1947), tables showing panel of assessors chosen from employers and employees to sit on arbitration commissions (Schiedsausschüsse) in NRW Regierungsbezirke (18 Sep 1948)
Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 984

Anhang A

776 Conciliation and Arbitration Machinery: Land Niedersachsen 1947.04.00
-
1947.08.00

(- 25)

Organisation of the German arbitration and conciliation machinery in Niedersachsen: appointment of Dr. Maus (9 Apr 1947), instruction from Landesarbeitsamt "Geschäftsanweisung für die Sachbearbeiter für Schlichtungswesen" (10 Jun 1947) incl. draft and comments from Industrial Relations Branch

Bestell-Nr: FO 1051, Nr. 987

III: Index

	Laufzeit	LfdNr
Labour, Ordinance No 54	1946-1948	5159
Labour, policy, NRW		S 11
Labour, recruitment for France	1947-1948	5188
Labour, recruitment for Netherlands	1949-1949	5189
Labour, registration, British policy	1949-1949	1394
Labour, regulations	1946-1947	6653
Labour, reports, NRW		S 11
Labour, responsibilities, policy	1946-1947	5144
Labour, seven day working week	1949-1949	5186
Labour, situation reports, BRD	1950	1682
Labour, situation reports, British Zone	1947-1947	5239
Labour, supply	1945-1947	3043
Labour, supply, coal industry		S 11
Labour, supply, domestic workers for UK	1950-1950	3057
Labour, supply, Mil Gov instructions	1947-1947	3047
Labour, supply, Mil Gov instructions	1947-1948	3048
Labour, supply, NRW		S 11
Labour, supply, nurses for UK	1951-1951	3058
Labour, supply, Operation North Sea	1950-1950	3057
Labour, US Zone, transfer to Ruhr coal mines	1946-1947	5236
Labour, wages	1947-1948	3133
Labour, Wirtschaftsrat Gesetz No 102, discussion	1948-1950	5174
Labour, work in Iran	1952-1954	3002
Labour, ZEI No 75	1947-1948	5188
Lackhausen	1946-1946	4210
Ladelund über Leck Schleswig, Concentration Camp	1945-1949	6920
Lägerdorf über Itzehoe	1946-1949	6557
Länder, administrative structure, organisation	1946-1946	1888
Länder, administrative structure, organisation	1946-1947	1889
Länder, administrative structure, organisation	1948	1890
Länder, Allied representation	1951-1951	812
Länder, Allied representation	1951-1951	813
Länder, boundaries	1946-1946	1888
Länder, boundaries, committee	1948-1948	2733
Länder, constitutional authority, British Zone	1947-1947	1441
Länder, constitutions, British Zone		S 3
Länder, constitutions, British Zone	1947-1947	1441
Länder, constitutions, human rights	1947-1947	1441
Länder, constitutions, ratification, discussion	1947-1948	4297
Länder, constitutions, US Zone	1947-1947	1441
Länder, electoral law	1947-1948	6312
Länder, formation, British Zone	1945-1946	4170

Anhang A

Länder, formation, British Zone	1946-1946	4172
Länder, formation, British Zone	1946-1947	4171
Länder, formation, proposals	1952-1953	2769
Länder, governments, contacts with Mil Gov	1947-1949	2824
Länder, governments, powers	1946-1947	1435
Länder, legislative progress, British Zone	1947-1947	4181
Länder, Minister, powers	1945-1949	2777
Länder, Minister, powers, British Zone	1947-1947	4280
Länder, Minister, powers, British Zone	1947-1947	4294
Länder, powers, British Zone	1946-1946	4197
Länder, powers, British Zone	1946-1947	4276

Anhang B

Verzeichnis der Aktenbestände zur britischen Besatzungszeit 1945-1949/55 im Public Record Office (Kew, Surrey)

I: Control Commission for Germany

Allied Control Authority, Bi- and Tripartite Organisations

FO 1005	Records Library
FO 1023	Allied General Secretariat (British Element)
FO 1024	Allied National Prison Werl
FO 1025	Bipartite Control Office: Secretariat
FO 1026	Bipartite Control Office: Transport Group
FO 1027	Bipartite Economic Control Group
FO 1028	Coal Control Group
FO 1029	Combined Steel Group

Control Commission Headquarters

FO 1030	Headquarter Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces, Special Echelon and Military Government Headquarters
FO 1031	Headquarter T-Force and Field Information Agency
FO 1032	Planning Staff, Military Sections and Headquarter Secretariat
FO 1033	Governmental Sub-Commission
FO 1034	Economic Sub-Commission
FO 1035	Office of the Chief Administrative Officer
FO 1036	Office of the Economic Advisor
FO 1037	Zonal Advisory Council, British Liaison Staff

Control Commission Divisions

FO 1038	Military Division
FO 1039	Economic Divisions
FO 1046	Finance Division
FO 1047	Intelligence Division, Censorship Branch
FO 1049	Political Division
FO 1050	Internal Affairs and Communications Division
FO 1051	Manpower Division
FO 1052	Prisoners of War and Displaced Persons Division
FO 1056	Public Relations and Information Services Control Group
FO 1057	Reparations, Deliveries and Restitutions Division
FO 1058	Transport Division
FO 1060	Legal Division

Anhang B

Control Commission Branches, Directorates and Services

FO 1061	Civil Aviation Board
FO 1062	Disarmament Branch
FO 1063	Allied Liaison Branch
FO 1064	Mandatory Requirements Branch, Minden
FO 1065	Establishment, Organisation and Personnel Branch
FO 1066	British Zone Petroleum Co-ordinating Authority
FO 1067	Maintenance Directorate
FO 1068	Welfare Service Directorate
FO 1069	Road Transport Directorate
FO 1070	Zonal Statistical Organisation
FO 1071	Zonal Travel Directorate
FO 1072	Control Commission College
FO 1073	Frontier Control and Inspection Service
FO 1075	Joint Export Import Agency (JEIA), Minden

Regional Commissioners

FO 1006	Schleswig-Holstein
FO 1010	Lower Saxony Region
FO 1012	Berlin
FO 1013	North Rhine Westphalia
FO 1014	Hansestadt Hamburg

High Commissioner

FO 1008	Office of the United Kingdom High Commissioner for Germany
FO 1074	Military Security Board (British Element)

Miscellaneous

FO 1017	The International Authority for the Ruhr
FO 1076	War Diary of Lt. Col. J. L. Prescott R.A.S.C.
FO 1077	Army Air Transport Organisation: Operation Plainfare (Berlin Airlift)
FO 1078	British/ American Intelligence Reports on Germany
FO 1082	Historical and Reference Material

II: Control Office for Germany and Austria

FO 935	Intelligence Objectives Sub-Committee
FO 936	Establishments
FO 937	Legal
FO 938	Private Office Papers
FO 939	Prisoners of War
FO 940	Travel
FO 941	General Secretariat
FO 942	Economic and Industrial Planning Staff
FO 943	Economic
FO 944	Finance
FO 945	General Department
FO 946	Information Service Directorate

III: General Correspondence of the Foreign Office FO 371

(1945)	46 692-47 036:	Germany
	50 756-51 268:	Reconstruction
(1946)	55 343-55 967:	Political German
(1947)	64 154-64 934:	Political German
	64 935-65 341:	Political German Economic
	65 342-65 460:	Political German Industry
(1948)	70 477-70 913:	German
	70 914-71 136:	German General Economic
	71 137-71 230:	German Industry
(1949)	76 497-77 080:	German
	77 081-77 240:	German Economic
(1950)	84 975-85 371:	German Department, Political German
	85 372-85 567:	German Education
	85 568-85 886:	Commercial Relations and Industry
	85 887-85 938:	General
	85 939-86 140:	General Economic
(1951)	93 314-93 590:	German, General
	93 650-93 671:	German, Education
	93 685-93 847:	Commercial Relations and Industry
	93 848-93 987:	Finance
	93 988-94 113:	General Economic
	94 114-94 121:	Germany (West)
(1952)	97 731-98 037:	General
	98 123-98 154:	Berlin
	98 203-98 233:	Germany (West)
	99 833-99 847:	Germany Education
	99 848-99 881:	Safehaven
	99 882-100 011:	General
	100 023-100 147:	Finance
(1953)	103 657-103 737:	General
	103 800-103 835:	Berlin
	103 836-103 892:	Germany (East)
	103 893-104 185:	Germany (West)

Anhang B

- (1954) 109 263-109 343: General
 109 390-109 412: Berlin
 109 424-109 431: Safehaven
 109 500-109 559: Germany (East)
 109 560-109 802: Germany (West)
- (1955) 118 147-118 462: Germany (West)

Autorenverzeichnis

Noel Gilroy Annan, Mitarbeiter der Political Division und Leiter der German Political Branch CCG (BE) 1945-1946, Rektor des King's College Cambridge 1956-1966, des University College London 1966-1978 und der University of London 1978-1981. Veröffentlichungen zur englischen Geistesgeschichte, u.a. *Leslie Stephen* (1984) und *Our Age* (1990).

Adolf M. Birke, Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London. Forschungsschwerpunkte: Deutsche und britische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, deutsch-britische Beziehungen, Zeitgeschichte nach 1945. Veröffentlichte u.a. *Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961* (1989).

Wolfgang Hölscher, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München am Projekt "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn. Veröffentlichte u.a. *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46* (1988).

Peter Hüttenberger, Professor für neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus und Drittes Reich, deutsche Zeitgeschichte nach 1945 mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Neueste Veröffentlichungen u.a. *Düsseldorf. Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert*, Bde. 2 und 3 (1988/1989) und *Franzosen und Deutsche am Rhein, 1789-1918-1945* (1989).

Angela Kaiser-Lahme, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Projekt zur Erschließung der britischen Akten zur Besatzungszeit in Deutschland 1945-1949/55. Veröffentlichte u.a. *Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920-1926* (1989).

Lothar Kettenacker, stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London. Forschungen zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, zum Dritten Reich und Zweiten Weltkrieg, zuletzt insbesondere *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges* (1989).

Eva Alexandra Mayring, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut in London. Derzeitiges Forschungsprojekt: Britische Besatzungs- und Deutschlandpolitik nach 1945. Veröffentlichte u.a. *Bayern nach der französischen Julirevolution von 1830* (1990).

Ulrich Reusch, Historiker, Oberregierungsrat beim Bundesministerium des Inneren. Derzeitiger Forschungsschwerpunkt: Der Heilige Stuhl im Zweiten Weltkrieg. Veröffentlichungen zur britischen Deutschlandpolitik und deutschen Nachkriegsgeschichte, u.a. *Deutsches Berufsbeamtenum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943-1947* (1985).

Rainer Schulze, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Ruhr-Universität Bochum. Forschungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte, u.a. *Unruhige Zeiten. Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle 1945-1949* (1990).

Wolfram Werner, Leitender Archivdirektor am Bundesarchiv Koblenz, Mitarbeiter an den Editionen *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik*, Bd. 2, *Januar-Juni 1947* (1979) und *Der Parlamentarische Rat. 1948-49. Akten und Protokolle*, Bde. 3 und 4 (1986/1989).

Personenregister

- Adenauer, Konrad 4, 9, 12ff., 32, 73,
88, 93, 122, 127, 146
Agartz, Viktor 124
Ahrens, Hanns D. 158
Albu, Austen Harry 7, 10, 15, 49,
91
Amelunxen, Rudolf 89f., 92, 95
Anderson, D. I. 49
Armytage, H. W. H. 8, 15
Arnold, Karl 9, 15
Asbury, William 49
Attlee, Clement Richard (Earl of
Attlee) 31, 42
- Bacmeister, Friedrich 156
Badstübner, Rolf 155
Balfour, Michael 159
Barraclough, Sir John Ashworth 143
Barrell, John E. 44
Bergahn, Volker 71, 73, 79
Berry, Sir Henry Vaughan 49, 57
Besier, Gerhard 159
Bevin, Ernest 4, 5ff., 10, 14, 32, 38,
42f., 91
Birley, Sir Robert 11, 16
Bishop, Sir William Henry Alexan-
der 49, 142
Blücher, Franz 79
Böckler, Heinrich 72
Brautmeier, Jürgen 159
Breunig, Werner 162
Broch, Hermann 68
Brooke, Sir Alan Francis (Baron of
Alanbrooke) 5, 14
Brown, Sir Alfred W. 44
Buchheim, Christoph 158
Bülow, Niels von 72
Büttner, Ursula 115
Burgdorf, Josef 111
- Cairncross, Sir Alec 158
Campe, Carl Rudolf von 93
Castle, Barbara Anne 5, 14
- Cavendish-Bentinck, Victor
Frederick William (Duke of
Portland) 2f., 12f.
Chamberlain, (Arthur) Neville 17
Chambers, Stanley Paul 49
Champion de Crespigny, Hugh
Vivian 49
Churchill, Sir Winston Leonard
Spencer 5f., 17, 31
Cl y, Lucius D. 27, 51
Cowley, J. G. 49
Crossman, Richard Howard Staf-
ford 5, 14
- Dalton, C. J. G. 49
Dean, Sir Maurice Joseph 44, 46, 142
Dinkelbach, Heinrich 72
Donnison, Frank S. V. 155
Douglas, Sir William Sholto 45, 49,
88, 142
Drake, Heinrich 94, 97
Drexler, Alexander 157
Dunlop, John Kinninmont 143
- Eden, Sir Anthony (Earl of Avon)
20, 31
Eisenhower, Dwight David 2, 31
Erskine, Sir George Watkin Eben
James 49
- Farquharson, John E. 27
Fehling, Jürgen Karl Geibel 11, 16
Foschepoth, Josef 154, 158
Frank, Karl 13
Frings, Joseph 128
Frowein, Abraham 126
- Galen, Clemens August Graf von 70
Gaulle, Charles André Joseph Marie
de 9, 12
Gehm, Heinz 72
Gibson, W. L. 49
Glumm, Friedrich 79

Personenregister

- Göring, Hermann 71
Gottlieb, B. 44
Grierson, Sir Ronald Hugh 3, 13
Griffin, Cardinal Bernhard W.,
 Archbishop of Westminster 128
Grotewohl, Otto 9, 15
- Hagemann, Eberhard 107
Harvey, Sir Oliver Charles (Baron
 Harvey of Tasburgh) 32, 46
Healey, Denis Winston 5, 14
Hearnden, Arthur 159
Heimberg, Karl 72
Heitzer, Horstwalter 156
Henle, Günter 72ff.
Heseltine, Michael 33
Hewison, R. J. 44
Himmler, Heinrich 4
Hitler, Adolf 1, 4, 6, 29
Hoffmann, J. H. 157
Holtmann, Everhard 104
Hughes, G. E. 49
Husemann, Elke 155
Hynd, John Burns 7, 15, 25, 41-45,
 52, 59, 142
- Inglis, Sir Robert John Mathison 49
Ingrams, William Harold 142
Ingrimm, Robert 79
- Jacobmeyer, Wolfgang 115, 159
Jarres, Karl 73
Jenkins, Sir Gilmour 46
Jürgensen, Kurt 123, 159
- Kaisen, Wilhelm 86, 89
Kaiser, Jakob 9, 15
Kehrl, Hans 71
Kenchington, Arthur George 49
Kettenacker, Lothar 154, 159
Kirby, Stanley Woodburn 24f.
Kirkpatrick, Sir Yvone Augstine 25
Kirwan, Geoffrey Dugdale 44
Knoeringen, Waldemar von 13
Koepchen, Arthur 72
- Kopf, Hinrich Wilhelm 83, 85-88,
 93-96, 100, 102
Koszyk, Kurt 159
Koza, Ingeborg 159
Kramer, Alan 104, 158
Kreft, Adolf 111
Kubel, Alfred 89, 94
Kuklinski, Wilhelm 93
- Lange, Irmgard 157
Lehr, Robert 72f., 86ff., 90 ff., 95,
 110
Lethbridge, John Sidney 49
Lingham, John 83
Löwenheim, Walter 13
Löwenthal, Richard 13
Luce, R. W. 49
Lüdens, Carsten 157
- Macaskie, Nicholas Lechmere
 Cunningham 49
McCreery, Sir Richard Loudon 49
Macready, Sir Gordon 49
Manstein, Erich von 146
Mares, E. P. 49
Marshall, Barbara 104
Marshall, Thomas Humphrey 19
Martin, Basil Kingsley 5, 14
Meer, Fritz ter 74
Menge, Arthur 107
Menne-Haritz, Angelika 104
Menzel, Walter 89f.
Montgomery, Sir Bernard Law
 (Viscount Montgomery of Ala-
 mein) 23, 26, 42, 142, 146
Morgenthau, Henry 36
Müller, Gloria 157
- Naunin, Helmut 90
Niethammer, Lutz 156
- Olivier, Sir Laurence 11, 16
O'Neill, Sir Con Douglas
 Walter 45, 58
Oppenheimer, Friedrich Carl von 73

Personenregister

- Oppenheimer, Waldemar von 73
- Pakenham, Lord Francis Aungier
(Baron Pakenham of Cowley, Earl
of Longford) 45f.
- Palmerston, Henry John Temple
(Viscount Palmerston) 23, 46
- Passarge, Karl 126, 131
- Petersen, Rudolf H. 8, 15
- Pferdmenges, Robert 72f.
- Pfetsch, Frank R. 162
- Phillips, David 159
- Playfair, Sir Edward Wilder 44
- Pleiger, Kurt 71
- Plumpe, Werner 157
- Poensgen, Ernst 72, 79
- Randall, (Major) 3, 13
- Recker, Clemens 108
- Reden, Georg von 107
- Reusch, Hermann 79
- Reusch, Paul 79
- Reusch, Ulrich 156
- Robertson, Sir Brian Hubert (Baron
Robertson of Oakridge) 25, 27,
38f., 42, 45, 49, 51, 91, 96, 146,
163
- Rohland, Walter 71f., 74, 79
- Roosevelt, Franklin Delano 6
- Roseman, Mark 104
- Roßmann, Erich 122
- Rylands, George Humphrey
Wolferstan 11, 16
- Sargent, Sir Orme G. 25
- Schacht, Hjalmar 79
- Scharf, Claus 154
- Scherpenberg, Jens von 158
- Schlange-Schöningen, Hans 126,
131
- Schlebusch, Hubert 83
- Schneider, Ullrich 104, 108, 155,
159
- Schoenbaum, David 76
- Schönfelder, Adolph 94f.
- Schöttle, Erwin 13
- Schröder, Hans-Joachim 154
- Schröder, Karsten 156
- Schumacher, Kurt 9, 10, 15f., 92-
95, 122, 127
- Schuman, Robert 9
- Schwede, Walter 72
- Scriverius, Dieter 127, 158
- Seal, Eric Arthur 49
- Severing, Carl 32
- Siegert, Theo 72
- Simpson, J. H. 49
- Skeffington, Arthur Massey 44
- Sohl, Hans-Günther 72, 74, 79
- Speer, Albert 71
- Springorum, Fritz 72
- Stalin, Joseph W. 6
- Stamm, Thomas 159
- Steel, Sir Christopher Eden 3, 7, 10,
13, 45, 49
- Steinberg, Wilhelm 72
- Steininger, Rolf 57, 104, 154
- Steltzer, Theodor 87 f., 93, 96
- Strang, Sir William (Baron Strang of
Stonesfield) 10, 16, 26, 32, 35,
37, 42, 49, 142
- Stratmann, Friedrich 157
- Street, Sir Arthur William 44
- Strong, Kenneth William
Dobson 1f., 12
- Suessenguth, Walther 11, 16
- Tantzen, Theodor 83, 86, 89, 93f.
- Taube, (Dr.) 110
- Templer, Sir Gerald Walter
Robert 4, 13
- Thies, Jochen 155
- Thomas, Michael 4, 9, 13, 23
- Toynbee, Arnold 35
- Troutbeck, Sir John M. 26
- Turner, Ian D. 1, 104
- Turner, Sir Mark 44
- Tyrell, Albrecht 154
- Ulbricht, Walter 9, 16

Personenregister

- Vansittart, Lord Robert G. 31
Vögler, Albert 71f., 79
Vogel, Walter 125f.
- Wagner, Richard 8
Walker, Sir Harold T. C. 49
Wehrhahn, Wilhelm 72
Weir, Sir Cecil 49
Weisser, Gerhard 122f., 131
Weitz, Heinrich 73
Wengst, Udo 156
Whitham, Gilbert Shaw 49
Wigglesworth, Sir Philip 49
Wilberforce, Robert O. 43f.
Wilden, Josef 72
Wilkens, Martin Heinrich 94f.
Winkhaus, Hermann 72
Winnacker, Karl 73f.
- Zangen, Wilhelm 72
Zilliacus, Konni 5, 14
Zühlsdorff, Volkmar von 68, 70
Zuhorn, Karl 90

Ortsregister

- Aachen 49, 82, 139
Amsterdam 62
Arnsberg 49
Athen 6
Aurich 49
- Bad Godesberg 90
Bad Nenndorf 74
Bad Oeynhausen 22
Balkan 4
Bedburg-Hau 127
Berlin 1ff., 7, 9ff., 20-24, 26f., 34, 45, 47ff., 58, 66, 81, 96, 105, 120, 134, 153, 162
Bielefeld 90, 94, 128
Bonn 45, 53, 127, 155
Braunschweig 49, 81, 83, 86-89, 94ff.
Bremen 82, 84, 86-89, 93-97, 102, 162
Bremerhaven 84, 97
- Cambridge 142
Celle 104, 107
Cloppenburg 89
Colmar 150
- Detmold 82f.
Duisburg 73f.
Düsseldorf 49, 71ff., 79, 82, 88, 91, 95, 97, 110, 127, 163
- Egestorf über Winsen (Luhe) 125
Emsland 110
Essen 79
- Frankfurt 2, 40, 45, 48, 51, 53
Frankreich 12, 27, 34, 82, 88
Fulda 128
- Gablonz 67
Gerresheim 72
Griechenland 2, 5f.
- Hamburg 3, 8, 26, 49, 57, 81, 84ff., 88, 90, 93-97, 102, 104f., 113, 115, 120, 123f., 143, 153, 162
Hangelar 163
Hannover 10, 26, 33, 49, 70, 83f., 86-90, 93-97, 104, 107, 133, 140
Herford 22, 94
Hildesheim 49, 83
Hilstrup 125
Hoechst 74
- Italien 2
- Jugoslawien 2
- Kew 147, 149
Kiel 84, 93
Kleve 127
Knapsack 74
Koblenz 133
Köln 3f., 49, 72f., 82, 128, 131, 139
- Leer 125
Lemgo 123
Leverkusen 74
Lippe 82f., 87f., 92, 94-97
Lippe-Detmold 81, 95
London 138
Lübbecke 22, 123
Lübeck 90
Lüneburg 49
- Mecklenburg 93
Minden 22, 49, 87, 96, 123f.
Minden-Ravensberg 95
Mönchengladbach 128
Mönchengladbach-Rheydt 78
Moskau 20, 28, 35, 138
Münster 49, 70, 82f., 90, 92
Münsterland 70
- Neiße 66
Neuruppin 73

Ortsregister

- Neuss 72
Niederrhein 74
Niedersachsen 83f., 86-89, 94ff., 98,
102, 104ff., 112, 114, 120, 127, 143,
153
Nordhorn 110
Nordrhein 9, 26, 33, 72f., 82, 86ff.,
90-94, 110, 143
Nordrhein-Westfalen 49, 91ff., 95-
98, 102, 104ff., 114, 120, 127, 143,
153, 158f.
Normandie 2
Nürnberg 125
- Oberhausen 79
Obernkirchen 123
Oder 66
Oldenburg 49, 81ff., 86-89, 92-96
Osnabrück 49, 82, 88, 92, 95, 111
Österreich 134
Ostwestfalen 47
- Paris 10
Polen 6
Potsdam 24, 38, 123
Preußen 87
- Rheinland 7, 66, 73, 82, 87f., 90ff.,
94
Rheinprovinz 82
Rhöndorf 127
Ruhrgebiet 9, 22, 61, 68, 72f., 80,
82, 88, 90, 92, 104, 114
Ruhrort 79
- Saar 155
Sachsen 87
Salerno 1
Salzgitter 71, 104, 108, 113, 157
Sardinien 1
Schaumburg-Lippe 81ff., 87f.,
90, 94ff.
Schleswig 27
Schleswig-Holstein 26, 27, 33, 49,
82, 84, 86ff., 93, 95ff., 102, 104ff.,
114, 120, 139, 153, 159
- Solingen 67
Spanien 6
Stolzenau 125
Stade 49
Stuttgart 86f.
Suez 12
Schweden 9
- Tecklenburg 95
Teheran 6
Trier 73
Türkei 2
- UdSSR 5f., 10, 12, 18, 21, 28, 34, 67
Unna 104
USA 5f., 12, 18, 21f., 26ff., 33f., 36,
40, 51, 54, 65, 74, 82, 84, 86, 89, 108,
126, 154
- Vechta 89
- Washington 21, 155
Watenstedt-Salzgitter 108, 113, 157
Wellington 3
Weser-Ems 89, 93
Wesermünde 84
Westfalen 2f., 10, 26, 33, 47, 66, 73,
82f., 87-92, 94
Wolfenbüttel 108
Wolfsburg 104
- Yalta 6

PUBLICATIONS OF THE GERMAN HISTORICAL INSTITUTE LONDON

- Vol. 1: Wilhelm Lenz (ed.), *Archivalische Quellen zur deutsch-britischen Geschichte seit 1500 in Großbritannien; Manuscript Sources for the History of Germany since 1500 in Great Britain* (Boppard a. Rh.: Boldt, 1975)
- Vol. 2: Lothar Kettenacker (ed.), *Das "Andere Deutschland" im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive; The "Other Germany" in the Second World War. Emigration and Resistance in International Perspective* (Stuttgart: Klett, 1977)
- Vol. 3: Marie-Luise Recker, *England und der Donaauraum, 1919-1929. Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung* (Stuttgart: Klett, 1976)
- Vol. 4: Paul Kluge and Peter Alter (eds), *Aspekte der deutsch-britischen Beziehungen im Laufe der Jahrhunderte; Aspects of Anglo-German Relations through the Centuries* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1978)
- Vol. 5: Wolfgang J. Mommsen, Peter Alter and Robert W. Scribner (eds), *Stadtbürgertum und Adel in der Reformation. Studien zur Sozialgeschichte der Reformation in England und Deutschland; The Urban Classes, the Nobility and the Reformation. Studies on the Social History of the Reformation in England and Germany* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1979)
- Vol. 6: Hans-Christoph Junge, *Flottenpolitik und Revolution. Die Entstehung der englischen Seemacht während der Herrschaft Cromwells* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1980)
- Vol. 7: Milan Hauner, *India in Axis Strategy. Germany, Japan, and Indian Nationalists in the Second World War* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1981)
- Vol. 8: Gerhard Hirschfeld and Lothar Kettenacker (eds), *Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches; The "Führer State": Myth and Reality. Studies on the Structure and Politics of the Third Reich* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1981)
- Vol. 9: Hans-Eberhard Hilpert, *Kaiser- und Papstbriefe in den Chronica majora des Matthaeus Paris* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1981)
- Vol. 10: Wolfgang J. Mommsen and Gerhard Hirschfeld (eds), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1982)

- Vol. 11: Wolfgang J. Mommsen and Wolfgang Mock (eds), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850-1950* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1982)
- Vol. 12: Peter Alter, *Wissenschaft, Staat, Mäzene. Anfänge moderner Wissenschaftspolitik in Großbritannien 1850-1920* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1982)
- Vol. 13: Wolfgang Mock, *Imperiale Herrschaft und nationales Interesse. 'Constructive Imperialism' oder Freihandel in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1982)
- Vol. 14: Gerhard Hirschfeld (ed.), *Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1982)
- Vol. 15: Wolfgang J. Mommsen and Hans-Gerhard Husung (eds), *Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1984)
- Vol. 16: Josef Foschepoth (ed.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985)
- Vol. 17: Ulrich Wengenroth, *Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt. Die deutsche und britische Stahlindustrie 1865-1895* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1986)
- Vol. 18: Helmut Reifeld, *Zwischen Empire und Parlament. Zur Gedankenbildung und Politik Lord Roseberys (1880-1905)* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1987)
- Vol. 19: Michael Maurer, *Aufklärung und Anglophilie in Deutschland* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1987)
- Vol. 20: Karl Heinz Metz, *Industrialisierung und Sozialpolitik. Das Problem der sozialen Sicherheit in Großbritannien 1795-1911* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1988)
- Vol. 21: Wolfgang J. Mommsen and Wolfgang Schwentker (eds), *Max Weber und seine Zeitgenossen* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1988)
- Vol. 22: Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1989)

- Vol. 23: Adolf M. Birke and Günther Heydemann (eds), *Die Herausforderung des europäischen Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1989)
- Vol. 24: Helga Woggon, *Integrativer Sozialismus und nationale Befreiung. Politik und Wirkungsgeschichte James Connollys in Irland* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990)
- Vol. 25: Kaspar von Greyerz, *Vorsehungsglaube und Kosmologie. Studien zu englischen Selbstzeugnissen des 17. Jahrhunderts* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990)
- Vol. 26: Andreas Wirsching, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990)
- Vol. 27: Claudia Schnurmann, *Kommerz und Klüngel. Der Englandhandel Kölner Kaufleute im 16. Jahrhundert* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1991)
- Vol. 28: Anselm Doering-Manteuffel, *Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815-1856* (Göttingen and Zurich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1991)

STUDIES OF THE GERMAN HISTORICAL INSTITUTE
LONDON – OXFORD UNIVERSITY PRESS

Eckhard Hellmuth (ed.), *The Transformation of Political Culture: England and Germany in the Late Eighteenth Century* (Oxford, 1990)

Ronald G. Asch and Adolf M. Birke (eds), *Princes, Patronage, and the Nobility. The Court at the Beginning of the Modern Age c. 1450-1650* (Oxford, 1991)

FURTHER PUBLICATIONS OF THE GERMAN HISTORICAL INSTITUTE LONDON

Wolfgang J. Mommsen and Wolfgang Mock (eds), *The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany* (London: Croom Helm, 1981)

Wolfgang J. Mommsen and Gerhard Hirschfeld (eds), *Social Protest, Violence and Terror in Nineteenth- and Twentieth-Century Europe* (London: Macmillan, 1982)

Wolfgang J. Mommsen and Lothar Kettenacker (eds), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement* (London: Allen & Unwin, 1983)

Gerhard Hirschfeld (ed.), *Exile in Great Britain. Refugees from Hitler's Germany* (Leamington Spa: Berg Publishers, 1984)

Kaspar von Greyerz (ed.), *Religion, Politics and Social Protest. Three Studies on Early Modern Germany* (London: Allen & Unwin, 1984)

Kaspar von Greyerz (ed.), *Religion and Society in Early Modern Europe 1500-1800* (London: Allen & Unwin, 1985)

Josef Foschepoth and Rolf Steininger (eds), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949* (Paderborn: Ferdinand Schöningh, 1985)

Wolfgang J. Mommsen and Hans-Gerhard Husung (eds), *The Development of Trade Unionism in Great Britain and Germany, 1880-1914* (London: Allen & Unwin, 1985)

Wolfgang J. Mommsen and Jürgen Osterhammel (eds), *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities* (London: Allen & Unwin, 1986)

Gerhard Hirschfeld (ed.), *The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany* (London: Allen & Unwin, 1986)

Ralph Uhlig, *Die Deutsch-Englische Gesellschaft 1949-1983. Der Beitrag ihrer "Königswinter-Konferenzen" zur britisch-deutschen Verständigung* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1986)

Wolfgang J. Mommsen and Jürgen Osterhammel (eds), *Max Weber and his Contemporaries* (London: Allen & Unwin, 1987)

Peter Alter, *The Reluctant Patron. Science and the State in Britain 1850-1920* (Leamington Spa: Berg Publishers, 1987)

Stig Förster, Wolfgang J. Mommsen and Ronald Robinson (eds), *Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884-1885 and the Onset of Partition* (Oxford: Oxford University Press, 1988)

HOUSE PUBLICATIONS OF THE GERMAN HISTORICAL INSTITUTE LONDON

Lothar Kettenacker and Wolfgang J. Mommsen (eds), *Research on British History in the Federal Republic of Germany 1978-1983* (London, 1983)

Wolfgang J. Mommsen, *Two Centuries of Anglo-German Relations. A Reappraisal* (London, 1984)

Adolf M. Birke, *Britain and Germany. Historical Patterns of a Relationship* (London, 1987)

Frank Rexroth (ed.), *Research on British History in the Federal Republic of Germany 1983-1988. An Annotated Bibliography* (London, 1990)

Gerhard A. Ritter, *The New Social History in the Federal Republic of Germany* (London, 1991)

Annual Lectures of the German Historical Institute London

1979 Samuel Berrick Saul, *Industrialisation and De-Industrialisation? The Interaction of the German and British Economies before the First World War* (London, 1980)

1980 Karl Dietrich Erdmann, *Gustav Stresemann: The Revision of Versailles and the Weimar Parliamentary System* (London, 1981)

1981 A. J. P. Taylor, *1939 Revisited* (London, 1982)

1982 Gordon A. Craig, *Germany and the West: The Ambivalent Relationship* (London, 1983)

1983 Wolfram Fischer, *Germany in the World Economy during the Nineteenth Century* (London, 1984)

- 1984 James Joll, *National Histories and National Historians: Some German and English Views of the Past* (London, 1985)
- 1985 Wolfgang J. Mommsen, *Britain and Germany 1800 to 1914. Two Developmental Paths Towards Industrial Society* (London, 1986)
- 1986 Owen Chadwick, *Acton, Döllinger and History* (London, 1987)
- 1987 Hagen Schulze, *Is there a German History?* (London, 1988)
- 1988 Roger Morgan, *Britain and Germany since 1945. Two Societies and Two Foreign Policies* (London, 1989)
- 1989 Thomas Nipperdey, *The Rise of the Arts in Modern Society* (London, 1990)

Bulletin of the German Historical Institute London, Issue 1 (Spring, 1979)-